G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Klaus Ehrler
Zwanzig Jahre DDR

Karl D. Bredthauer
Nach der Entscheidung

Hans-Dieter Bamberg
Militärseelsorge in Westdeutschland (I)

Karsten Kullmann
Betrieblicher Objektschutz und „Innere Verteidigung" in der BRD

Riad Rashid
Libyen zwischen Reaktion und Revolution

Günter Wallraff
Ein nicht gesendetes Fernsehspiel

Einzelheft 3,50 DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Abonnement für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,– DM

Oktober 10 1969

XIV. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats September 1969 1021

Kommentare und Berichte

Zwanzig Jahre DDR (Klaus Ehrler) 1024
Gespräche in Moskau, Warschau, Berlin (Arno Behrisch) 1028
Nixons „Anti-Hunger"-Plan (Martin Hall, Los Angeles) 1035

Karl D. Bredthauer
Nach der Entscheidung 1040

Joachim Raschke
Mehrheitswahlrecht — Mittel zur Demokratisierung oder Formierung der Gesellschaft? 1048

Karsten Kulimann
Zum heutigen Stand und zur Entwicklung des betrieblichen Objektschutzes als Teil der „Inneren Verteidigung" in der BRD 1068

Hans-Dieter Bamberg
Militärseelsorge in Westdeutschland. Psychologische Rüstung (Teil I) 1082

Riad Rashid
Libyen zwischen Reaktion und Revolution 1099

Günter Wallraff
„Hängt den D. auf!" Ein nicht gesendetes Fernsehspiel 1110

Aus ausländischen Zeitschriften

General David M. Shoup, Der neue amerikanische Militarismus 1120

Bücher

Wolfgang Plat, Begegnung mit den anderen Deutschen (Wilhelm Kayser) 1130
Helmut Wolfgang Kahn, Die Russen kommen nicht (Wilhelm Kayser) 1132
Ernesto Che Guevara, Brandstiftung oder Neuer Friede? (Uwe Henning) 1133
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1134

Dokumente zum Zeitgeschehen

Heinrich Albertz, Bilanz einer Polenreise 1136
Das Testament Ho Tschi Minhs 1137

Kommentare und Berichte

Zwanzig Jahre DDR

Wenn vor zehn Jahren die Frage nach dem Problemschwerpunkt der Deutschlandfrage zur Debatte stand, wurde fast ausschließlich noch über Möglichkeiten, Wege oder Umwege zur Erreichung der staatlichen Wiedervereinigung diskutiert. Heute, zwanzig Jahre nach dem Beginn der Zweistaatlichkeit Deutschlands, zwanzig Jahre nach der unauffällig-untertreibenden, verharmlosenden und fast heimlichen Gründung der Bundesrepublik, von der man nicht eindeutig weiß, ob sie am 23. Mai oder am 7. September Geburtstag hat, zwanzig Jahre nach der am 7. Oktober 1949 deutlich proklamierten Gründung der Deutschen Demokratischen Republik sind es im wesentlichen die Fragen nach den Beiträgen der beiden deutschen Staaten zur Fundierung und Gewährleistung der Sicherheit und friedlichen Entwicklung Europas einerseits und nach dem Verlauf und den Zwischenergebnissen des durch Bundesrepublik und DDR entscheidend mitvollzogenen intersystemaren Entwicklungswettlaufs andererseits, die den Stand und die Lösungsmöglichkeiten der deutschen Frage kennzeichnen. Die trotz Hallstein-Doktrin und Bonner Alleinvertretungsanspruch in kräftigerfolgreicher Entwicklung befindliche DDR hat sich auf vielfältige Weise sowohl quantitativ als auch qualitativ in den Rang eines unaufhebbaren Faktors der nationalen und internationalen Szene hineinprofiliert, so daß die Möglichkeit eines Wiedervereinigungs-Anschlusses an die BRD, d. h. einer strukturrückbildenden Aufsaugung und Gleichschaltung der DDR durch das bundesdeutsche Wirtschafts-, Staats- und Sozialsystem nicht einmal mehr für Gegner der spezifischen Entwicklung der DDR ein ernsthaftes Diskussionsthema bildet.

So schrieb „US News and World Report" am 3. März 1969: „Sogar diejenigen Experten, die für kommunistische Methoden nichts übrig haben, sind vom Aufstieg Ostdeutschlands zur Industrienation beeindruckt; sie rechnen es gegenwärtig zu den zehn größten industriellen Riesen der Welt — und dabei ist es ja noch immer in Entwicklung begriffen", während „L'Espresso" ebenfalls im März 1969 urteilte, „daß in den letzten Jahren das andere Deutschland, die DDR, das Deutschland Walter Ulbrichts, auf den Ebenen der Politik, Diplomatie und Wirtschaft so viel stärker wurde, daß alle Versuche, es zu ignorieren und auszumanövrieren, inzwischen sinnlos geworden sind." Der Londoner „Spectator" würdigte gleichzeitig auch den besonderen historischen Stellenwert der DDR-Erfolge, der sich bei Berücksichtigung der im Vergleich zur Bundesrepublik wesentlich ungünstigeren Startbedingungen der DDR ergibt: „Für einen Staat, der eine Bevölkerung von nur siebzehn Millionen Menschen hat und nach dem Zweiten Weltkrieg über nur wenige verbliebene Mittel verfügte, ist dies eine gewaltige Leistung."

Es ist naheliegend, daß nichtdeutschen Beobachtern besonders die quantifizierbaren, also in statistischen Vergleichswerten meßbaren Erfolge der DDR in Wirtschaft und Wissenschaft ins Auge fallen. In der Rangliste der Industriestaaten der Erde nimmt ihre Volkswirtschaft als produktionsmäßig zehntstärkste eine sehr respektablen, ja bewunderungswürdigen Platz ein; im Gründungsjahr 1949 belief sich das Nationaleinkommen der DDR (gemessen nach produzierten Werten) auf 22 Mrd. Mark, 1968 mit 98 Mrd. auf den vierundeinhalbfachen Wert. Bei nur 0,5 Prozent Anteil der DDR an der Bevölkerungszahl der Erde produziert sie

gegenwärtig 1,7 Prozent der Summe der Sozialprodukte aller Staaten und Wirtschaftsterritorien unseres Planeten. Das Investitionsvolumen der DDR-Volkswirtschaft ist von 1950 bis 1969 auf das Neunfache gestiegen, der zum individuellen und sozialen Verbrauch umgesetzte Anteil des Nationaleinkommens auf mehr als das Dreifache. Der jährliche Zuwachs des Sozialprodukts betrug konstant fünf bis sechs Prozent, was bei seiner beachtlichen absoluten Höhe als deutliches Zeichen der Wirtschaftskraft und Wachstumseffektivität des seit 1963 eingeführten Neuen Ökonomischen Systems der DDR anzusehen ist. Dabei hat sich in den zwanzig Jahren ihrer so vielfachen Belastungen ausgesetzten bisherigen Entwicklung die Zahl der produktiven menschlichen Arbeitskräfte kaum erhöht; von 100 Personen im arbeitsfähigen Alter sind infolge der Kriegsauswirkungen 33 im Invaliden- oder Rentner-Status. Dennoch erzeugt die Volkswirtschaft der DDR gegenwärtig in zehn Monaten so viele industrielle Werte wie im Jahre 1936 diejenige des Deutschen Reiches insgesamt. Durch Umschichtung der Beschäftigtenstruktur zugunsten der Industrie und durch planwirtschaftlich wie technologisch rationell ermöglichte drastische Erhöhungen der Arbeitsproduktivität konnte dieser Sprung in die Hochform moderner Industrialisierung gelingen, von der der bereits erreichte Stand des Städteneubaus von Rostock über Berlin bis Dresden ebenso Zeugnis ablegt wie das Entstehen neuer Industriezweige, die teils wegen der Spaltung des früheren gesamtdeutschen Wirtschaftsgebietes, teils als Folge der Notwendigkeit ständiger technologischer Neuerungen fast aus dem Nichts heraus entwickelt werden mußten (Petrolchemie, Werftindustrie, moderne Metallurgie, Elektronik). Dies alles war möglich aufgrund der zielstrebig konzentrierten Investitionen in den Forschungs- und Fertigungsbereichen von Wissenschaft und Technik, die in den ersten 19 Jahren der DDR auf das Zwanzigfache stiegen. Moderne wissenschaftliche Struktur- und Entwicklungsplanung, für die Datenverarbeitung und kybernetisches Instrumentarium unentbehrliche Hilfsmittel und Realisierungsfaktoren sind, ordnet sich dabei dem spezifisch gesamtgesellschaftlichen Interesse aller Schichten der sozialistischen Entwicklungsgesellschaft der DDR unter, so daß strukturelle Wachstums- und Steuerungsprozesse niemals auf Kosten oder zuungunsten einzelner Sozialgruppen oder zentraler individueller Belange vollzogen werden. Die systematische Einfügung der genossenschaftlich organisierten Landwirtschaftsbetriebe in die industrialisierte Nahrungsmittelproduktion mit ihrer betriebstechnisch wie menschlich-sozial rücksichtsvollen Methodik, die bei aller Zukunftsorientierung der Gesamtentwicklung nie die Würdigung der Ausgangstraditionen und der sozialpädagogischen Problemschwellen vergißt, muß schlechterdings als Muster dieser humanen Kombination von technisch-effektiver Zukunftsplanung und geschichtsbewußter Gesellschaftspolitik angesehen werden.

Damit aber ist der eigentlich sehr viel aufregendere Bereich der qualitativen Veränderungen und Erfolge der Entwicklung der DDR berührt; er erschließt sich meist nicht dem ersten, sondern fast durchgängig erst dem prüfenden und analysierenden zweiten und dritten Blick; er ist letztlich die Grundlage der quantitativen Erfolge der DDR, und eben darum kann selbst ein kurzer Rückblick auf zwanzig Jahre DDR auf seine Würdigung keinesfalls verzichten.

Das Entscheidende an den ersten zwanzig Jahren DDR ist die Tatsache, daß in dieser historisch relativ kurzen Epoche mindestens ebenso tiefgreifende und weitreichende Veränderungen in Gefüge und Orientierung ihrer Gesellschaft Wirklichkeit geworden sind wie in der Zeit von 1792 bis 1932 für ganz Deutschland. Die Vollendung der bür-

gerlichen Revolution in der DDR und ihre Fortsetzung als sozialistische Umstrukturierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in einer systematisch Realitäts- und Bewußtseinsveränderungen verbindenden Phasenfolge hat viele traditionelle deutsche Erbübel an der Wurzel gepackt und eine positive Wiederaufnahme mancher verschütteter guter deutscher Tugenden und Entwicklungsansätze ermöglicht. Nach ihrer durch den Faschismus erzwungenen Verbannung aus Deutschland in den Jahren 1933 bis 1945 konnte die deutsche Arbeiterbewegung im Bereiche der DDR Lehren aus der Vergangenheit ziehen und mit Unterstützung internationaler Bruderorganisationen vor allem aus dem Bereich des nach 1945 entstandenen sozialistischen Staatenbündnisses die erste Gesellschaft der deutschen Geschichte zur Wirklichkeit erarbeiten, die nach den Vorstellungen ihrer Lehrer Marx und Engels konzipiert ist. Die scheinbar unentrinnbare Krisenfolge der an der unvollendet gebliebenen und im Faschismus sogar rückläufig gewordenen bürgerlichen Revolution kranken deutschen Geschichte war damit wenigstens in einem Teil Deutschlands außer Kraft gesetzt, wenn auch die zwischen 1878 und 1945 eingetretene Verfestigung vieler antidemokratischer Denk- und Verhaltensweisen im deutschen Volks-Charakter auch im Bereich der DDR zu einer Erschwerung der Wiederaufnahme und Weiterführung der progressiven bürgerlichen und sozialistischen Traditionen geführt hat. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Anerkennung der zwischen 1945 und 1950 entstandenen Nachkriegsordnung Europas, die Freundschaft mit der jahrzentelang vom nationalistischen Teil des deutschen Bürgertums verketzerten Sowjetunion, die Überwindung von Rassismus und Faschismus als gesellschafts- und menschenprägender Deformations- und Regressionskräfte, die gesellschaftliche und individuelle Emanzipation der ausgebeuteten und benachteiligten Schichten und Sozialgruppen des deutschen Volkes, besonders der Arbeiter und der Frauen, der Übergang zu einem umfassenden Bildungs- und Ausbildungssystem als Grundlage wirtschaftlicher Produktivität und humaner Universalität des Kulturlebens, die Entwicklung neuer Prinzipien unaufhebbarer deutscher Friedenspolitik, die Voraussetzungen schaffen kann dafür, daß von Deutschland niemals wieder Kriege und Ausplünderungsaktionen gegen andere Völker ausgehen können, die Erarbeitung moderner Techniken der Wirtschaftsentwicklung im Einklang mit dem Wunsch nach wachesnder Demokratisierung und Vermenschlichung ihrer Realisierungsprozesse, Erscheinungsformen und Zielsetzungen, die Wiedergewinnung zeitweise „verlorener" bürgerlicher Schichten zur Vollendung und sozialistischen Weiterführung der bürgerlichen Revolution, deren Erfolg an den Formen und Ergebnissen der international fast einzigarten politisch-sozialen Bündnispolitik der Parteien und Organisationen der Nationalen Front der DDR zu erkennen ist, die fundierte progressive Zukunftsplanung auf der Basis des klaren Überwiegens der sozialistischen Kräfte der Gesellschaft, nicht zuletzt all die Hoffnungen, die von der wachsenden Realitätsquote dieser und anderer ungenannter Einzelfaktoren bis weit jenseits der Grenzen dieses sozialistischen deutschen Staates ausgehen: diese Realitäten, diese Guthabenposten der jüngsten deutschen Geschichte sind nicht nur Kennzeichen der Deutschen Demokratischen Republik, sie sind zum Unterpfand und zum Ansporn progressiver Orientierungen im gesamten deutschen Volk geworden. Die Bevölkerung der Bundesrepublik und das Stadtvolk Westberlins befinden sich zwar mehrheitlich noch tief in den Fängen der antidemokratischen, antiprogressiven Strukturen und Gewohnheiten, die mit Inkrafttreten des Bismarckschen (Anti-)Sozialisten-Gesetzes von 1878 dominierend geworden

sind, aber die mit der DDR immer wirklicher und wirksamer gewordene progressive deutsche Alternative übt, wie die innenpolitischen Entwicklungen in der BRD und in Westberlin erkennen lassen, einen stimulierenden und lehrreichen Einfluß aus, der nicht etwa das Ergebnis einer Einmischung von außen, sondern vielmehr der immer bewußter erkannten Widersprüche des regressiven und repressiven alten kapitalistischen Gesellschaftssystems ist, das nach 1948 in der BRD restauriert und vielfach gewaltsam konserviert wurde.

Gerade aus diesen innen- und sozialpolitischen Einsichten vieler Deutscher außerhalb der DDR entstand die kräftigste und konsequenteste Befürwortung voller und allseitiger Anerkennung der DDR. Außen- und friedenspolitische Argumente haben nicht die Überzeugungskraft entwickeln können, die von den struktur- und sozialpolitischen Motivationen der jüngsten Phase der Anerkennungsbewegung ausgeht. Prof. Jürgen Kuczynski sagt dazu in seinem Buch „So war es wirklich. Ein Rückblick auf 20 Jahre Bundesrepublik": „Und damit begann ... ein Nachdenken in der Haltung zur DDR — für ihre Anerkennung, für Verhandlungen mit ihr als einem souveränen Staate —, bis im April 1969 sich ganze Landesverbände der SPD — Hessen-Süd und Schleswig-Holstein — für die Anerkennung der DDR aussprachen."

Es wäre eine Verkennung der politischen Realitäten, in der Anerkennung der DDR nur einen etwa karitativen Akt mit normalisierender Entspannungswirkung zu sehen. Die Anerkennung der DDR ist für die Bundesrepublik der entscheidende Schritt, der sowohl die Liquidierung der nationalistisch-expansiven deutschen Vergangenheit als auch die Eröffnung der längst fälligen Orientierung auf universelle und nicht nur einseitig westliche Friedenspolitik freigeben könnte. (Die Formel „Liquidierung der Vergangenheit" stammt aus dem Young-Plan von 1929. Weil sie damals nur kommerziell-finanztechnisch, nicht aber inhaltlich-politisch konzipiert und garantiert wurde, ist dieser erste internationale Versuch, schlechte Vergangenheiten durch langfristige Friedensplanungen — damals bis 1988 — zu überwinden, sehr bald an der Reaktion der nationalistischen deutschen Bourgeoisie gescheitert.) Die Aufhebung der Quarantäne-Androhung der Hallstein-Doktrin gegenüber westlichen und neutralen Staaten genügt also bei weitem nicht der Forderung nach voller Normalisierung der innerdeutschen Staatenbeziehungen: die Bonner Regierung muß ihrerseits den völkerrechtlichen Anerkennungsakt vollziehen und die Großmächte, deren NATO-Partner sie ist, um die Aufhebung der diskriminierenden Kompetenz und Funktion des Allied Travel Board in Westberlin und der anachronistischen Siegerrechte bitten, die der staats- und völkerrechtlich uneingeschränkten Wahrnehmung der Hauptstadtfunktion Ostberlins im Wege stehen. Damit würden auch die letzten Hemmungen der Warschauer-Pakt-Staaten einschließlich der DDR entfallen, Westberlin einen vollen Unabhängigkeitsstatus einzuräumen, dem jetzt ja außer dem Besatzungsstatus der Westmächte und der Vormachtstellung der Bonner Parteien in Westberlin auch die siegerrechtliche Kontrollverantwortung der Sowjetunion für Westberlin noch im Wege steht.

Die politischen Probleme der BRD, Westberlins und der vertraglichen Fixierung der bestehenden Friedensordnung Europas hängen aufs engste mit der Frage der Anerkennung der DDR auch und besonders durch Bonn zusammen. Auch die zur Zeit nächstliegende internationale Frage, die universelle Inkraftsetzung des Atomwaffensperrvertrages, die von seiten der BRD infolge ihres Anti-Status-quo-Kurses blockiert wird, könnte im Zuge schrittweiser Realisierung der auch im Eigeninteresse der BRD liegenden Anerkennungspolitik positiv gelöst wer-

den. Es war sicher nicht nur eine symbolisch gemeinte Zeitdisposition, daß die Volkskammer der DDR einige Tage vor der Bundestagswahl den Sperrvertrag billigte und einen Tag danach der Vorsitzende des Staatsrates ihn ratifizierte; als Anregung für den neuen Bundestag, bald entsprechend zu handeln, sollte diese relative Gleichzeitigkeit staatlich bedeutsamer Vorgänge hüben und drüben durchaus aufgefaßt werden.

In Wirtschaft, Verkehrs- und Postwesen, Sport und Wissenschaft zum Beispiel ist die DDR auch von bundesdeutscher Seite schon lange anerkannt; in Kirchenfragen vollzieht sich dieser Anerkennungsvorgang in diesen Wochen und Monaten vor unseren Augen: mit der Gründung des evangelischen DDR-Kirchenbundes in Potsdam-Hermannswerder ist der aussichtslos einseitigen EKiD-Kirchenpolitik die letzte Basis verloren gegangen. An der alternativ zu beantwortenden Frage, ob der Westberliner Teil des fiktiv noch einheitlichen Bistums Berlin-Brandenburg fernerhin zur EKiD, zum DDR-Kirchenbund oder als eigenständiges Bistum zur großen Zahl der universell kontakt- und handlungsfähigen Mitglieder des Ökumenischen Rates der Kirchen gehören soll, wird sich der Stand der Anerkennungsfrage auf diesem wichtigen Teilgebiet des öffentlichen Lebens in BRD und Westberlin ablesen lassen.

Nach der vielfältigen Zustimmung, die der Budapester Appell der Staaten des Welttreffens für Frieden Ende Juni 1969 und die Grundforderungen des Berliner Wettreffens für Frieden Ende Juni 1969 fast überall erfahren haben, ist es deutlich geworden, daß die Anerkennungsfrage weniger ein Problem der DDR, sondern mehr noch das der Bundesrepublik geworden ist: auch vielen internationalen Partnern und sogar Bundesgenossen der BRD ist jetzt klar bewußt, daß Bonns Anti-Status-quo-Haltung das zur Zeit größte Hindernis für die garantierbare völkerrechtlich-vertragliche Besiegelung der europäischen Sicherheits- und Friedensordnung ist. Die am Tage der Bundestagswahl erschienene Publikation des früheren Westberliner Regierenden Bürgermeisters Heinrich Albertz, die ihrem Titel gemäß „Konsequenzen" aus der Vergangenheit und aus der gegenwärtigen Lage zu ziehen empfiehlt, ist das innenpolitische Pendant dieser internationalen Urteilstendenz. Eine neue Bundesregierung Brandt-Scheel, die nach zwanzig Jahren BRD und DDR die von Albertz aufgestellten Kriterien der Anerkennung einschließlich der Akzeptierung der vollen Hauptstadtfunktion DDR-Berlins respektieren und als Richtpunkte ihrer innerdeutschen Politik benutzen würde, leistete für Europa, für alle Menschen, die unter der gegenwärtigen Spannungsform der Koexistenzpraxis leiden, für die Anbahnung menschlicher und friedlicher Zukunftsverhältnisse einen wichtigen und hoffnungweckenden Dienst. Vielleicht trifft es sich zeitlich gut, daß der 7. Oktober, der zwanzigste Jahrestag der DDR, so kurz vor der neuen Bonner Regierungsbildung stattfand: das nationale und internationale Echo auf zwanzig Jahre deutscher Geschichte in der DDR könnte dazu beitragen, nach zwanzig Jahren versäumter innerer und äußerer Möglichkeiten auch in Bonn der politischen Vernunft eine Gasse zu bahnen. Klaus Ehrler

Gespräche in Moskau, Warschau, Berlin

Eine aus Prof. Werner Bartsch, Arno Behrisch, Karl Freitag, Hermann Gautier, Josef Weber und Pfarrer Heinrich Werner bestehende Delegation der Aktion Demokratischer Fortschritt hielt sich vom 25. August bis 3. September 1969 in Moskau, Warschau und Ost-

berlin auf. Sie führte in Moskau ausführliche Gespräche mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Union der sowjetischen Gesellschaften für freundschaftliche und kulturelle Beziehungen mit dem Ausland, Viktor Groschkow, dem Leiter der Abteilung für die deutschsprachigen Länder im sowjetischen Außenministerium, Valentin Falin, dem stellvertretenden amtierenden Außenminister Wladimir Semjonow und dem stellvertretenden amtierenden Ministerpräsidenten Dimitri Poljanskij; in Warschau mit den Spitzen des Komitees der Nationalen Front, mit Dr. Mieczyslaw Tomala und seinen engsten Mitarbeitern vom Polnischen Institut für internationale Fragen, dem stellvertretenden amtierenden Außenminister Josef Winiewiecz, dem stellvertretenden amtierenden Parlamentspräsidenten Jan Karol Wende und einer Gruppe von Abgeordneten des Sejm; in Ostberlin mit dem stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden Dr. Heinrich Homann (NDPD), dem Volkskammerpräsidenten, Gerald Götting (CDU), und dem Staatsratsvorsitzenden, Walter Ulbricht.

Die Hauptthemen waren: Europäische Sicherheitskonferenz und europäisches Sicherheitssystem, die Zwischenstaatlichen Beziehungen, der Atomwaffensperrvertrag, der Neonazismus in der Bundesrepublik, Westberlin.

Die Delegation hatte sich nicht die Aufgabe gesetzt, „den deutschen Standpunkt" darzulegen. Es kam ihr vielmehr darauf an, aufzuzeigen, daß es in der Bundesrepublik eine stetig wachsende Zahl von Menschen gibt, die entschlossen sind, die Bonner Träumereien an braunen Kaminen zu beenden und endlich vom Boden der Realitäten aus Politik zu machen. Es kam uns also vor allem darauf an, zuzuhören und dabei zu ergründen, warum unsere Nachbarn im Osten so denken und handeln, wie sie es tun. Wir wollten herausfinden, welche Möglichkeiten für eine aktive Bonner Entspannungs- und Friedenspolitik gegeben sind.

Mit besonderem Interesse wurde in Moskau die Kritik der CDU/CSU an den Reisen von FDP- und SPD-Delegationen nach Moskau registriert. Die Bemerkung, man sei „mit leeren Händen zurückgekommen", wurde als Beweis für das komplette Unverständnis der CDU/CSU notiert, auch nur zu begreifen, worum es geht. Gilt es doch vorab, die Berge von Mißtrauen und auch von Mißverständnissen abzutragen, die nicht zuletzt durch die Bonner Politik aufgetürmt worden sind. Die Hauptaufgabe ist es, V e r t r a u e n zu säen, bevor man ernten und aus dem Osten mit vollen Händen heimkehren kann. Die ADF-Delegation hat Vertrauen gefunden, Vertrauen geschaffen und Vertrauen hinterlassen. Insofern war sie ein voller Erfolg.

Im folgenden gibt der Verfasser aus seinem Stenogramm die wichtigsten Stellungnahmen der jeweiligen Gesprächspartner der ADF-Delegation wieder.

E u r o p ä i s c h e S i c h e r h e i t s k o n f e r e n z , e u r o p ä i s c h e s S i c h e r h e i t s s y s t e m

Moskau: Seit einer Generation hat Europa Frieden. Die Sowjetmacht ist stolz darauf, sehr wesentlich dazu beigetragen zu haben, daß die Hunde des Krieges an der Kette liegen. 25 Jahre Frieden, das ist die Grundlage, auf der gebaut werden muß. Diese Grundlage umfaßt auch die seit 25 Jahren bestehenden Grenzen. Der Gedanke, sie ändern zu wollen, ist lächerlich und gefährlich. Wir werden keine Zugeständnisse machen hinsichtlich der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges. Die Grenzen sind unantastbar. Und es bestehen zwei deutsche Staaten. Das ist der Ausgangspunkt. Alles andere ist Illusion.

Die Hauptaufgabe ist die Erhaltung des Friedens. Im Kampf dafür werden wir uns nicht schonen. Der gegenwär-

tige Zustand ist zu labil. Der Frieden muß vertraglich abgesichert werden. Dem sollen Sicherheitskonferenz und Sicherheitssystem dienen. Die Aufteilung Europas in Lager ist falsch. Die Pakte sind überholt. Wir sind für die Auflösung der Pakte. Europa ist mit Waffen überladen. Wenn sie explodieren, wird es schrecklich sein. Wir meinen, es gibt für alle Völker wichtigere Aufgaben als der Fortbestand der NATO und des Warschauer Vertrages. Unsere Haltung gegenüber einer europäischen Sicherheitskonferenz ist sehr ernst. Wir schätzen den Gedanken sehr hoch. Er ist für uns keine Propaganda-Parole, sondern ein Hebel zur Entspannung in Europa. Wir müssen alles tun, damit es in Europa weder kleine noch große Kriege gibt.

Die Initiative Präsident Kekkonens wird von uns geschätzt. Nun kommt es auf praktische Schritte an. Das beginnt mit Konsultationen über Ort, Termin und Themen der Konferenz. Wir möchten alle europäischen Staaten dabei haben. Auch die beiden deutschen Staaten als gleichberechtigte Teilnehmer. Die Anerkennung der DDR ist keine Vorbedingung für die Konferenzteilnahme. Doch steht kein deutscher Staat höher als der andere. Europa hat viele Probleme und jedes Land seine Interessen. Darum muß man sich zuerst jenen Fragen zuwenden, die Hoffnung für vertragliche Regelungen bieten. Man muß also vorwärts gehen, indem man Teilprobleme löst. Es wird also eine Serie von Konferenzen nötig sein. Indem man schrittweise vorgeht, verbessert man auch die Atmosphäre. So wird es gelingen, Kultur, Wirtschaft und Politik in Europa auf einen besseren Stand zu bringen, wenn wir vernünftig an die Dinge herangehen. Die deutsch-sowjetische Frage kann nicht isoliert behandelt und gelöst werden, denn sie gehört in den Komplex der europäischen Sicherheit. Die Bonner Erklärungen sind unzureichend. Die BRD hat keine praktische Position inne. Das zeigte ihre Haltung gegenüber allen Vorschlägen für einen Friedensvertrag. Die europäische Sicherheitskonferenz ist ein neuer Versuch. Er ist lebenswichtig für uns alle. Uns kommt es primär nicht auf die Erhaltung des Bestehenden an, wir wollen langsam Besseres schaffen.

Warschau: Seit vielen Jahren ist die Aktivität Polens darauf gerichtet, die Gewichte von der militärischen auf die politische Seite zu verlagern. Der Name Rapacki steht dafür. Europa war für Polen stets wichtig. Heute ist das Generalthema unserer Politik die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern, die Zusammenarbeit mit den Staaten der Dritten Welt und die Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsstruktur. Das Bündnis mit der SU und den sozialistischen Ländern ist für Polen die Garantie seiner Existenz und einer friedlichen Entwicklung.

Gemeinsam mit den anderen sozialistischen Staaten ist Polen für eine europäische Sicherheitskonferenz. Polen hat den Gedanken schon 1964 erwogen. Auf den Konferenzen in Bukarest, Karlovy Vary und Budapest hat es das bekräftigt. Polen stellt keine Vorbedingungen außer einer: alle, auch die DDR, müssen gleichberechtigt dabei sein.

Polen legt Wert auf praktische Schritte, die wichtiger sind als Reden und Reisen. Polen legt Wert auf die Lösung der politischen Fragen. Polen erwartet von der Konferenz einen Vertrag über kollektive Sicherheit in Europa, die Anerkennung des territorialen Status in Europa, Teilschritte auf dem Gebiet der Abrüstung (z. B. Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages) und bessere kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Ostberlin: Wir sind mit der finnischen Initiative einverstanden. Europa braucht ein System kollektiver Sicherheit. Für uns ist vernünftige Politik auch friedliche Politik, und deshalb

sind wir für die europäische Sicherheitskonferenz. Jeder Staat sollte seine Vorschläge machen. Wir meinen, daß der Status quo der Ausgangspunkt ist, — das heißt: die Gleichberechtigung aller, die Souveränität aller, die Anerkennung aller Grenzen, der Verzicht auf Einmischung und der Wille zur Zusammenarbeit in Politik, Wirtschaft und Kultur.

Wir stehen nach wie vor zu den Beschlüssen von Bukarest, Karlovy Vary und Budapest. Wir bedauern, daß es keine Bonner Erklärung über die Anerkennung des Status quo gibt. Bonn meint, man müsse erst Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten führen. Dafür sind wir seit 1949 — auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Wir hoffen auf die Vernunft in Bonn, was sich in der Anerkennung der Realitäten, der Gleichberechtigung, der Grenzen und der Souveränität ausdrücken müßte.

Wir sehen vor allem den Nutzen, den ein europäisches Sicherheitssystem für die Deutschen in beiden Staaten brächte. Sie könnten durch Entspannung und Abrüstung große Energien freimachen für friedliche Vorhaben und Zwecke.

Die zwischenstaatlichen Beziehungen

Moskau: Wir wollen die Beziehungen zur BRD verbessern. Wir müssen an diese Aufgabe im Komplex und Detail optimistisch herangehen. Unsere beiden Völker haben die größten Opfer gebracht. Nun müssen sich die Friedliebenden finden. Nötig ist, daß die BRD endlich vernünftig an die Dinge herangeht. Aber der Wunsch nach Veränderung des Status quo ist unvernünftig. Was Kiesinger sagt, haben wir schon früher gehört. Gewisse deutsche Hoffnungen auf die Differenzen zwischen Sowjets und Chinesen sind kindisch und abenteuerlich.

Der heutige Spannungszustand ist eine unnötige Last. Die BRD wird auch nicht ewig auf der Scheide zwischen Krieg und Frieden stehen können. Wann hört man in Bonn auf, in einer Welt der Illusionen zu leben? Die Zusammenarbeit birgt große Möglichkeiten. Wir sind für eine breite wirtschaftliche Zusammenarbeit auf lange Sicht, wo es natürlich Vorgänge wie mit dem Röhrenembargo nicht mehr geben darf. Wir streben zeitlich unbegrenzt nach Frieden. Wir haben große Aufgaben. Unser ganzes Land ist eine Baustelle. Wir haben alles, wir brauchen nichts außer Frieden und gute Beziehungen zu allen Völkern. Doch die Bundesregierung hat Militärprogramme entworfen. Wann legt sie endlich ein Friedensprogramm vor?

Was die Beziehungen BRD—DDR betrifft, so muß man Ulbrichts Reden und Vorschläge studieren. Ohne völkerrechtliche Anerkennung der DDR ist alles sehr kompliziert. Doch wir haben Adenauer 1955 hier in Moskau gesagt, daß sein Beitritt zur NATO bedeutet, daß nicht mehr wir, sondern Ostberlin Bonns Gesprächs- und Verhandlungspartner in deutschen Fragen ist. Es ist falsch, die Realitäten nicht zu beachten, die man selbst geschaffen hat.

Die Ära Adenauer war die Zeit der verpaßten Möglichkeiten. Wir verweisen mit Nachdruck auf unsere Vorschläge von 1952 bis 1959. Unsere Vorschläge waren recht gut. Natürlich wollten wir die Prinzipien von Potsdam verwirklichen, denn der Schutz gegen eine neue deutsche Aggression ist das A und O unserer Politik, was nach unseren Leiden und Erfahrungen niemanden wundern kann. Was Adenauer verpaßte, ist nicht mehr einzuholen. Auch das muß man in Bonn begreifen. Aber das ist doch kein Grund, auch jetzt die Politik der verpaßten Möglichkeiten fortzusetzen. Wenn Bonn die Zeit verpaßt hat, so ist das nicht unsere Schuld. Adenauer war am Ende seines Lebens gegenüber seiner Ostpolitik einsichtiger, wie auch Dulles. Doch Kiesinger denkt in den Kategorien von 1950. Wir wollen keinen

Krieg. Wir wollen keine Territorien. Wir sind gute Vertragspartner. Wir wollen langfristige Regelungen, aber Kiesinger bremst.

Bonn verzögert die Gespräche über Gewaltverzicht. Bonn will keine Rüstungsminderung. Wir studieren sehr sorgfältig alle Reden aus der BRD und auch das, was geschrieben wird. Besonders das, was Strauß sagt und schreibt. Und das ist nicht ermutigend. Will die BRD denn weiterhin Störenfried Europas sein? Auch die Position der SPD ist widersprüchlich. Die „neue Ostpolitik" steckt voller unannehmbarer Klauseln. Die SPD will die Beziehungen verbessern, ist aber gegen Anerkennung, sie beruft sich auf den Briefaustausch und wirkt doch mit an Maßnahmen gegen Staaten, die sich der Hallstein-Doktrin nicht länger unterwerfen. Die „Erfolge", auf die sich die SPD-Politiker und auch Kiesinger berufen (Brief an Stoph), sind Erfolge, die man schon vor zwanzig Jahren haben konnte. Die SPD-Politik ist kurzsichtig, ist halbherzig. Wir hoffen, daß sich das ändert.

Warschau: Nichts ist wichtiger für Europa als das deutsch-polnische Verhältnis. Wir haben trotz allem, was wir erlebt haben, freundliche Gesinnung. Aber zur Liebe gehören zwei. Wir haben Sorge, nicht Angst, ob der Entwicklung in der BRD. Bonn hat offene Hegemonieansprüche gegen ganz Europa, was Strauß klar erklärt. Wir wissen, wie schmerzlich Gebietsverluste sind. Aber die Vergangenheit ist nicht zurückzuholen, denn die Vergangenheit ist Hitler, und da kommen bei uns alle Ängste zurück. Nun besteht die Grenze schon eine Generation, aber die BRD erkennt sie nicht an. Der Hinweis auf den Friedensvertrag ist unredlich und unrealistisch. Auch heißt es im Originaltext von Potsdam „Peace-Settlement", also friedliche Regelung. Solche Regelungen hat die BRD bereits mit Holland getroffen und die Aufnahme dieser Regelung in einen Friedensvertrag vereinbart. Nichts könnte die Bundesregierung hindern, auf Gomulkas Vorschlag einzugehen und mit Polen eine ähnliche Regelung zu finden wie mit Holland.

So wie Bonn den Hinweis auf den Friedensvertrag auslegt, heißt das nichts als ewigen Streit, heißt Förderung der Extremisten in der BRD, heißt einer ganzen Generation in den strittigen Gebieten geborener Polen das Heimatrecht absprechen.

Die SPD bietet bisher auch nur schöne Worte und geht den Grundsatzfragen aus dem Wege. Deutschlands Krieg verschob die Grenzen. Polen war von den Deutschen zu einer Wüste gemacht worden. Wir haben sie mit unseren Händen und fast ohne Hilfe wieder aufgebaut. Für uns ist die „neue Ostpolitik" nur die alte Ware in neuer Verpackung. Die „neue" Politik betrifft die Methoden, nicht die Ziele. Brandt sagt: Laßt uns kleine Schritte machen, für große ist später Zeit. Bei uns hat sich niemand für die Deutschlandkarte auf dem SPD-Parteitag in Karlsruhe entschuldigt. Wir fragen uns, wieso Jaksch bis zum Tode in den SPD-Spitzengremien sein konnte. Wir haben auch das Trauerspiel um Rehs beobachtet. Nie gab es klare Fronten und klare Auskünfte. Ein Lichtblick für uns war lediglich der Besuch von Klaus Schütz.

Gewaltverzicht ist nicht das, was Polen braucht. Die deutsche Okkupation war die größte Katastrophe in Polens Geschichte, mit furchtbaren Erinnerungen ohne Beispiel. Was uns besonders enttäuscht, ist, daß die „neue Ostpolitik" am falschen Ende begann. Polen und die DDR wurden ausgespart, und damit wich man den Hauptfragen aus. Die Grenzfrage ist der Prüfstein der Politik der BRD. Wir haben keine Ressentiments, sondern nur bittere Erfahrungen. Wir brauchen die volle Anerkennung unserer Grenzen, ohne Vorbehalte und ohne Ausdeutungsmöglichkeiten. Und wir brauchen die Anerken-

nung auch durch Bonn, weil auch die Deutschen in der BRD den Krieg mitverloren haben und für seine Folgen voll mitverantwortlich sind. Bonn redet an den Problemen vorbei. Der Hinweis darauf, daß wir keine gemeinsame Grenze haben, ist nur Ausflucht. Wir erwarten nach der Wahl eine eindeutige Antwort Bonns auf den Vorschlag Gomulkas vom 17. Mai 1969. Denn alles, was bisher aus Bonn gekommen ist, ist unbefriedigend. Die ganze deutsche Nation ist verantwortlich für Hitlers Krieg, und die ganze deutsche Nation, in welchem Staat sie auch lebt, muß unsere Grenze anerkennen.

Die Hohlheit und innere Unwahrhaftigkeit der Bonner Politik geht auch aus ihrer Terminologie hervor. Da ist die DDR „Mitteldeutschland". Also sind unsere Westgebiete „Ostdeutschland"! Für uns sind Merkmale eines Staates: Volk, Territorium und Regierung. Wir können die Spaltung der Deutschen nicht ändern. Das ist Sache der Deutschen selbst! Wir haben brüderliche Verhältnisse zur DDR, weil die DDR die Möglichkeit einer vorbildlichen deutsch-polnischen Zusammenarbeit jeden Tag beweist. Die DDR entstand auf deutschem Boden, und sie ist für uns eine große Hoffnung. Für uns sind freundschaftliche Beziehungen zur DDR lebenswichtig. Und wir werden nicht dulden, daß deutsch-amerikanische Raketen an unserer Grenze erscheinen. Polen schätzt die Entwicklung in der DDR hoch ein, und wir haben einen regen Verkehr mit der DDR auf allen Gebieten. Unsere Freundschaft mit den Deutschen in der DDR funktioniert nicht nur an Feiertagen. Doch wir wollen auch Freundschaft mit den Deutschen in der BRD.

Ostberlin: Die DDR ist stabil, ihr System ist gefestigt, ein Totalangriff nicht möglich, die Unterwanderung kam zu spät. Unsere Landwirtschaft ist überlegen, unsere Planung funktioniert, unser Bildungssystem ist dem spätkapitalistischen der Bundesrepublik weit überlegen. Darum sollte die Bundesrepublik eine vernünftige Politik machen: die lächerlichen Übungen mit den Graubüchern einstellen, die Lage real einschätzen, den Status quo und die Grenze zu uns anerkennen und den Kalten Krieg und die Unterwanderung aufgeben. Der 13. August hat die Ausplünderung der DDR beendet. Leipzig zeigt unser Weltniveau.

Wir leben in Frieden und Freundschaft mit Polen. An dieser Grenze steht nicht ein Soldat. Wir zeigen, was ein deutscher Friedensstaat ist. Es wäre gut, wenn Bonn dem Vertrag beitreten würde, den wir mit Polen über die Grenze abgeschlossen haben. Eine Hallstein-Doktrin haben wir nicht.

Wenn sich Bonn auf den Boden der Realitäten begibt, wenn es Koexistenz auch mit der DDR übt, dann können wir völkerrechtlich verbindliche Verträge schließen. Wir sind zu friedlicher und korrekter Zusammenarbeit bereit. Auf der Basis der Gleichberechtigung und Souveränität, versteht sich.

A t o m w a f f e n s p e r r v e r t r a g

Moskau: Der Versuch der Bundesregierung, die USA in dieser Frage umzustimmen, war so kurios, wie wenn der Schwanz den Hund umdrehen will. Unsere Haltung gegenüber der BRD in Rüstungsfragen ist klar: Keine Atomwaffen, keine Bomber, keine Raketen; konventionelle Waffen sind erlaubt. Was den Einwand betrifft, der Vertrag hindere die friedliche Nutzung der Kernenergie, so hat Botschafter Zarapkin Herrn Brandt klar erklärt, daß die BRD a l l e Rechte und a l l e Pflichten haben wird — wie a l l e anderen Unterzeichnerstaaten auch. Es gibt keine Diskriminierung und keine Bevormundung. Das haben wir auch Herrn Helmut Schmidt gesagt, und das sagte Ministerpräsident Kossygin auch Herrn Scheel.

Wir meinen, Bonn produziert lauter erfundene Befürchtungen. Wenn es echte Einwände gegen den Vertrag im Hin-

blick auf die friedliche Nutzung gibt, dann sind wir jeden Tag bereit, darüber zu verhandeln. Nur wäre die Bundesregierung gut beraten, wenn sie sich den über hundert Unterzeichnern bald anschließen würde. Ihr Zögern und ihre Vorwände machen sie verdächtig, und wir lesen deutsche Bücher zu genau, um nicht zu wissen, was Strauß wirklich will. Die Einwände der Bundesregierung sind Vorwände.

Warschau: Die Nichtunterzeichnung durch die BRD macht uns große Sorge, denn schließlich ist die BRD die wichtigste Macht in Europa. Wir bedauern das Bonner Spiel in dieser ernsten Frage. Die Bundesregierung fragt und fragt und hat auf jede Antwort neue Fragen. Das ist reine Verschleppungstaktik. Was wirklich dahinter steckt, das wissen wir aus Strauß: „Entwurf für Europa." Uns täuscht man nicht.

Ostberlin: Selbst die Lagerung von ABC-Waffen ist heller Wahnsinn. Um das zu erkennen, müßten selbst die in Bayern so beliebten einklassigen Schulen genügen. Die Bundesregierung ist auf dem Wege des Selbstmordes. Wir wollen friedlich arbeiten, wir erstreben hohe Leistungen in Wissenschaft und Technik, und darum haben wir überzeugt und konsequent den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet.

Der Neonazismus

Moskau: Wir prüfen immerzu kritisch die gesellschaftlichen Kräfte in der BRD. Wir kennen auch die Bedingungen und Voraussetzungen, unter denen die NPD herangewachsen ist. Wir beobachten die revanchistische Politik der CDU/CSU und wie sie Landsmannschaften und Soldatenverbände päppelt. Aber Moskau ist nicht Jericho: Kiesinger und Strauß stürzen keine Mauern ein, und wir sind keine Espen. Natürlich wünschen und hoffen wir auf die vernünftigen und friedlichen Kräfte in der Bundesrepublik. Die Wahlkoalition, die Heinemann zum Präsidenten machte, scheint politisch realistischer zu sein als die CDU/CSU. Vielleicht trägt die Wahl vernünftigere Menschen nach vorn. Doch wir sind bereit!

Warschau: Es ist kaum zu fassen, daß ein Land, das selbst so sehr unter dem Nazismus gelitten hat, schon wieder eine neonazistische Bewegung hat. Aber das hängt mit der restaurativen Politik nach 1945 zusammen. Die Entwicklung in Westdeutschland ist für uns nicht gleichgültig. Wir hoffen, daß die BRD den demokratischen Weg findet. Wir vermissen vor allem den Kampf von oben gegen den Neonazismus und die Erfüllung des Potsdamer Abkommens hinsichtlich der Vernichtung des Nazismus.

Ostberlin: Die NPD ist nur der herausragende Teil der neonazistischen Gefahr und Bewegung. Die Basis dafür ist die CDU/CSU, die Bundeswehr und die Landsmannschaften. Wie man Neonazismus und Militarismus mit der Wurzel herausreißt, das hat die DDR gezeigt.

Westberlin

Moskau: Westberlin hat als besondere politische Einheit Chancen. Unsere Haltung in der Berlinfrage ist ein großes Zugeständnis, denn nach den Dokumenten gehört ganz Berlin zur DDR. Die BRD hat die Lage falsch eingeschätzt. Die BRD kann Westberlin nicht beherrschen, denn Westberlin gehört nicht zur Bundesrepublik. Die Bundesregierung ist hartnäckig, und daran ist auch das Kulturabkommen gescheitert. Aber es geht auch ohne Abkommen. Wir werden auf keinen Fall die Berlinklausel der Bundesregierung akzeptieren.

Warschau: Die Erfüllung des Potsdamer Abkommens hätte ganz Berlin zur Hauptstadt ganz Deutschlands gemacht. Das Beispiel Wien und Österreich zeigen das. In Westdeutschland hat man das nicht gewollt. Man hat sich auch 1949 gegen Berlin und für Bonn entschieden. Polen teilt in der

Westberlin-Frage die Haltung seiner Verbündeten und Freunde.

Ostberlin: Wenn der Berliner Senat nicht alle Dummheiten mitmachen würde, die man sich in Bonn ausdenkt, ginge es Westberlin ausgezeichnet. Westberlin braucht keine Naziprovokationen, keine Aufzüge der Landsmannschaften, keine Teilhabe an der Rüstungsproduktion und keine Demonstrationen des Bundestages und der Bundesregierung. Adenauer und seine CDU/CSU haben doch gewollt und verfügt, daß Bonn Hauptstadt ist. Daran sollen sie sich auch halten. Westberlin ist eine selbständige politische Einheit und muß es bleiben. Wenn sich der Senat vernünftig verhält, läuft auch der Verkehr. Die Wirtschaftsmesse zeigte das. Wegen der Zufahrtswege brauchen wir keine Garantien zu geben, denn wir stören nicht. Wir akzeptieren Westberlin als selbständige politische Einheit, und das ist Garantie genug. Wir sind auch zu festeren vertraglichen Regelungen bereit, aber nicht unter chauvinistischer Begleitmusik. Die Kernfrage ist: Bonn muß auf seine Alleinvertretungsanmaßung verzichten, denn das ist eine permanente Drohung, ist eine Kriegsdrohung.

Arno Behrisch

Nixons „Anti-Hunger"-Plan

Sein langes Schweigen zu einigen der dringenden innenpolitischen Themen, vor allem zu dem überaus akuten Problem des Hungers in den Vereinigten Staaten, hat Nixon viel Kritik im Kongreß und in der Presse eingetragen. Senator McGovern, einer der liberalen Sprecher der Demokratischen Partei, veranstaltete vor einiger Zeit ausgedehnte Hearings über die traurige Lage der rund 27 Millionen Amerikaner, deren Lebensstandard so niedrig ist, daß sie selbst nach Regierungsmaßstab unterhalb der Armutsgrenze leben. Als Senator McGoverns Unterausschuß den Minister für Gesundheits-, Bildungs- und Sozialfragen, Robert Finch, im Mai dieses Jahres zur Aussage vorlud, raffte sich Nixon auf und übermittelte dem Kongreß eine Botschaft über das von der Regierung praktizierte „Gutscheinsystem". Im Rahmen dieses Programms erhalten unterprivilegierte Familien von der Regierung Lebensmittelgutscheine, für die sie in den Läden kostenlos gewisse Lebensmittel einkaufen können. Großsprecherisch wie immer erklärte der Präsident in seiner Botschaft: „Daß Hunger und Unterernährung in einem Lande wie dem unseren noch immer existieren, ist beunruhigend und darf nicht geduldet werden ... Millionen Amerikaner sind einfach zu arm, um ihre Familien ausreichend zu ernähren ... Es steht geradezu die Ehre der amerikanischen Demokratie auf dem Spiel ... Es ist der Augenblick gekommen, da der Hunger in Amerika selbst für alle Zeiten abgeschafft werden muß."

Heute, vier Monate später, wartet der Kongreß noch immer darauf, daß die Regierung einen Gesetzentwurf zur Verwirklichung dieser erhabenen Erklärung des Weißen Hauses vorlegt. Senator McGovern hat bereits die Unterstützung von 31 seiner Kollegen im Senat für einen Gesetzentwurf mobilisiert, der das derzeitige völlig unzureichende Gutscheinprogramm um das Fünffache ausweitet. Dieser Entwurf wird bei Beginn der neuen Sitzungsperiode im Kongreß zur Debatte stehen. Jede praktische Aktion ist jedoch blokkiert, da sich das Weiße Haus noch nicht in der Lage gesehen hat, dem Kongreß einen Gesetzesvorschlag zu unterbreiten.

Welches sind die grundlegenden Tatsachen des Problems Hunger in den

Vereinigten Staaten von heute? Das Statistische Bundesamt der USA gab am 18. August d. J. einen Bericht heraus, in dem mitgeteilt wurde, im Verlaufe des Jahres 1968 hätten rund 1,6 Millionen weiße und 800 000 schwarze Amerikaner „die Armutsgrenze hinter sich gelassen", während 25,4 Millionen noch unterhalb dieser Grenze lebten. Die Presse jubilierte mit Schlagzeilen wie „Zahl der Armen um zwei Millionen gesunken". Wenn man jedoch den im Januar 1969 veröffentlichten Bericht der Wirtschaftsberater des Präsidenten zur Hand nimmt, dann gab es „nach vier Jahren Kampf gegen die Armut" nur noch 22 Millionen, die unterhalb der Armutsgrenze lebten. Bei Berücksichtigung dieser Zahl ist die Zahl der Armen seit Anfang dieses Jahres um 3,4 Millionen gestiegen. In Beantwortung der vom Statistischen Bundesamt erhobenen Forderungen wird in dem am 7. August herausgegebenen Bericht Senator McGoverns festgestellt, die offiziellen Regierungsstatistiken seien politisch gefärbt. In McGoverns Bericht heißt es:

„1968 beispielsweise schätzten Regierungsstatistiker, daß die Zahl der in Armut lebenden Amerikaner zwischen 22 und 27 Millionen liegt. Mit dem Amtsantritt der Regierung Nixon wurde jedoch die höhere dieser beiden Zahlen ohne weitere Erklärung fallengelassen und stattdessen nur noch die Zahl von 22 Millionen verwendet, obwohl wenige Experten das für korrekt hielten."

McGovern sagte voraus, der neue Statistische Bericht für 1969 werde die wirkliche Zahl zwischen 25 und 26 Millionen angeben. Was er nicht vorhersehen konnte, war, daß man durch Wiedereinführung der fallengelassenen höheren Zahl von 27 Millionen seitens der Regierung den Eindruck erweckte, als habe sich die Zahl tatsächlich um 2 Millionen verringert, obwohl sie in Wirklichkeit gestiegen ist. Wie groß auch immer die wirklichen Zahlen sein mögen: jeder zwanzigste Amerikaner lebt heute von Wohlfahrtsunterstützung; das ist in Regierungserklärungen festgestellt worden. In den Großstädten ist dieser Prozentsatz noch schlechter: in New City ist beispielsweise jeder Achte Wohlfahrtsempfänger. Jedes Jahr steigt die Zahl der Wohlfahrtsempfänger um zehn Prozent. Die Lage ist katastrophal geworden.

Am 9. August kündigte Präsident Nixon in einer vom Fernsehen übertragenen Rede an die Nation sein neues Wohlfahrtsprogramm an. Es besteht aus vier Teilen: 1) einer vollständigen Ablösung des alten Systems durch ein neues; 2) einem umfassenden neuen Berufsausbildungs- und Arbeitsvermittlungsprogramm; 3) der Reorganisation des Amtes für Wirtschaftsberatung und 4) dem Beginn einer Beteiligung der Staaten an den steuerlichen Einkommen auf Bundesebene.

Nixon nannte das gegenwärtige Wohlfahrtsprogramm einen „kolossalen Mißerfolg" und erklärte, es bringe „die Staaten und Städte an den Rand einer finanziellen Katastrophe und entspricht nicht den elementaren menschlichen, sozialen und finanziellen Bedürfnissen der Armen". Er sprach von der ungleichen Höhe der gegenwärtigen Wohlfahrtsbeträge, die in den verschiedenen Staaten für eine Mutter mit drei Kindern zwischen monatlich 263 Dollar und 39 Dollar schwanken.

Nixons aufsehenerregendster Vorschlag bestand darin, die Regierung solle „eine Einkommensgrundlage für jede amerikanische Familie mit abhängigen Kindern, die nicht für sich selbst sorgen kann, schaffen". Diese festgesetzten Mindestzahlungen würden sich auf bis zu 1600 Dollar jährlich belaufen, wozu die Staaten noch ihre eigenen Wohlfahrtsbeträge hinzufügen würden. Eigener Verdienst bis zu 60 Dollar pro Woche werde erlaubt sein, ohne daß diese Wohlfahrtsbeträge gekürzt würden. Eine siebenköpfige Familie, die im Jahr 3000 Dollar verdient,

würde damit 1360 Dollar von der Regierung erhalten.

Jeder Wohlfahrtsempfänger muß Arbeit oder Ausbildung zur Arbeit annehmen, „vorausgesetzt, es stehen örtlich geeignete Arbeitsplätze zur Verfügung, oder die Transportmöglichkeiten zu entfernter liegenden Arbeitsplätzen werden gestellt". Neue Tagesstätten für Kinder sollen es Müttern ermöglichen, auch zu arbeiten. Die Einrichtungen zur Berufsausbildung sollen dezentralisiert werden, um sie örtlicher Verwaltung zu unterstellen. Schließlich sollen die Staaten größere Verantwortung für das Wohlfahrtsprogramm übernehmen; dies soll ihnen dadurch ermöglicht werden, daß ein Teil der Bundessteuern an sie zurückfließt. Dieser „neue Föderalismus", wie Nixon ihn nennt, wird etwa im Jahre 1971 beginnen. Die veranschlagten Kosten werden sich auf 4 Mrd. Dollar im Jahr belaufen. Dieses Programm soll an die Stelle des Systems der Lebensmittelgutscheine treten, außer im Falle Alleinstehender oder kinderloser Ehepaare. Nun sind 87 Prozent der Empfänger von Lebensmittelgutscheinen abhängige Familien, die, wenn das Gutscheinsystem ausläuft, finanzielle Einbußen zu erleiden hätten. Zwar ist es wahr, daß Familien, die in Alabama, Mississippi, South Carolina und Texas leben (wo zur Zeit die Wohlfahrtsbeträge erheblich unter dem empfohlenen Minimum liegen), ihren Lebensstandard verbessern werden. In den übrigen Teilen des Landes und insbesondere in den Großstädten kann das endgültige Ergebnis durchaus ein weiteres Absinken bewirken.

Am fragwürdigsten sind die Bestimmungen, daß Wohlfahrtsempfänger „passende Arbeit" anzunehmen haben, ohne daß dabei von Löhnen und Gehältern die Rede ist. Im reaktionären Süden wird dies wahrscheinlich dazu benutzt werden, das gegenwärtige Lohnniveau zu drücken. Oder es könnten auf Grund dieser Bestimmung Streikbrecher gestellt werden, die gezwungen sind, unterhalb der gewerkschaftlichen Lohngrenze zu arbeiten, wenn sie nicht alle Unterstützungsgelder der Fürsorge verlieren wollen. George Meany, der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes AFL-CIO, hat bereits darauf hingewiesen, daß „im Gegensatz zur öffentlichen Meinung auf den Listen der staatlichen Wohlfahrt

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

weniger als 100 000 arbeitsfähige Männer stehen; die Zahl der Aushilfsarbeiter wird davon nur verschwindend abweichen".

Seine Botschaft an den Kongreß zu Fragen der staatlichen Wohlfahrt begann Präsident Nixon mit folgenden Worten: „Die Größe einer mächtigen Nation kann an der Lebensweise gemessen werden, die sie denen ermöglicht, die es nicht schaffen, ihr Auskommen zu finden." Aber in den Vereinigten Staaten von heute mit all ihrer Macht und all ihrem Reichtum erhalten die Alten, Blinden und Invaliden das fürstliche Minimum von 65 Dollar monatlich! Das von Nixon vorgeschlagene Mindesteinkommen von 1600 Dollar im Jahr für eine vierköpfige Familie basiert auf einem vom Landwirtschaftsministerium so betitelten „Ernährungs-Sparhaushalt". Im vergangenen Jahr machte das Landwirtschaftsministerium warnend darauf aufmerksam, daß dieser „Sparhaushalt" lediglich für den „Notfall" vorgesehen sei, und empfahl stattdessen einen um 25 Prozent teureren „billigen Ernährungsplan". Unterhalb dieser Grenze leben nach Angabe des McGovern-Reports 38 Millionen Amerikaner, unter ihnen die Hälfte aller schwarzen Familien der USA. Viele der sogenannten „gutbezahlten Arbeitnehmer" verdienen übrigens beträchtlich weniger, so etwa Beschäftigte in Dienstleistungsbetrieben, die 3600 Dollar verdienen, Farm-Arbeiter mit einem Jahreseinkommen von 854 Dollar usw.

Alles in allem ist das Wohlfahrtsprogramm des Präsidenten ein ausgezeichnetes Beispiel für den Stil seiner Politik. Er zögert nicht, in seine Vorschläge manches aus früheren Plänen der Demokraten für ein „garantiertes Jahreseinkommen" aufzunehmen, obgleich er große Anstrengungen unternimmt, um zu betonen, daß seine Vorschläge mit denen der Demokraten nichts zu tun haben. Gleichzeitig verkörpert sein Programm die traditionelle konservative Philosophie, die auf die calvinistische religiöse Regel zurückgeht, nach der nur die Arbeitswilligen essen sollen. Das Programm wird von Nixon als Beispiel für den „Neuen Föderalismus" bezeichnet, weil es einiges aus den Steuereinnahmen des Bundes mit den Staaten teilt. Was er jedoch nicht sagt, ist, daß nur die konservativen Südstaaten von dieser Verteilung des Steuereinkommens profitieren werden, wo Mr. Nixon eifrig darauf bedacht ist, bei den Südstaaten-Demokraten seine politischen Schulden dafür zu bezahlen, daß sie ihrer Partei abtrünnig geworden waren und ihm zur Wahl verholfen hatten. Die Nordstaaten, in denen die meisten Großstädte liegen, werden eher mit höheren als mit niedrigeren Ausgaben für Wohlfahrtszwecke belastet werden.

Schon hat die Gouverneurskonferenz rebelliert, die kurz nach der Ankündigung der Wohlfahrtspläne Nixons tagte. In einer von New Yorks Gouverneur Rockefeller eingebrachten Resolution hat die Konferenz gefordert, die Bundesregierung solle das Wohlfahrtswesen der Nation im ganzen übernehmen. Da die Mehrheit der Gouverneure Nixons Republikanischer Partei angehört, dürfte diese Forderung dem Präsidenten reichlich ungelegen kommen.

In den letzten Monaten ist recht deutlich geworden, daß Nixons politische Strategie darauf abzielt, eine Koalition des rechten Flügels seiner eigenen Partei mit den reaktionären Politikern des Südens in der Demokratischen Partei herbeizuführen — in der Hoffnung, auf diese Weise den drohenden Stimmenzuwachs für den früheren Gouverneur von Alabama, George Wallace, vermeiden zu können. Wallace hatte sich als unabhängiger Präsidentschaftskandidat an den letzten Wahlen beteiligt, zehn Millionen Stimmen erhalten und wird sich im Jahre 1972 erneut beteiligen. Der Preis für diese Strategie ist nicht nur die völlige Mißachtung der liberalen Republikaner, sondern be-

steht auch in schwerwiegenden Zugeständnissen an den Süden in der Frage der Schulintegration. Diese Schulintegration ist so sehr verlangsamt worden, daß die Hälfte der Staatsanwälte in der Bürgerrechtsabteilung des Justizministeriums aus Protest mit ihrem Rücktritt gedroht haben. Es versteht sich von selbst, daß diese Politik außerdem den Zorn der schwarzen Bevölkerung erregt, was wiederum bereits in einer Reihe von Städten zu Rassenunruhen geführt hat.

Die Tatsache, daß Nixon den konservativen „Gesetz-und-Ordnung"-Richter Burger als Nachfolger von Earl Warren zum Vorsitzenden des Obersten Bundesgerichtshofes ernannt hat, und noch mehr die Ernennung eines Richters aus den Südstaaten, Clement F. Haynsworth, zum Nachfolger eines ausscheidenden Bundesrichters haben den bis jetzt liberalen höchsten Gerichtshof der USA in einen konservativen verwandelt. Da die obersten Bundesrichter auf Lebenszeit ernannt werden, wird sich diese Veränderung noch lange nach Nixons Abtreten bemerkbar machen.

Inzwischen wurde die Inflation trotz der neuen schärferen Geldpolitik, die bereits eine Rezession in der Bauindustrie herbeigeführt hat, nicht gestoppt, und der fast ununterbrochene Abwärtstrend an der Börse spiegelt das fehlende Vertrauen der Geschäftswelt in die Wirtschaftspolitik Nixons wider.

Aber das alles hat die Regierung noch dadurch übertroffen, daß sie alle Hoffnungen zunichte gemacht hat, man werde nach einer Beendigung des Vietnamkrieges — für die es noch immer kein Anzeichen gibt — mehrere Milliarden Dollar für innenpolitische Programme einsetzen können. Ein Regierungssprecher erklärte am 28. August, man werde für innenpolitische Projekte nur „Kleingeld" zur Verfügung haben, da das meiste Geld bereits für so ausgedehnte Programme wie das ABM-System verplant ist, das im Senat mit nur zwei Stimmen Mehrheit verabschiedet wurde.

Wohnungsbauprojekte des Bundes sind bereits um 75 Prozent gekürzt worden. Berufsausbildungszentren werden in allen Teilen des Landes geschlossen, und die einzig mögliche Konsequenz dieser Politik besteht in steigender Arbeitslosigkeit, mehr Unruhe in den Städten und darin, daß immer mehr Amerikaner in ihrem Lebensstandard selbst unter das inakzeptable, von der Regierung festgesetzte Einkommensminimum absinken.

Als Johnson noch Präsident war, schätzte er, 18 Monate nach einer Beendigung des Vietnamkrieges werde man etwa 19 Mrd. Dollar für nichtmilitärische Programme zur Verfügung stellen können. Die Lehren aus der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Koreakrieg zeigen, daß auch einige Zeit nach Einstellung der Kämpfe die Militärausgaben noch steigen. Niemand kann vorhersagen, wieviel die Regierung nach einem Abzug der amerikanischen Truppen für eine Unterstützung Südvietnams auszugeben plant. Schätzungen einiger führender Washingtoner Wirtschaftswissenschaftler besagen, daß die Kosten des US-Engagements in Vietnam sich schließlich und endlich auf 250 Mrd. Dollar oder sogar noch mehr belaufen könnten. Außerdem würden hier innenpolitische Überlegungen von Belang sein. Sollten die USA zum Rückzug gezwungen werden, so wird es mit Sicherheit zu einer starken Reaktion auf das kommen, was man als eine Niederlage betrachten wird. Es ist durchaus möglich, daß als Ergebnis die öffentliche Forderung nach einem größeren militärischen Establishment und nach immer kostspieligeren Waffen herauskommen wird — wenn das alles nicht schon durch die traditionellen Interessen des militärisch-industriellen Komplexes organisiert wird. Das mag finster klingen, der Realität kommt es wahrscheinlich sehr nahe. Martin Hall, Los Angeles

Karl D. Bredthauer

Nach der Entscheidung

I

Eine Entscheidung ist gefallen. Nach einem der merkwürdigsten Wahlkämpfe in zwanzig Jahren Bundesrepublik, dessen Fronten bis in die Schlußphase hinein immer wieder im Nebel verschwammen, haben am 28. 9. 1969 mit SPD und FDP die beiden Parteien die Parlamentsmehrheit errungen, die dem Wähler schließlich, wenngleich spät und schwankend genug, einen „Machtwechsel", die Verdrängung der CDU/CSU aus der Regierung versprochen hatten. Die Bevölkerung der Bundesrepublik hat damit an den Wahlurnen eine Entscheidung bestätigt, die sich in den letzten Monaten und Wochen in zahllosen Aktivitäten demokratischer Selbsthilfe bereits zunehmend deutlich abzuzeichnen begann: Der herrschende Rechtskurs und insbesondere — aber keineswegs isoliert — seine neue Speerspitze, die NPD, treffen auf um so erbitterteren Widerstand „von unten", je deutlicher sie „von oben" protegiert und forciert werden; und gegen die unsozialen Folgen eines Wirtschaftens und Haushaltens, das sich nach wie vor — in der Rezession wie in der nachfolgenden Hochkonjunktur — allein an den Interessen der Großindustrie ausrichtet und die Interessen der breiten Bevölkerung allenfalls gezwungenermaßen zur Kenntnis nimmt, hat sich gleichermaßen eine in vieler Hinsicht erfolgreiche demokratische Selbsthilfe organisiert.

Die in fast allen Gesellschaftsbereichen und in verschiedensten Organisationen und Parteien zunehmende politische Wachheit, aktive Interessenwahrnehmung und Solidarisierung hat dem Hauptträger des bisherigen Kurses, der CDU/CSU, eine politische Absage eingetragen, die im Mehrheitsverhältnis des neuen Bundestages bereits manifest ist. Die Parteien, die von dieser Absage am Wahltag — bei aller Skepsis ihrer Wähler — profitiert haben, werden diesem Votum nicht nur durch einen formalen Regierungswechsel, sondern durch einen neuen Inhalt der von ihnen geführten Regierungspolitik zu entsprechen haben — sofern ihre Chance mehr als ein flüchtiges Abbild der demokratischen Bewegung sein soll, die ja kaum der Initiative dieser ehemaligen CDU/CSU-Regierungspartner entsprungen und ebensowenig mit dem Wahltag entschlafen ist.

An den Anfängen des vergangenen Wahlkampfes steht eine SPD-Führung, die eine Koalition mit der schwer angeschlagenen CDU/CSU eingegangen ist und damit gegen den ausdrücklichen Willen der Mehrheit ihrer Mitglieder und der demokratischen Öffentlichkeit Blutspenderdienste für die Partei der Großindustrie, des Sozialabbaus und der Formierung geleistet hat, statt die Chance eines neuen Kurses im Interesse der Masse des Volkes, nicht zuletzt ja der sozialdemokratischen Mitglieder und Wähler, zu nutzen. Am Ende dieses Wahlkampfes, in dem die Kräfte der Rechten so offen und lautstark wie selten seit 1949 ihren reaktionären Kurs forciert haben, in dem aber auch ein bisher unbekannter Widerstand gegen sie sich entwickelte, erhält die SPD gemeinsam mit der FDP noch einmal die Chance, die sie drei Jahre zuvor vertan hat. Dazwischen liegen Jahre der verschärften Rechtsentwicklung, wie nach bisher jeder verpaßten

Gelegenheit, den Kurs der Bundesrepublik neu, vernünftiger und realistischer zu bestimmen.

In den Jahren der „Großen Koalition" hat in der „außerparlamentarischen" Öffentlichkeit fast allenthalben eine breite Oppositionsbewegung sich zu entfalten begonnen, deren hochschulpolitische Erscheinung die beachtetste und umstrittenste, aber keineswegs die einzige ist. Diese alle Bundestagsparteien überraschende Aktivität „von unten" hat den politischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik eine neue Qualität gegeben, die sich in den Monaten vor der Wahl mit zunehmender Stärke artikulierte; es ist allerdings einer der politischsten aller westdeutschen Wahlkämpfe geworden, wie Wehner prophezeit hatte — ohne jedoch viel zu dieser Entwicklung beizutragen.

Daß die großen Fragen, deren Lösung überfällig ist, tatsächlich am 28. 9. 1969 zumindest in Umrissen dem Wähler zur Entscheidung standen — Reaktion oder Fortschritt, Rechts- und Rüstungskurs oder Entspannungsbemühungen, echte Friedenspolitik, Anerkennung der Realitäten, Neofaschismus und Volksverhetzung kontra Aufklärung und Demokratisierung; unbeschränkte Gewalt der Großindustrie oder Kampf um Mitbestimmung und bessere Löhne und Lebensbedingungen —, das war sehr gegen die Politik auch und gerade der SPD-Führer, die den Herrschenden und der CDU den Gefallen taten, diese Grundinteressen der Bevölkerung aus dem Wahlkampf herauszuhalten und die Entscheidung auf das Niveau eines Endkampfs um den Waschmittelmarkt zu reduzieren. Aber in bisher nicht gekanntem Ausmaß brachten die Wähler selbst die Fragen auf den Tisch, die die Parteiführungen ihnen zu vernebeln gedachten.

Die bei weitem teilnehmerstärksten Kundgebungen in der Schlußphase des Wahlkampfes waren die der Bürgerinitiativen gegen Neofaschismus. Hunderttausende handelten, Bürger aus allen Schichten, junge und alte Leute, Sozialdemokraten, Liberale, Kommunisten, Christen; allein bei den beiden letzten Kundgebungen in München und Nürnberg waren es sechstausend und zwanzigtausend. Die Reaktionen der staatlichen Machtapparate und die Stellungnahmen führender Politiker wie Kiesinger, Strauß, v. Hassel entlarvten deren fortgeschrittene Gemeinsamkeiten mit den Neonazis in solchem Ausmaß, daß keine verbalen Distanzierungen von der rechten Konkurrenz mehr das Abrutschen der demokratischen Masken verhüllen konnten. Die Quittung erhielten die Hauptverantwortlichen, neben der NPD in erster Linie die CDU/CSU.

Hunderttausende waren es auch, die in diesen Monaten überall in der Bundesrepublik in bisher hierzulande ungekannter Aktivität dazu übergingen, ihre sozialen Forderungen in eigener Regie durchzukämpfen, während die großen Parteien noch eifrig das selbstgebastelte Bild allgemeiner Zufriedenheit und wunschlosen Glücks über alle Massenmedien in die Hirne der Wähler zu suggerieren gedachten. Diese aber standen bereits massenhaft im Begriff zu lernen, wie solidarische Aktionen in wenigen Tagen und Stunden berechtigte Forderungen erkämpften, die Konzerne und Behörden jahrelang verweigert oder „wohlwollend geprüft" hatten: Lohn- und Urlaubsverbesserungen in zahlreichen Betrieben; Fahrpreissenkungen in Hannover und einer Reihe anderer Orte, wo die Menschen vom passiven Murren zum selbstbewußten und solidarischen Handeln übergegangen waren. Wieder waren es die Haupteinpeitscher des sozialreaktionären Rechtskurses, die CDU/CSU (nicht nur ihr jüngster Vortrupp, die NPD), die, konfrontiert mit handelnden Demokraten, die Masken fallen lassen und Farbe bekennen mußten. Ihr erbitterter Kampf gegen die Arbeitenden und deren Gewerkschaften, gegen alle Demokraten machte sie für mehr Bundesbürger als

je zuvor unwählbar. Eine Entwicklung, von der wiederum die SPD profitierte, ohne als Partei viel Verdienst an ihr zu haben — eine Entwicklung, der gerecht zu werden für diejenigen, die bisher vorrangig nach rechts hin anpassungsbereit waren, ein — vorsichtig gesagt — problematischer Auftrag ist.

Der Bundestagswahlkampf, in dem mehr Menschen als je zuvor politische Veranstaltungen besuchten, in dem mehr Fragen gestellt wurden als in früheren Jahren, endete so in einer Polarisierung der politischen Diskussion, die SPD- und FDP-Führer zuletzt nötigte, ihren Wählern jenen „Machtwechsel" zu versprechen, den zuerst Gustav Heinemann nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten in die Debatte geworfen hatte, für CDU/CSU-Größen wie Strauß und jetzt wieder Barzel allerdings ein „böses Wort" [1])!

Was nicht nur Helmut Schmidt [2]) offensichtlich mehr als unverbindliches, aber lautstarkes Wahltheater verstanden hatte, wurde von den Wählern wörtlich genommen: sie verschafften denen, die den Machtwechsel versprachen, eine knappe, aber eindeutige Mehrheit im Parlament. Als vor Ablauf einer Woche nach dem Wahltag — abermals unter massiver Mitwirkung der Parteimitglieder und -wähler, die zu Tausenden die Vorstände beschworen, ihre Versprechen zu realisieren — die Koalitionsabmachung von SPD und FDP bekanntgegeben wurde, begann der CDU-Führung allmählich zu dämmern, daß die Absage einer Mehrheit Konsequenzen für sie haben werde. Ihre Reaktion war abzusehen: Strauß ließ keinen Zweifel daran, daß den Interessen, die er vertritt, jedes Mittel recht sein wird, auch nur den Ansatz eines wirklichen Machtwechsels zu sabotieren, zu bekämpfen. Die ernste Auseinandersetzung um einen vernünftigeren und fortschrittlicheren Kurs der Bonner Politik gewinnt jetzt erst recht erheblich an Schärfe.

II

Untersucht man näher, wie die offensichtliche politische Polarisierung, die die Verdrängung der CDU/CSU aus der Regierung ermöglichte, sich in den Wahlergebnissen der einzelnen Parteien niedergeschlagen hat, so bietet sich nach dem 28. 9. 1969 ein außergewöhnlich differenziertes Bild von Stimmverschiebungen, Wählerwanderungen und Trotz-allem-Wählern. Nur auf den allerersten Blick scheinen die Fronten kaum verschoben — wenn man etwa simpel die Stimmzahlen der rechten Parteien einerseits und die der SPD, FDP, ADF andererseits lediglich addiert und einander gegenüberstellt. Dabei fällt die neue politische Qualität, die beide Seiten mehr oder minder zu prägen begonnen hat, unter den Tisch. Schon eine relativ pauschale Einschätzung der einzelnen Parteien und der Faktoren, die ihr Abschneiden bei der Wahl beeinflußt haben, verhilft da zu verläßlicheren Erkenntnissen.

Der deutliche Rechtsruck der vergangenen Legislaturperiode, dessen auffälligster Ausdruck die Verabschiedung der Notstands- und damit zusammenhängender Gesetze ist, wurde im Wahlkampf aktiv vor allem von CDU/CSU und NPD vertreten und zeitweilig derart forciert, daß selbst Willy Brandt vor den Umrissen einer neuen „Harzburger Front" erschrak. Alle Demagogie dieser Parteien hat ihnen nicht das erstrebte Ausmaß an Wählerzustimmung eingetragen. Aber wenn auch weder CDU/CSU noch NPD ihr Wahlkampfziel, hinter dem sich bereits die

[1]) Barzel in der Fernsehrunde der Fraktionsvorsitzenden gegen 21,15 h am Wahlabend, noch siegesgewiß: „Ich habe das böse Wort vom Machtwechsel nie gemocht . . ."

[2]) In der gleichen Diskussionsrunde gab Helmut Schmidt seinem CDU-Kollegen Barzel einmalige Gelegenheit, die Glaubwürdigkeit der Unionswahlkampfführung gleichermaßen zu betonen, wie die der Sozialdemokraten in Frage zu stellen. Schmidts freundlich zuredende Replik auf die Aggressionen des siegessicheren Barzel — „der Wahlkampf ist doch vorbei" — konterte der Unionsfraktionschef so: er äußere sich nach der Wahl nicht anders als vor der Wahl: „Daran werden Sie sich gewöhnen müssen, Herr Schmidt!"

parlamentarische Fortsetzung ihrer Anti-Heinemann-Stimmkoalition vom März 1969 abzeichnete, erreichen konnten, so bleibt doch die Gefahr zumindest erhalten. In mancher Hinsicht, beispielsweise infolge von Illusionen, vorzeitige Siegesstimmung, ihrer Gegner, wird die Rechte an Gefährlichkeit gerade jetzt noch zunehmen.

Zweifellos ist es ein hervorragender Erfolg aller aktiven Demokraten dieses Landes, den sie freilich häufig genug gegen Regierungen und Behörden [3]), die sich demokratisch nennen und von Demokraten gewählt wurden, unter erheblichen Opfern durchkämpfen mußten: der Marsch der NPD auf Bonn ist erst einmal abgeschlagen. Aber es bleibt erschreckend, daß die Stimmenzahl für offene Neofaschisten sich im Vergleich zur letzten Bundestagswahl mehr als verdoppeln konnte. Und es ist eine Schande für unser Land, wenn ausgerechnet in Dachau und Berchtesgaden das Wiedererwachen der erklärten Faschisten besonders stimmkräftige Resonanz finden kann.

Denen der Einzug in den Bundestag noch einmal verlegt werden konnte, sie sitzen nach wie vor in der Mehrzahl der westdeutschen Landtage und in zahlreichen Gemeinden, und sie sind guten Mutes, im nächsten Jahr in weitere einzudringen. Die NPD ist unübersehbar ein Faktor in der Armee, in den unsterblichen Landsmannschaften und auch bereits im Polizei- und Behördenapparat, in Teilen der Presse geworden. Der braune Bazillus sitzt diesem Staat noch fest in den Knochen. Berücksichtigt man all dies und erinnert man sich, daß eine NSDAP, die 1928 mit 800 000 wenig mehr als die Hälfte der Stimmenzahl erhielt, die 1969 der NPD zufiel, zwei Jahre später, 1930, bereits auf sechs Millionen kam, so wird man die relative Niederlage des Neonazismus nicht unter-, aber auch nicht überschätzen. Der Erfolg der demokratischen Bewegung gegen den Rechtskurs muß jetzt erst recht durch die vom Grundgesetz geforderte Auflösung der NPD gesichert werden: Ein vordringlicher Auftrag für die neue Regierung, die ihre Bundestagsmehrheit eben jener Absage gegen rechts verdankt.

Wie die NPD, deren Kurs bereits eine neue Phase des Rechtsrucks einleiten sollte, so vermochte auch die CDU/CSU, nach wie vor die Hauptkraft der Rechten und der zuverlässigste Interessenvertreter der Großindustrie gegen die Volksrechte, die Bestätigung ihrer Absichten vom Wähler nicht zu erlangen. Zwar gewannen die beiden „C"-Parteien erneut fast die Hälfte der Parlamentssitze, aber trotz skrupelloser Mobilisierung aller dumpfen Aggressionen und Ängste gegen den „Machtwechsel", wie in Adenauers demagogischsten Wahlkampagnen, ging die Stimmenzahl der CDU und CSU zurück. 3 Bundesminister der Union verloren gar ihre Wahlkreise. Das erklärte Wahlziel, die absolute Mehrheit Adenauers, rückte in weitere Ferne als zuvor, und nur die Rechtswähler, die im Zeichen der Polarisierung statt FDP lieber diesmal gleich CDU oder statt schon NPD lieber noch einmal CDU wählten, retteten die Unionsparteien vor einem erheblich deutlicheren Abbröckeln ihrer Positionen. Die Schmeicheleien der Unionsführer an die Adresse der potentiellen NPD-Wähler machten sich bezahlt, werden aber auch teuer bezahlt. Der Prozeß der Aufklärung christlicher Wähler über „ihre" Partei verstärkte sich. Die Abwanderung katholischer Stimmen hielt an.

Neue Stimmen gewann die Union lediglich von potentiellen NPD-Wählern und von der äußersten FDP-Rechten, soweit diese nicht gleich zur NPD abgewandert

---

3) Bemerkenswert, wie inzwischen ein Polizeipräsident die Legitimation und Wirksamkeit der antifaschistischen Aktionen bestätigte: „Daß die NPD nicht in den Bundestag gekommen sei, sei denen zu verdanken, die den wahren Charakter dieser Partei aufgezeigt hätten und dafür auch auf die Straße gegangen seien" — so der Duisburger Polizeipräsident Jürgensen lt. „Frankfurter Rundschau" vom 4. 10. 1969.

war. Diese Verschiebungen kennzeichnen die veränderte, verschärft reaktionäre Qualität jener Parteien, die nach wie vor fast jeden zweiten Bundestagssitz besetzen. Und nie zuvor saßen dort derart zahlreich direkte Vertreter der Großindustrie.

Der verstärkte Widerstand immer breiterer Kreise gegen dieses Syndrom des Rechtskurses hat durch die Bildung der linksliberalen Koalition in ähnlicher Weise eine erste parlamentarische Resonanz gefunden wie die Impulse der demokratischen Politik mit der Wahl Heinemanns zum Bundespräsidenten ein halbes Jahr zuvor. Was die Sozialdemokraten betrifft, so reflektierten beide Wahlen ein deutliches Votum gegen die Fortsetzung der Großen Koalition. Die Versuche gewisser Anhänger dieser Koalition und des Mehrheitswahlrechts, die Stimmen der beiden bisherigen Koalitionsfraktionen säuberlich zu addieren und aus der Zunahme der Gesamtsumme ein Votum pro Große Koalition abzuleiten, sind ebenso durchsichtig wie absurd. Mögen führende Politiker beider Seiten ihre Polemik gegeneinander bis über den Wahltag hinaus letztlich als Verspottung des genasführten Wählers aufgefaßt haben — nach der Wahl konnte die SPD nicht darüber hinweggehen, daß ihre Wähler zuallererst einmal gegen die Unionsparteien votiert hatten. Die gleiche Feststellung gilt für die FDP-Führung, die nach der Plünderung ihres Wählerpotentials durch Union und NPD [4]) nur um den Preis politischen Selbstmords das „Machtwechsel"-Votum der ihr verbliebenen zwei Millionen Wähler ignorieren kann.

Die Unglaubwürdigkeiten, die die FDP-Wahlkampfführung bei ihrem Balanceakt gleichzeitigen Werbens um sozialreaktionäre wie um außenpolitisch realistischer orientierte Wählerschichten kennzeichneten, haben offensichtlich Reaktionäre kaum halten, Progressive aber nur in relativ geringem Maße vom FDP-Kurs überzeugen können. Und schon sehen einflußreiche Stimmen die Rolle der Liberalen in der neuen Regierung darin, die schmächtigen Ansätze sozialer Reformen von seiten SPD-Abgeordneter abzuwürgen. Kaum anzunehmen, daß jene Wähler, die der FDP zu der neuen Regierungschance verholfen haben, das wollten oder auf die Dauer hinnehmen werden.

Am wenigsten Aufschluß über die reale Stärke und Zunahme der im Wahlkampf von ihr vertretenen Ideen und Forderungen gibt das zahlenmäßige Wahlresultat der Aktion Demokratischer Fortschritt. So wenig freilich die enorme Politisierung des vergangenen Wahlkampfes von den Bundestagsparteien bestritten werden kann, so wenig läßt sich auch die organisierende Aktivität der Partner des linken Bündnisses in den verschiedensten Massenaktionen gegen Rechtskurs und Sozialabbau übersehen. Die meisten Menschen, die mit den Ideen und Aktionen der demokratischen Bewegung übereinstimmen und daran aktiv teilnehmen, sahen diesmal ihren ersten Erfolg in den „Machtwechsel"-Angeboten, zu denen ihre aktive Wahlkampfbeeinflussung schließlich sowohl FDP wie SPD genötigt hatte — und nahmen diese Parteien beim Wort. FDP und SPD werden nun zu zeigen haben, welche realen Ansätze einer Neuorientierung — gegen den bisherigen Rechtskurs — sie zu entwickeln vermögen. Sie müssen sich darüber im klaren sein, daß ihre Wähler wissen, wie oft die Chancen einer Erneuerung in diesem Land bereits verspielt wurden — und von wem. Es wäre gewiß ein Mißverständnis, die Wahlentscheidung gegen den bisherigen Regierungskurs ausgerechnet als unkritische Vertrauenserklärung für die bisherige Politik der FDP- und SPD-Führungen zu interpretieren. Es gibt jedoch in beiden Parteien — besonders

4) Vgl. dazu beispielsweise „Die Zeit" vom 3. 10. 1969: „Das Resümee der Wahl, Welche Wähler wanderten von wem zu wem?" und die „Süddeutsche Zeitung" vom 1. 10. 1969: „Wanderwege der Wählerstimmen (FDP verlor Konservative an CDU und NPD)".

stark, aber keineswegs ausschließlich, in ihren Jugendorganisationen — Kräfte, die aktiv die Wählerentscheidung gegen den Rechtskurs mit herbeiführen halfen. Die progressiven Kräfte in den neuen Regierungsparteien können auf die Unterstützung aller Demokraten rechnen; sie werden noch stärker als bisher gegen Einflußnahme der Herrschenden auf ihre Parteiführungen anzukämpfen haben.

III

Die Wahl ist vorbei, die Probleme sind geblieben. Die Art, in der die neue Regierung an ihre Lösung herangeht, wird dem Wähler zeigen, wie weit seine Entscheidung respektiert wird, wer sie zu ignorieren versucht. Als drei der gravierendsten Fehler des bisherigen Kurses, dem der Wahltag eine Absage einbrachte, hat an dieser Stelle Prof. Harold Rasch in seinem Aufsatz „Vor der Entscheidung" [5]) aufgezählt:

„1) Sie (bisherige Regierung und bisheriges Parlament, — d. Verf.) haben zur Befriedung Mitteleuropas trotz aller subjektiv ehrlichen Bemühungen Willy Brandts nichts beigetragen, sondern die Spannungen erhöht;

2) sie haben nichts Ernstliches unternommen, um die immer stärker werdende Macht des Großkapitals unter Kontrolle zu bekommen, sondern sich im Gegenteil dieser Kontrolle weitgehend unterworfen;

3) sie haben eine demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft nicht nur nicht gefördert, sondern die ohnehin schwachen Ansätze demokratischen Bewußtseins weiter geschwächt und so einen wesentlichen Teil unserer Jugend und damit der Zukunft verloren."

Bereits eine so kurze, notwendigerweise pauschale Charakterisierung der Hauptlinien des bisherigen Kurses, die nicht fortgeführt werden dürfen, macht deutlich genug, daß es nicht um das Auswechseln von Personen und Fraktionen, sondern um einschneidende inhaltliche Veränderungen geht. Wenn Theo Sommer in der „Zeit" die Wahlentscheidung folgendermaßen charakterisiert: „Es ist nicht gut, daß die Macht immer in den gleichen Händen ruht — dies ist das stärkste Argument für die Ablösung im Palais Schaumburg" [6]) — dann trifft er ganz gewiß nicht die drängenden Gründe, die den Wähler zu seiner Entscheidung gegen die bisherige Kanzlerpartei veranlaßt haben. Aber Sommers Äußerung, die hier für sehr viele steht, kennzeichnet genau, in welchen Grenzen die nach wie vor herrschenden Kräfte der Großindustrie einen „Machtwechsel" allein zuzulassen bereit sind. Das wäre ein Wechsel, der ihre Macht gänzlich unberührt ließe, ja konsolidieren könnte. Das, was der Wähler sich unter Machtwechsel vorgestellt hat, wäre es gewiß nicht. Das Vertrauen der Börsen in die Parteien einer SPD/FDP-Regierung, mit denen beiden die Herrschenden ja in der Tat bereits ihnen angenehme Regierungserfahrungen sammeln konnten, ist ein — freilich absehbares — Signal zu verstärkter Wachsamkeit und Aktivität für alle, die Machtwechsel nicht als formales Ritual und bloße Kostümveränderung begreifen, insbesondere auch in den beiden Parteien selbst.

Wenn jetzt schon von interessierter Seite der FDP angeraten wird, ihre Regierungsfunktion, an der „auch die SPD nur interessiert sein" könne, hauptsächlich darin zu sehen, „daß sich eine solche Regierung nicht zuletzt der vielen kühnen Forderungen ihrer ‚progressiven' Flügel zu erwehren" vermöge [7]), wenn der eben schon zitierte Theo Sommer den Vorteil der Koalition darin sieht, daß „die

5) In: „Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 9/1969, S. 915—925.
6) In: „Die Zeit", 3. 10. 1969: „Das Ende einer Herrschaft, Der Wählerauftrag: Ruck nach links".
7) „Stuttgarter Zeitung" vom 1. 10. 1969.

SPD ... den einfältigen Ostlandreitern der FDP Zügel anlegen, die FDP allzu riskant vorsprechenden Gesellschaftspolitikern der SPD Einhalt gebieten" [8]) könne, dann ist das der sicherste Weg für beide Parteien, den einzigen Rückhalt des propagierten „Machtwechsels" zu verscherzen. Die herrschenden Kräfte sind — erklärtermaßen — zu allem entschlossen, wenn es um ihre Machtpositionen geht; und ihre bevorzugten parlamentarischen Erfüllungsgehilfen, CDU und CSU, sind zwar zahlenmäßig ein wenig schwächer, aber deutlich radikaler und skrupelloser geworden. Franz-Josef Strauß kommentiert den Wahlausgang und die nächsten Ziele der Union so: „Mehr denn je hat sie die konkrete Aufgabe und das Ziel, das Schlimmste zu verhüten. Sie hat vom Wähler den Auftrag, innenpolitisch einen gefährlichen Linksrutsch zu verhindern. Sie muß noch mehr dafür sorgen, daß außenpolitisch die Weichen nicht falsch gestellt werden" [9]) — jeder kann spätestens nach der neuesten Selbstentlarvung der Unionsführer im vergangenen Wahlkampf wissen, was das heißt. Wie weit auch immer die Putschpläne rechter Offizierskreise belegt sein mögen, wie weit Franz-Josef Strauß tätiges Verdienst daran hat, als Kanzler einer Putschregierung à la Athen ausersehen zu sein — die Pressekonferenz Prof. Nordens in Ostberlin [10]) hat hierzulande zunächst natürlich das gleiche ungläubige Echo erfahren wie frühere, deren Feststellungen sich später als nur zu wahr erwiesen —, es besteht keinerlei Anlaß, daran zu zweifeln, daß die Reaktion bereitsteht, den Rechts- und Rüstungskurs weiter zu forcieren gedenkt und keinerlei Anlaß sieht, die Entscheidung für den Machtwechsel hinzunehmen.

Die SPD hat dem Wähler versprochen: „Wir schaffen das moderne Deutschland"; die FDP: „Wir schneiden die alten Zöpfe ab" und: „Sie können Deutschland verändern". Was bisher über die Koalitionsvereinbarungen an die Öffentlichkeit gedrungen ist, hat — von einigen, allerdings noch recht vagen Avancen an die Machtwechsel-Wähler (in Sachen Hallsteindoktrin, Sperrvertragsunterzeichnung, Wehrdienstverkürzung, Arbeitnehmerfreibetrag z. B.) abgesehen —, gelinde gesagt, zwiespältigen Charakter. Immer noch sollen offenbar weder die DDR noch die Oder-Neiße-Linie völkerrechtsgültig anerkannt werden. In der Verteidiungspolitik, heißt es, hält die Koalition an der „atomaren Verteidigung" fest. Wenn von der Fortsetzung der bewährten Wirtschaftspolitik die Rede ist, gleichzeitig die Mitbestimmung erneut auf den St. Nimmerleinstag verschoben wird, so hat offensichtlich eine Demokratisierung der Wirtschaft und eine sozialere Verteilung ihrer Gewinne bei den Koalitionsverhandlungen keine nennenswerte Rolle gespielt. Die Wähler werden da auf die Dauer kaum tatenlos zuschauen. Wenn SPD und FDP den Auftrag, den die ihr für einen Machtwechsel gegebenen Wählerstimmen ausdrücken, zu ignorieren gedenken, werden allein die Parteien der Rechten den Gewinn davontragen. Schon die Abwerbepraktiken der Union, Kiesingers Vorausdisposition über die Wählerentscheidungen des nächsten Jahrzehnts verraten einiges [11]). Gegen die konzentrierte Reaktion auch nur Ansätze einer Kurskorrektur durchzusetzen, wird nur mit, nicht gegen die aktiven Demokraten in diesem Lande möglich sein.

Die Veränderungen, die auf dem Katalog der Notwendigkeiten seit Jahren obenan stehen, sind durchsetzbar und müssen jetzt durchgesetzt werden, vorangetrieben vom gemeinsamen Kampf der Demokraten in allen Bevölkerungs-

---

8) „Die Zeit" vom 3. 10. 1969, ebenda.
9) Leitartikel des CSU-Vorsitzenden in der Nachwahlausgabe des „Bayernkurier" vom 4. 10. 1969.
10) Vgl. z. B. „die tat", Frankfurt/M., 27. 9. 1969: „07 — 03 — NE geheim" und „berliner extra dienst" Nr. 75/III und Nr. 78/III vom 1. 10. 1969.
11) Angebot langfristiger Zusammenarbeit in Bund, Ländern und Gemeinden — eine souveräne Mißachtung der grundgesetzmäßig föderativen Staatsstruktur; angebliche Garantie des Außenministerpostens für FDP-Chef Scheel über 10 Jahre und dergleichen mehr; vgl. dazu „Frankfurter Rundschau" vom 4. 10. 1969.

schichten und Organisationen: Stopp des Rechtskurses und Auflösung der neonazistischen NPD, Rüstungsverminderungen und Unterzeichnung des Atomsperrvertrags, Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa, Anerkennung der DDR und Verständigung mit ihr, ernsthafte Beiträge zu einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz.

Die nahezu unbeschränkte Macht der großen Konzerne muß zurückgedrängt, die Wirtschaft demokratisiert werden, ebenso andere Bereiche unserer Gesellschaft. Eine aktive Lohnpolitik und konsequentes Handeln gegen die nach der Wahl wieder einmal forcierten Preiserhöhungen sind unabdingbar. Die Kriegs- und Rüstungsforschung, die derzeit den größten Posten im Bundesetat für Wissenschaft und Forschung verschlingt, muß endlich einer Reform unseres Wissenschafts-, Schul- und Berufsausbildungswesens weichen, die den Forderungen einer demokratischen Verfassung ebenso wie den Erfordernissen der Zukunft gerecht wird. Der Stopp des Rechts- und Rüstungskurses kann die Mittel freisetzen, die für die verschleppten Reformen und Gemeinschaftsaufgaben in allen Lebensbereichen gebraucht werden. Der Kampf um „das moderne Deutschland", das nur wir selbst und nur durch aktive Mitwirkung werden durchsetzen können, tritt in eine entscheidende Phase. Weder die Arbeitenden noch ihre Gewerkschaften werden irgendeinen Gewinn davontragen, wenn sie jetzt glauben sollten, in einer Politik falscher Rücksichtnahme auf die den Herrschenden verbundene Kräfte in den Regierungsparteien stillhalten zu sollen [12]).

Ohne die massive Unterstützung der demokratischen Bevölkerung wird nun einmal kein fortschrittlicher Ansatz eine Chance im Parlament haben. Es ist das selbstbewußte Handeln der Bürger selbst, das die Reaktion zurückdrängen kann und das diese fürchtet. Springers „Welt"-Chefredakteur Kremp, der seinen ersten Wahlkommentar noch triumphierend mit dem Satz „Es gibt keinen Machtwechsel" beginnen ließ [13]), lamentierte einen Tag später: „... was vermag im Augenblick die disponierende, leidenschaftslose Vernunft wider das Sturmgefühl des Wechsels auszurichten, den man eisig und ressentimentgeladen einen Machtwechsel nennt?" [14]) Die Auswirkungen des „Sturms", den das Hausblatt der Reaktion schon als Windhauch so lebhaft bejammert, werden davon abhängen, wieviel handelnde Vernunft der Demokraten jenes „Gefühl des Wechsels" in dem Kampf um einen wirklichen Machtwechsel vorandrängen wird. Diese Entscheidung hat nach jener vom 28. 9. 1969 an Aktualität und Dringlichkeit nichts verloren. Im Gegenteil. Und sie kann nicht im Parlament fallen; nur wenn die Bevölkerung selbst sie entscheidet, wird der Bundestag an ihren Vollzug denken müssen.

12) Der DGB-Vorsitzende Vetter erwähnt in seinem Kommentar zum Wahlergebnis das Thema Mitbestimmung mit keinem Wort. Es fragt sich, ob seine zutreffende Forderung, „die Demokratie als Lebensform" müsse „in alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft" einziehen, ebenso deutlich verstanden werden wird wie die konkrete Forderung „Mitbestimmung". Vgl. „Welt der Arbeit" vom 3. 10. 1969: „Das Urteil ist gefällt".
13) „Die Welt" vom 29. 9. 1969.
14) „Die Welt" vom 30. 9. 1969.

Joachim Raschke

Mehrheitswahlrecht — Mittel zur Demokratisierung oder Formierung der Gesellschaft?

Seit der Stimmenauszählung am 28. 9. 1969 und in den darauffolgenden Koalitionsangeboten und Koalitionsgesprächen hat sich die Stellung der großen Parteien zum sogenannten Mehrheitswahlrecht in aufschlußreicher Weise präzisiert. Die ersten Hochrechnungen am Wahlabend ermunterten all jene, die nun seit Jahren das Schicksal der Demokratie von der Einführung eines „mehrheitsbildenden Wahlrechts", wie sie es nennen, abhängig sehen. Je deutlicher sich aber abzeichnete, daß die Ablösung der bisherigen Regierung mit Hilfe der FDP doch möglich sein werde, desto leiser wurden die Wahlrechtsreformer in beiden großen Parteien. Sowohl CDU wie SPD versicherten nun den Liberalen, in einer Koalitionsregierung mit der FDP werde von „Wahlrechtsreform" selbstverständlich keine Rede sein. Kurt-Georg Kiesinger versicherte: Dieses Gespenst dürfe bei einer CDU/FDP-Koalition natürlicherweise nicht im Schrank bleiben. Von Mehrheitswahlrecht ist nun seit den SPD/FDP-Koalitionsabmachungen wieder vorwiegend die Rede, um Liberale einzuschüchtern, um aus durchsichtigen Motiven die Lebensfähigkeit der „Kleinen Koalition" noch vor ihrem Regierungsantritt in Zweifel zu ziehen. So rauscht es durch den CDU-freundlichen Blätterwald: Der Wählerwille sei verfälscht worden. Das Verhältniswahlrecht zwinge den Wähler, sich am Wahltag selbst zu entmündigen. Offensichtlich sollen so Mißtrauen gegen eine links-liberale Regierung und zugleich eine Massenstimmung für jenes Wahlrecht suggeriert werden, das die politische Farbenskala des Bundestages endgültig bereinigen soll. Dem Wähler bliebe da nurmehr die Wahl zwischen Charaktermasken und austauschbaren Mannschaften. Das amerikanische Muster hätte sich endgültig durchgesetzt. Die relativ differenzierte Richtungsauswahl, die selbst unser gegenwärtiges manipuliertes Verhältniswahlrecht dem Wähler potentiell noch erlaubt, wäre dann gänzlich ins Ermessen der Parteiapparate gestellt, dem selbst für Parteimitglieder häufig undurchschaubaren und unkontrollierbaren Handgemenge der Parteigrößen überlassen. Der schnelle Positionswechsel der Parteien in einer solchen Verfassungsgrundfrage hat in diesen Wochen unübersehbar gemacht, daß es in der Mehrheitswahldebatte in Wahrheit um Manipulation zugunsten ganz bestimmter Partei- und Machtinteressen, um verschärfte Formierung, nicht aber um Demokratisierung des Wahlsystems und bessere Einflußmöglichkeiten für den Wähler geht. Da die „Reform" parlamentarisch gegenwärtig keine Chance hat, ist der Tenor in den Kommentaren ihrer Anhänger derzeit: Mit Mehrheitswahlrecht wäre alles besser gekommen, aber es hat nicht sollen sein. Auf der Grundlage solcher psychologischer Vorbereitung könnten die starken Kräfte, die in CDU wie SPD „amerikanische Verhältnisse" anstreben, die erste Gelegenheit, die Liberalen auszuschalten, um so unbedenklicher in ihrem Sinne nutzen. Da das irreführende Argumentationsmuster — „Klare Wählerentscheidung nur durch Mehrheitswahlrecht" — auch in der gegenwärtigen Situation die Diskussion bestimmt, haben wir Joachim Raschke gebeten, für die „Blätter" die realen Motive und Auswirkungen der Versuche zur Wahlrechtsmanipulation zu analysieren. D. Red.

Die Frage einer Wahlrechtsänderung hat bisher vorwiegend konservative Wissenschaftler oder — meist „liberal" eingestellte — Positivisten beschäftigt, während es nur Ansätze zu einer kritischen Analyse der Wahlrechtsfrage gibt und eine kohärente linke Position in diesem Bereich noch nicht entwickelt wurde [1]). Bei der Notstandsfrage war es eher umgekehrt: da dominierten die linken Kritiker auch im wissenschaftlichen Bereich, nachdem die Diskussion einmal in Gang gekommen war. In ihrer Bedeutung für die staatlich-politische Organisation steht die Wahlrechts- nicht hinter der Notstandsfrage zurück: sie regelt die Form der Machtzuweisung an die Parteien in Wahlen, während die Notstandsgesetzgebung ein Bündel außerordentlicher Machtzuweisungen für Notstandsfälle umfaßt. In beiden Fällen geht es zentral um die politische Macht, genauer: um ihre Konzentration. In beiden Fällen wird das politische Leben auch außerhalb von Wahlen bzw. Notstandsfällen stark beeinflußt.

Das relative Desinteresse der Linken an der Wahlrechtsfrage hat wohl mehrere Gründe: die Entfremdung vom parlamentarisch-politischen Betrieb, die weder Wahlen noch Wahlrechtsfragen mehr wichtig nimmt; das Fehlen einer linken Partei von relevanter Größe, deren Vorhandensein die Wahlsystemfrage für die Linken so konkret machte wie für die Liberalen das Vorhandensein der FDP; auch die Enttäuschung über die Folgenlosigkeit der oppositionellen Notstandsbewegung wirkt nach. Wenn die Einsicht wächst, daß das Wahlrecht nicht unwichtiger als die Notstandsfrage ist und daß die Wahlrechtsänderung ein weiteres Instrument zur „Schließung" eines politischen Systems ist, dann müßte es noch einmal möglich sein, wenn nicht diese Strukturveränderung zu verhindern, so doch zumindest, sie öffentlich ihres technizistischen Charakters zu entkleiden. Was hier heute an Bemühungen versäumt wird, das politische System noch einigermaßen offen zu halten, muß später vielfach an Kraft investiert werden, um das System wieder zu öffnen. Diese These läßt sich mit einem kurzen Blick in die Wahlrechtsgeschichte erhärten.

I

Das allgemeine und gleiche Wahlrecht wurde im Verlauf des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von den in den westlichen Demokratien Herrschenden nicht auf Grund einer Einsicht in den demokratischen Charakter der Wahl gewährt. Es wurde einerseits durch den Kampf der Arbeiterbewegung errungen, andererseits von den Herrschenden als Instrument der Pazifizierung eingesetzt. Der Kampf um die Erweiterung von Beteiligungsrechten wird von den Beherrschten stets geführt, um damit die Voraussetzung für inhaltliche Veränderungen durch Machtgewinnung zu schaffen. Das fürchten die Herrschenden, die die Gewährung umfassender politischer Beteiligungsrechte lange hinauszögern — in England z. B. dauerte der Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht über 100 Jahre —, dadurch den Wert des Wahlrechts erhöhen und mit seiner schließlichen Gewährung einen Beitrag zur Integration der Beherrschten in das politische System leisten. Die kanalisierende Wirkung durch Schaffung neuer, aber immer noch begrenzter politischer Beteiligungsrechte wird schließlich von den Herrschenden höher eingeschätzt als die Umsturzgefahr durch die Emanzipationsbewegung. Die kanalisierende Wirkung besteht darin, daß die Emanzipationsbewegung den Regeln des herrschenden politischen Systems unterworfen und im Rahmen des

1) Von einer linksliberalen Position aus kommt Erich Küchenhoff in einer aktuellen, auf die Bundesrepublik bezogenen Analyse der Wahlrechtsfrage zu einer negativen Beurteilung der Mehrheitswahl: Erich Küchenhoff, Volkslegitimation, Stabilität und Kontrolle des Regierens unter Mehrheitswahlrecht und Verhältniswahlrecht, in: Horst Zilleßen (Hrsg.), Mehrheitswahlrecht? Beiträge zur Diskussion um die Änderung des Wahlrechts, Stuttgart, Berlin 1967, S. 44—65. Die bisher interessanteste kritische Analyse stammt von Thomas von der Vring, Reform oder Manipulation? Zur Diskussion eines neuen Wahlrechts, Frankfurt 1968 (mit Bibliographie).

parlamentarischen Systems besser kontrollierbar und beeinflußbar wird, und darin, daß das System sich als demokratisch und erneuerungsfähig zeigt. Heute, da nur noch ein sehr begrenztes Arsenal von Pazifizierungsmitteln in der Form politischer Beteiligungsrechte zur Verfügung steht, kann das Gesagte — einschließlich der Technik der Verzögerung — am Beispiel einer Herabsetzung des Wahlalters überprüft werden, die als ein Integrationsmittel gegenüber der aufbegehrenden Jugend dienen soll.

Auch die Frage des Wahlsystems war historisch keine technische Frage, die auf Grund abstrakter Vor- und Nachteile entschieden wurde, sondern eine Machtfrage. Die Mehrheitswahl dominierte in den westlichen Demokratien bis zu Anfang des 20. Jahrhunderts. Sie war funktionsgerecht in Gesellschaften, in denen es um die territoriale Vertretung und nicht um die Vertretung von Richtungen ging, in denen die soziale Homogenität auf Grund des beschränkten Wahlrechts so weit vorhanden war, daß ein Abgeordneter „das Ganze" vertreten konnte, und in der der gruppenfreie einzelne kraft seiner Persönlichkeit idealer Repräsentant war. Das heute dominierende Argument für die Mehrheitswahl, daß sie die Bildung regierungsfähiger Mehrheiten fördere, konnte zumal dort keine Rolle spielen, wo die Regierung nicht aus dem Parlament hervorging; es ist ein sehr spätes Argument der Begründung für die Mehrheitswahl.

Die Erringung politischer Beteiligungsrechte führte logisch zur Forderung weitestgehender Gleichheit für das Wahlsystem, das hieß des gleichen Erfolgswertes aller Stimmen: also der Verhältniswahl. Der Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht verband sich mit dem Kampf um die Verhältniswahl. Die erste Phase des Erfolgs der Verhältniswahl lag in den ethnisch heterogenen Staaten (z. B. Dänemark 1955, Schweizer Kantone 1891, Belgien 1899, Finnland 1906), wo man sich vom Verhältniswahlrecht eine Minderung der Konflikte versprach [2]). In den meisten anderen europäischen Staaten hatte sich die Verhältniswahl bis etwa nach dem Ersten Weltkrieg durchgesetzt. Mehrere Faktoren wirkten zusammen: Der politische Druck der Arbeiterklasse, die Furcht der schwächsten bürgerlichen Parteien, bei Mehrheitswahl bald in sozialistisch beherrschten Parlamenten kaum oder gar nicht mehr vertreten zu sein, und schließlich die Tatsache verfassungsgebender Versammlungen in einigen europäischen Staaten nach dem Ersten Weltkrieg, die — um alle gesellschaftlichen Kräfte zu beteiligen — nach Verhältniswahlrecht gewählt wurden und aus sich heraus wiederum nur Mehrheiten für dieses Wahlrecht zustande bringen konnten [3]).

Ohne den Kampf der Arbeiterbewegung für die Verhältniswahl hätte sich dieses Wahlrecht wohl kaum in einer so großen Zahl europäischer Staaten durchsetzen lassen. Neben der Auffassung sozialer Gerechtigkeit als radikale Gleichheit waren für die Arbeiterparteien einige strategische Gesichtspunkte leitend: Senkung der Repräsentationsschwelle, genaue Messung des steigenden eigenen Erfolgs und Schwächung der bürgerlichen Parteien, die bei absoluter Mehrheitswahl im zweiten Wahlgang miteinander koalieren konnten.

Angesichts gewandelter sozialer Bedingungen hatte auch die Mehrheitswahl ihre Funktion verändert. Durch das allgemeine Wahlrecht wurde die Wählerschaft erheblich vergrößert. Das führte einerseits zum Verlust der sozialen Homogenität der Wählerschaft, die nun klassenmäßig, ethnisch, sprachlich und religiös unterschiedene Konfliktgruppen umfaßte. Zum anderen wurde die individuelle Repräsentation durch die kollektive Repräsentation der Parteien ersetzt. In die-

[2]) Vgl. Stein Rokkan, Electoral Systems, in: International Encyclopedia of the Social Sciences 1968, Band 5, S. 12.
[3]) Vgl. Karl Braunias, Das parlamentarische Wahlrecht. Ein Handbuch über die Bildung der gesetzgebenden Körperschaften in Europa, Band 2, Berlin, Leipzig 1932, S. 201 ff.

ser neuen sozialen Situation entfaltete die Mehrheitswahl vor allem die Wirkung, neu aufkommende Gruppierungen von den Repräsentationsorganen fernzuhalten oder sie unangemessen zu vertreten und die Vorherrschaft der traditionellen Führungsgruppen abzustützen. Erst wo für die Arbeiterparteien Mehrheitschancen entstanden, wurde auch für einige bürgerliche Parteien die Verhältniswahl Garant ihres Machtanteils [4]).

Die Rückkehr zur Mehrheitswahl bedeutet heute natürlich nicht die Rückkehr zum liberal-repräsentativen Parlamentarismus [5]), dessen soziale Bedingungen nicht wieder herstellbar sind. Sie führt vor allem zur Aufrichtung von Repräsentationsbarrieren gegenüber neu aufkommenden Bewegungen. Soll aber revidiert werden, was einmal erkämpft wurde, um in neuen Situationen von Unterprivilegierten erneut erkämpft werden zu müssen? Revidieren kann nur, wer davon ausgeht, daß die wesentlichen gesellschaftlichen und politischen Probleme gelöst oder von den herrschenden politischen Parteien lösbar sind, daß die jetzige Form der Demokratie stabilisierungswert ist und daß die Parteien, die von der Mehrheitswahl priviligiert werden, der abschließende Ausdruck des Volkswillens sind. Der größte Teil der Wahlrechtsdiskussion leidet darunter, daß zuviel vom Wahlrecht und zuwenig von Wahlen, von den Gesellschaften, in denen gewählt wird, und von Demokratiekonzepten gesprochen wird. In diesem Aufsatz soll das Verhältnis umgekehrt werden: nur so läßt sich m. E. der Stellenwert von Wahlrechtsänderungen bestimmen.

II

Der Wandel, den die Wahlen in den letzten 150 Jahren durchlaufen haben, ist beträchtlich: von der individuellen Konkurrenz im liberalen Parlamentarismus über Wahlen als Aktualisierungen des Klassenkampfes, ausgetragen von kollektiven Organisationen mit konfligierenden Wahrheitsansprüchen, bis zu den heutigen Wahlen von in begrenzter, formalisierter Konkurrenz stehenden, zentral geleiteten Organisationen.

Wahlen in westlichen Demokratien sind heute gekennzeichnet durch den Verlust an inhaltlicher Bedeutung, durch das Überwiegen der Integrations- und der Manipulationsfunktion und durch die Atomisierung des einzelnen im Wahlakt, bei all diesem Bedeutungsverlust aber auch durch eine propagandistische Überhöhung der Bedeutung von Wahlen.

Der Verlust inhaltlicher Bedeutung der Wahlen hängt eng mit dem Wandel der Parteien zu „Volksparteien", „Allerweltsparteien" [6]) oder „Mehrzweckparteien" [7]) zusammen, der in den westlichen Demokratien unterschiedlich weit fortgeschritten ist (am weitesten in USA und Bundesrepublik, am wenigsten weit in Frankreich und Italien). Das sind Parteien, die — wie Wirtschaftskonzerne den Markt — die Stimmen relativ stabil untereinander aufgeteilt haben und sich in Wahlkämpfen die Scheingefechte einer begrenzten Konkurrenz (ökonomisch: un-

4) Stein Rokkan, a.a.O., S. 13.
5) Für Leibholz gehört die Verhältniswahl notwendig zum modernen Parteienstaat, während der liberal-repräsentative Parlamentarismus zwingend mit der Mehrheitswahl verbunden sei. Widersprüche und methodologische Schwäche der phänomenologischen Betrachtungsweise in der Leibholzschen Wahlrechts- und Parteienstaatstheorie hat Underberg, selbst ein entschiedener Anhänger der Mehrheitswahl, treffend nachgewiesen, vgl. K. I. Underberg, Zur Wahlrechts- und Parteienstaatstheorie von Gerhard Leibholz, in: Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Jahrbuch 1967, Teil 2, Köln und Opladen 1967, S. 222—256. Obwohl Leibholz Anhänger des Verhältniswahlrechts und einer identitären Demokratiekonzeption ist (die allerdings unverständlicherweise als weitgehend realisiert ausgegeben wird), läßt sich auf seine Schriften eine kritische Position in der Wahlrechtsfrage auch deshalb nicht stützen, weil er bei der Analyse von Institutionen gesellschaftliche Realfaktoren weitgehend ausklammert.
6) Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift, 6. Jg., Heft 1, März 1965, S. 20 ff.
7) Bodo Zeuner, Innerparteiliche Demokratie, Berlin 1969.

vollständiger Wettbewerb) liefern. „Volksparteien" tendieren dazu, ihre Auseinandersetzungen zu formalisieren, das heißt von sozial-ökonomischen Grundlagen abzuziehen und den Klassenstandpunkt durch den Oppositions- bzw. Regierungsstandpunkt zu ersetzen, und das bedeutet, den Spielcharakter der Auseinandersetzungen zu betonen (das Reden von den „Mannschaften", vom „fair" und „unfair play", vom Auswechseln der Regierung — „jetzt ist die X Partei dran").

Der entscheidende Wandel der Wahlen durch den neuen Parteityp der „Volkspartei" liegt in der Reduzierung der politischen Alternativen. Im angelsächsischen Sprachraum spricht man vom Unterschied zwischen Tweedledum und Tweedledee: da ist zwar ein Unterschied, aber er bedeutet nichts. Das Gemeinsame in der Programmatik rangiert weit vor dem Trennenden. Die „Volksparteien" sind die Verwalter der spätkapitalistischen Gesellschaft, konkurrierend im Versprechen von Effektivität und im Anspruch der Qualität der Führungsgruppe und im ein oder anderen Akzent, im Grundlegenden aber identifiziert mit dem herrschenden sozial-ökonomisch-politischen System. Das heißt, sie sind ein mit unterschiedlichen Namen, Slogans, Personen und mit kleinen Sachunterschieden drapierter Ausdruck ein und derselben Politik. Die Aufforderung von Publizistik [8]) und politischer Bildung, der Bürger möge sein Auge für diese Unterschiede schärfen, ist eine Zumutung.

Mit der Reduzierung inhaltlicher Alternativen geht einher die Ausklammerung der gesellschaftlich wichtigen Fragen. Der Wähler „ist frei in dem, was zweitrangig ist, und hat keine Macht über das, was wirklich zählt: die Organisation, Ausrichtung und Bestimmung der Prioritäten der Produktion, die Beschaffung von Arbeitsplätzen, Organisation, Inhalt und Methoden des Bildungswesens, die geographische Verteilung der Investitionen, ihre Höhe usw. Alle diese Entscheidungen, die den Sinn und die Beschaffenheit der Gesellschaft bestimmen, gehören dem Bereich der Souveränität der herrschenden kapitalistischen Gruppen und des Staates an, der ihr Allgemeininteresse verkörpert, und sind von finanziellen und kommerziellen Kriterien abhängig, deren Gesamtresultate in keiner Weise dem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und menschlichen Optimum entsprechen" [9]).

Wahlen stellen in Staaten wie den USA und der Bundesrepublik keine Alternative mehr zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Demokratie; allenfalls taucht die Alternative zur bestehenden Gesellschaft in einer kleinen Partei auf, die aber keine Chancen hat, die Themen der öffentlichen Diskussion zu bestimmen oder auch nur von vielen gehört zu werden.

Die Hersteller der öffentlichen Meinung halten die Begriffe „links" und „rechts" für überholt [10]), sie begrüßen die „Entideologisierung", und sie halten die „Volksparteien" für funktional notwendig in einer Gesellschaft, von der sie sagen, sie habe ihre grundlegenden Probleme gelöst. Die „Volksparteien" haben ihre soziale Verwurzelung verloren, wollen offen sein für alle oder fast alle Gruppen und Schichten der Gesellschaft [11]) und den sozial differenzierten Status

---

8) Für viele: Günter Gaus, Bonn ohne Regierung? Kanzlerregiment und Opposition, München 1965.
9) André Gorz, Der schwierige Sozialismus, Frankfurt 1969, S. 39 f.
10) Zur Berechtigung dieser Begriffe und ihrer inhaltlichen Bestimmung vgl. Reinhard Kühnl, Rechts und links als politische Grundkategorien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, XII. Jg., Nov. 1967, Heft 11, S. 1166 ff.
11) Im Manifest „Aufruf an alle Deutsche" zur Bundestagswahl 1953 hat die CDU das Selbstverständnis einer „Volkspartei" auf eher komische Art verdeutlicht: „Die Politik der Union dient dem Wohle aller Schichten unseres Volkes in Stadt und Land, den Männern und Frauen, den Jungen und Alten, den Einheimischen, Vertriebenen und Flüchtlingen, den Arbeitern, Angestellten und Unternehmern, den Bauern, Handwerkern und Kaufleuten, den Beamten und Soldaten, den Forschern, Erziehern und allen in freien Berufen Schaffenden." Zitiert nach: Ossip K. Flechtheim (Hrsg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, 2. Band, Berlin 1963, S. 128.

quo in einem Gleichgewichtssystem halten, nicht ihn verändern. Im Unterschied zu den früheren „Weltanschauungsparteien" versuchen „Volksparteien" nicht, ein Modell der wahren Gesellschaft zu entwerfen und die Gesellschaft davon zu überzeugen, sondern passen sich dem Bewußtseinsstand der Wähler, seinen irrationalen Wünschen und Stimmungen, seiner Unaufgeklärtheit an.

Aber auch wo es noch linke Parteien gibt, ist der Bedeutungsverlust von Wahlen fortgeschritten. Das basiert auf der Erfahrung, daß auch ein Wahlsieg der Linken die Gesellschaft bisher nicht grundlegend verändert hat (z. B. Frankreich, England, Finnland). Ein Wahlsieg verschafft zwar Regierungsämter, aber keinen Zugriff auf die gesellschaftlichen Machtpositionen. Die wirtschaftlich Mächtigen z. B. können durch Investitionsbeschränkungen, Preiserhöhungen, Kapitalflucht, Entlassungen etc. ein gegen sie gerichtetes Regieren verhindern und die regierenden linken Parteien von ihren Wählern entfremden.

Wahlen sind nicht zuletzt deshalb ihrer Bedeutung entleert, weil die politischen Entscheidungen anderswo fallen: in Verhandlungen zwischen Regierung, Fraktionsführungen, Vertretern der Großunternehmen und den Führern starker Verbände. Die Parteiführungen haben nicht nur die Entscheidungskompetenz, sondern auch ein weitgehendes Monopol über die Wahlkampfthemen und — nach der Wahl — das Monopol einer Interpretation des Wählerwillens. Dabei werden sie innerparteilich nicht wirksam kontrolliert; die Oligarchisierung der Parteien und die Begrenzung innerparteilicher Demokratie ist ein weiteres Instrument der Parteiführer (vor allem der sozialdemokratischen Parteien), ihre Steuerung des spätkapitalistischen Systems gegen eine Fundamentalopposition abzuschrimen. So kann schließlich gesagt werden, das formale Zweiparteiensystem tendiere immer mehr zu einem wirklichen Einparteiensystem oder es sei nichts anderes als ein getarntes Einparteiensystem [12]).

Der Vorwurf des Manipulationscharakters moderner Wahlen meint vor allem ihre Funktion, über die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen hinwegzutäuschen. In dieser Sicht sind Wahlen Veranstaltungen, in denen — gerade indem von Freiheit gesprochen wird — der Anspruch der Menschen auf Emanzipation aus unwürdigen und irrationalen Abhängigkeiten, auf Gleichheit und auf Selbstbestimmung negiert wird. Mittel, trotz inhaltlicher Belanglosigkeit das Interesse der Wähler wach zu halten, sind das Aufbauschen kleiner Unterschiede, die verbal überhöhte Gegnerschaft zu den anderen Parteien, die instrumental eingesetzte Erregung über den Gegner, mit dem man sich sonst ziemlich gut versteht (z. B. Barzel-Schmidt). Die Anwendung kommerzieller Werbemethoden macht es schwer, den Werbefeldzug für eine Partei zu unterscheiden von der Werbung für Konsumgüter. Es sind die gleichen Agenturen, die sich einmal Texte für eine politische Ware und das anderemal für eine andere Ware ausdenken. Dabei bleibt nicht nur die Verpackung unpolitisch, auch der Inhalt verändert sich: das Image, das die Meinungsbefragung nahelegt, wird von den Spezialisten hergestellt, die politische Sachfrage bleibt solcher Imagepflege untergeordnet.

Noch nicht einmal in Wahlkampfzeiten kommt ein wirklicher Dialog mit der Bevölkerung zustande. Der Besuch von Wahlversammlungen ist normalerweise schwach, intensive und harte Diskussionen sind selten. Der Bürger verhält sich auch gegenüber der politischen Konsumwerbung passiv wie ein Konsument. Er hat keinen Einfluß auf die Kandidatenaufstellung (die vielfach die wirkliche Entscheidung über die Wahl eines Kandidaten ist), auf die Programme der Parteien (auch als Parteimitglied kaum) und auf die Wahlkampfthemen. Wahlen sind aller-

12) Lelio Basso, Zur Theorie des politischen Konflikts, Frankfurt 1969, S. 106 bzw. 127.

dings kein isolierter Vorgang, sie sind vielmehr eingebettet in die kontinuierliche Manipulation im Bereich der Sozialisation und Meinungsbildung. Von Schule und Massenmedien werden die herrschenden Ideen und Werte in den Köpfen der Menschen verankert; es ist sehr schwer, kontinuierlich wirkende, „gegendenkende" Agenturen in der Gesellschaft unterzubringen. Auch in Wahlen ist der einzelne das Objekt für Propaganda und Handlungen weniger Führungsgruppen, er ist nicht sich selbst aufklärendes, aus Abhängigkeiten sich emanzipierendes, autonom handelndes Subjekt.

Die in der klassischen Demokratietheorie bedachte Funktion von Wahlen, politische Entscheidungen des Volkes zu ermöglichen, ist verdrängt durch die andere Funktion, potentiell gesellschaftsverändernde Gruppen in das bestehende Gesellschaftssystem zu integrieren. Dabei wirkt die Integration sowohl gegenüber den Parteiführern als auch gegenüber den Wählern. Auf der Ebene der Wählerschaft fördern freie Wahlen den Glauben an den demokratischen Charakter des ganzen Systems, sie schaffen die „Illusion der Volkssouveränität" [13]). Auf der Ebene der Parteiführer trägt die Institutionalisierung der Konflikte in der Form regelmäßiger Wahlauseinandersetzungen auch zu ihrer Entschärfung bei. Dies ist nicht zwingende Konsequenz einer Institutionalisierung und war auch in Zeiten intensiver sozialer Konflikte anders, es ist aber eine häufig beobachtbare Wirkung, die sich aus der Stabilisierung von Konfliktbeziehungen ergibt. Am wichtigsten ist wohl der Anpassungsmechanismus von Wahlen, der linke Parteien zu Abstrichen vom Programm verführt, um sich dem Bewußtseinsstand von Wählern, der von den herrschenden Sozialisations- und Meinungsbildungsagenturen geprägt wird, anzupassen. Das führt in der Tendenz zu den prinzipiell allumfassenden „Volksparteien", deren vages Programm Ausdruck ihrer Meinung ist, man könne mit dem Status quo ganz zufrieden sein. Die Integration durch Wahlen kommt auch in der Hinsicht zustande, daß die Führer linker Parteien ihre Aktivität auf die Wahlen, die Parlamentsarbeit und eventuell noch auf die Regierungsbeteiligung in Koalitionen konzentrieren und dabei die Chancen außerparlamentarischer Aktionen vertun. Die Konzentration auf Wahlen und Parlament läßt die Revolutionierung der Gesellschaft aus der Gesellschaft heraus und nicht vom Staat her versäumen. Auch die gesellschaftlichen Aktionen bedürfen der Diskussion, Koordination, ja auch der Anleitung einer Partei.

Die beschriebene Integration wird hier negativ bewertet. Vielfach führte die Einbeziehung der unteren Klassen nicht zur Identifizierung mit dem System und zu einer „Beglückung" durch das System, sondern zu Resignation, individualisierter Frustration, Rückzug ins Private etc. Dort, wo die Integration zur Identifikation mit dem gesellschaftlichen System führt, kam sie bei den Abhängigen durch materielle Verführung, Delegation unwichtiger Macht und durch ideologische Verwirrung gegen ihre wahren Interessen zustande.

Ein weiterer wesentlicher Einwand gegen die Wahlen in der westlichen Demokratie bezieht sich auf die Wirkung der Wahl, die Individuen zu trennen, die Atomisierung und Vereinzelung der Bürger, die im liberalen System angelegt ist, zu vertiefen. Wahlen, wie sie heute praktiziert werden, sind ein Ersatz für die Beteiligung der einzelnen an einem aufklärerischen Diskussionsprozeß und an kollektiven Aktionen, die Aufklärung bewirken und Macht verleihen. Diese Wahlen verewigen die Ohnmacht der einzelnen und seine Vereinzelung in einer privaten Existenz, aus der er im Wahlakt nicht heraustritt. Wahlen sind ein Mittel der Isolierung der Bürger voneinander, weil Parteien mit wenig Mitgliedern

13) Ebenda, S. 38.

und Parteien ohne Mitgliedereinfluß ausreichen, um solche Wahlen zu organisieren, in denen ein gemeinsamer Wille als Addition vieler einzelner Willen zustande kommt, die präformiert sind und nur ein Reflex auf das Angebot von Parteiführungen sein können. Auch eine aus Wahlen hervorgegangene linke Mehrheit ist eine Summe abstrakter Individuen. Durch den Wahlakt ist unter ihnen keine Solidarität entstanden; zu gemeinschaftlichem Handeln, das ihre Macht erhöhte, sind sie durch die Wahl nicht instand gesetzt worden.

Natürlich sind dies keine prinzipiellen Einwände gegen Wahlen, es ist vielmehr Kritik an der Funktion von Wahlen in der spätkapitalistischen Gesellschaft. In demokratischen Gesellschaften sind Wahlen unentbehrlich, ebenso wie ein gewisses Maß an Pluralität (im Rahmen des sozialistischen Konsens) auch in der sozialistischen Gesellschaft notwendig ist, will sie demokratisch sein. Aber Wahlen haben andere Funktionen, wenn sie in einer aufgeklärten, statt in einer unaufgeklärten Gesellschaft stattfinden (in der starke Kräfte die Aufklärung systematisch verhindern), wenn sie die gesellschaftlich wichtigen Fragen zum Gegenstand machen, statt sie auszuklammern, wenn sie Teil einer politisierten, informierten, mitbestimmungsreichen, statt einer entpolitisierten, uninformierten, mitbestimmungsarmen Gesellschaft sind.

Was hier beschrieben wurde, soll wesentliche, allgemeine Merkmale von Wahlen in westlichen Demokratien zeigen; empirische Untersuchungen würden nicht unerhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Ländern ergeben, vor allem zwischen Ländern mit starken linken und solchen ohne linke Parteien. Man hat den Eindruck, daß der Grad an Mystifizierung der Wahlen als „freie Wahlen", „Ausdruck der Volkssouveränität", „Herrschaft des Volkes" etc. dort am weitesten vorangeschritten ist, wo Wahlen am bedeutungslosesten geworden sind, z. B. in der Bundesrepublik. Die propagandistische Überhöhung der Wahlen, wie sie von Parteien, Massenmedien und Einrichtungen politischer Bildung betrieben wird, ist ein Teil der Integration und Manipulation, wie sie durch Wahlen gefördert werden.

Was hat das alles mit dem Wahlrecht zu tun? Folgt man der vorhergehenden Analyse, ist die Bedeutung des Wahlrechts gering. Die beschriebene Funktion der Wahlen besteht in Systemen mit Verhältnis- ebenso wie in solchen mit Mehrheitswahlrecht. Allerdings ließe sich zeigen, daß im Mehrheitswahlsystem zusätzlich ein institutioneller Druck zur Herausbildung von „Volksparteien" besteht; der Zwang, Mehrheit zu werden, um Einfluß zu gewinnen, ist in diesem System größer als im Verhältniswahlsystem, das tendenziell zur parlamentarischen Vertretung vieler Parteien führt. Wo das Mehrheitswahlrecht verankert ist oder wo es beschlossen wird, erschwert oder verhindert man dadurch das Aufkommen von Parteitypen, die demokratischer sind als die „Volksparteien". Und daß die „Volksparteien" überwunden werden müssen, wenn die Wahlen demokratischer werden sollen im Sinne größerer inhaltlicher Bestimmtheit, größerer Aufklärungswirkung und größerer Mitbestimmung, ergibt sich aus dem vorher Gesagten.

III

In der Wahlrechtsliteratur gibt es den Versuch einer „funktionalen" Begründung der Mehrheitswahl [14]). Diese Begründung hat auch Eingang in den Bericht des

[14]) Vgl. Ferdinand A. Hermens, Helmut Unkelbach, Die Wissenschaft und das Wahlrecht, in: Politische Vierteljahresschrift, 8. Jg., Heft 1, März 1967, S. 12 f., und Horst Zilleßen, Die Wahl in der parlamentarischen Demokratie, in: ders. (Hrsg.), a.a.O., S. 16 ff.

vom Bundesminister des Innern eingesetzten Beirats für Fragen der Wahlrechtsreform gefunden [15]).

Dabei werden die Funktionen der Wahl definiert und von dieser Definition aus nach dem angemessenen Wahlrecht gefragt. Die Definitionen sind so gewählt, daß das Mehrheitswahlrecht als das entsprechende Wahlrecht zwar nicht absolut zwingend ist, aber doch sehr nahe liegt und tatsächlich immer empfohlen wird. Systematisiert man den Funktionenkatalog von Hermens/Unkelbach, Zilleßen und des Beiratsberichts noch weiter, dann erhält man eine völlige Übereinstimmung in den beiden Funktionen: 1) Schaffung einer regierungsfähigen Mehrheit und einer handlungsfähigen Regierung; 2) Schaffung einer starken Opposition. Einig ist man sich auch in der konsensualen Funktion, wobei die verwendeten Begriffe schwanken: die einen sprechen von Konsens, der andere spricht von Integration, der Beiratsbericht von der Legitimität des Parlaments; gemeint ist immer die Aufgabe der Wahl, zu einigen und Gegensätze zu überbrücken.

Als relevante Funktionsbestimmung taucht dann noch bei Zilleßen und im Kommissionsbericht die Aufgabe auf, die Bestimmung über die politische Grundrichtung zu ermöglichen. Der Beiratsbericht nennt diese Funktion an vierter Stelle, und er spricht hier sehr dunkel: „d) Die Wahl soll dem Wähler in möglichst großem Umfang eine Bestimmung über die politische Grundrichtung, und sei es in der Form der personellen Zusammensetzung der Regierung, eröffnen. Ob darüber hinaus die Stellungnahme zu den Sachfragen der Politik heute eine Funktion der modernen Wahl ist, wie dies eine Lehre von der plebiszitären Struktur der modernen Massendemokratie annimmt, kann dahin gestellt bleiben" [16]). Der „möglichst große" Umfang der Richtungsentscheidung versteht sich offensichtlich unter Berücksichtigung der ersten drei Funktionen, d. h. er soll so groß sein wie dann noch möglich — die Frage ist, ob er nicht gerade dadurch entscheidend eingeschränkt wird. Wie über eine politische Grundrichtung entschieden werden kann, ohne damit auch zu den „Sachfragen der Politik" Stellung zu nehmen, bleibt unerfindlich.

Der Beiratsbericht setzt seine funktionale Betrachtungsweise ab von einer „wertenden Stellungnahme" [17]) und verschleiert damit in der öffentlichen Diskussion den wertenden Charakter seiner funktionalen Betrachtung. In Wirklichkeit geht es bei diesen Funktionskatalogen um einen Funktionsbegriff, der nicht die tatsächliche Wirkungsweise, sondern die normativ gesetzte Aufgabe meint. Hier wäre es notwendig, das Demokratiemodell, auf das man die Funktionen der Wahl bezieht, auch ausdrücklich zu nennen. Der Beiratsbericht will die Funktionen der Wahl im Rahmen des im Grundgesetz festgelegten parlamentarischen Regierungssystems bestimmen. Interessant, weil es die Regierungsorientierung ausdrückt, ist, daß in diesem Zusammenhang nur die Art. 63—68 GG genannt werden, nicht also z. B. die Art. 20 und 21 GG! Aber auch hier kein Wort über die Alternativen einer repräsentativen oder plebiszitären Interpretationsmöglichkeit des Grundgesetzes [18]). Hier sei nur an den eigentlich selbstverständlichen Satz erinnert, daß eine Bestimmung von Funktionen bzw. der Rangordnung von Funktionen der Wahl nur im Zusammenhang mit normativ bestimmten Demokratiemodellen möglich ist. Diese Demokratiemodelle sind keineswegs beliebige Wertentscheidungen, sondern in starkem Maße sozial-ökonomisch bedingt.

15) Zur Neugestaltung des Bundestagswahlrechts, Bericht des vom Bundesminister des Innern eingesetzten Beirats für Fragen der Wahlrechtsreform, Bonn 1968, S. 12 f.
16) Ebenda, S. 13.
17) Ebenda, S. 12.
18) Für eine von der herrschenden Lehre abweichende plebiszitäre Interpretation des Grundgesetzes vgl. Wolfgang Abendroth, Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme, Pfullingen 1966.

Pahl-Rugenstein Verlag

Neuerscheinungen Herbst 1969

Friedrich Hitzer, Reinhard Opitz (Hrsg.)

Alternativen der Opposition
(Standardwerk der Außerparlamentarischen Opposition)
412 S., glanzkart., DM 12,60

Wilfried v. Bredow (Hrsg.)

Entscheidung des Gewissens
Kriegsdienstverweigerer heute
Mit einem Vorwort von D. Martin Niemöller
168 S., glanzkart., ca. DM 9,80

Robert Steigerwald

Herbert Marcuses „Dritter Weg"
366 S., glanzkart., DM 9,80

Eberhard Czichon

Der Bankier und die Macht
Hermann Josef Abs in der deutschen Politik
ca. 300 S., glanzkart., ca. DM 12,80

Wilhelm Breuer / Bernd Hartmann / Herbert Lederer

Revolution in Lateinamerika
160 S., glanzkart., ca. DM 9,80

Günter Wirth

Heinrich Böll
244 S., Leinen mit Schutzumschlag, ca. DM 12,80

Günter Wallraff

Bundeswehr — „Schule der Nation"
Berichte aus der Bundeswehr
ca. 260 S., glanzkart., ca. DM 12,80

Sammlung Junge Wissenschaft

Friedhelm Nyssen

Schule im Kapitalismus
Der Einfluß wirtschaftlicher Interessenverbände im Felde der Schule
176 S., glanzkart., DM 22,80

Wilfried v. Bredow

Der Primat militärischen Denkens
Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit
172 S., glanzkart., DM 28,50

Hans Karl Rupp

Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer
ca. 300 S., glanzkart., DM 28,50

Die genannten Funktionskataloge der Mehrheitswahlrechtler sind dem repräsentativen Demokratiemodell zugeordnet, das man heute, da es nicht mehr um die autonome Entscheidung der einzelnen Abgeordneten geht, wohl besser Führungsdemokratie nennt. In diesem Modell, das hier nicht systematisch begründet werden kann [19]), wird Demokratie nicht vom Volk, sondern von der Regierung, nicht von unten, sondern von oben her gedacht. Einer starken Regierung aus einer Partei soll eine Opposition gegenüberstehen, die im wesentlichen eine Regierung in der Reserve ist, also möglichst auch stark sein und aus einer Partei bestehen soll. Da der Volkswille — läßt man ihm freie Bahn — Wildwuchs hervorbringt, ist man berechtigt, ihn zu kanalisieren. Man darf institutionellen Druck mit dem Ziel einer Konzentration des Parteiensystems ausüben (Ideal: Zweiparteiensystem), da die begrenzte Konkurrenz zweier großer Machtapparate ein Optimum an Regierungsstabilität garantiert und sicherstellt, daß bei Unzufriedenheit die regierende Partei gewechselt werden kann. Als das eigentliche Führungsorgan im Staat wird die Regierung gesehen; schon die Mehrheit des Parlaments ist mehr Resonanzboden der politischen Führung als Beweger der Politik. Ein hohes Maß an Konsens und Integration gilt in diesem Modell als Bedingung und Ziel zugleich der so verstandenen parlamentarischen Regierungsweise. Der Konsens ist keineswegs formale Bedingung des Systems und inhaltlich beliebig aufzufüllen, sondern er umfaßt die Zustimmung zu den politischen und gesellschaftlichen Grundlagen der westlich-kapitalistischen Staaten.

Dieses Demokratiemodell ist — im politischen Richtungsbegriff ausgedrückt — rechts. Es stabilisiert Herrschaft, statt sie abzubauen, es integriert in eine Gesellschaft der Ungleichheit und der autoritären Machtpositionen, statt diese in Frage zu stellen, es denkt von der Führung und nicht vom Volk her.

Im identitären Modell von Demokratie wird tendenziell eine Selbstherrschaft des Volkes angestrebt. Wo dies aus technischen Gründen nicht realisiert werden kann, ist das Ziel, eine Identität im inhaltlichen Willen zwischen Regierenden und Regierten herzustellen. In diesem Modell sind nur die institutionellen Instrumente zulässig, die dem Volk ein Höchstmaß an Artikulations- und Entscheidungskompetenz lassen: eine Kanalisierung des Volkswillens mit dem Ziel größerer Regierungseffizienz z. B. ist unzulässig. Angestrebt wird nicht die Privilegierung der starken Parteien, sondern ein Höchstmaß an Chancengleichheit für die Parteien und an Gleichheit für die Wähler im Erfolg ihrer Stimmen. Dieses Modell ist von unten nach oben gedacht; das Parlament soll Vertretungs- und Herrschaftsorgan sein, die Regierung Ausschuß der Parlamentsmehrheit. Dominanz des nicht kanalisierten Volkswillens, tendenzieller Abbau der Herrschaft von Menschen über Menschen, Erweiterung der Selbst- und Mitbestimmung über den staatlichen Bereich hinaus, das sind einige der Kennzeichen der identitären Demokratiekonzeption, die ihre Einordnung als links rechtfertigen. Tatsächlich trifft man diese Demokratiekonzeption bei einzelnen und Gruppen, die auch in anderen Positionen als links einzuordnen sind. Identitäre Demokratiekonzeption und Sozialismus sind historisch und theoretisch eng verbunden.

Im Rahmen des identitären Demokratiemodells fällt auch die Funktionsbestimmung der Wahl anders aus. Funktionen der Wahl sind einerseits personelle Auswahl, andererseits politische Richtungsbestimmung durch die Wähler. Das erste ist eine Selbstverständlichkeit, das zweite drückt die hohe Bedeutung aus, die die inhaltliche Selbstbestimmung im radikaldemokratischen Konzept hat. Diese

19) Vgl. z. B. Joseph Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2. Aufl., Bern 1950, und Wilhelm Hennis, Amtsgedanke und Demokratiebegriff, in: ders., Politik als praktische Wissenschaft. Aufsätze zur politischen Theorie und Regierungslehre, München 1968, S. 48—64.

Definition von Funktionen ist zwar neutraler als die der Mehrheitswahlrechtler, es läßt sich aber wohl nicht bestreiten, daß sie das Verhältniswahlrecht begünstigt — wenn man davon ausgeht, daß es Aufgabe des Wahlrechts ist, die Funktionen der Wahl zu unterstützen.

IV

Es soll nun versucht werden, einige Argumente der Befürworter eines Mehrheitswahlrechts in der Bundesrepublik kritisch zu untersuchen. Dabei kann es nicht Aufgabe sein, die Fülle der Argumente zu wiederholen. Dazu wird auf die umfangreiche Literatur verwiesen. Es sollen einige zentrale Argumente vom hier skizzierten kritischen Ansatz her in Frage gestellt werden. Dabei muß die Art der Argumentation häufig sehr kurz sein.

Ein wichtiges Argument der Befürworter der Mehrheitswahl, das für sich keine demokratische Qualität hat, besagt, daß das Mehrheitswahlrecht zu größerer Stabilität der Regierung und damit zu größerer Effektivität führe. In einer anspruchsvolleren, auf Zukunftsplanung bezogenen Form lautet das Argument, nur in einem Zweiparteiensystem sei die Formulierung und Durchsetzung zukunftsorientierter, gesamtgesellschaftlicher Konzeptionen möglich [20]). Das Prinzip der Koalition erscheint als die Ursache von Instabilität, Ineffektivität und Planungslosigkeit.

Dagegen sind zunächst einmal empirische Einwände möglich. Regierungskonflikte in Koalitionen hängen wesentlich von der gegenseitigen sachlich-politischen Entfernung der Koalitionsparteien ab. Es gab in der Bundesrepublik und gibt in anderen Staaten Koalitionen, die in allen wesentlichen Fragen harmonisieren. Dabei soll gar nicht übersehen werden, daß für die kleineren Koalitionsparteien häufig ein Zwang zur Profilierung im Schatten der großen Partei besteht („Profilneurose"), was sich aus der Eigendynamik einer Organisation ergibt, die sich in regelmäßigen Abständen zur Wahl stellen muß. Es ist aber undemokratisch, nur die Reibungsverluste durch etwaige Koalitionskonflikte zu sehen: die Regierungsbeteiligung voneinander unabhängiger Organisationen ermöglicht bei internen Regierungskonflikten und bei Versagen von Regierungsmitgliedern in wesentlich höherem Maße die Herstellung von Öffentlichkeit, als dies in einer Einparteienregierung zu erwarten ist.

Einparteienregierung ist auch keinesfalls mit größerer Regierungsstabilität gleichzusetzen — ebensowenig wie die Stabilität der Regierung mit ihrer Effektivität. Die stabile Mehrheit der CDU/CSU von 1957—1961 hat kein wichtiges Regierungsergebnis erbracht. Diese Partei ist auch auf Grund ihrer inneren Struktur keineswegs Garant von Regierungsstabilität. Die CDU ist eine Union divergierender Interessenrichtungen, die einerseits durch „Christentum", Antikommunismus und Wohlstand ideologisch zusammengebunden sind, andererseits durch einen herausgehobenen politischen Führer integriert werden. Selbst bei voller Wirksamkeit aller Integrationskräfte ist sie ein relativ labiles System, bei Schwächung oder Fortfall von Integrationsfaktoren kann mit ihr jedenfalls die Garantie einer Regierungsstabilität unter Mehrheitswahlrecht nicht begründet werden. Die innerparteilichen Interessenkonflikte treten sogar in der Einparteienregierung stärker hervor, als unter dem Disziplinierungsdruck einer Koalition, wie auch das Beispiel der ähnlich wie die CDU strukturierten Österreichischen Volkspartei in ihrer Alleinregierung nach 1966 zeigen kann [21]). Überdies haben gerade die

[20]) Thomas Ellwein, Aspekte der Wahlrechtsreform in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bl. 4/68, 3. April 1968, S. 21 f.
[21]) Karl-Heinz Naßmacher, Das österreichische Regierungssystem. Große Koalition oder alternierende Regierung? Köln und Opladen 1968, S. 146 f.

letzten Jahre deutlich gemacht, daß die organisatorische Selbständigkeit der CSU die Herausbildung rechtsradikaler Tendenzen in dieser Partei begünstigt, die sie zu einer Richtungsfraktion innerhalb der CDU/CSU-Bundestragsfraktion macht. Angesichts des Spielraums, über den Regierungen im spätkapitalistischen System verfügen, wenn sie die bestimmenden Mechanismen dieses gesellschaftlichen Systems anerkennen, ist das Argument von der Notwendigkeit stabiler Regierungen im Interesse gesamtgesellschaftlicher zukunftsorientierter Politik Augenwischerei, wenn sich damit emanzipatorische Hoffnungen verbinden, oder Zynismus, wenn damit Formierungskonzepte einhergehen. Es ist gleichgültig, ob Regierungen in den westlichen Demokratien aus bürgerlich-konservativen, katholisch-konservativen, rechts- oder links-liberalen oder sozialdemokratischen Parteien zusammengesetzt sind, sie werden — wenn sie nicht die Grundlagen ihrer Gesellschaften in Frage stellen, wie z. B. den Profitmechanismus oder die private Verfügung über die Produktionsmittel oder die Konzentrationstendenz — auch dann im Entscheidenden von den Trägern gesellschaftlicher Macht abhängig bleiben, wenn es ihnen gelingt, sich eine relative Autonomie zu sichern. Das Anwachsen staatlicher Tätigkeit und die Ausdehnung der staatlichen Interventionsbereiche sind Entwicklungen auf dem Boden und zum Nutzen einer kapitalistischen Gesellschaft, die ohne diese staatliche Intervention und Regulierung nicht auskäme. Vor allem die Regierung als der (zusammen mit der Ministerialbürokratie) wichtigste Teil des Staatsapparats hat die allgemeine Aufgabe, das reibungslose Funktionieren des bestehenden gesellschaftlichen und politischen Systems mit seiner Machtstruktur und den dominierenden Werten zu sichern. Diese allgemeine Steuerungsaufgabe konkretisiert sich zunächst einmal in der Aufgabe, die wirtschaftliche Stabilität zu sichern. Dazu gehören steuerliche Anreize für unternehmerische Investitionen, Subventionierung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten ebenso wie von schwachen Bereichen der Privatwirtschaft, Beeinflussung der Gesamtnachfrage. Die Erhaltung und Sicherung des Profits und die Orientierung gesellschaftlicher Bereiche (vom Städtebau bis zur Bildungspolitik) an den Wirtschaftsinteressen ist die eine staatliche Steuerungsfunktion. Die andere besteht darin, die im System angelegten antagonistischen Gegensätze zu harmonisieren. Der völlig ungleichgewichtige Pluralismus gesellschaftlicher Kräfte wird als ein Gleichgewichtssystem dargestellt, in dem die Regierung zwischen den Gruppen vermittelt (z. B. konzertierte Aktion) oder Ungerechtigkeit mildert (z. B. Einkommensumverteilung), ohne dabei das bestehende Machtungleichgewicht in Frage zu stellen. Die dritte staatliche Steuerungsfunktion besteht darin, die Zustimmung der Massen zum gesellschaftlichen und politischen System zu sichern. Dabei ist vor allem die Zustimmung zu den Grundlagen gesellschaftlichen Zusammenlebens wichtig, partieller Entzug von Zustimmung soll durch die anderen systemimmanenten Parteien aufgefangen werden.

In der Bundesrepublik haben weder CDU- noch SPD-Führung grundsätzliche Bedenken, diese Steuerungsfunktionen wahrzunehmen: als systemimmanente Parteien werden sie daran gemessen, wie effektiv sie diese Funktionen erfüllen. Beide Parteien sind von den Wirtschaftsführern grundsätzlich akzeptiert. Die Große Koalition hat diese Harmonie demonstriert.

Eine Einführung der Mehrheitswahl würde der zunehmenden Konzentration und der Zentralisierung der gesellschaftlichen Macht einen weiteren Schritt in der Konzentration und Zentralisierung politischer Macht folgen lassen. Das Verhandeln von Machtzentrum zu Machtzentrum wird reibungsloser, was vor allem wichtig ist, wenn man an Koalitionen denkt, die weiter voneinander entfernte Parteien umfassen als CDU/CSU, SPD und FDP in jeder denkbaren Kombination.

Wenn sich die staatliche Tätigkeit auf systemerhaltende Steuerung reduziert, liegt es in der Logik der Entwicklung, nur einige wenige an die Steuerpulte zu setzen, die halbwegs kompetent sind und sich die Massenloyalität zu sichern verstehen.

V

In der Beweisführung der Mehrheitswahlrechtler spielt das Argument, die Mehrheitswahl habe in vielfacher Hinsicht demokratisierende Wirkung, eine wichtige Rolle. So wird behauptet, der Entscheidungsspielraum des Wählers vergrößere sich, da seine Stimmabgabe nicht nur eine Entscheidung über Regierung und Opposition umfasse. Es ist falsch zu behaupten, in jedem Mehrparteiensystem seien die Koalitionsbildungen relativ willkürliche Entscheidungen der Parteiführer. Häufig sind die Koalitionsmöglichkeiten durch die frühere Politik und durch die Wahlkämpfe vorgezeichnet (linker versus rechter Block). In der Bundesrepublik z. B. bestand 1949, 1953, 1961 und 1965 die Alternative zwischen dem Bürgerblock und der SPD. 1969 gaben SPD und FDP einigermaßen deutlich zu verstehen, daß sie — bei ausreichendem Stimmenanteil — zusammen die Regierung bilden wollten.

Kritisch ist zu fragen: Was bedeutet es eigentlich konkret, wenn die Wähler direkt und ohne den Parteiführern noch Spielraum zu lassen über die Regierung entscheiden können? Dies ist nur möglich im System zweier potentieller Mehrheitsparteien. Im Zweiparteiensystem hat sich bisher aber auch der Trend zur „Volkspartei" am stärksten durchgesetzt. „Volksparteien" sind u. a. charakterisiert durch ihre programmatische Unbestimmtheit. Unter der Bedingung, daß jede der beiden Parteien im wesentlichen verspricht, das gleiche besser zu machen, ist das Argument vom erweiterten Entscheidungsspielraum der Wähler eine Täuschung. In stärker ausdifferenzierten Parteiensystemen haben sich die Parteien häufig eine größere ideologische Profilierung bewahrt (z. B. Italien, Israel). Die Wählerschaft trifft dann zwar nicht immer die Entscheidung über Regierung und Opposition, sie kann aber über inhaltlich bedeutungsvollere Programme entscheiden. Das heißt nicht nur, daß die Gesellschaft offener gehalten wird, daß realdemokratische mit anderen politischen Konzeptionen konfrontierbar bleiben. Es bedeutet auch, daß der Streit zwischen den Parteien dem Wähler mehr Informationen verschafft. Im Streit zwischen Partei A und Partei B erreicht ihn die vierte und fünfte Lösungsmöglichkeit eines Problems nicht mehr. Der politische Horizont des Wählers im Mehrparteiensystem ist auch dadurch weiter, daß es für die Parteien schwieriger ist als im Zweiparteiensystem, Fragen auszuklammern oder gleiche Antworten zu geben.

Es ist interessant, daß es gerade die Anhänger einer repräsentativen Demokratieauffassung sind, die behaupten, dem Wähler einen größeren Entscheidungsspielraum zu erkämpfen. Schaut man genauer hin, sieht man, daß dies nicht widersprüchlich ist, weil es nämlich nicht darum geht, den Raum inhaltlich bedeutsamer Entscheidungen für den Wähler zu vergrößern. Vielmehr geht es hier um ein illusionäres Volksrecht, das in Wirklichkeit die Identifizierung aller mit dem gesellschaftlichen und politischen System dadurch erhöhen soll, daß es dem einzelnen den Glauben vermittelt, Einfluß auf das System zu haben (sogar über die Regierung zu entscheiden!).

Immer noch kursiert das Argument, die Mehrheitswahl fördere den Regierungswechsel. Daß hier von einem eingebauten Mechanismus keine Rede sein kann, sollte als selbstverständlich gelten. Es hängt vom Abstand zwischen den Parteien und von soziologischen Voraussetzungen in der Wählerschaft ab (vor allem: Be-

reitschaft zum Wechsel bei einer ausreichenden Zahl von Wählern), ob der Wechsel zustande kommt, und es hängt vom kompetenten Gebrauch staatlicher Steuerungsmittel durch die Regierungspartei ab, ob er sich häufiger ereigent. Der große Stimmenabstand zwischen CDU/CSU und SPD und die Unsicherheit über das Ausmaß an Wählermobilität sind wohl die wichtigsten Gründe dafür, daß die SPD bisher einem Mehrheitswahlrecht nicht zugestimmt hat. Bei einem Stimmenrücktsand gegenüber der CDU/CSU von — sagen wir — 2 Prozent würde 1969 wohl schon nach Mehrheitswahlrecht gewählt.

Es wäre formaldemokratisch, allein im Regierungswechsel zweier gleich wie beschaffener Parteien eine demokratische Errungenschaft zu sehen. Dagegen läßt sich der Beitrag einer systemimmanenten Opposition für die Erhaltung des Systems bestimmen. Durch Übertreibung kleinerer Unterschiede zur Regierungspartei hält sie das Interesse der Wählerschaft wach. Durch Auffangen von Wählern, die mit der Regierungspartei unzufrieden sind, vermindert sie die Chancen radikaler Parteien. Die Opposition erweckt Hoffnungen auf Änderungen für den Fall ihrer Regierungsübernahme: die demokratiefördernden Änderungen können aber nur partiell und nicht grundlegender Natur sein. Die historische Spanne solcher reinen „Volkspartei"-Systeme ist noch zu kurz, als daß man sagen könnte, wie lange solcher Hoffnung-Frustation-Hoffnung-Mechanismus zufriedenstellt und was mit Systemen geschieht, in denen die Opposition Hoffnung nicht mehr erwecken kann. Solange dieses Spiel läuft, ist es kein Nachteil, sondern eher ein funktionaler Vorteil, daß eine Partei ihre Wähler überwiegend aus den Mittel- und Oberschichten, die andere Partei überwiegend aus den Unter- und Mittelschichten rekrutiert: daß auch die Partei der Unterschichten zeitweise regieren darf, stärkt den Glauben an die Offenheit und Gerechtigkeit des Systems.

Übrigens kann auch im Zweiparteiensystem eine Veränderung der Regierung nicht nur durch Wählervotum zustandekommen. Die Parteien können auch in Notzeiten zusammengehen und gemeinsam die Regierung bilden. Es ist z. B. einer SPD, die zweimal die Wahl verliert und neun Jahre in Opposition steht (dies ist doch eine sehr realistische Annahme), zuzutrauen, daß sie in der Situation einer Rezession wie 1966 mit der CDU/CSU auch unter der Bedingung eines Zweiparteiensystems die Regierung bildet. Die Begründung könnte die gleiche sein wie 1966, daß nämlich im Interesse der Menschen, ihrer Arbeitsplätze, ihrer Löhne und Gehälter ein gemeinsames Anfassen notwendig sei.

Ein weiteres Demokratisierungsargument der Mehrheitswahlrechtler besagt, daß eine starke Opposition im Zweiparteiensystem auch eine starke Kontrolle gegenüber der Regierungsmehrheit bewirke. Auch dieses Argument hat natürlich zur Voraussetzung, daß eine reale Mehrheitschance für die Oppositionspartei bei der nächsten Wahl gegeben ist. Unterstellen wir — was bei den heutigen Verhältnissen in der Bundesrepublik einigermaßen kühn ist —, dies sei richtig. Die Opposition hat im Zweiparteiensystem keinerlei Sanktionsmöglichkeiten gegenüber der Mehrheit. Ihre Kontrolltätigkeit bleibt nur Veröffentlichung von Fehlern und Mißständen, die sich die Regierungsmehrheit zuschulden kommen läßt. Sanktionsträger ist ausschließlich die Wählerschaft. Ihr wird aber zuviel zugemutet, wenn sie in der Wahl nicht nur über die Grundlinie der Politik und einzelne politische Sachfragen, sondern auch noch über die nachgehende Sanktion zu einzelnen Fehlern und Mißständen entscheiden soll. Oder genauer gesagt: es wäre besser, wenn sie nicht die einzige Kontrollinstanz sein müßte, da sie eine sehr komplexe Entscheidung zu fällen hat, die durch den Wahlkampf der Parteien noch manipulativ verengt werden kann (z. B. Ruhe und Ordnung versus Instabi-

lität), und da die Wähler im ganzen gesehen relativ vergeßlich sind und sich die Ereignisse ja auch überlagern.

Man muß in den machtkonzentrierenden westlichen Demokratien über jede eingebaute Kontrolle froh sein. In der Regierung aus mehr als einer Partei ist eine gerade auch öffentlich geübte interne Kontrolle, die über gewisse Sanktionsmöglichkeiten verfügt, wahrscheinlicher als in der Einparteienregierung. Die Kontrolltätigkeit der FDP innerhalb der verschiedenen Bundesregierungen war keineswegs optimal, aber ihr Beitrag zur Kontrolle gegenüber Korruption (z. B. Fibag-Affäre) und staatlicher Unrechtstätigkeit (z. B. Spiegel-Affäre) bleibt doch beachtlich. Zum Beispiel wäre Strauß 1962 nicht und Adenauer 1963 noch nicht zurückgetreten, hätte es 1962 nicht den kollektiven Rücktritt der FPD-Minister gegeben. Die Drohung mit Sanktionen (z. B. Verlassen der Regierung) kann natürlich nur wirken, wenn die Oppositionspartei ebenfalls mehr an Kontrolle als an Regierungsbeteiligung interessiert ist, wie es letzten Endes 1962, nicht mehr aber 1966 für die SPD galt.

Die Mehrheitswahlrechtler haben sich auch um eine inhaltliche Bewertung der FDP bemüht [22]). Sie haben ihr bescheinigt, daß sie soziologisch, ideell und personell überflüssig sei. Die von der FDP vertretenen sozialen Schichten hätten auch in den beiden anderen Parteien ihre Heimat. Ihre liberalen Ideen seien längst Gemeingut der großen Parteien. Personell sei ihr Angebot beklagenswert. Wenn man das Argument von der sozialen Vertretung ernst nimmt, braucht man nur noch eine Partei. Die Behauptung, auch die beiden großen Parteien seien liberal, prüfe man im Vergleich zur FDP doch noch einmal an den Beispielen Notstandsgesetzgebung und Spielraum für innerparteiliche Opposition. Für das personelle Argument fehlen jedwede solide Bewertungskriterien.

Beim heutigen Zustand des westdeutschen Parteiensystems kann der Maßstab realdemokratischer Politik nicht das erste inhaltliche Beurteilungskriterium sein, da hier alle im Bundestag vertretenen Parteien nur Defizite aufweisen. Das zweite inhaltliche Kriterium ist, wieweit von der einzelnen Partei ein Beitrag zur Sicherung von Freiheitsrechten oder sogar ein Ausbau politischer Beteiligungsrechte zu erwarten ist. Unter Anlegung dieses Maßstabs bedeutet die wahlrechtliche Beseitigung der FDP, den Abbau von Freiheitsrechten zu erleichtern.

Für die öffentliche Diskussion ist es bemerkenswert, daß die Mehrheitswahlrechtler selbst eine inhaltliche Bewertung der FDP vornehmen. Damit geben sie — zumindest logisch — den Weg auch für eine inhaltliche Bewertung von CDU/CSU und SPD frei.

Ein letztes Demokratisierungsargument sei hier noch angesprochen. Es sagt, daß das Mehrheitswahlrecht die innerparteiliche Demokratie begünstige [23]). Vor allem wird behauptet, daß die zwei großen Parteien alle relevanten Interessen und politischen Richtungen der Gesellschaft in sich aufnähmen und schon dadurch gezwungen wären, einen größeren innerparteilichen Spielraum für verschiedene Richtungen zu gewähren [24]).

Wenn unsere Annahme stimmt, daß die Mehrheitswahl den Trend zur „Volkspartei" unterstützt, dann dient sie auch dem Abbau innerparteilicher Demokratie. Das Abgehen von einer festen ideellen Grundlage vergrößert den Spielraum der Parteiführer. Sie können die Leerformelprogramme nach Tagesopportunität, nach

22) Vgl. z. B. Wilhelm Hennis, Große Koalition ohne Ende? Die Zukunft des parlamentarischen Regierungssystems und die Hinauszögerung der Wahlrechtsreform, München 1968, S. 31 ff.
23) Z. B. Thomas Ellwein, a.a.O., S. 22 f.
24) Z. B. Friedrich Schäfer, Ist die Zeit reif für ein funktionsgerechtes Wahlrecht? In: Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Jahrbuch 1968, Teil 2, Köln und Opladen 1968, S. 158.

von ihnen bestimmter Erfüllung von Verbandsforderungen und nach ihren eigenen politischen Meinungen ausfüllen. Die Beteiligung der Mitglieder wird schwächer in Parteien, die sich nur mit solchen Fragen befassen, die nicht mehr die Grundlagen gesellschaftlichen Zusammenlebens berühren. Technokratische Politik kann man spezialisierten Technokraten überlassen. Die Dezentralisierung bei der Kandidatenaufstellung wird so lange keinen demokratischen Effekt haben, wie mit der Kandidatenaufstellung nicht politische Fragen verbunden werden, die einen Richtungseinfluß von Mitgliedern und Delegierten erst ermöglichten. Problematisch ist auch das Argument von der erweiterten innerparteilichen Pluralität unter Mehrheitswahlrecht. Im Zweiparteiensystem kann von einigen Wählerstimmen abhängen, ob eine Partei die gesamte Regierungsmacht erhält oder vollständig von ihr ausgeschlossen ist. In der Gruppe der Wechselwähler gibt es diejenigen, die auf Grund von politischen Urteilen die Partei wechseln, es gibt aber auch diejenigen, die unpolitisch und emotional geleitet sind. Für sie dürfte es wichtig sein, von den Parteien den Eindruck der Geschlossenheit zu erhalten, der zugleich ihr Bedürfnis nach Ordnung und Sicherheit befriedigt.

Man muß zwischen zwei Formen innerparteilicher Pluralität unterscheiden. Die eine ist die Pluralität innerparteilicher Interessengruppen, die primär Interessen und sekundär Gesellschaftskonzepte vertreten. Zwischen solchen Interessen sind unter Anleitung oder Entscheidung einer zentralen Führungsinstanz Kompromisse möglich, zumal wenn die Gruppierungen statutarisch anerkannt werden, wenn sie sich auf einen Willensbildungsweg neben der normalen Parteiorganisation konzentrieren und wenn sie stark zentralisiert sind, so daß Spitzenverhandlungen mit der Parteiführung geführt werden können. Das ist das Beispiel der CDU. Solche innerparteilichen Gruppierungen haben sich an den innerparteilichen Proporz gewöhnt und versuchen nicht, andere Gruppen mehrheitlich zu überstimmen. Sie entsprechen Sektoren der Wählerschaft, die so in der Partei ihre sozial-ökonomischen Interessen vertreten sehen und darüber hinaus noch durch die allgemeine Integrationsideologie der Partei einbezogen werden. Diese Integrationsideologie bleibt vage und bildet nicht die Ursache innerparteilicher Spaltungen. Ein solches gruppenmäßiges Gleichgewichtssystem kann bei bestimmten Voraussetzungen relativ stabil sein, und damit lassen sich Wahlen gewinnen.

Demokratisierend ist solche Pluralität kaum, da sie sich auf Interessenkonkurrenz beschränkt und alternative Gesellschaftskonzepte weitgehend ausklammert, und da viele Mittel angewendet werden, um die Auseinandersetzungen gering zu halten und den Proporz einzufrieren.

Die andere Form innerparteilicher Pluralität ist der Konflikt zwischen Richtungsgruppen, die mehr oder weniger umfassende alternative Entwürfe anzustrebender Gesellschaftsordnung gegenüberstellen. Dieser Konflikt engagiert Mitglieder, da sein Inhalt sie existentiell berührt. Dadurch ist dieser Konflikt wesentlich schwerer unter Kontrolle zu halten. Auch die Bereitschaft zu seiner Institutionalisierung ist — anders als beim interessenbedingten Pluralismus — gering: die Führer hoffen und versuchen meist, ihn zu „überwinden". In der Bundesrepublik wäre die SPD ein Beispiel. Allgemeiner gesprochen findet man solche Richtungskämpfe vor allem bei den Parteien der Linken. Ehemals linke Parteien, wie die sozialdemokratischen „Volksparteien", haben zwar offiziell ihr alternatives Gesellschaftskonzept aufgegeben, aber sie können die Erinnerungen der Mitglieder nicht auslöschen und nicht verhindern, daß immer wieder von Einzelnen und Gruppen in der Partei Anläufe gemacht werden, an die emanzipatorische Tradition anzuknüpfen. Solcher Richtungsstreit kann die normale Parteiorganisation erfassen, er kann die Mitglieder organisieren, er ist schwerer zu institutionali-

sieren und von der zentralen Führung zu beschwichtigen, er kann mit Hilfe von Mehrheitsentscheidungen ausgetragen werden: er hat also demokratische Potenz. Dies ist genau der innerparteiliche Konflikt, den die Führer der „Volksparteien" fürchten. Angesichts der — von ihnen unterstützten — Entpolitisierung der Wählerschaft ist es ungewiß, ob die innerparteilichen Richtungsgruppen Sektoren der Wählerschaft entsprechen; wahrscheinlicher ist, daß gerade für die unpolitischen Zielgruppen in der Wählerschaft vor allem das Bild einer tiefgehend zerstrittenen Partei entsteht. Der innerparteiliche Richtungsstreit ist in den ideologisierten Mehrparteiensystemen (z. B. Italien, Frankreich, vor allem in der 4. Republik) wesentlich stärker toleriert als in den „entideologisierten" Zwei- oder Fast-Zweiparteiensystemen USA, Großbritannien, Bundesrepublik.

VI

Häufig wird die Mehrheitswahl damit begründet, sie verhindere oder erschwere das Aufkommen radikaler Parteien. „Für die Demokratie gefährliche Elemente von der Macht auszuschließen, ist ein legitimer Zweck . . ." [25]). Zudem führe die Konkurrenz zweier „Volksparteien" zu einer Orientierung dieser Parteien auf die zwischen ihnen stehenden Wähler, auf die politische Mitte.

Zunächst einmal muß daran erinnert werden, daß die Ausschließung von Parteien, die für antidemokratisch gehalten werden, allein Sache des Bundesverfassungsgerichts ist, das in einem Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG verfassungswidrige Parteien verbieten kann. Das Bundesverfassungsgericht selbst hat wiederholt auf diese Rechtslage hingewiesen, beginnend bei BVerfG 1, 208 (255).

Empirisch sei eingewendet, daß es vom Parteiensystem und von der Wählersoziologie abhängt, wie die beiden großen Parteien ihre Zielgruppen finden. Es kann sein, daß die Wählermobilität zwischen den beiden großen Parteien minimal ist oder für minimal gehalten wird und daß am linken und rechten Flügel des Parteiensystems radikalere Gruppen stehen, so daß die „Volksparteien" im linken bzw. rechten Wählerblock ihre Mehrheiten zu rekrutieren versuchen — Verhältnisse, wie sie lange in Österreich bestanden [26]). Unter allenfalls säkularen Bedingungen ist es möglich, daß eine der etablierten Parteien schrittweise durch eine neuaufkommende Partei abgelöst wird (Beispiel: England — Liberale und Labour); auch hier gibt es dann keine primäre Orientierung auf die Mittelwähler. Es sind auch weitere Untersuchungen über die Wechselwähler im Zweiparteiensystem notwendig, ehe man sagen kann, wie die Gruppe beschaffen ist, die den Ausschlag über die Besetzung von Regierung und Opposition gibt. Es ist wahrscheinlich, daß diese Gruppe gemischt ist, aber es könnte sein, daß sie mehrheitlich aus schlecht informierten, unpolitischen, stimmungsgeleiteten Wählern zusammengesetzt ist — und das wäre sicherlich kein Grund zur Idealisierung dieses Systems.

Die Bestrebung, verfassungswidrige Parteien mit Hilfe des Mehrheitswahlrechts auszuschalten, ist nicht nur verfassungswidrig. Sie dient der Verteidigung des Status quo im Interesse der Beherrscher dieses Zustandes und sie ist — wo sie sich darauf beruft, Demokratie zu verteidigen — Ausfluß des in der Bundesreupblik dominierenden formalen Demokratieverständnisses. Dieses Demokratieverständnis reduziert Demokratie auf Wahlen, Meinungsfreiheit (in bestimmten Grenzen) und Konsumfreiheit. Demokratie als eine Theorie der Befreiung des Men-

25) Satz des Chefredakteurs des „Rheinischen Merkurs", Anton Böhm, in seinem Leitartikel vom 19. Juli 1968, zit. nach: Paul Lücke, Ist Bonn doch Weimar? Der Kampf um das Mehrheitswahlrecht, Frankfurt, Berlin 1968, S. 10.

26) Vgl. Karl-Heinz Naßmacher, a.a.O., S. 105 ff.

schen aus unwürdigen Abhängigkeiten und der Selbst- und Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen ist noch ein Konzept von Außenseitern. Die Formalisierung des politischen Denkens läßt sich in weiten Teilen der öffentlichen Meinung u. a. an folgenden Denkmustern nachweisen: Behauptung, rechts und links seien als politische Richtungsbegriffe obsolet; Identifizierung des Radikalen mit dem Un- bzw. Antidemokratischen; Kampf gegen Radikalisierung „von links wie von rechts", wobei das inhaltliche Demokratiekonzept der Linken überhaupt nicht mehr gesehen wird; Reduzierung der Demokratie auf einen Set von Spielregeln und damit die Uminterpretation von Demokratie hin auf die Formen „autoritärer Demokratie", wie sie heute in den westlichen Demokratien mehr oder weniger die Wirklichkeit darstellen.

Es gibt bei den in der Bundesrepublik herrschenden Parteien eine Tendenz, sich als abschließenden Ausdruck des Volkswillens zu verstehen. Komisch wird diese Mentalität, wenn sich die nun selbst vom Mehrheitswahlrecht bedrohte FDP zum Fürsprecher solchen Gedankens macht. Bezeichnend sind die Ausführungen von Thomas Dehler, der die FDP 1966 vor dem Bundesverfassungsgericht im Streit um die staatliche Parteienfinanzierung vertrat: „Die Begrenzung der öffentlichen Förderung auf die im Bundestag vertretenen drei klassischen Parteien sei jedoch sachgerecht. Sie verkörperten die drei staatspolitischen Ideen, auf die es allein ankomme, nämlich die Idee der christlichen Demokratie, der sozialistischen Demokratie und der liberalen Demokratie" [27]).

Die tiefe Aversion der westdeutschen Gesellschaft gegen alles, was als radikal diffamiert wird, ist Ausfluß derselben Gesinnung. Radikal ist alles, was vom Konsens der zwei oder drei herrschenden Parteien abweicht, radikal ist ein Gedanke, den diese Parteien nicht vertreten, ebenso wie ein politisches Mittel, das sie nicht benutzen. Radikal bestimmt sich also nicht durch den Inhalt einer Politik, sondern durch die Abweichung vom herrschenden Konsens: links ist gleich rechts und rechts gleich links, wenn es radikal ist. Fatal wird es für die Demokratie, wenn dieser herrschende Konsens als allein demokratisch legitimiert wird.

Welche Funktion hat die Formalisierung der Politik und die Abwehr radikaler Gruppen gleich welcher Richtung (wobei in der Praxis der Kampf gegen die Linken ein ganz anderes Gewicht hat als der gegen die Rechten — vergleiche z. B. die politische Justiz)? Sie hilft — als eine neben anderen ideologischen Stützen — einem nur partiell demokratischen System bei der Abwehr gegen die umfassende Demokratieforderung. Sie bewahrt dieses System nicht vor dem Umschlag in ein autoritäres, präfaschistisches oder faschistisches System. Die Entfernung vom heutigen westlichen Gesellschaftssystem zu einem faschistischen System ist um vieles kürzer als die zu einem sozialistischen System. Die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft bedeutet eine völlig neue Machtverteilung und ein völlig neues Modell von Werten. Dagegen bedeutet die Errichtung einer autoritären oder faschistischen Gesellschaft das bewußt herbeigeführte „Umkippen" des jetzigen Gesellschaftssystems durch Verstärkung einiger Züge, die ihm schon innewohnen: Monopolisierung gesellschaftlicher und politischer Macht in den Händen weniger, Zweiparteiensystem als verkapptes Einparteiensystem, Diskriminierung und Verfolgung von Minderheiten, Ideologisierung der Homogenität und Einheit der Gesellschaft etc. Aus kapitalistisch-demokratischen Staaten heraus sind mehrmals faschistische Staaten entstanden (Italien, Spanien, Deutschland, Griechenland), aber noch nie ein sozialistischer Staat.

[27]) BVerfG 20,81 f.

Die Einführung der Mehrheitswahl mit ihrer Tendenz zu einem Zweiparteiensystem würde das Aufkommen einer linken Partei in absehbarer Zeit verhindern, es würde aber keine Garantie gegen eine Verstärkung autoritärer und faschistischer Tendenzen geben. Soweit es vom Konsens gedeckt wird oder den Wünschen relevanter Wählergruppen (vor allem der Wechselwähler) entspricht (oder insofern die Wähler zu solcher Zustimmung gebracht werden), bleiben solche Tendenzen auch im Zweiparteiensystem „funktional". Gerade in dem Maße, wie die Linke — z. B. in der Bundesrepublik — ihre Aktivität vom politischen Bereich der Wahlen und des Parlaments abzieht und sich auf die Veränderung von gesellschaftlichen Bereichen konzentriert (Universitäten, Schulen, etc.), läuft sie Gefahr, dort vom Konsens der „Volksparteien" bedroht, inkriminiert und mit Mitteln wie Notstandsgesetze, Disziplinarrecht, Vorbeugehaft [28]) bekämpft zu werden. Diese Gefahr ist um so größer, je stärker die Arbeiterbewegung integriert ist und damit als Widerstandskraft ausfällt.

Auf einer sehr allgemeinen Ebene wird die Stabilität des gesamten gesellschaftlich-politischen Systems zu einem Argument vieler Befürworter der Mehrheitswahl. Zwar deutet ein liberaler Wissenschaftler Stabilität in „Wandlungsfähigkeit" um [29]), doch ist politisch wichtiger, wie ein langjähriger Innenminister der Bundesrepublik mit diesem Begriff umgeht [30]). „Wir leben in einer instabilen Welt" [31]): daraus ergibt sich die globale Forderung nach innenpolitischer Stabilisierung; diese ist Voraussetzung für außenpolitische Erfolge (z. B. Wiedervereinigung). Komplizierter ist dieses politische Weltbild offenbar nicht, das Mehrheitswahlrecht erscheint als wesentliches Instrument der Stabilisation.

Über Stabilität läßt sich abstrakt gar nicht reden. Es ist immer die Frage zu beantworten, was stabilisiert werden soll. So spielt z. B. in den Darlegungen eines demokratischen Sozialisten über die Organisation im staatlich-politischen Bereich das Stabilitätsargument eine wichtige Rolle [32]). Welche Funktion aber hat eine Stabilisierung — ob mit Notstandsgesetzen, Stabilitätsgesetz, Mehrheitswahlrecht, Vorbeugehaft, staatlicher Parteienfinanzierung oder anderen Mitteln vorgenommen — in der spätkapitalistischen Gesellschaft? „Die Gründe, aus denen die moderne Industriegesellschaft auf Stabilität, reibungsloses Funktionieren und Kalkulierbarkeit der Risiken angewiesen ist, sind bekannt: der technische Fortschritt erzwingt immer gewaltigere Industrieanlagen und Fabriken, die mit ungeheuren Investitionen verbunden sind, deren Rentabilität verzögert ist (zwischen der Investitionsentscheidung und dem Beginn einer gewinnbringenden Produktion kann ein Jahrzehnt vergehen), während die Abschreibungen notwendigerweise beschleunigt sind. Das erfordert eine hohe Selbstfinanzierungsquote und eine hohe Profitrate, die meist im voraus festgesetzt ist. Und das wiederum setzt nicht nur voraus, daß die anderen Momente, in die sich der Produktionsprozeß aufgliedert — von den Löhnen bis zu den Preisen — kontrolliert und den Profiterfordernissen untergeordnet werden, sondern auch, daß der gesellschaftliche und politische Kontext, in dem der Prozeß selbst sich vollzieht, nicht gestört oder den ‚Eingebungen' eines demokratischen Regimes ‚ausgesetzt' wird" [33]).

---

28) Für eine gesamtgesellschaftliche Einordnung der Vorbeugehaft vgl. Martin Bennhold, Die Vorbeugehaft und ihre Funktion in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung der BRD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, XIV. Jg., Heft 2, Februar 1969, S. 131—143.

29) Thomas Ellwein, a.a.O., S. 22. Bei einem konservativen Politologen wie Hermens wird ein statischer Stabilitätsbegriff verwendet, der sich negativ bestimmt durch die Abwesenheit oder geringe Größe radikaler Parteien und durch das Fehlen wirtschaftlicher und politischer Krisen. Vgl. Ferdinand A. Hermens, Wirtschaftliche und staatliche Stabilität, Frankfurt, Bonn 1964. Ein solcher Stabilitätsbegriff beherrscht auch weite Teile der öffentlichen Debatte.

30) Paul Lücke, a.a.O.

31) Ebenda, S. 7.

32) Vladimir Klokocka, Demokratischer Sozialismus. Ein authentisches Modell, Hamburg 1968, passim.

33) Lelio Basso, a.a.O., S. 125.

Karsten Kullmann

Zum heutigen Stand und zur Entwicklung des betrieblichen Objektschutzes als Teil der „Inneren Verteidigung" in der BRD

Im Zusammenhang mit den Streikaktionen von Arbeitern in der Bundesrepublik Deutschland im September 1969 äußerte Fritz Berg, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und Vorsitzender des verteidigungswirtschaftlichen Ausschusses des BDI, den Wunsch, daß eine mit einer Pistole bewaffnete Unternehmer-Gattin auf vor ihrem Privathaus demonstrierende Arbeiter hätte schießen sollen: „Die hätte doch ruhig schießen sollen, einen totschießen, dann herrschte wenigstens wieder Ordnung" („Der Spiegel", Nr. 39/1969, S. 67). Diese Aufforderung zur Gewaltanwendung betraf eine nicht stattgefundene Demonstration von streikenden Arbeitern. Sie wirft ein bezeichnendes Licht auch auf die hier zu behandelnde Problematik des betrieblichen Objektschutzes als Vorbereitung und zukünftige Durchführung der Gewaltanwendung gegen streikende Arbeiter. D. Red.

Neben dem Bereich der unmittelbaren Produktion gibt es in zahlreichen Großbetrieben Werkschutz-Organisationen, die eine Durchschnittsstärke von etwa 1 Prozent der Belegschaften jeweils haben und die in den quasi schutzpolizeilichen „Ordnungsdienst" sowie in den quasi kriminalpolizeilichen „Ermittlungsdienst" gegliedert sind [1]). Die entsprechend geschulten und teilweise bewaffneten 60 000 oder mehr Werkschutzleute [2]) mit einem Herrschafts- und Kontrollbereich von mindestens sechs Millionen Arbeitnehmern haben u. a. folgende Aufgaben: „Schutz der Betriebseinrichtungen und Betriebsgebäude vor Beschädigung und Zerstörung sowie des Betriebsvermögens und der Produktion vor Diebstahl und anderen Delikten; ... Überwachung und Sicherung der betrieblichen Ordnung ...; Vorbeugender und aktiver Brandschutz ...; Aufgaben im Rahmen des Betriebsselbstschutzes (Werkluftschutz)" [3]).

Die drei Funktionen 1. der innerbetrieblichen Herrschaftsausübung und -sicherung, 2. des Katastrophenschutzes und 3. des Luftschutzes sind deutlich erkennbar, wobei mitunter die Werkschutz-Organisation die gesonderte Untergliederung einer Werksfeuerwehr enthält. In einigen Betrieben nimmt auch die Werksfeuer-

1) Norbert Hammacher, Luftschutz der gewerblichen Wirtschaft, Gedanken und Anregungen für den Aufbau einer Organisation zur Verhinderung und Abwehr von Spionage und Sabotage in den Betrieben, in: Zivilschutz, 27. Jg. 1963, Heft 5, S. 159. (Norbert Hammacher ist in der Werkschutzleitung der Mannesmann AG Düsseldorf beschäftigt; ebenso Major a. D. Willmann, der zugleich Gastdozent beim Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz ist — vgl. Zivilschutz, 30. Jg. 1966, Heft 12, S. 388).

2) Frankfurter Rundschau vom 27. 8. 1964, Nr. 198, S. 3.

3) Norbert Hammacher, a.a.O., S. 159. Zur Gesamtproblematik des Selbstschutzes in Betrieben vgl. auch: Karsten Kullmann, „Selbstschutz in Betrieben" und Arbeitnehmer, Analyse des dritten Abschnittes des Selbstschutzgesetzes, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12. Jg., Mai 1967, Nr. 5, S. 466 ff.; dazu die Antwort von Walter Haag (Bad Godesberg, vom Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz): Betriebsselbstschutz und Gewerkschaften. Ein Beitrag zu den Diskussionen um den Betriebsselbstschutz, in: Zivilschutz, Heft 9/1967, Koblenz, S. 290 ff; der Artikel von Walter Haag wurde wegen falscher Tatsachenbehauptungen in der Zeitschrift Zivilschutz, Heft 11/1967, durch eine Gegendarstellung in allen Punkten widerlegt. Seitdem hat die Zeitschrift Zivilschutz Veröffentlichungen zum Thema des Betriebsselbstschutzes eingestellt.

wehr selbst wieder Werkschutzaufgaben wahr. Nach der „Betriebs-Ordnung" eines großen Industriebetriebes bedeutet das Vorhandensein einer Werkschutz-Organisation konkret für die Belegschaft: „Jeder Werksangehörige ist gehalten, den dienstlichen Anordnungen seiner Vorgesetzten und der mit dem Ordnungs- und Sicherheitsdienst beauftragten Organe nachzukommen" [4]). Die Gehorsamspflicht der Belegschaft ist Ausdruck des innerbetrieblichen Herrschaftsverhältnisses. Für den Fall des „Ausbrechens von Feuer" und bei „sonstiger akuter Gefahr" gilt: „Jeder Werksangehörige hat in Fällen dieser Art den Anordnungen der Werksfeuerwehr Folge zu leisten und auf Verlangen selbst bei der Abwehr mitzuwirken" [5]). In dieser Bestimmung ist die Heranziehung der Belegschaft zum Katastrophen- und zum Notstandseinsatz enthalten.

Betriebsselbstschutz bedeutet darüber hinaus, daß das „Verlangen" an die Belegschaft, „selbst bei der Abwehr mitzuwirken", zusätzlich institutionalisiert wird, indem der Werkschutz, bisweilen auch die Werksfeuerwehr, als Kaderorganisation die Gesamtbelegschaft oder ausgesuchte Teile der Belegschaft heranzieht und ausbildet: für den Einsatz bei „akuter Gefahr", und zwar bei friedensmäßigen Katastrophen sowie im Spannungs- und im Kriegsfall [6]). Beträgt die Ausbildungszeit für die Belegschaft zehn oder mehr Stunden, bleibt es beim Betriebsselbstschutz; beträgt sie 50 oder mehr Stunden, dann ist das Ziel der Aufbau eines Werkselbstschutzes, innerhalb dessen auch Werkselbstschutzeinheiten aufgestellt werden können [7]). Diese Einheiten können wiederum in verschiedene Fachdienste untergliedert werden. Sowohl beim Betriebsselbstschutz wie auch beim Werkselbstschutz bleibt der Werkschutz die „Elite-Einheit" [8]), die mit Anweisungs- und Befehlsbefugnissen ausgestattet ist.

Der private Kapitalverwertungsprozeß ist freilich auch dann in ‚akuter Gefahr', wenn sich die in den Unternehmen beschäftigten Belegschaften politisch betätigen sollten in dem Sinne, daß sie das Privateigentum an den Produktionsmitteln beispielsweise als Herrschaftsmittel oder möglicherweise als Fessel einer Steigerung der Produktivkräfte und einer Steigerung des Lebensstandards erkennen und deshelb beseitigen wollen. Demgegenüber wollen die Unternehmer die unter Umständen gegen sie gerichtete politische Betätigung in der heutigen Situation

---

4) Betriebsordnung der Adam Opel Aktiengesellschaft Rüsselsheim am Main vom 4. August 1950, Fassung vom 9. Dezember 1963, S. 20, § 13 Abs. 9 Satz 1.

5) A.a.O., S. 23, § 14 Abs. 4 Satz 4.

6) Vgl. hierzu: Norbert Hammacher, Gedanken zur Organisation des Selbstschutzes in Industriebetrieben, in: Zivilschutz, 30. Jg. 1966, Heft 12, S. 389 ff., insbesondere S. 390, Spalte 2, wo darauf hingewiesen wird, daß die Aufgaben des Werkschutzes für friedensmäßige Verhältnisse „im wesentlichen" mit denen im Verteidigungsfall übereinstimmen. — Die Zusammenfassung von friedensmäßigem Katastrophenschutz und Zivilschutz einschließlich Selbstschutz ist im Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 12. Juli 1968, BGBl. I S. 776 ff., organisatorisch gelöst und gilt unausgesprochen in den entscheidenden Paragraphen auch für den Bereich der Betriebe, da die Paragraphen auf keinen Bereich beschränkt sind wie etwa nur auf den öffentlichen außerhalb der Betriebe.

7) Vgl. Anm. 6. Im KSchG ist keine Angabe enthalten, wie die Betriebe den Selbstschutz konkret und detailliert ausgestalten sollen. Nur beiläufig ist in den §§ 10 Abs. 3 und 12 Abs. 2 Nr. 3 der Selbstschutz in Betrieben erwähnt. Nach der Abfassung des Gesetzes reicht das aber zur „Erweiterung" der innerbetrieblichen Notstandsinstrumente bereits aus. — Die Detailkonzeption dürfte im übrigen nur unwesentlich von der des nicht in Kraft getretenen Selbstschutzgesetzes vom 9. September 1965, BGBl. I S. 1240 ff., abweichen. Die Ausbildungsstunden sind daher unter dem Vorbehalt einer geringfügigen Abweichung aus dem Selbstschutzgesetz übernommen worden. — Daß ganz konkret das Werkselbstschutz-Konzept von der Industrie weiterverfolgt wird, geht aus dem Bericht 1968, Deutscher Industrie- und Handelstag, der Vollversammlung des DIHT am 26. Februar 1969 vorgelegt, klar hervor. Dort heißt es auf S. 162 über die zwischen 1965 und 1967 illegal durchgeführte „Erprobung über Aufgaben, Stärke, Gliederung, Ausrüstung und Einsatz eines Werkselbstschutzes" u. a.: „Aus den gewonnenen Erkenntnissen werden von den Bundesministerien des Innern und für Wirtschaft unter Mitwirkung von DIHT und BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie — K. K.) Leitsätze erarbeitet. Empfehlungen der Spitzenorganisationen der gewerblichen Wirtschaft sollen die Leitsätze erläutern. Beide können den Unternehmern für die Aufstellung des Selbstschutzes als Richtlinie dienen." — Ob die Ausbildung für die Belegschaften der Betriebe freiwillig sein wird (§ 8 KSchG), wie es zunächst wohl noch der Fall sein dürfte, oder ob sie nach dem Arbeitssicherstellungsgesetz (§§ 2 Satz 3, 3 Abs. 1 und 2, 28 Abs. 1 und 2) nach einer mehr oder weniger kurzen Periode der Freiwilligkeit in der Zukunft erzwungen werden wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist in letzter Zeit immer häufiger in der Öffentlichkeit von einem „Arbeitsdienst" die Rede, der gegebenenfalls auch eine Selbstschutzausbildung umfassen könnte.

8) Norbert Hammacher, a.a.O. (vgl. Anm. 6), S. 392.

unter dem integrativen Begriff der „Partnerschaft" auffangen und möglichst verhindern. Sie sind nämlich der Meinung, ihre Unternehmen könnten „nur gedeihen in einem sozialpolitischen Klima, bei dem nicht der Kampf um Prinzipien oder der gnadenlose Tarifstreit, sondern eine auf Vernunft gegründete Partnerschaft im Vordergrund steht" [9]). Sollte aber der „Kampf um Prinzipien", z. B. hervorgegangen aus schärferen ökonomischen Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital, einmal einsetzen, hat der Werkschutz eine unmittelbar politische Funktion: „Selbstverständlich hat diese Organisation auf Grund der politischen Gegebenheiten noch die Aufgabe, das Unternehmen vor politischer Infiltration zu schützen und politische Propaganda und Agitation innerhalb der Betriebe zu unterbinden" [10]).

So ist der Werkschutz, und gegebenenfalls der von ihm geleitete Betriebsselbstschutz und Werkselbstschutz, ein nicht zu unterschätzendes Mehrzweckinstrument in den Händen der privatkapitalistischen Unternehmerschaft, um an der betrieblichen Basis selbst ihre ökonomische Vormachtstellung auf Grund des Privateigentums und ihre politische Herrschaft im Betrieb, in der Gesellschaft und im Staat zu sichern. Was die Unternehmer in diesem Sinne praktizieren, nennen sie selbst den „Inneren Objektschutz", wobei die „Objekte" ihr privates Eigentum sind, aus denen sie ihre Herrschaftsbefugnisse ableiten. Eine nunmehr zunehmende Wichtigkeit des „Inneren Objektschutzes" begründen sie folgendermaßen:

„Eine vorbeugende Abwehr gegen subversive Kräfte aller Art ist für die Erhaltung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung lebenswichtig. Weil es nicht möglich sein wird, einen ausreichenden äußeren Objektschutz — personell wie technisch — für die lebenswichtigen zivilen Anlagen aufzubauen, und weil die zunehmende Verfeinerung der Technik unter gleichzeitiger Personalverminderung ein Anwachsen der Stör- und Lähmungsempfindlichkeit der technischen und baulichen Objekte mit sich bringt, gewinnt der innere Objektschutz ständig an Bedeutung" [11]).

Aus dieser Einsicht wurden für eine ungestörte Kapitalverwertung und einen ungehinderten Herrschaftsprozeß bestimmte Konsequenzen gezogen, die freilich nicht den mehr oder weniger zufälligen Ideen und Gestaltungsabsichten einzelner Unternehmer oder ihrer Beauftragten überlassen wurden. Wie Werkschutz, Betriebsselbstschutz und Werkselbstschutz für den „Inneren Objektschutz" aufgebaut, geschult und eingesetzt werden sollen, wird unter der Führung der größten Industriekonzerne im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) entschieden, der seinerseits in den Prozeß der innerbetrieblichen Aufrüstung zahlreiche andere Verbände (vgl. Anm. 37) eingeschaltet hat. Die Verbände übernehmen dabei einmal die Aufgabe, in ihren jeweiligen Wirtschaftsbereichen die von den Industriekonzernen ausgearbeiteten Planungen in die übrigen Betriebe hineinzutragen, durchzusetzen und möglicherweise vorhandene Unwilligkeit und Uneinsichtigkeit auf Seiten einer Reihe von Unternehmern zu beseitigen [12]). Zum anderen begutachten sie in bestimmten Gremien, über welche unten weitere Informationen zusammengetragen werden, die Pläne des BDI und der Bundesregierung, wobei der BDI seinerseits eine formale Legalisierung seiner Absichten und

9) Mitgliederversammlung der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahlindustrie am 4. Juni 1969, Rede von Bergassessor a. D. Dr.-Ing. E. h. Hans-Günther Sohl (Leiter des Thyssen-Konzerns), Protokoll, S. 20. Das Handelsblatt vom 6./7. Juni 1969, Nr. 106, S. 1 (Stahlkonzentration als Beispiel) berichtet, daß Sohl seine „Rede vor den Stahlindustriellen und Repräsentanten des Staates und der Behörden" gehalten hat.
10) Norbert Hammacher, Luftschutz der gewerblichen Wirtschaft . . . (vgl. Anm. 1) a.a.O., S. 159.
11) Bericht 1968, Deutscher Industrie- und Handelstag, a.a.O., S. 158 (vgl. Anm. 7).
12) Daß den Industrieverbänden die „Einstellung . . . der einzelnen Betriebe auf die Erfordernisse der Zivilverteidigung" z. T. zu schaffen gemacht hat, vgl. hierzu: Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 1. Dezember 1965 — 30. November 1966, Bergisch Gladbach 1966, S. 37.

Planungen über den Staat unter dem unverfänglichen Deckmantel des „Katastrophenschutzes" vorangetrieben und erreicht hat, so daß über das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes von 1968 weitere Katastrophenschutzdienste verschiedener Art aufgebaut werden können. Der BDI hat bei „einer Reihe wichtiger Gesetze des Notstandspakets" „an der Gestaltung verschiedener grundlegender Bestimmungen aktiv mitgewirkt" [13]).

Darüber hinaus wurden seit geraumer Zeit „neue Formen für die Pflege des Sicherheitsgedankens in der Wirtschaft" gesucht und 1968 gefunden. Seit 1951 bestand bereits die „Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Wirtschaft (GSW)", die vom BDI, von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) gegründet und unter Beteiligung der mit Werkschutz-Organisationen ausgestatteten Unternehmen finanziert worden war. Die GSW vermittelte u. a. Kontakte für die waffentechnische Ausbildung der Werkschutzmänner sowie zu staatlichen Nachrichtendiensten, zur Polizei, zum Bundesgrenzschutz und zur Bundeswehr [14]), und sie besorgte die ideologisch-politische Schulung zumindest der Werkschutzkader. Mit Ablauf des Jahres, in welchem die Notstandsgesetzgebung in Kraft getreten ist, und nach dem Ende der ersten schwereren Rezession nach dem Zweiten Weltkrieg in der BRD mit einigen Ansätzen zu „wilden Streiks" wurde freilich die GSW nach siebzehnjähriger Tätigkeit aufgelöst, nachdem bereits im Januar 1968 zum Schrekken der GSW-Führung BDI, BDA und DIHT ihre Zahlungen eingestellt hatten. Den drei Spitzenverbänden erschienen nämlich die organisatorischen Strukturen der GSW mit ihren Landesorganisationen als auch ihr Basisfundament mit mehr oder weniger zufällig betreuten Unternehmen zu schwach. Deshalb wurden Neugründungen von „Landesstellen für Betriebsschutz" und Landesverbände und Vereinigungen „für die Sicherheit in der Wirtschaft" (nach dem Stand vom 26. 2. 1969 in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und in Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland) vorgenommen, um „die Organisation in den Ländern zu stärken. Landesorganisationen mit Ausrichtung auf die praktischen Sicherheits-

13) Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, 1. April 1964 bis 30. April 1965, Drucksache Nr. 74, Bergisch Gladbach 1965, S. 185. Im folgenden wird die Abkürzung benutzt: Jb. d. BDI 1964/65, Ds. Nr. 74, S. 185. — Einen gewissen Einblick in die Willensbildungsprozesse um das KSchG erhält man aus den Jahresberichten des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI): „Wegen der Problematik der von den Zivilschutzgesetzen vorgesehenen Maßnahmen und der mit der Durchführung der Gesetze verbundenen Kostenlast für die Industrie hat der Chemieverband von Anfang an seine Bedenken gegenüber dem Bundesverband der Deutschen Industrie, den Behörden und den politischen Instanzen geltend gemacht. (Der „Anfang" dürfte zu Beginn der fünfziger Jahre zu suchen sein, wie im folgenden noch dargestellt werden wird — K. K.) — Um ein genaues Bild von den Auswirkungen der Zivilschutzgesetze und -maßnahmen in der Praxis zu erhalten, ist im Chemieverband ein Aussprachekreis für Zivilschutzfragen gebildet worden, der detaillierte Untersuchungen, insbesondere auch über die Kostenseite, vorgenommen hat. Dabei hat sich ergeben, daß die auf die Industrie zukommende Kostenlast — bei Aufrechterhaltung der bisherigen Konzeption (sie wurde kurz darauf ad acta gelegt — K. K.) — weit größer ist, als gemeinhin angenommen und auch von den offiziellen Stellen veranschlagt wird. — Das ausgearbeitete Zahlenmaterial und die Stellungnahmen zu den sich aus den Zivilschutzgesetzen ergebenden Einzelfragen haben als Unterlage für zahlreiche Verhandlungen und Besprechungen gedient, die mit dem Ziel geführt werden, eine realistische, praktikable und für die Industrie kostenmäßig tragbare Regelung des Zivilschutzes zu erreichen." (Jahresbericht 1966/67, Verband der Chemischen Industrie e. V., Wirtschaftspolitik im Chemiebereich, Frankfurt am Main 1967, S. 66). Über seinen faktischen Erfolg berichtet der VCI ein Jahr später in folgender Weise: „Im letzten Jahresbericht des Verbandes der Chemischen Industrie wurde auf die sich abzeichnende Neukonzipierung der Zivilschutzplanung hingewiesen. Inzwischen ist der ursprünglich vorgesehene sogenannte Stufenplan von der Erkenntnis verdrängt worden, daß der Zivilschutz von Grund auf neu durchdacht werden muß. Nicht nur Kostenfragen, sondern auch Organisations- und Kooperationsprobleme haben zu dieser neuen Entwicklung geführt, die durch die Kritik aus der Wirtschaft, insbesondere auch aus der chemischen Industrie, beschleunigt worden ist. Der Verband hat neben seiner kritischen Stellungnahme auch Reformvorschläge für den Zivilschutz unterbreitet, mit denen das neue Konzept der Zivilschutzplanung im wesentlichen übereinstimmen. — Ein wirkungsvoller und dennoch kostensparender Zivilschutz muß zunächst die bisher vernachlässigten Organisations- und Kooperationsfragen lösen. Dieser Vorstellung trägt der Entwurf eines Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes Rechnung; . . . Die Ausschußberatungen im Bundestag stehen noch bevor; es ist aber damit zu rechnen, daß der Entwurf im wesentlichen gebilligt wird." (Jahresbericht 1967/68, Verband der Chemischen Industrie e. V., Wirtschaftspolitik im Chemiebereich, Frankfurt am Main 1968, S. 50—51). Die Erwartungen des VCI in Bezug auf die Behandlung des Entwurfs im parlamentarischen Raum wurden voll und ganz erfüllt. — Der VCI ist einer der 39 Mitgliedsverbände des BDI. Der VCI vereinigt in sich die gewinnträchtigste Gruppe der westdeutschen Industrie. Sein Einfluß dürfte daher im BDI und im Staat auch in anderen Fragen beträchtlich sein.

14) Günter Wallraff, Wehe, wenn sie losgelassen! Die Diktatur an der Strippe, in: pardon, 6. Jahr, Nr. 6, Juni 1967, S. 11 ff., insbesondere S. 49 und 51.

belange der Betriebe sollen den gesteigerten Anforderungen, die an eine Betreuungsorganisation auf dem Gebiet des Sicherheitswesens zu stellen sind, besser Rechnung tragen. Bundes- und Landesressorts, vor allem aber die Wirtschaft, haben den Gedanken zur Errichtung neuer, betriebsbezogener Landesorganisationen aufgegriffen und wirken an der Neugestaltung des Sicherheitswesens in der Wirtschaft mit... Die Voraussetzungen für eine enge Zusammenarbeit der neuen Landesorganisationen mit den Industrie- und Handelskammern und den Verbänden der gewerblichen Wirtschaft sind gegeben. Da es notwendig ist, die Tätigkeit auf eine breitere Basis als bisher zu stellen, geht das Bestreben dahin, alle lebensnotwendigen und verteidigungswichtigen Betriebe in diese Verbände aufzunehmen und sie in ihren Vorsorgemaßnahmen für die innerbetriebliche Sicherheit zu betreuen. Das schließt die Fortsetzung und den weiteren Ausbau der bewährten Werkschutzlehrgänge durch die neuen Landesorganisationen ein" [15]).

Das Herrschaftsstabilisierungs- und -sicherungsprogramm wird deutlich: Die „Basis" soll verbreitert werden, um den „Inneren Objektschutz" in „allen lebenswichtigen und verteidigungswichtigen Betrieben" voranzutreiben. Hierbei wird der Werkschutz, soweit er es noch nicht sein sollte, zu einem Instrument der Zivilen Verteidigung und zu einer Säule der Gesamtverteidigung [16]), indem Werkschutz, Betriebsselbstschutz, Werkselbstschutz [17]) und Katastrophenschutz im Betrieb für Friedens-, Spannungs- und Kriegszeiten zu einem unauflösbaren Geflecht verknotet werden. Übungen, wie sie 1967 von einer Werksfeuerwehr geprobt worden sind, dürften im Rahmen der Gesamtverteidigung zur alltäglichen Praxis werden, denn ein Bericht des Zweiten Deutschen Fernsehens begann mit dem Satz: „Die Werksfeuerwehr bei einer dienstlichen Schießübung, denn hier bei NSU besorgt die Feuerwehr, wie in vielen Betrieben, zugleich den Werkschutz, und ein guter Werkschutzmann kann im Notfall auch schießen" [18]).

Die Herrschenden versuchten freilich 1967 — als an die Öffentlichkeit drang, daß ohne gesetzliche Grundlage illegale Werkselbstschutzerprobungen in Zusammenarbeit zwischen BDI und Bundesregierung durchgeführt worden waren, wobei der Werkschutz als befehlshabende „Elite-Einheit" fungierte und dem Werkselbstschutz „aufgesetzt" worden war —, die Verflechtung zu verschleiern, indem sie z. T. behauptet haben, die vier bzw., wenn man die Selbstschutzbestandteile zusammenfaßt, drei Funktionsbestandteile hätten nichts miteinander zu tun [19]). In Wirklichkeit wurde im Bereich der Betriebe das Miteinander verflochten, was beispielsweise im außerbetrieblichen Bereich in den Aufgabenstellungen des Technischen Hilfswerkes (THW) bereits in der Zeit zwischen 1951 und 1952 miteinander verkoppelt worden ist: die Einsatzmöglichkeiten zur „Abwehr von Katastrophen", im „zivilen Luftschutz" (der im Dritten Reich Selbstschutz genannt wurde) und zur „Beseitigung von Notständen" als, wie der DGB sich damals aus-

---

15) Bericht 1968, DIHT, a.a.O., S. 158 f.

16) So ist es sicher kein redaktionelles Versehen, daß die Thematik des „inneren Objektschutzes" und der „Werkschutzlehrgänge" im zitierten DIHT-Bericht unter der Hauptüberschrift „Öffentliches Auftragswesen" abgehandelt wird und daß unmittelbar nach dem bereits zitierten Satz über „die Fortsetzung und den weiteren Ausbau der bewährten Werkschutzlehrgänge" ein graphisch aufbereiteter Funktionsplan der Zivilen Verteidigung als Teil der Gesamtverteidigung folgt. — Als weiterer Beleg sei Dr. Gerhard Schröder in seiner Funktion als Verteidigungsminister zitiert: „Natürlich begrüße ich die Schaffung von Werkschutzeinrichtungen, die zur Zeit (1965 — K. K.) noch (!) der Eigeninitiative der Betriebe entspringen, und ich hoffe im Interesse der Gesamtverteidigung (!) auf Belebung und Förderung dieser Entwicklung . . ." (in: Werkschutz und Pförtnerdienst, hrsgg. von der Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Wirtschaft — GSW, Heft 3/1965, S. 53).

17) Beleg für den weiteren Aus- und Aufbau des Werkselbstschutzes vgl. Anm. 7.

18) Zweites Deutsches Fernsehen, 21. 8. 1967, Thema: „Werkschutz und Werkselbstschutz".

19) Vgl. hierzu z. B.: Der Tagesspiegel, Berlin 30. 6. 1967, dpa: „Die Regierung weist . . . darauf hin, daß Einrichtungen des Werkschutzes nicht zum Betriebsselbstschutz gehörten. Der Werkschutz sei eine Einrichtung der Betriebe zu ihrem Schutz im Frieden und unterscheide sich von dem für den Verteidigungsfall vorgesehenen Betriebsselbstschutz schon in der Aufgabenstellung." Zur Richtigstellung dieser falschen Tatsachenbehauptung vgl. Anm. 6 und 16.

drückte, „Streikbrecherorganisation" gegen („wilde") Streiks[20]). Auch beim THW ist die Funktion der Sicherung des Kapitalverwertungsprozesses und der innerbetrieblichen Herrschaft erkennbar, wobei nicht unmittelbar die Unternehmerschaft und deren Verbände die Einsatzbefugnis in Händen halten, sondern diese dem Staat obliegt, woraus bei einem möglichen Einsatz zum Streikbruch ersichtlich wird, daß der Staat ein Instrument der Unternehmerschaft ist, indem er mit dem Schutz des privaten Eigentums und seiner Verwertungschancen seinen eigenen Unterbau sichert[21]). Es ist sicher kein Zufall, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer während der Zeit des Aufbaus des THW und der ersten Polizeiformationen in der BRD auf einer Kundgebung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) in München (1951) den Unternehmern erklärte: „Die Herstellung einer inneren Front ist genau so wichtig wie die Herstellung der äußeren Front"[22]). Offensichtlich ist die „Herstellung der inneren Front" auf Seiten der Herrschenden für zukünftige Situationen bis heute noch nicht abgeschlossen.

Ein volles Verständnis für die heutigen Verhältnisse und Entwicklungen zum Aufbau der „inneren Front" im Bereich der Betriebe ist nur über die Entwicklung der institutionellen Struktur und der darauf gegründeten Zusammenarbeit zwischen Industrie und Staat im Rahmen des anfänglich geplanten „Industrie-Luftschutzes" zu erreichen. Hierzu soll nun einiges Material im historischen Abriß ausgebreitet werden.

Nachdem Ende 1951 die Hohe Kommission der Absicht deutscher Stellen zugestimmt hatte, Maßnahmen zum Luftschutz der Zivilbevölkerung, also zum „Schutz des Eigentums und des Menschen"[23]), zu ergreifen, gründeten die großen Konzerne sofort — Ende 1951 — im BDI einen „Arbeitskreis Industrie-Luftschutz", der zu einem Fachausschuß des Hauptausschusses für „Zivilen Luftschutz" des Bundesministeriums des Innern (BMI) avancierte[24]). Sofort begann die Arbeit des Arbeitskreises mit Stellungnahmen zur anlaufenden Luftschutz- und Zivilschutzgesetzgebung, mit Denkschriften zum baulichen Industrie-Luftschutz und zum Wunsch nach steuerlichen Erleichterungen für die damals geplanten Maßnahmen im Bereich der Industrie.

Zugleich wurden 1952 erste Hinweise zur „Heranziehung" der Belegschaften zum „Werkluftschutz" an die Betriebe verteilt, und es wurden Richtlinien für den „Werk-Brandschutz", den „Werk-Sanitätsdienst" und für einen „Werk-Luftschutzplan" verfaßt[25]). Zielstrebig begannen 1953 mit Vertretern der Bundes- und Landesministerien, der kommunalen Spitzenverbände, der Großstädte und mit weiteren Persönlichkeiten die ersten Luftschutz-Tagungen[26]), nachdem 1952 im Zuge

20) Otto Meibes, Das Technische Hilfswerk, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 2. 4. 1953, Nr. 63, S. 534 f.

21) Daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln Grundelement der hiesigen Staatlichkeit ist, ist in folgendem Satz sehr klar begriffen: „Wird von den demokratischen Völkern mit einer freien Wirtschaftsordnung der Begriff des Privateigentums aufgeweicht, werden von ihnen selber die Grundelemente ihrer Staatlichkeit zerstört, so wird damit der Boden für die kommunistische Zersetzung bereitet." (Jb. d. BDI 1956/57, Ds. Nr. 44, S. 26). Dem BDI geht es um die Aufrechterhaltung der „Anerkennung des Rechtes der Persönlichkeit und damit auch (der) Achtung vor dem Privateigentum" (a.a.O.), denn: „Nur ein Staatswesen, das sich in seiner Machtfülle durch das Recht begrenzt und dem einzelnen Staatsbürger gegenüber verpflichtet fühlt und sich damit zu seiner dienenden Funktion bekennt, gibt auch den Boden ab für eine wirtschaftliche Ordnung, welche die unternehmerische Verantwortungsfreudigkeit und damit die ökonomische Fortentwicklung unbeeinträchtigt läßt." (Jb. d. BDI 1954/55, Ds. Nr. 34, S. 150). Daß es sich bei derartigen Äußerungen nicht um ideologische Sätze, sondern um die Einschätzung realer Machtpositionen in Gesellschaft und Staat, insbesondere im Hinblick auf die „dienende Funktion" des Staates gegenüber den Privateigentümern an den Produktionsmitteln als den wirklichen „Staatsbürgern", handelt, wird im weiteren Verlauf der hier vorgelegten Analyse am Problem des betrieblichen Objektschutzes völlig offenkundig werden.

22) Zitat enthalten in: Fünf Jahre BDI — Aufbau und Arbeitsziele des industriellen Spitzenverbandes, hrsgg. vom BDI, Bergisch Gladbach 1954, S. 91.

23) Jb. d. BDI 1952/53, Ds. Nr. 19, S. 158 f.

24) A.a.O.

25) A.a.O.

26) Jb. d. BDI 1953/54, Ds. Nr. 21, S. 167.

einer engen Zusammenarbeit zwischen dem Gemeinschaftsausschuß der gewerblichen Wirtschaft, dem der BDI an führender Stelle angehört und der gegen die Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaften installiert worden war, und staatlichen Stellen das Technische Hilfswerk (heute etwa 70 000 Mann) gegen den Widerstand des DGB gegründet worden war [27]).

1954 kam es auf Betreiben des BDI zu einer Übereinkunft mit der BDA und dem DIHT zur Durchführung des „Industrie-Luftschutzes" im Rahmen des „Zivilen Luftschutzes" unter dem Gesichtspunkt, daß im Bereich der Industrie die Probleme des zivilen Luftschutzes in „Selbstverantwortung und -verwaltung" gelöst werden sollen [28]). Dem BDI wurde die Federführung „für die Aufstellung eines Industrie-Luftschutzes und in der Durchführung der behördlichen Anordnungen für den Industrie-Luftschutz" übertragen, wobei die Beratung der Behörden dem BDI oberliegt (Rückkoppelungssystem), „der sich dabei auf die fortlaufende Beratung mit dem DIHT und der BDA stützt" [29]). Sofort setzte die „Beratung" der Behörden ein, indem nun nicht mehr nur steuerliche Erleichterungen, sondern die Übernahme der Kosten durch den Staat gefordert wurden, da „die Durchführung des Industrie-Luftschutzes ... eine öffentliche Aufgabe von großer Bedeutung" sei [30]). Bis 1956 wurden auch die Landesvertretungen des BDI bei den Innen- und Wirtschaftsministerien ihrer jeweiligen Länder als beratende Stellen für die Vorbereitung und Durchführung des industriellen Katastrophen- und Luftschutzes eingeschaltet [31]). 1956 forderte der BDI nochmals nachdrücklich, daß „der Bund auch die Kosten des industriellen Luftschutzes grundsätzlich übernimmt" [32]).

Zugleich (1956) wurde der „Arbeitskreis Industrie-Luftschutz" im BDI in einen „Ausschuß" umgewandelt und aufgewertet, und aus dem 1953/54 gegründeten Arbeitskreis für Rüstungsfragen im BDI wurde der „Ausschuß für verteidigungswirtschaftliche Angelegenheiten", in den der DIHT, der Gesamtverband des Deutschen Groß- und Außenhandels und der Zentralverband des Deutschen Handwerks hineingezogen wurden [33]). Der ZDH ist fachlich in den über einhundert Arbeitsgruppen des Ausschusses vertreten [34]). 1956/57 wurde die Apparatur der Luftschutz- und Verteidigungsausschüsse im BDI koordiniert, fachlich verflochten, „gestrafft und rationalisiert" [35]). Hand in Hand damit ging die Erweiterung des BDI-Ausschusses Industrie-Luftschutz, indem weitere wirtschaftliche Spitzenverbände herangezogen wurden: Es wurde die „Luftschutzarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft (LAGW)", die spätere „Zivilschutzarbeitsgemeinschaft ... (ZAGW)", gegründet [36]), in welcher heute die gesamte gewerbliche Wirtschaft mit Ausnahme der Reeder mit 17 Spitzenverbänden vertreten ist, wobei Vorsitz und Geschäftsführung immer beim BDI geblieben sind [37]), was den gesellschaftlichen Kräfte- und Machtverhältnissen in der Wirtschaft entspricht.

---

27) Vgl. Anm. 20.
28) Jb. d. BDI 1954/55, Ds. Nr. 34, S. 205.
29) A.a.O., S. 205.
30) A.a.O., S. 206.
31) Jb. d. BDI 1956/57, Ds. Nr. 44, S. 210.
32) A.a.O., S. 193.
33) Jb. d. BDI 1958/59, Ds. Nr. 51, S. 31.
34) Jb. d. BDI 1957/58, Ds. Nr. 48, S. 171.
35) A.a.O.
36) Jb. d. BDI 1956/57, Ds. Nr. 44, S. 193.
37) Jb. d. BDI 1963/64, Ds. Nr. 69, S. 172. Folgende Verbände sind in der ZAGW als Mitglieder vertreten: Bundesverband der Deutschen Binnenschiffahrt; Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels; Bundesverband der Deutschen Industrie; Bundesverband Deutscher Banken; Bundesverband Spedition und Lagerei; Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Deutscher Hotel- und Gaststättenverband; Deutscher Industrie- und Handelstag; Deutscher Sparkassen- und Giroverband; Gesamtverband der Versicherungswirtschaft; Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, vertreten durch: Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels; Verband der Deutschen Gas- und Wasserwerke; Vereinigung

Der BDI errichtete diese umfassende Apparatur sowohl zur „Mitwirkung bei der Durchführung aller Maßnahmen auf dem Gebiet der Zivilverteidigung" [38]) und auf dem der militärischen Verteidigung als auch dazu, „um den Rat praxisverbundener Kreise allen Stellen zur Verfügung zu stellen, die mit verteidigungswirtschaftlichen Aufgaben befaßt sind. Er erwartete aber auch dafür, daß sein Rat schon in einem frühen Stadium der Vorbereitung eingeholt werde, ehe Fehlleitungen von Kapital und Arbeit eingesetzt haben" [39]). Dem BDI ging es allerdings auch um die Ausarbeitung von erweiterten Rechtsgrundlagen für die zivile Verteidigung, denn „wesentlich ist aber vor allem, daß die zuständigen Ministerien eine Reihe wichtiger Gesetzentwürfe ausarbeiten und sie laufend dem Parlament zur Verabschiedung vorlegen werden. (Bei den „wichtigen Gesetzentwürfen" handelt es sich um die Notstandsgesetze — K.K.) Die Beschlußorgane des BDI halten mit den Ministerien enge Verbindung und haben von diesen die Zusicherung erhalten, sie rechtzeitig und ausreichend bei der Behandlung dieser Gesetzentwürfe einzuschalten" [40]). Ein sicher nicht unbedeutender Faktor für die „enge Verbindung" war wohl die Tatsache, daß 1955 der bis 1956 amtierende Verbandsvorsitzende der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl (die Vereinigung ist eine Mitgliedsorganisation des BDI), Dr. Gerhard Schröder, das Bundesminsterium des Innern übernahm [41]), um sofort (1955) mit der Ausarbeitung der Notstandsgesetzgebung zu beginnen [42]) — die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderung von 1951 u. a. im Eisen- und Stahlbereich gegen die Interessen der kapitalverwertenden Eigentümer wurde nach einer Periode der Stabilisierung des bürgerlichen Staatsapparates von diesem selbst auf diese Weise beantwortet.

Was den „Industrie-Luftschutz" anbelangt, wurde von der dargestellten institutionellen Basis aus im Bereich der Wirtschaft 1957 das Bundeskanzleramt, die Bundesministerien für Wirtschaft (BMWi) und des Innern (BMI) sowie der Bundesausschuß für Angelegenheiten der inneren Verwaltung mit Eingaben und Denkschriften überhäuft; mit Ministerien und Bundestagsabgeordneten wurden diese Papiere in Einzelgesprächen diskutiert, freilich ohne eine Einigung zur Kostenfrage zu erzielen. Immerhin wurden aber — und das ist ein ungeheuerlicher Vorgang in einem bürgerlich-demokratischen „Rechtsstaat" — kostenwirksame „Paragraphen" aus dem 1957 in Kraft getretenen 1. Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung „ausgeschaltet" [43]). 1958 endlich war es dem BDI gelungen, die zuständigen Bundesstellen davon zu überzeugen, daß der Industrie-Luftschutz eine „Aufgabe von öffentlicher Bedeutung" sei und daher der Staat die Kosten übernehmen müsse [44]).

Gleichzeitig (1958) gelang dem BDI der institutionelle Durchbruch in die NATO-Gremien der militärischen und zivilen Verteidigung: „Der BDI hält zu den verschiedenen Stellen der NATO enge Fühlung", heißt es in seinem Jahresbericht 1958/59 [45]).

Deutscher Elektrizitätswerke; Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft; Zentralarbeitsgemeinschaft des Straßenverkehrsgewerbes; Zentralverband des Deutschen Handwerks; Zentralverband des genossenschaftlichen Groß- und Außenhandels. Übernommen aus: Einkaufs-1x1 der Deutschen Industrie, 16. Ausgabe, Darmstadt, Mai 1969, S. S 4/B 82.

38) Jb. d. BDI 1963/64, Ds. Nr. 69, S. 172.
39) Jb. d. BDI 1958/59, Ds. Nr. 51, S. 31.
40) Jb. d. BDI 1961/62, Ds. Nr. 60, S. 160.
41) Vgl. Anm. 9, Mitgliederversammlung . . ., a.a.O., S. 1.
42) Ernst Benda, Die Notstandsverfassung, Reihe Geschichte und Staat, Band 113, 4. und 5. Auflage, München-Wien 1966, S. 54.
43) Jb. d. BDI 1957/58, Ds. Nr. 48, S. 175.
44) Jb. d. BDI 1959/60, Ds. Nr. 53, S. 99.
45) Jb. d. BDI 1958/59, Ds. Nr. 51, S. 251. 1958 wurde im Zivilverteidigungsausschuß der NATO eine Arbeitsgruppe für die zivile Verteidigung in der Industrie gebildet (a.a.O., S. 259). Es kam zu einer Berufung von Sachverständigen der deutschen Industrie in verschiedene NATO-Arbeitskreise darüber hinaus (a.a.O., S. 260).

1959 forderte der BDI nunmehr die Bundesregierung auf, endlich eine „allgemeine Aufklärung des Volkes" über die zivile Verteidigung vorzunehmen, da die Wirtschaft nicht „Schrittmacher auf diesem Gebiet" sein könne [46]). Nach mehrmaligem Nachhaken entsprach die Bundesregierung diesen dringenden Aufforderungen [47]), wobei auch der BDI die von der Bundesregierung gegen einen Atomschlag empfohlenen Methoden für nicht ganz angemessen hielt.

Um diese Zeit begann nicht nur in der NATO, sondern auch beim BDI ein Umdenken im Hinblick auf mögliche Kriegsbilder unter dem Zeichen des atomaren Patts zwischen Ost und West. Seitdem ist von „Industrie-Luftschutz" keine Rede mehr, sondern von den „kleinen Kriegen, die der kommunistische Mächteblock durch Einmischung, Drohung, Zersetzung, Aufruhr und Umsturz hervorzurufen sucht" [48]), vom Kriegsbild des Inneren Notstandes. Der Begriff des „Luftschutzes" diente in der Folgezeit nur noch als Versteck für die weitere Fortschritte machenden inneren Notstandsvorbereitungen.

Nunmehr beginnt eine neue Phase zur Vorbereitung der innerbetrieblichen Aufrüstung, nachdem die institutionellen Strukturen oberhalb der betrieblichen Ebene verfestigt und wesentliche Gesichtspunkte zwischen Industrie und Staat abgeklärt worden waren. Jetzt — 1960 — schlug sich die Beratung der Behörden durch die Apparaturen des BDI in der Weise nieder, daß der BDI im Auftrag des BMWi seinen „bereits vor Jahren erarbeiteten Werkluftschutzplan" überarbeitete und „auf den neuesten Stand" brachte [49]). Was für einen Luftkrieg konventioneller oder atomarer Art völlig unsinnig wäre, wurde nunmehr konzipiert, nämlich daß sowohl in lebens- und verteidigungswichtigen Betrieben, die im Notstandsfall weiterarbeiten sollen, als auch in Betrieben, die zum Stillstand kommen sollen, es „notwendig" sei, „zur Sicherung der Gebäude und Anlagen Werkluftschutzkräfte vorzusehen" [50]).

Was von nun an die wirklichen Absichten der herrschenden Unternehmerschaft sind, sei hier exemplarisch belegt: Unter anderem zur „Sicherung wichtiger militärischer und rüstungswirtschaftlicher Objekte" wurde 1962 von H. v. Zitzewitz in der Zeitschrift „Wehrkunde" der Begriff der „Inneren Verteidigung" propagiert [51]). „Eine neuzeitliche innere Verteidigung wird jedoch nicht auf den Verteidigungsfall beschränkt werden können. Im Gegensatz zur äußeren Landesverteidigung, die erst mit der Eröffnung des Schießkrieges in Aktion tritt, hat sie bereits für die Dauer des Kalten Krieges umfassende Abwehraufgaben zu erfüllen. Denn das Ziel dieses vom Osten vornehmlich subversiv geführten Krieges ist der Umsturz, seine Kampfmittel bedrohen die inneren Sicherheit des Landes, und das ganze Territorium bildet sein Kampffeld." Daher erfolgt „in der friedensmäßigen engen Zusammenarbeit zwischen Zivilschutzverbänden und Streitkräften ... ein nicht unwesentlicher gemeinsamer Beitrag zur inneren Ver-

Seitdem besteht eine „ständige persönliche Fühlung" deutscher Industrieller mit der NATO, und die Vertreter der deutschen Industrie stehen „in regem Gedankenaustausch mit den Vertretern der NATO auf dem Gebiete der zivilen und wirtschaftlichen Verteidigung" (a.a.O., S. 259).

46) Jb. d. BDI 1960/61, Ds. Nr. 57, S. 154.

47) Jb. d. BDI 1961/62, Ds. Nr. 60, S. 159 f. Dort heißt es: „Es ist festzustellen, daß sich nunmehr (!) auch (!) die Bundesregierung zur Notwendigkeit eines verstärkten zivilen Bevölkerungsschutzes bekannt hat. Das Bundesministerium des Innern hatte mit der Herausgabe von Broschüren eine Aufklärung eingeleitet, die jedoch auf breite Kritik der Öffentlichkeit gestoßen ist und von der auch der neue Bundesinnenminister (nunmehr nicht mehr G. Schröder, sondern H. Höcherl — K. K.) mit der Bemerkung, daß „man sich etwas Besseres einfallen lassen müsse", deutlich abgerückt ist. Ohne uns über den Wert oder Unwert dieser Schriften auseinandersetzen zu wollen, haben wir — die wir schon immer eine breite Aufklärung der Öffentlichkeit über dieses unpopuläre Anliegen für notwendig gehalten haben — es begrüßt, daß wenigstens ein Anfang gemacht ist."

48) Jb. d. BDI 1960/61, Ds. Nr. 57, S. 18.

49) Jb. d. BDI 1961/62, Ds. Nr. 60, S. 162.

50) A.a.O., S. 162.

51) Horst v. Zitzewitz, Innere Verteidigung, Gemeinsame Abwehraufgaben für Militär und Zivil in der Landesverteidigung der NATO-Mächte, in: Wehrkunde, 11. Jg. 1962, S. 81 ff.

Neuerscheinungen

Verfassung und Verfassungswirklichkeit

Hrsg. v. Ferdinand A. Hermens

Band 4: Jahrbuch 1969
Ca. 300 Seiten.
Ln. ca. DM 36,–

Carl J. Friedrich

Politik als Prozeß der Gemeinschaftsbildung

Eine empirische Theorie der Politik

1969. Ca. 550 Seiten.
Ln. DM 60,–

Werner Kaltefleiter

Die Funktion des Staatsoberhauptes in der parlamentarischen Demokratie

1969. Ca. 330 Seiten.

Demokratie und Frieden, Band 9

Kart. ca. DM 35,–

Roland L. Warren

Soziologie der amerikanischen Gemeinde

The Community in America
Aus dem Amerikanischen von Detlef Affeld.
Hrsg. von Rainer Mackensen

1969. Ca. 240 Seiten.
Kart. DM 24,–; Ln. DM 38,–

George C. Homans

Theorie der sozialen Gruppe

The Human Group

Aus dem Amerikanischen von Rolf Gruner

4. Auflage 1969, 451 Seiten
Ln. DM 39,–

Die Integration der Gastarbeiter

Hrsg. v. Karl Bingemer, Edeltrud Meistermann-Seeger und Edgar Neubert

1969. Ca. 260 Seiten.
Kart. ca. DM 28,–

Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie

Hrsg. v. W. Eichhorn, E. Hahn, G. Heyden, M. Puschmann, R. Schulz, H. Taubert

1969. Ca. 336 Seiten.
Ln. ca. DM 15,–

Peter Wulf

Die politische Haltung des schleswig-holsteinischen Handwerks 1928–1932

1969. 160 Seiten.

Abhandlung zur Mittelstandsforschung, Band 40 Soziologische Abteilung

Kart. DM 27,60

Heino Kaack

Struktur und Geschichte der deutschen Parteien

1969. Ca. 660 Seiten.
Kart. ca. DM 24,–
Ln. ca. DM 38,–

Hans-Hermann Hartwich

Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo

1969. Ca. 500 Seiten.

Studienausgabe

Kart. DM 24,–; Ln. DM 40,–

Karl Mannheim

Freiheit und geplante Demokratie

Freedom, Power and Democratic Planning

Aus dem Englischen von Peter Müller

1969. In Vorbereitung.
Ca. 350 Seiten

Westdeutscher Verlag Köln und Opladen

teidigung" [52]). — 1963 erklärte Norbert Hammacher in der Zeitschrift „Zivilschutz" zum Thema „Luftschutz der gewerblichen Wirtschaft", wie man sich die „Innere Verteidigung" (H. v. Zitzewitz) im Betrieb konkret vorzustellen hat:

„An betrieblichen Schlüsselpunkten sollten nur zuverlässige, über jeden Zweifel erhabene Belegschaftsangehörige eingesetzt werden. Ihre Vorgesetzten, Meister, Abteilungsleiter und Betriebsführer müssen von Zeit zu Zeit von der Werkschutzleitung über Gefahrenmomente unterrichtet werden. Sie sollten ihrerseits verdächtige Wahrnehmungen bei den ihnen unterstellten Belegschaftsangehörigen, z. B. verdächtiges Verhalten, radikale politische Einstellung, Unzuverlässigkeit am Arbeitsplatz, Fahrten zu kommunistischen Veranstaltungen (in der Zone oder im westlichen Ausland) dem Leiter des Werkschutzes mitzuteilen" [53]). Für eine „notwendige Prophylaxe" muß die Werkschutzleitung „bestrebt sein, sich ein lückenloses Bild über ehemalige Angehörige der kommunistischen Partei, der FDJ, der Volkspolizei und der radikal eingestellten Belegschaftsangehörigen zu beschaffen. Sie muß wissen, an welchem Arbeitsplatz die betreffenden eingesetzt sind" [54]). „Das Zusammenspiel zwischen Werkschutz, Betriebs-, Abteilungsleitern und Meistern im Betrieb muß so eng sein, daß der Werkschutz ständig über die Stimmung innerhalb der Belegschaft informiert ist. Hier kann das kleinste Indiz der Verärgerung gewisser Belegschaftsangehöriger gegenüber ihren Vorgesetzten von Bedeutung sein. Die persönliche Abneigung von Belegschaftsangehörigen gegenüber einem Vorgesetzten kann geschickt vom Gegner ausgenutzt werden, um Arbeitsunlust und verlangsamtes Arbeitstempo herbeizuführen. Geschickten Agitatoren — dafür gibt es zahlreiche Beweise — gelingt es immer wieder, das zum Anlaß zu nehmen, um innerhalb der Belegschaft Unruhe und wilde Streiks zu organisieren. Der wilde Streik ist ein bewährtes Mittel der gegnerischen Sabotage" [55]).

Auf diese Weise entpuppt sich die „Industrie-Luftschutz"-Planung als inneres Klassenkampfinstrument im Betrieb. Bevor jedoch gezeigt wird, wie der „wilde Streik" selbst zum Ausgangspunkt und zur Grundlage eines bedeutenden militärischen Manövers genommen wurde und wie Industrie und Staat zur Abwehr jener Streikbewegung und zur Forcierung des betrieblichen Objektschutzes in eingebunkerten Kommandostellen kooperiert haben, sollen zunächst die weiteren Schritte auf der überbetrieblichen Ebene mit Einwirkung auf die betriebliche zur Herstellung der „Inneren Verteidigungs"-Bereitschaft verfolgt werden.

Etwa gleichzeitig mit der Beendigung der Werkluftschutzplan-Überarbeitung — 1962 — begannen die ersten Veranstaltungen des BDI beim Bundesamt für Zivilen Bevölkerungsschutz (BZB) mit Zustimmung des BMI: Informationstagungen für künftige Betriebsselbstschutzleiter aus Groß- und Mittelbetrieben sowie für Bearbeiter von zivilen Verteidigungsmaßnahmen bei Verbänden und Kammern [56]).

1963 ‚veröffentlichte' der BDI seine „Ersten Empfehlungen über planerisch-organisatorische Vorbereitungen in den Betrieben zur Herstellung der zivilen Verteidigungsbereitschaft", welche er in einer Auflage von 73 000 Stück verbreitete, sowie die „Richtlinien für Stärke, Gliederung, Ausrüstung und Ausbildung von Werkselbstschutzeinheiten" [57]). Diese Einheiten wurden u. a. mit Objektschutz-

52) A.a.O., S. 82.
53) Norbert Hammacher, Luftschutz der gewerblichen Wirtschaft . . ., a.a.O., S. 159 f. Der syntaktische Fehler befindet sich im Original.
54) A.a.O., S. 160.
55) A.a.O., S. 161.
56) Jb. d. BDI 1963/64, Ds. Nr. 69, S. 172 f.
57) A.a.O., S. 172 f.

aufgaben betraut [58]). Um einen erfolgreichen Objektschutz durchzuführen, leiten die verschiedenen „Empfehlungen" — auch diejenigen, welche noch folgten und u. a. von ausländischen Behörden sowie Interessenten aus Handels-, Handwerks-, Reederei-, Bank- und Versicherungsbetrieben bezogen wurden [59]) — dazu an, durch Werkbeschreibungen und Werkanalysen Bestandsaufnahmen und eine Auswertung aller betrieblichen Gegebenheiten zu machen; ja aus Industriekreisen wurde an den BDI sogleich die Forderung herangetragen, einen Zivilverteidigungsplan (Modellplan) für den einzelnen Betrieb auszuarbeiten, was alsbald geschah [60]). Seit dem Sommer 1963 veranstaltete der BDI nunmehr auch mit Zustimmung der Bundeshauptstelle des Bundesluftschutzverbandes (BLSV) an dessen zehn Landesschulen Informationstagungen überwiegend für Interessenten aus Kleinbetrieben, ab 1964 auch unter Beteiligung von Vertretern anderer Betriebe aus Verbänden der ZAGW beim BZB und BLSV [61]). Seit 1963 läuft im Einvernehmen des BDI mit dem Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen an staatlichen Ausbildungsstätten insbesondere des Luftschutzhilfsdienstes die Ausbildung von „Führern" und „Unterführern" von Werkselbstschutzeinheiten [62]) ohne formal legale Festlegung der organisatorischen Struktur und ohne formale Legalisierung der Institutionalisierung von Werkselbstschutzeinheiten in den Betrieben. „Die derzeitige Lage verlangt ein besonderes Maß an Sicherheitsvorkehrungen. Auch eine politische Entspannung darf nicht Anlaß sein, die Sicherheit innerhalb des Betriebes zu vernachlässigen" [63]).

Da im konkreten Fall bei der Durchführung von innerbetrieblichen Sicherheits- und Objektschutzmaßnahmen auch mit Toten und Verwundeten durch die Anwendung von unmittelbarem Zwang gerechnet werden muß, traf der BDI 1963 auf Anregung aus der Industrie mit dem Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes, den Bundesspitzen des Malteserhilfsdienstes, des Arbeitersamariterbundes und der Johanniterunfallhilfe sowie dem DIHT eine Vereinbarung über die „Erste-Hilfe"-Ausbildung, wobei die Industrie- und Handelskammern die Ausbildung in Orten und Kreisen mit den genannten Verbänden abstimmen sollen [64]).

Ebenfalls 1963 wurde die Konzeption einer Erweiterung und Stärkung der institutionellen Struktur nach unten andiskutiert: „Für die Beratung der Betriebe sollen ... im Wege der Selbstverwaltung in den Kammerbezirken ‚Selbstschutzstellen der gewerblichen Wirtschaft' gebildet werden. Die ‚Selbstschutzstellen' sollen alle hauptbeteiligte Stellen der gewerblichen Wirtschaft umfassen" — mit dem Ziel einer Errichtung „im gesamten Bundesgebiet" [65]). Erstmals zeichnete sich eine Parallelstruktur zur militärischen und zivilen Verteidigung im öffentlichen Bereich der BRD ab, wodurch die allmählich folgende konkrete Zusammenarbeit zwischen allen Bereichen der militärischen und zivilen Verteidigung institutionalisiert werden sollte: „Bei der Vorbereitung eines gesamtwirtschaftlichen Lenkungssystems für den Spannungs- und Verteidigungsfall auf Bundes-, Landes-, Bezirks- und Kreisebene sollten die fachlichen und regionalen Institutionen der Wirtschaft angemessen vertreten sein" [66]). 1964 bereits wurden die ersten „Selbstschutzberatungsstellen" auf Kammerbezirksebene gegründet, und

---

58) Zweite Empfehlungen — „Vorschläge für Stärke, Gliederung, Ausrüstung und Ausbildung von Werkselbstschutzkräften gemäß § 24 des Entwurfs zum Selbstschutzgesetz", Stand 1964, hrsgg. von einem Arbeitskreis des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, BDI-Ds. Nr. 72, Bergisch Gladbach, S. 41.
59) Jb. d. BDI 1964/65, Ds. Nr. 74, S. 189.
60) Jb. d. BDI 1963/64, Ds. Nr. 69, S. 173.
61) A.a.O., S. 172 f.
62) A.a.O., S. 172 f.
63) A.a.O., S. 174.
64) A.a.O., S. 172 f.
65) A.a.O., S. 172.
66) Jb. d. BDI 1964/65, Ds. Nr. 74, S. 187.

die innerbetrieblichen Bestandsaufnahmen nach den „Empfehlungen" des BDI liefen in größerem Umfang an [67]).

Unterdessen wurde der Begriff der „verdeckten Kampfführung" kreiert und gilt spätestens ab 1964 als Kennwort für das Kriegsbild des Inneren Notstandes bei Wirtschaft, Behörden und Militär. Auch die ZAGW und die in ihr vertretenen Verbände beschäftigen sich seit 1964 mit der „verdeckten Kampfführung" [68]), zu welcher u. a. Demonstrationen, Streiks und Sabotage gerechnet werden [69]).

Von 1965 bis 1967 liefen in einer Reihe von Betrieben sogenannte „Erprobungsmaßnahmen" für den Werkselbstschutz „für einen betriebsnahen WS-Schutz" unter Teilnahme von BDI, BMI, BMWi und BMF (Finanzen) insbesondere auch in finanzieller Hinsicht [70]), wie ja auch schon 1958 „Erprobungsbauten" in der Industrie „auf Kosten der Regierung durchgeführt" worden waren [71]).

Indessen war die NATO-Stabsrahmenübung FALLEX 66, die im Tätigkeitsbericht der Bundesregierung unter dem Ressort des BMI als „sonstige Polizeiangelegenheiten" rangierte, ein gewisser Höhepunkt in der bisherigen Entwicklung der vorbereitenden Festigung der innerbetrieblichen und gesellschaftlichen Herrschafts- und Machtverhältnisse. Die Übung ging von einem Kriegsbild des Inneren Notstandes aus und hatte vor allem die Bekämpfung von Demonstrationen und Streiks zum Ziel [72]: „Bei den Arbeiterunruhen in Wolfsburg behielt die Polizei gerade noch die Oberhand. Aber am vierten Übungstag verlangen immer häufigere wilde Streiks (beobachtet vom Verfassungsschutz, der aber nicht zum Einschreiten befugt ist) nach gesetzlicher Maßregel." „Wehrkraftzersetzend wirken derweil — in der Phantasie der Übungsplaner — Friedensdemonstationen in westdeutschen Großstädten, bei denen zum Generalstreik aufgefordert wird." Rundfunk und Fernsehen „berichten stündlich über neue, schwere Sabotageakte in der Bundesrepublik". „Denn mit einer ‚groß angelegten Sabotage-Welle', so lautete die Vorstellung der Fallex-Planer, werde der Feind die Bundesrepublik ‚sturmreif machen wollen'. Bewaffnete Banden sind von ‚Orange' [72a]) eingeschleust, weitere Sabotage-Trupps per Fallschirm abgesetzt worden. Resultat: Großbrände in Geräte-Depots und Versorgungslagern der Bundeswehr und der NATO. Sprengung von Fernsprechzentren, Zerstörungen in der Industrie, Anschläge auf Autobahnen und Bahnstrecken, vereinzelt auch auf Rundfunk- und Fernsehsender." Sabotage und „wilde" Streiks: „General a. D. Theodor Busse, Ersinner der innerdeutschen Fallex-Übungslage, hatte es so eingerichtet, daß die Notstands-Erprober reichlich Anlässe zum Notverordnen fanden": für Dienstverpflichtungen, Aufenthaltsregelungen, Verkehrssicherstellungen — „100 Stunden lang übten die Bunker-Insassen das Durchgreifen".

Freilich waren im Bunker Bundesregierung, Notparlamentarier und Militärs nicht allein: Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) war in den staatlichen und militärischen Entscheidungsgremien mit einer „Delegation" vertreten, die „zunächst eine Einweisung in die Probleme der Übung und eine Einführung in die Lage durch den Befehlshaber der Streitkräfte und seine Mitarbeiter" erhielt [73]). „Im Übungsstab ... wurde die Delegation von Vertretern der zuständigen Ressorts über die eingeleiteten logistischen Maßnahmen und die sich hieraus

67) A.a.O., S. 189.
68) A.a.O., S. 189.
69) Taschenbuch für Wehrfragen 1966/67, Frankfurt am Main 1966, S. 223.
70) Jb. d. BDI 1964/65, Ds. Nr. 74, S. 189.
71) Jb. d. BDI 1959/60, Ds. Nr. 53, S. 99.
72) Notstandsgesetze: Kriegsrecht im Frieden? (Artikel:) Notstand — Bachab schicken, in: Der Spiegel, 21. Jg., Nr. 46, 6. 11. 1967, S. 33 ff.
72a) Bei militärischen Manövern der äußere Feind.
73) Mitteilungen des BDI, 14. Jg. 1966, Nr. 11, S. 8.

ergebenden verteidigungswirtschaftlichen Fragen unterrichtet. Die anschließenden Diskussionen boten Gelegenheit, die mannigfachen, zum Großteil noch offenen Probleme und Schwierigkeiten zu erörtern, die sich für die Industrie in Spannungsfällen oder gar im Verteidigungsfall ergeben würden; dabei wurden neben Grundsatzfragen vor allem die noch verbleibenden Möglichkeiten der Umstellung und Fortführung der Produktion, der Verlagerung, der Instandsetzung, des Verkehrs, der Energieversorgung, des Arbeitskräftepotentials sowie der Sabotage und Sicherheit in den Betrieben erörtert" [74]).

Die „Diskussionen" boten dem BDI, der Bundesregierung und den Militärs unmittelbar die Möglichkeit, die im „Notstandsausschuß" zur Behandlung kommenden Themen zu manipulieren, denn laut „Spiegel" stellte vor diesem während der Übung ein Regierungssprecher „planmäßig" fest, „daß offenbar viele Objekte ungenügend gesichert waren. Das Übungsziel — die im Bunker versammelten Politiker von der Notwendigkeit einer umfassenden Objektschutzplanung zu überzeugen — ist erkennbar" [75]).

Der BDI zog jedenfalls aus dem Übungsverlauf die Konsequenz: „Es zeigte sich die Notwendigkeit einer künftigen engeren Zusammenarbeit zwischen militärischer Führung, Verwaltung und Wirtschaft, wenn diese auf uns zukommenden Fragen sinnvoll gelöst werden sollen" [76]). Wie diese „Fragen" „auf uns zukommen" könnten, ist 1967 dem „Spiegel" zu entnehmen: „Die Deutsche Mark verliert ständig an Kaufkraft, die Lebensmittelpreise steigen rapide. Die bis dahin friedlichen Demonstrationen für höhere Löhne und stabile Preise, für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa und die Anerkennung der DDR arten zu blutigen Straßenkämpfen aus. Der Verkehr bricht immer häufiger zusammen ... Die Polizei war überfordert ..." [77]). Eine ökonomische Konstellation gerät nach diesen Vorstellungen zu einer Klassenkampfsituation, in welcher in einem fortgeschritteneren Stadium der Objektschutz seine spezifischen Funktionen erhält, ohne daß von einem Luftkrieg konventioneller oder atomarer Art noch die Rede wäre. Den Wünschen des BDI jedenfalls nach einer „künftigen engeren Zusammenarbeit" wurde von Seiten des Staates noch 1966 entsprochen: Es wurde die Akademie für Zivile Verteidigung eröffnet [78]), in der Wirtschaft, Verwaltung und Militär ihre Zusammenarbeit erlernen und erproben sollen [79]).

Was hierdurch verhindert werden soll, ist die „Kontrolle (des Staates und des privatkapitalistischen Eigentums — K. K.) durch die gesellschaftlich Ausgeschlossenen" [80]); denn — so schreibt der ehemalige Verbandsvorsitzende der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl und heutige Verteidigungsminister, Dr. Gerhard Schröder, in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber" —: „Parlamentarische Entscheidungen und Entscheidungen der Exekutive dürfen ... auf keinen Fall unter dem Druck von Straßendemonstrationen fallen. Griffe diese Übung um sich, dann

---

74) A.a.O., S. 8.
75) Notstandsgesetze: Kriegsrecht im Frieden? . . ., a.a.O., S. 34.
76) Mitteilungen des BDI, a.a.O., S. 8.
77) Bundeswehr — Jagd auf X, in: Der Spiegel, 21. Jg., Nr. 50, 4. 12. 1967, S. 27 f. In dem Artikel wird vom „verdeckten Kampf" berichtet, wie er sich nach den Vorstellungen von Militärs abspielen wird und wie er bekämpft werden muß: mit Schützenpanzerwagen gegen Demonstranten.
78) Deutsche Politik 1966, Tätigkeitsbericht der Bundesregierung, hrsgg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, S. 34/35.
79) Vgl. den Vortrag des Ministerialdirektors beim BMI, Hans Arnold Thomsen, vor dem Ausschuß Industrieschutz des BDI im Jahre 1964, abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 192, 30. 12. 1964, S. 1779.
80) Herbert Gross, Unternehmer in der Politik, hrsg. von Gustav Stein (BDI), Düsseldorf 1954, S. 53. Dort heißt es wörtlich: „Wenn aber heute das Eigentum nicht mehr ausreicht, um allen gesellschaftlichen Status zu geben, erwächst die Gefahr der Politisierung über den Staat, einer Kontrolle durch die gesellschaftlich Ausgeschlossenen."

wäre das für unseren Staat verhängnisvoll" [81]). Der derzeitige Bundesminister des Innern, Ernst Benda, denkt unterdessen bereits an konkrete Klassenkampfstrategien von oben, wenn er zum Verhältnis der Herrschaft der „Bourgeoisie" und der „Unterordnung der Massen" an Hand eines Dutschke-Zitates schreibt, daß es von Dutschke eine „ganz zutreffende Erkenntnis" sei, „daß die Auseinandersetzung ... nicht nach unabänderlichen mechanistischen Regeln ablaufen wird", sondern daß „notfalls energische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung selbstverständlich notwendig" seien [82]). Wenn es stimmen sollte, „daß wir im Begriff sind, in eine geschichtliche Krise einzutreten" [83]), dann kann die von Ernst Benda zitierte „Bourgeoisie" ihre Herrschaft nur durch innerbetriebliche politische Bespitzelung der Arbeitnehmer, durch innerbetrieblichen Objektschutz, durch Verstärkung und Militarisierung der Polizei, durch Bewaffnung von Angestellten und Beamten des Bundes zur „Sicherung von Anlagen oder beweglichen Gegenständen ..., die hoheitlichen Aufgaben dienen" [84]), durch Einsatzübungen der Bundeswehr nach Innen, kurz: durch die „Innere Verteidigung" auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Gesellschaft und unter Zuhilfenahme ausgedehnter organisatorischer Strukturen aufrechterhalten, um ihre ökonomischen und politischen Interessen weiterhin erfolgreich zu wahren.

Hans-Dieter Bamberg

Militärseelsorge in Westdeutschland (I)

Psychologische Rüstung

Einleitung

Wenn Kurt Georg Kiesinger als amtierender Bundeskanzler die autokratisch geführte Armee als „große Schule der Nation" bezeichnet, und zwar in erster Linie, weil dort junge Lohnabhängige zu kritiklos funktionierenden Schräubchen im kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozeß getrimmt würden [1]), und

81) Gerhard Schröder, Der Bürger und sein Staat, Weshalb wir einen staatlichen Organismus benötigen, in: der arbeitgeber, Zeitschrift der BDA, 20. Jg., Nr. 10/1968, 20. Mai 1968, S. 247. Auf S. 248 heißt es: „Diejenigen Bürger, die in den harten Jahren nach dem Kriegsende unsere demokratische Ordnung beharrlich und geduldig aufgebaut haben, würden es nicht verstehen, wenn diese Ordnung nun Selbstmord beginge, indem sie die Revolution zuließe." Im weiteren Verlauf seines Artikels fordert G. Schröder für diesen Staat, daß er „ein politisches Machtzentrum" werde, „das ständig Impulse ausstrahlt, aufnimmt und verarbeitet". Der Staat bedürfe „des Vertrauens und der Loyalität seiner Bürger, der aktiven, spontanen Mitarbeit seiner Bürger mit dem Blick auf das Ganze, der Bereitschaft aller Bürger, einem Allgemeinwohl zu dienen. Das ist der Staat des Engagements, ein Staat mit eigener Persönlichkeit, der nach innen und außen prägend wirkt." Es sei „unerläßlich, daß unser Land einen solchen Staat formt, einen Organismus, der Autorität ausstrahlt ..." (A.a.O., S. 249).

82) Ernst Benda, Die innenpolitische Lage der Bundesrepublik, in: Das Parlament, 18. Jg. 1968, Nr. 29, 17. 7. 1968, S. 1 f.

83) A.a.O., S. 2.

84) § 33 Abs. 1 Nr. 10 Bundeswaffengesetz von 1968, zitiert nach der BT-Drucksache V/2623, S. 33.

1) Vgl. Frankfurter Rundschau, 19. 6. 1969, S. 1; Die Zeit, 27. 6. 1969, S. 8. Bei unserem zusammenbrechenden Bildungssystem ist Kiesingers Ausspruch ironischerweise nicht einmal falsch. Lt. Mitteilung des Bundesverteidigungsministeriums ist die Bundeswehr z. B. der „einzige wirklich funktionierende Zweite Bildungsweg"; 1968 seien 8072 Zeitsoldaten in 401 verschiedenen Berufen ausgebildet worden. Vgl. Publik, 1. 8. 1969, S. 16.

die meistgelesene Tageszeitung da völlig gleicher Meinung ist[2]); wenn ein im Bildungswesen der Bundeswehr tätiger General wie Karst in Reden und Schriften gegen Demokratie und Mitbestimmung wettert und in einer Zeitschrift[3]), in der hohe Bundeswehrspitzen (Trettner, Zenker, Volland) schreiben, der „Staatsbürger in Uniform" als „ideologisches Dogma" denunziert wird — und offenbar jetzt nicht bloß von ganz rechtsaußen die liberal-demokratischen Zierstücke der „Inneren Führung" ganz gekappt werden[4])—; wenn derselbe Karst es für richtig hält, eine „Ausbildungsbemerkung"[5]) mit dem Satz beginnen zu lassen: „Der deutsche Soldat war allzeit ein tapferer Kämpfer", und wenn dazu kommt, daß der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses gern die Bundesrepublik als Atomwaffenproduzenten sähe[6]), der Verteidigungsminister selbst von einer „Vorwärtsstrategie" spricht, „die nicht länger unbeweglich hinter den Grenzen des eigenen Schutzbereiches" verharren dürfe[7]), daß ein General[8]) in einer quasi-offiziellen Wehrzeitschrift mit ausdrücklicher Tolerierung der Redaktion schon wieder vom Krieg als „Symphonie" und der „höchsten Steigerung des menschlichen Lebens" zur Überwindung der Schwächen der Zeit und als „Offenbarung Gottes" spricht, und wenn schließlich an Präventivkriegsgedanken nicht unwichtiger Geistesströmungen kaum Zweifel sein kann[9]) — dann ist es offenbar höchste Zeit, energisch etwas gegen diese Einflüsse und Tendenzen zu tun.

Die geistige Indoktrination der Soldaten spielt eine wesentliche Rolle bei all diesen Strömungen, wobei über zweierlei kein Zweifel sein kann: Zum einen ist die soldatische Tradition in Deutschland gleichbedeutend mit der autoritären (nach innen) und der chauvinistisch-aggressiven (nach außen)[10]), und zum andern ist die Armee nicht ohne Zusammenhang mit der übrigen Gesellschaft, die sie — mehr in autokratischen, weniger in demokratischen Regierungssystemen — prägt und von der sie auch heute geprägt wird.

Wenn wir annehmen, daß für absehbare Zeit jedenfalls die liberaldemokratischen Staatsbürgerrechte trotz wachsender Rechtsbewegungen erhalten bleiben, könnte ein entscheidender Rechtsruck nur stattfinden, wenn auch die ideologische Empfänglichkeit für solche Parolen gegeben ist; für diese aber sind schon bei oberflächlicher Betrachtung fünf Ideologieproduzenten namhaft zu machen: die traditionelle Schule, die autoritären Betriebe, die auf Befehl und Gehorsam aufgebaute Armee und die nichtdemokratisierte Kirche — mit der überkommenen Familie als dem Reproduktionsmechanismus dieser Strukturen.

An der undemokratischen bis antidemokratischen Indoktrination in der Bundeswehr durch Schulung im engeren und im weiteren Sinne (letzterer umfaßt die ge-

---

2) „Bundeswehr ist die große Erziehungsschule der Nation! Arbeitgeber sind sich einig: Junge Mitarbeiter (!) sind weitaus pflichtbewußter, wenn sie in der Bundeswehr gedient haben." Bild-Zeitung, zit. n. Metall, 4. 2. 1969, S. 11.

3) Deutschland-Magazin, Nr. 1, Mai 1969, hrsg. von der „Deutschland-Stiftung e. V.", Regensburg, zit. n. Frankfurter Rundschau, 31. 5. 1969, S. 5.

4) Vgl. Friedhelm Baukloh, Die neue Theorie der Inneren Führung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8/1969, S. 804 ff. Vgl. über die jetzt von der CDU in Umlauf gebrachten rechtsreaktionären „Zehn Briefe" des Generals a. D. Weber an Baudissin: Die Zeit, 19. 9. 1969, S. 1.

5) Nr. 7/68 vom 22. 10. 1968 („Wachdienst in Frieden und Krieg").

6) CSU-MdB Zimmermann verlangte das im Frühjahr 1969 in einem Referat vor Wehrpolitikern und Unternehmern. Vgl. Stern, Nr. 9/1969.

7) So Schröder, Ende November 1968. Vgl. Die Welt, 5. 12. 1968, S. 5.

8) Friedrich von Boetticher (General a. D.), Feldherrntum und Generalstab: Grundsätze und Geist, in: Wehrkunde, 1964, S. 458 f.

9) Vgl. Wilko Wolfram von Wintzingerode, Kriegsdienstverweigerung zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8/1969, S. 730 ff.

10) Vgl. dazu allgemein René König (Hrsg.), Beiträge zur Militärsoziologie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 12/1968 und spezieller z. B. F. L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918—1933, Köln und Berlin 1964.

samte Praxis) kann leider kein Zweifel sein [11]). Nach dem Studium der von der Militärseelsorge herausgegebenen Publikationen müssen wir dazu einen diese Effekte dadurch noch verstärkenden Einfluß feststellen. Wir werden das inhaltlich bei verschiedenen Einzelproblemen zeigen; vorab sei auf die formelle Seite hingewiesen: Auch wenn in der Militärseelsorge (hinfort: MS) nichts anderes gelehrt würde als auch sonst in der Bundeswehr, hätte das für alle demokratischen Kräfte noch den zusätzlichen Nachteil, daß das Gelehrte mit einem religiösen Firnis umgeben wird. Und das infolge jahrhundertelanger autoritärer Tradition, die mit der christlichen überhöht und abgesichert wurde, selbst dann, wenn die Militärpfarrer das gar nicht woll(t)en: Ein „Heilswissen", verbunden mit der Amtsgewalt, kraft deren nach landläufigen Meinungen das Böse vom Guten geschieden und ersteres auch vergeben werden kann, wird zur Autorität, die nicht mehr diskutiert wird, auch da, wo sachliche Kompetenz fehlt.

Die Summen, die vom Staat bisher für die MS (einschließlich der Kosten für Personal, das umfangreiche — und z. T. in Kellern von Militärpriestern vermodernde — populäre und elitäre MS-Schrifttum, bislang 49 Soldatenheime der „Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung" und der „Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung" [12])) aufgewandt wurden [13]), sind achtungserregend. Allein am Neubau oder an der Erweiterung von Militärkirchen beteiligten wir uns („Der Staat sind wir"!) seit 1958 mit 79,5 Mio. DM [14]). Der Haushaltsplan 1969 weist unter Kapitel 1406 rd. 17,2 Mio. DM für die diesjährige MS aus.

Die Arbeit der MS wird in erster Linie als Ausfluß der kirchlichen Seelsorge in einen Spezialbereich angesehen, der aber — wie wir an vielen Beispielen sehen werden — nicht selten zum vorbildhaften „Stand" verklärt wird. Hauptinhalt der allgemeinen Arbeit der MS in der Bundeswehr sind — neben Gottesdiensten, Exerzitien [15]), Rüstzeiten und Werkwochen (zu denen die meisten Soldaten schon deshalb gehen, weil es dafür Dienstbefreiungen gibt), Wallfahrten (etwa die katholische „internationale" Soldatenwallfahrt nach Lourdes) u. ä. — der „Lebenskundliche Unterricht" von zwei Stunden pro Monat, der ebenfalls in der Regel als ein günstigerer Dienst als der gewöhnliche aufgefaßt wird, so daß nur wenige von ihrem Recht des Fernbleibens Gebrauch machen (in dem Falle können sie „entsprechend" beschäftigt werden — vor einiger Zeit wurde allerdings vom Wehrbeauftragten der Beschwerde eines Unteroffiziers stattgegeben, der sich geweigert hatte, statt der Anwesenheit beim „Lebenskundlichen Unterricht" einen Aufsatz zu schreiben). Dieser Unterricht, der auch nach dem Selbstverständnis der MS „mitten hineingreift ins volle Menschenleben" [16]), wird im allgemeinen bei Offizieren und Unteroffizieren gemischt, bei Mannschaften konfessio-

11) Vgl. Rolf Gutte, Die Mentalität unserer Armee. Analyse von Bundeswehrpublikationen, in: Frankfurter Hefte, Nr. 1/1969, S. 6 ff.; ders., Bundeswehr und Demokratie. Anmerkung zur staatsbürgerlichen Erziehung der Soldaten, in: Stimme, Nr. 3/1967, S. 88 ff. sowie auch zu den Konsequenzen dieser Schulung Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, 3. Aufl., Frankfurt/M. 1967, S. 181 ff. Vgl. jetzt auch Wilfried Freiherr von Bredow / Ansgar Heimansberg, Gesinnung bei der Bundeswehr, in: liberal, Nr. 7/1969 (Analyse des Jahrgangs 1968 der „Information für die Truppe").

12) Nach: Taschenkalender 1969 für katholische Soldaten, Bonn 1968, S. 135 f.

13) Grundsätzlich finanziert der Bund alle Personalkosten sowie die Ausgaben für Hilfsmittel bei der MS einschließlich des Lebenskundlichen Unterrichts. Die Kirche kommt — wohl hauptsächlich aus Kirchensteuern der Soldaten — für darüberhinausgehende Ausgaben, die sich auf religiöse Bildungsarbeit im engeren Sinne, Familienexerzitien usw. beziehen, auf. Die Aufteilung ist jedoch kaum exakt nachzuprüfen. Vgl. dazu Militärgeneralvikar Prälat Dr. Martin Gritz, Zur rechtlichen Situation der katholischen Militärseelsorge, in: Dokumentation zur katholischen Militärseelsorge, Heft 2, hrsg. v. Katholischen Militärbischofsamt, Bonn, August 1968, S. 28.

14) Lt. Information des Bundesverteidigungsministeriums an den Verfasser vom 29. 8. 1969.

15) Einen anschaulichen Bericht von einem Exerzitienkurs, in dem die Vortragenden kaum ein militärseelsorgerisch-autoritär-nationales Klischee nicht angetippt haben und der in vielem an Heinrich Bölls Erinnerungen an die großdeutsche MS (s. „Brief an einen jungen Katholiken", 1958) erinnert, gibt Günter Wallraff in Pardon, Nr. 10/1967.

16) „Brief an Rekruten", Hrsg. Kath. Militärbischofsamt, S. 12.

nell getrennt abgehalten. Seine Themen werden jeweils für ein Jahr vom Bundesverteidigungsministerium und den beiden MS-Behörden festgelegt [17]). Dabei hat sich eine Arbeitsteilung ergeben, die — unter Vernachlässigung von explizit „staatsbürgerlicher Bildung", die von der „Inneren Führung" [18]) der Bundeswehr angeblich den Soldaten beigebracht werden soll — der MS die Aufgabe überläßt, eine mehr auf den Menschen „an sich" bezogene Allgemeinerziehung und -bildung zu vermitteln [19]) (da freilich der Mensch von der Gesellschaft unabhängig nicht einmal gedacht werden kann, ist das auch ein der Analyse würdiges eminent „politisches" Unterfangen!).

Hilfsmittel für den lebenskundlichen Unterricht wie für die allgemeine und persönliche Soldatenseelsorge ist ein umfangreiches Schrifttum, dessen Periodika kurz aufgezählt seien (in Klammern jeweils die Häufigkeit des Erscheinens sowie die im nachfolgenden Text benutzte Abkürzung):

Katholische Schriften: Briefe an Soldaten (Hilfsmittel für den lebenskundlichen Unterricht; in der Regel mtl.; BS); Materialheft für den Lebenskundlichen Unterricht (nur für die Hand des Pfarrers; erscheint — mit dem jeweiligen Thema des lebenskundlichen Unterrichts — parallel zu den BS; ML); Militärseelsorge (Zeitschrift für die in der MS Tätigen; ca. viermal jährlich; MS); Materialheft für Arbeitsgemeinschaften der katholischen Militärgeistlichen mit Offizieren (nur zur Information des Pfarrers; ca. sechsmal jährlich; MA); Königsteiner Offiziersbriefe (für die katholische Offiziersvereinigung, i. d. R. mtl.; KO).

Evangelische Schriften: Zum Thema (Hilfsmittel für den lebenskundlichen Unterricht; in der Regel mtl.; ZT); Soldatenbrief (für den gleichen Zweck; ca. zweimal pro Jahr; SB); Stundenbild für den Lebenskundlichen Unterricht (nur zur Unterrichtung für den Pfarrer; Pendant zum katholischen „Materialheft (. . .)"; SL [20]); Offiziersbrief (für die evangelische Offiziersvereinigung; ein- bis zweimal pro Jahr; OB).

Die katholischen „Briefe an Soldaten" werden in einer Erstauflage von jeweils 110 000 Exemplaren gedruckt und von den Militärpfarrern verteilt. Das „Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr" teilt die Auflagen seiner Schriften nicht mit; die für die Soldaten bestimmten populären Blätter (ZT und SB) dürften ähnliche Auflagen wie die katholischen „Briefe an Soldaten" haben.

17) Vgl. ZDv 66/2 vom 5. 11. 1959, zit. n. Dokumentation zur Militärseelsorge, Heft 1, hrsg. v. Katholischen Militärbischofsamt, Bonn, Februar 1968, S. 34.

18) Daß Probleme der Inneren Führung in den zu analysierenden Massenpropagandaschriften nur am Rande auftauchen, sollte darum nicht so sehr kritisiert werden. Was aber z. B. katholische MS-Ideologen davon halten, zeigt etwa ein Zitat in einer MS-Schulungsschrift für Pfarrer aus einem Artikel von Heinz Karst im „Hochland" vom Oktober 1967 („Die verkannte Armee"), worin die Erziehung zu folgendem von der Inneren Führung verlangt wird: „Kampfmoral, Kameradschaft, Sachverstand und Loyalität, Gruppensolidarität und Disziplin"! Vgl. MA (s. die Aufschlüsselung der Abkürzungen im Text, S. 1085), Nr. 13/1968, S. 8. Ein paar Seiten später (S. 12) enthüllt der Autor (Prof. A. Huth, München) sein elitär-autoritäres Obrigkeitsdenken mit eigenen Worten. Über die Kriterien für die Amtswürde, an denen der militärische Vorgesetzte gemessen werden soll, heißt es: „Diese Maßstäbe lassen sich nicht nachmessen, kaum (!) aussprechen, nur persönlich erleben. Damit (!) lösen sich auch alle Fragen der vielumstrittenen „Inneren Führung". Sie ist eine Frage der Erziehung, und Erziehung wird heute in unserem Volke vielfach mißverstanden, vielfach sogar unterdrückt (. . .) In unseren Volks-, Berufs-, Realschulen und Gymnasien herrscht der Stoffteufel über die armen Lehrer (. . .) Für Erziehung bleibt keine Zeit mehr. An unseren Hochschulen können verhältnismäßig kleine randalierende Gruppen von unerzogenen (!) Spätentwicklern den Vorlesungsbetrieb unterbrechen oder akademische Feiern in Tumulte ausarten lassen."

19) Vgl. hierzu die entrüstete Ablehnung der Ansicht, daß die MS Teil der Inneren Führung und der psychologischen Rüstung sei, von Ministerialrat Wirmer (in: Wehrkunde, März 1963) sowie von Verteidigungsminister von Hassel („Wie sieht die Bundeswehr die Militärseelsorge", in: Dokumentation zur katholischen Militärseelsorge, Heft 2, a.a.O., S. 34). Dem sei beispielsweise nur entgegengehalten, daß MS-Ideologen selbst von der MS als „innerste(r) Führung" der Truppe reden.

20) Erstaunlicherweise leistet man sich hier bei der Information der Militärpfarrer eine Toleranz, die nicht wie beim katholischen Pendant, wo die Berichte aus der heilen Welt weitgehend dem Reader's Digest, der (Würzburger) Deutschen Tagespost (Chefredakteur der NS- und SS-Journalist Emil Franzel, der unlängst noch an die Adresse von Springer gewandt die physische Liquidation rebellierender Studenten empfahl) und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung entnommen werden, schon die Öffnung zur politischen Mitte hin als zersetzend ausschließt. So werden etwa auch Stimmen gegen Rassentrennung in Südafrika oder gegen das faschistische Militärregime in Griechenland zitiert. Vgl. SL, Juni 1969, 25.

Von den beiden MS-Behörden werden dazu noch an die Soldaten regelmäßig Zeitungen und Zeitschriften verteilt, die z. T. ohne diese Subventionierung gar nicht bestehen könnten. Auf katholischer Seite sind dies vor allem die wöchentlich in einer Teilauflage mit einer Soldatenbeilage erscheinende Zeitschrift „Mann in der Zeit", die einen scharfen Rechtskurs vertritt, sowie der „Katholische Digest", dessen Niveau — was etwas heißen will! — noch weit unter dem seines weltlichen Namensvetters liegt und der monatlich erscheint, und auf evangelischer die „Junge Stimme" [21] (14tägig), „Christ und Welt" (wöchentlich), die von dem NS-Journalisten Wirsing redigiert wird und unter der Ägide von autoritären Rechtspolitikern vom Schlage Gerstenmaiers steht, das „Sonntagsblatt" (wöchentlich), „Die Glocke" (mtl.) und der „Evangelische Digest" (mtl.).

Daneben wird noch umfangreiches Material in Form von Flugblättern, Gebetszetteln, Broschüren, Büchern, Bibeln, Taschenbüchern, Kalendern, Weihnachtsgaben u. ä. über die Militärpfarrer an die Soldaten verteilt.

Die militärseelsorgerische Indoktrination der Soldaten

Unsere Textanalyse ist beschränkt auf die für die gewöhnlichen Soldaten zur Unterstützung des lebenskundlichen Unterrichts verbreiteten Schriften (BS; ZT, SB) sowie die in Massenauflagen verteilten sonstigen Materialien; auf die übrige Literatur wird nur sporadisch Bezug genommen, da uns die „Bildung", wie sie die Masse der Soldaten durch die MS erfährt, in erster Linie interessiert.

Die folgende Analyse hat das Ziel, das Menschen- und Gesellschaftsbild aufzuzeigen, wie es in der MS gelehrt wird. Sie soll darüber hinaus Anregungen geben, wie diesem gewaltigen Manipulationsapparat durch Aufklärung begegnet werden kann.

Das Menschenbild

Der Mensch, privat auf der Erde seinen Mann stehend und dann würdig, in den Himmel zu kommen, der Rechtschaffene, der das tut, was seine Oberen von ihm verlangen (wenn diese nicht offenkundig Verbrecher sind, aber das stellt sich für Autoritätshörige regelmäßig bestenfalls hinterher heraus) — das ist das Ideal der MS.

Der Mensch soll zur „Echtheit" (BS 4, 7) erzogen werden, zur Kameradschaft [22], dazu, daß er „besser aus der Kirche herauskommt als (...) (er) hineingegangen" ist (ebd.). Was aber ist mit dem Guten gemeint? Darunter haben wir hier die typischen Sekundärtugenden zu verstehen, die gerade in Deutschland, wohl sehr in Nachfolge von Kants inhaltslosem kategorischen Imperativ, seit je die beherrschenden waren und sich mit allen Regimen gut vertrugen, besonders mit autoritären. Es sind Vertrauen (BS 3, 6 f.) — die ganze schlechte Menschheit stecke schlicht in einer Vertrauenskrise (ebd., 7) —, Offenheit, Klarheit und Unkompliziertheit (BS 4, 1), Bescheidenheit und Maß und Mitte (BS 3, 3), Pflichttreue und Kameradschaft (SB 18, 13), Ehrfurcht — Mutter aller Tugend (BS 5, 1): Wer die heutige Weltlage überdenkt, versteht das Wort des englischen Dichters Shakes-

[21] Über die Tendenz z. B. dieser Zeitschrift unterrichtet gut ein jetzt von der Redaktion entworfenes CSU-Wahlplakat, das über einem APO-Demonstranten mit Ballonmütze, bürgerschreckhaftem Aussehen und Sowjetstern, der eingerahmt ist von Gefängnisgittern, die Parole hat: „Sicher ist sicher". Vgl. Frankfurter Rundschau, 2. 9. 1969, S. 3.

[22] „Kameradschaft hat es nicht mit grauer, entscheidungsloser menschlicher Masse zu tun, sondern ist wie Ehe, Familie, Volk, Berufsgemeinschaft (!), Staat ein verantwortlicher Zusammenschluß, der in dieser Welt dem Chaos und dem Egoismus zu wehren hat — in dieser Welt, die durch das Gesetz Gottes in Ordnung gehalten wird." (Man denke etwa an Vietnam!) „Luther schreibt an einen Oberst: ‚Die Christen sind der Kern des Haufens.' Ist das bei uns auch so, kristallisiert sich um uns herum die Kameradschaft?" „Christen in der Kameradschaft — Salz der Erde." Militäroberpfarrer Heinrich Albrecht auf dem Ökumenischen Soldatentreffen in Ulm 1962, abgedruckt in: In einem Boot, hrsg. im Auftrage des Evangelischen Militärbischofs von Alfred Bauer. Eine Gabe für evangelische Soldaten der Bundeswehr 1962, S. 57, 59.

peare (1564—1616, sprich Schekspier): ‚Ehrfurcht ist der Angelpunkt der Weltgeschichte'. (BS 5, 5) —, das Wahre, Gute und Schöne (BS 6, 4 f.), die Ehre (BS 9, 1) — und da vor allem die Standesehre, die in erster Linie wieder dem deutschen Soldaten nach der langen Zeit der Diffamierungen zukommt (ebd., 3), die aber noch weit zurücksteht hinter der Ehre, die bedeutenden Persönlichkeiten (insonderheit vor einer zersetzenden Presse) gewährt werden muß (ebd., 6) —, Höflichkeit und Anstand — deren Formen man wie der heilige Franz von Sales auch peinlich wahren muß, wenn man allein is(ß)t (ebd.) —, Willenskraft und Mumm (BS 23, 7), Sauberkeit (SB 13, 1; ZT 60, 10; pass. in fast allen Heften), Tapferkeit (BS 7, 1; SB „Eid und Gelöbnis", 15) — meist natürlich militärisch dargestellt [23])—. Ganze Kataloge solcher Tugenden prasseln auf den lesenden Soldaten herunter (BS 5, 3; 18, 14; 31, 4), sie sind identisch mit denen, die als Tugenden der „industriellen Arbeit" gelehrt und gelobt werden: „Verantwortung für Mensch und Werk, Nächstenliebe, Hilfsbereitschaft, (...) Zusammenarbeit, Pflichterfüllung, Exaktheit, Gerechtigkeit gegen Untergebene, Ehrfurcht (!) vor Vorgesetzten, sich etwas sagen lassen usw." [24]) (BS 31, 4).

Die „Pflege" der „inneren Werte" (BS 4, 7) [25]) erreicht bei zweien den Gipfel: bei „Ordnung" und „Opfer". Beide sind gleichsam das Gerüst der anderen Sekundärtugenden, beide sind die letzten „Argumente" für das, was rational nicht begründet werden kann: daß alles im wesentlichen so bleiben soll, wie es ist; beide schlagen auch die Brücke von den „privaten" Tugenden zu der Art von Gesellschaft, wie ein statisches Bewußtsein sie sich nur vorstellen kann. Eine Gesellschaft, die bis ins Kleinste auf Herrschaft beruht, die nur notdürftig durch Sachzwänge kaschiert ist, wird nur solange bestehen bleiben, bis die Menschen in ihr sich nicht zu einer humanen umbilden, in der sie selber und nicht eine Elite und auch nicht der kapitalistische „Sachzwang" herrscht, daß vorhandene Kapitalien sich unter allen Umständen rentabel verwerten müssen, gleichgültig was für Bedürfnisse aufgeklärte Menschen haben.

Daraus folgt aber, daß eben die Menschen psychisch und intellektuell in der Lage sein müssen, so zu leben, wie sie es „eigentlich" gern wollten. Die Hohenpriester von „Ordnung" und „Opfer" verkünden aber nun gerade das Gegenteil davon: „Ohne Selbstbeherrschung, ohne Verzicht und Opfer kann der Mensch nicht Mensch bleiben, sondern sinkt unter das Niveau des Säuglings herab!" (BS 50, 5), wird gesagt und versichert, nur der Teufel sei dafür, den Wünschen der Menschen entgegenzukommen (BS 17, 1 ff.). Das „Opfer" bekommt neben dem mystischen noch einen aggressiv-heroischen Akzent, wenn der erste Militärgeneraldekan der Bundeswehr betont, „daß wir nicht um des guten Lebens, sondern um eines guten Sterbens willen auf der Welt sind" (Ms 4/62, 177) [26]) und er an anderer Stelle [27]) auf die von seinen Brüdern im Geiste jahrhundertelang gepredigte

23) „Wenn wir von Tapferkeit und von Heldentaten reden, taucht unwillkürlich (??) vor uns das Bild des Soldaten auf, der in zwei Weltkriegen gekämpft und geblutet, gelitten und gestritten hat." Georg Werthmann Die Parole, hrsg. v. Kath. Militärbischofsamt 1962 als Weihnachtsgabe für Katholische Soldaten der Bundeswehr, Bonn 1962, S. 108. Vier Seiten später ergänzt der Kriegstheologe, „daß der Tapferkeit ungeheure (!) innere Wucht und Kraft zufließen, wenn sie aus den Quellen des Christentums gespeist wird."

24) Nach Georg Werthmann (Die Parole, a.a.O., S. 98, 100, 101) ist der Gehorsam „innerste (!) Voraussetzung für wahres Soldatentum", sind „große Männer (...) schon immer aus der Schule eines straffen Gehorsams gekommen" und ist es „nicht Soldatenart, sich erst in endlosen Debatten darüber auszusprechen, ob dies oder jenes unternommen werden soll."

25) Zur Pflege der „inneren Werte", der Sekundärtugenden und der Spießbürgergesinnung des „Schmückedein-Heim" vgl. das Kapitel „Wert und Tugendsystem des Milieus" bei Carl Amery, Die Kapitulation oder Deutscher Katholizismus heute, Reinbek 1963. A. unterläßt leider zu oft Verallgemeinerungen über spezifisch „katholische" Eigentümlichkeiten hinaus, die meist gar keine nur-katholischen sind.

26) Hitler sagte im Dezember 1939 im Berliner Sportpalast vor Offiziersanwärtern: Wenn sich das deutsche Volk durchsetzen könne, „dann gehört diesem Volk die Zukunft Europas. Wenn nein, dann wird dieses Volk vergehen, dann wird es zurücksinken, und es wird nicht mehr lohnend sein, in diesem Volk dann zu leben!" Nach Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932—1945, München 1965, S. 1639.

27) Georg Werthmann, Leitlinien, hrsg. v. Kath. Militärbischofsamt als Weihnachtsgabe 1964 für Katholische Soldaten der Bundeswehr, Bonn 1964, S. 55.

Auffassung hinweist, daß des Menschen „eigentliches" Ziel nicht etwa im Genießen, Verbrauchen usw. liege, sondern er „seine Höhe und seine Fülle in der selbstlosen Hingabe — für den Soldaten in der selbstlosen Sorge für den Schutz der höchsten Güter eines Volkes" finde (mit letzteren Gütern sind bekanntlich in Werthmanns klerikalfaschistischer Ideologie keineswegs simple Bedürfnisse wie Essen, Trinken, Geselligkeit oder auch die persönliche Freiheit gemeint). Bei solcher Anschauung aber bleibt nichts anderes übrig, als sich selbst dauernd zu mißtrauen, das Glück mit Askese und dem Tun, das man instinktiv ungern will, zu verwechseln und denen zu glauben, die dies sagen und die Ordnung verkünden, in die das hereinpaßt. Ist einmal die Parole verinnerlicht, daß „(Du) nur so viel Fortschritte machen (wirst), als Du Dir Gewalt antust" (BS 29, 16), wird geglaubt: „Ohne Opfer geht es nicht" (BS 11/12, 15) und: „Die Welt lebt vom Opfer" („Brief an Rekruten", 2), dann ist die Bahn frei zu den irrationalsten Zwängen; dann kann jede Lösung eines Problems, die einfach ist, abgelehnt werden, wie etwa die der Geburtenkontrolle zur Verzögerung und vielleicht Verhinderung der Hungerkatastrophe in der Dritten Welt — mit der makabren Begründung: „sie würde uns kein Geld und keine Opfer kosten" (BS 11/12, 15).

Ist der Mann ohnehin der Frau übergeordnet, ist der harte Mann folgerichtig das Ideal. Unter einem Bild, das einen nachdenklichen jungen Mann mit für den Bundeswehrdienst etwas zu langen Haaren zeigt, stehen in einer katholischen Soldatenschrift die bezeichnenden Sätze: „(...) ein Bild (...), von dem man nicht weiß, ob es einen Mann oder eine Frau darstellt. So weich und unmännlich sind die Züge des jungen Mannes. Durch seine weiße Brille unterstreicht er noch seinen femininen oder (!) infantilen Charakter. Was tun wir, damit dieser Typ nicht der Mann der Zukunft wird?" „(...) biologisch ist es eine Degeneration, die einem Angst vor der Zukunft einflößen kann. Zwar kann der Mann von heute noch hart werden, wenn es um den Aufstieg seines lieben Ich geht (...). Aber aus ist es mit aller Härte, wenn der Mann von heute nein sagen müßte zu seinen Süchten und Sehnsüchten (...). Die Selbstbeherrschung ist für viele ein fremder Begriff geworden. Man geht jedem Kampf aus dem Wege, vor allem dem Kampf mit sich selbst. Wer keinen Kampf mit sich aufnimmt, muß keine Niederlage einstecken. Dann gibt es auch keine Scham, kein Sündenbewußtsein, kein Schuldgefühl. Dann braucht es aber auch kein Schuldbekenntnis, keine Verzeihung, keine Gnade, keinen Gott und keine Kirche. Das eigene Ich wird der Obergott, die übrigen Götter heißen Arbeit, Aktivität, Forschritt, Geld, Lebensstandard, Sicherheit, Sexus. Das Leben wird sehr einfach, aber auch primitiv" (BS 40, 7 f.). Den offenherzigen Worten des autoritären Militärtheologen, der primitivster Religionskritik, die lediglich deren „Opium"-Funktion sieht, neue Munition liefert, ist nur hinzuzufügen, daß der von ihm angegriffene Menschentypus sich wahrscheinlich nicht noch einmal begiestert zum Krieg gegen das „Böse", das aus dem Osten komme, berauschen ließe. Wir zögen ihn darum schon dem propagierten „Ideal"-Mann vor. Der familiäre Ton der Schriften faßt natürlich auch die Bundeswehr als eine Familie auf (BS 1, 4).

Der Vater ist der „Oberkommandierende" seines „Befehlsbereiches"; denn „Frauen und Kinder brauchen Männer, an denen sie hinaufsehen können" (BS 8, 16). Er, der mit Gottvater selbst verglichen wird (BS 45, 15; BS 56, 13), ist tonangebend[28]). Wie alles eingebettet ist in Kategorien von oben und unten, in Bereiche und Zuständigkeiten, in Zellen und Stände, auf daß alles hübsch bleibe,

[28]) Über die Zusammenhänge zwischen Gehorsamsideal, Schuldängsten wegen des „Löckens wider den Stachel" und dann um so größerer Unterwürfigkeit vgl. Alexander und Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern, München 1968, bes. S. 33 f.

Absender:

.....

.....

.....

.....

(Bitte deutlich ausfüllen)

Porto

An den

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG

5 Köln

Barbarossaplatz 2

An die Redaktion der Blätter für deutsche und internationale Politik

1. Welche Beiträge dieses Heftes der „Blätter" haben Sie besonders interessiert?:

.....

.....

.....

2. Kritische Bemerkungen zu diesem Heft:

.....

.....

.....

3. Anregungen, Themenvorschläge usw. für die nächsten Hefte der „Blätter":

.....

.....

.....

4. Sammeln Sie die „Blätter" oder geben Sie sie nach dem Lesen weiter?:

.....

wie es immer war, steckt der Mann und Vater nach dem Willen gewiß nicht nur der MS-Schriften in dieser sozialen Zwangsrolle, während die Frau den traditionellen Widerpart zugeteilt bekommt. „Der Mann eignet sich von Natur (!) eher für die aggressive (!) Tapferkeit, für den Angriff (!) im Krieg und Frieden, für die Aktivität; die Frau ist stärker und tapferer im Ertragen, im geduldigen Leiden und Martyrium." (BS 7, 3 u. 7) „Der Mann schafft, drängt, erzeugt, kämpft, erhält, sorgt, erzieht, weiß, versteht, umfängt, beschützt, liebt, vergibt und betet als Mann und Vater. (. . .) Die Frau gibt, empfängt, trägt, gebiert, pflegt, erzieht, versteht, tröstet, berät, leidet, duldet, gibt nach, liebt und betet als Frau und als Mutter." (ZT 55, 8 f.) „Er ist der dynamische Mensch, sie das statische Element." (BS 19, 3) Er hält das Buch, sie darf teilhaben an seiner Welt (BS 19, 2). Er schafft und plant, sie läßt sich alles abends erzählen (BS 19, 4). Er kämpft fürs Geld, sie hält das Gebetbuch (BS 59, 16). Er malt, dichtet, komponiert und erfindet, sie „hat einfach durch ihr Sein und Dasein, durch ihre frauliche (!) Art und ihre Anwesenheit den Mann angeregt und ermuntert, begeistert und getröstet" (BS 19, 6) [29]). Vor allen Dingen auch muß die Frau in einer männlich-schmutzigen Welt sein, was heute nicht nur die Waschmittelwerbung über alles schätzt: sauber. „Wir alle", so sagt's ein Offiziersbrief (OF, Apr. 1964, 17) des Militärbischofs Kunst, „brauchen Frauen, die Tüchtigkeit, innere Sauberkeit und eine verständnisvolle Einstellung zu unserem Beruf besitzen."

Da diese Zeitschrift noch glaubt, daß Möglichkeiten bestehen, unsere Gesellschaft ernsthaft zu einer demokratischen umzubilden und darum nicht kritische Theorie in ironische Späße auflöst, werden wir uns notgedrungen bei der Darstellung der Geschlechtsfeindlichkeit der MS kurz fassen müssen [30]).

Es wäre nicht verwunderlich, wenn das „Thema Nr. 1" gerade durch Indoktrination der hier zu untersuchenden Art erst „Nr. 1" würde, da sie ein gewaltiges Interesse an der dauernden Verteufelung des von ihr Dargestellten hat. Schon ein flüchtiger Überblick zeigt, daß die weitaus meisten Beiträge in den MS-Schriften Themen dieser Art gewidmet sind. Die Diktion ist obszöner und inhumaner als die gewagteste Pornographie, weil die MS-Ideologie genau das tut, was eine humane Erziehung des ganzen Menschen keinesfalls tun darf: Sie schneidet den Menschen in geistige, seelische und leibliche Teile (trotz der dauernden Versicherung der „Einheit") und macht aus seinem einheitlichen Wesen und Leben ein wirres operationelles Handwerksstück, das „Werken" und „Zielen" dienen soll und das den Menschen genau dazu macht, was zu bekämpfen vorgegeben wird: zur Ware, die nach Vergangenheit, nach Vorleben und Erlebnissen bewertet wird; sie befrachtet auch den, der nur das tut, was ihm Freude macht und niemandem schadet, mit Ängsten und Qualen, die sie wiederum ausbeutet [31]). So wird gesagt, der Mensch sei von oben geschaffen und sehne sich nach oben und

29) „Das Wort von der Frauenemanzipation ist nur ein vom jüdischen Intellekt erfundenes Wort, und der Inhalt ist von demselben Geist geprägt." Der Frau „Welt ist ihr Mann, ihre Familie, ihre Kinder und ihr Haus." „Die Vorsehung hat der Frau die Sorgen um diese ihre eigentliche (!) Welt zugewiesen." „In die eine gehört die Kraft des Gemüts, die Kraft der Seele. Zur anderen gehört die Kraft des Lebens, die Kraft der Härte, der Entschlüsse und die Einsatzwilligkeit!" „Was der Mann einsetzt an Heldenmut auf dem Schlachtfelde, setzt die Frau ein in ewig geduldiger Hingabe, in ewig geduldigem Leid und Ertragen." Hitler am 5. 9. 1934 vor der NS-Frauenschaft, zit. n. Friedrich Heer, Der Glaube des Adolf Hitler, München u. Eßlingen 1968, S. 273 f.

30) Vgl. zum allgemeinen Rahmen, der die Beziehungen zur Gehorsams- und Familienideologie umfaßt, Hermann Böckenförde und Bernhard Wilhelmer, Repressive Sexualmoral oder Wer schläft, sündigt nicht! in: Kritischer Katholizismus. Argumente gegen die Kirchen-Gesellschaft, hrsg. v. Ben van Onna und Martin Stankowski, Frankfurt/M. 1969, S. 135 ff.

31) „Diese Moraltheologie ist geschlechtsbesessen, sie vergiftet Priester und Laien, sexualisiert beide. Sie erregt ständig die Sinne und die Phantasie." Der Jesuit Alighiero Tondi, der wegen seiner Opposition gegen jesuitische Standardlehren polizeilich verfolgt wurde und in ein Irrenhaus gesperrt werden sollte. Vgl. dazu Heer, a.a.O., S. 573 ff., Zitat S. 578. Heer macht — ebd., S. 578 ff. — hinreichend klar, daß es nichts Schamloseres gibt als die klassische scholastische Moraltheologie. In einem Standardwerk eines Kirchenlehrers, das noch heute benutzt wird, wird selbst der Geschlechtsverkehr mit toten Frauen, die Differenz der Sodomie bei männlichen und weiblichen Tieren, der Beischlaf mit dem Teufel sowie die Erinnerung an und Freude über den Geschlechtsverkehr bei Verlobten, Witwen und abwesenden Ehepartnern usw. usw. bis ins kleinste abgehandelt.

sein sexuelles Hauptorgan sei das Gehirn (BS 50, 5); so wird das „Zotenreißen" als Sache von Homosexuellen, Potenzgestörten, Drückebergern und Genießern dargestellt („Brief an Rekruten", 15), die — wie auch „geile Filme" (BS 23, 8) — gegen die Reinheit von Mädchen, Mutter und Braut verstießen (SB 11, 10; BS 7, 6), während die Mädchen — die meist am Sonntag um ihre Unschuld gebracht würden (BS 28, 5) — doch für die „Sünde" zu schade seien. Denn sie schädigten Gebrauchs- und Tauschwert der Mädchen: „Wer wechselt, wird Kleingeld" (ZT 65, 14), während trotz der „dunklen Triebe der Sinnlichkeit" [32]) „intakte Frauen" gesucht seien — „wo schon andere das Beste (!) weggeknabbert (!) haben, vergeht einem rechten Mann die Freude und Liebe" [33]) — und der Mann danach kein großes Interesse mehr an ihr habe (SB „zur Entlassung", 12; SB 8, 10). „Das Wunder der Liebe heißt Treue" (ZT 65, 16) steht gegen „Akte ohne Kontakte" (SB 13, 14).

Der wahre Sinn dieser Propaganda enthüllt sich freilich, wenn auch nur beiläufig und am Rande: Sex lähme den Verteidigungswillen (BS 26, 14); wie einstmals bei Simson vernichte er Heere und Nationen (BS 30, 5), und Bovet [34]) behauptet mit Nachdruck, daß wir durch die „Erschütterung des häuslichen Herdes" in noch größerer Bedrohung seien als durch den „mögliche(n) militärische(n) Feind von außen." Eine Spur weniger irrational wird's, wenn es um die Erhaltung der Art — und der Reproduktion des Bestehenden — geht: Viel sparen (BS 58, 9; SB 10, 10) und spät heiraten („Brief an Rekruten", 3) ist die Devise; nur die besten Mädchen sollen Mütter werden (BS 19, 8). Wer es nicht schafft, solange zu warten, soll Sport treiben (BS 21, 5; BS 36, 14 f.; BS 38, 4 f.) und früh aufstehen (BS 23, 11; BS 38, 9; BS 40, 10; ZT 5, 14). Die Lobhudeleien auf den männlichen Sport schließen bis zur Identität an faschistische Elogen an, die Christus als allround-Sportler karikierten [35]); die NS-Olympiade von 1936 wird typischerweise als vorbildlich hingestellt (BS 40, 2). Während Gino Bartali, „der radelnde Mönch", der Bergsteiger Pius XI., der große Marschierer Johannes XXIII. (als Schüler, Infanterist und Feldgeistlicher), Pius XII. als sportlicher Redner und Kardinal Döpfner als Bergsteiger und Skifahrer zu Vorbildern gerinnen (BS 38, 4 ff.), wird die Unsportlichkeit als Merkmal des Niedergangs gezeichnet: Nicht umsonst seien es gerade Studenten und einfache Priester, die zuwenig Sport trieben (BS 38, 7) und nicht wüßten, „daß der Sport der Welt und die Askese der Kirche Geschwister sind" (BS 21, 5). Die Rache der Natur zeige sich bei der Musterung (BS 38, 11), und der „biologische Verfall" wird — bei diesen Denkschablonen einleuchtend — als Ursache und Folge von zu wenig Sport und Arbeit gekennzeichnet (BS 38, 12 f.). Sport als „Bruder der Arbeit" (Ortega y Gasset) und Sport als Aggressionsabfuhr (BS 38, 12 f.) stärkt das Bestehende, das Triebverzicht und

32) Georg Werthmann, Leitlinien, a.a.O., S. 116.
33) Taschenbuch für katholische Soldaten, bearbeitet von Willi Weiskirch, Augsburg 1963, S. 154.
34) Generalinspekteur Heusinger, Tübingen 1967, S. 29.
Generalinspekteur Heusinger, Tübingen 1967, S. 29.
35) Vgl. bes. BS 38, 9 f., welches Zitat des deutsch-nationalen Theologen Karl Adam auch bei Martin Stankowski, *Militärseelsorge oder „Wer betet, zittert nicht!"*, in: *Kritischer Katholizismus*, a.a.O., S. 100 f. abgedruckt ist. (Adam lehrte übrigens 1933, daß Nationalsozialismus und Katholizismus zusammengehörten wie Natur und Gnade. Nach: Guenther Lewy, Die Katholische Kirche und das Dritte Reich, München 1965, S. 138. Zu diesem faschistischen Blubo-Theoretiker, der — dennoch oder obwohl? — 1951 schon wieder das Große Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland verliehen bekam, vgl. Deschner, Mit Gott und den Faschisten, Stuttgart, S. 127 f.) In einem niemals abgeschickten Protestbrief katholischer Antifaschisten an die katholischen Bischöfe aus dem Frühjahr 1933 heißt es u. a.: „Wir wundern uns nicht, auch aus katholischen Kreisen immer wieder den Wunsch nach der von Leo XIII. verurteilten ‚Erziehung' durch die Kaserne zu hören, und daß in der Festnummer der ‚Deutschen Jugendkraft' (kath. Sportorganisation, H.-D. B.) zum Dortmunder Reichstreffen, 15. 6. 32, ein Leitwort des Herrn Prälaten Wolker sagt: ‚Das Stadion ist der Kampfplatz des Charakters', der Sport in Zucht ‚die Askese des modernen Menschen', und daß in der gleichen Nummer Kleinkaliberschießen, Degenfechten und neuerdings Meldegänge, Grabenauswerfen usw. ‚als Askese des modernen Menschen' anzusehen sind." Die Autoren hatten vorher auf die „praktische" Seite dieser Schulung hingewiesen, auf eine katholische „Schlagetergedenkfeier" und das Theaterstück „Schlageter, ein deutscher Held" eines katholischen Priesters. Vgl. Hans Müller, Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Dokumente 1930—1935, München 1963, S. 46 und 45.

dauerndes Produzieren und Beschäftigtsein braucht, damit die Kapitalverwertung weiter und profitabel für die Herrenden vonstatten gehen kann [36]).

Eine Aufgabe von Ehe und Familie wird oft genug in den MS-Schriften betont: Da man die kapitalistische Konkurrenzgesellschaft mit ihrem aggressiven Leistungsdruck für naturnotwendig hält (nicht weil es objektiv nicht anders ginge, sondern weil es eben heute so ist und weil sonst die Menschen selbst bestimmten und nur Unsinn anstellen würden, s. o.), unausgeglichene Menschen aber bekanntlich weniger leisten als ausgeglichene, muß es ein privates Rückzugsgebiet geben, das den Lohnabhängigen wieder aufmöbelt, einen Bereich, in dem er etwas zu sagen hat, wo er halbwegs so leben kann, wie er will, ohne den Betrieb des Ganzen zu stören: eben in der Familie. Hier soll auf einmal die drohende Umwelt abgeschnitten sein: „Zum Glück braucht man nichts als ein Stück Himmel und eine Frau, die man liebt!" (BS 36, 16) Nur durch diese Regeneration, die den Schutt bei der Frau ablädt — darum soll sie auch möglichst Hausfrau bleiben (ZT 55, 7) — die aber nicht dauernd funktionieren kann, weil nun einmal niemand zum Schuttabladeplatz geschaffen ist, wird die Schimäre der auch im Kapitalismus „harmonischen Persönlichkeit", des „ganzen Mannes" in Familie, Beruf, Volk und Kirche (ebd.) oberflächlich glaubhaft. Hat man die qualitative Veränderung der Gesellschaft tabuisiert, verlegt man den Menschen in seinem privatesten Intimbereich — der ohne Vermittlung mit der Gesellschaft freilich auch nur eine Karikatur menschlicher Gestaltung ist —; dorthin, wo menschliche Aktivität den Herrschenden nicht schaden kann: „Während im Arbeitsprozeß die Anpassung und die Vermassung dominieren wird (?), kann die Familie eine Oase der Persönlichkeit und der Individualität bleiben: Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!" (BS 58, 4)

Wir haben nun von einer Seite — vom privatistischen Menschenbild her — Zugang zu der Gesellschafts- und Staatsauffassung, wie sie in der MS gelehrt wird. Der andere ist der über die Geschichte. Die Vermittlung ist übrigens nicht schwer; hören wir dazu den NS-MS-Ideologen Georg Werthmann [37]) in einer Weihnachtsgabe für katholische Soldaten: „Die Weltgeschichte ist das Massengrab von Völkern, die an ihrer sittlichen Entartung zugrundegegangen sind. Auf ihren Leichenstein — zur Warnung der Völker, die noch leben und in die Zukunft schreiten — hat der Herrgott geschrieben: ‚Ich will, seid rein!'" „Sittenstrenge Völker" dagegen, das lehre uns „ein Blick (des Militärgeneralvikars, H.-D. B.) in die Geschichte", seien es, „die sich durchsetzen und ihren Aufstieg erzwingen" [39]). Es ist offensichtlich, daß der Militärtheologe dies auch in seiner Glanzzeit unter dem Führer nicht besser hätte sagen können. Doch das Problem ist leider keins der persönlichen Geschichte Werthmanns und verschwindet darum auch nicht, wenn die Altfaschisten von der Bühne treten. Zum 9. Mai 1945 wußte der Pacelli-Papst, der bis vor Schluß des Krieges die Soldaten der faschistischen Armeen zum Gehorsam ermahnt hatte, der Menschheit nichts Besseres zu sagen, als daß der Krieg eine „ungeheure Züchtigung" Gottes gewesen sei [40]) — die ungeheuren Verbrechen der Faschisten wurden so auf dem Rücken der ganzen Menschheit verteilt, die ja eben nun einmal sündig sei, vor allen Dingen in geschlechtlicher Hinsicht. Und 13 Jahre später findet sich schon wieder ein Bischof in Deutschland

36) Die Zusammenhänge zwischen solchen Sportlerideologien und Antiintellektualismus, antisexuellem und organizistischem Denken, der Ideologie des sinnlosen Opfers und autoritären Dienstes und schließlich der autoritären „Volksgemeinschaft" beleuchtet Heribert Adam, Leibeserziehung als Ideologie, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Nr. 40/1966, S. 398 ff.
37) Georg Werthmann, Leitlinien, a.a.O., S. 119.
39) ders., Die Parole, a.a.O., S. 71.
40) Zit. n. Pius XII., Der Papst und die Deutschen, hrsg. v. B. Wüstenberg und J. Zakbar, Frankfurt/M. 1956, S. 101.

(der von Passau), der vom Dritten Weltkrieg spricht, den Gott als Strafe über die sündige Menschheit verhängen werde [41]).

Das Geschichtsbild

Ununterbrochen wird versichert, daß Gott — zuweilen zusammen mit Maria (BS 19, 15) — die Geschichte lenkt (BS 10, 1; BS 14/15, 16; BS 16 1 ff.). „Gott lenkt die Völkergeschichte" [42]). Daß trotzdem daraus nicht ein reines Freudenfest wurde und wird, liege am leibhaftigen Bösen: der Inhalt der Geschichte wird zum Kampf Gottes gegen den Satan (BS 10, 2; BS 10, 6 f.; BS 17, 1 ff.; ZT 55, 16; BS 14/15, 2; BS 61, 7), der einerseits personifizierte Dämonie, andererseits aber anpassungsfähig ist, heute also sich „modernen Verhältnissen an(paßt)" und „sich auf die Tarnung noch besser als die Russen (versteht), die diese Kunst meisterlich beherrschen.' (BS 17, 5). Die Licht- hat wie die Schattenseite ihre Helfer unter den Menschen: in den niederen Rängen heißt es darum: „Männer machen Geschichte" (BS 13, 1 ff.). Die Parole geht insbesondere gegen einen selbstgebastelten Marxismus, den niemand vertritt (wer freilich nicht einmal den Titel von einem der wichtigsten Bücher Lenins (Was tun) richtig zitieren kann — vgl. BS 13, 4 — und das Erscheinungsdatum des „Kapital" um 19 Jahre vorverlegt — vgl. BS 25, 6 —, dem nimmt man gern ab, daß er sich in marxistische Werke nie vertieft hat, und der behaupten würde, daß „der Mensch in der Geschichte keine Weichen stellen könne" (BS 13, 3). Bestimmend muß der private Mensch sein, und damit das nicht zu mysteriös wird für den Durchschnittsbürger, der an seine eigene Dezisionsfähigkeit nicht recht glauben kann (und auch nicht soll), müssen große Männer her, denen man das Weichenstellen der Geschichte abnehmen kann. Zunächst Heilige: „Gott hat durch die Heiligen Geschichte gemacht. So wird der Heilige der große Gegenspieler des Nihilisten und Atheisten und tritt für die großen und absoluten Werte ein. Er tritt den Dämonen der Zersetzung entgegen und ist bemüht, das Chaos zu überwinden. Der Heilige ist der schlechthin positive Mensch, der Mensch des Aufbaus." (BS 18, 9) Auf der anderen Seite wird das Schlechte natürlich auch personifiziert bzw. aus irgendwelchen Geistesrichtungen erklärt, auf die irgendwie die Menschen kommen; so wird etwa die „Inflation der Menschenwürde und Menschenwerte" ausgerechnet einem falsch interpretierten Darwin in die Schuhe geschoben (BS 29, 10 ff.).

Die empirische Illustration dieser Geschichtsauffassung ist so grobflächig wie der Raster, in den sie passen muß. Das mittelalterliche Abendland, eine Zeit voll von echten Männern (man ist bei der Lektüre dauernd versucht, sie sich bildhaft etwa mit Hilfe der edlen „Bonanza"-Männer aus dem wilden Westen vorzustellen), denen es nie in den Sinn kam, „vor der Gefahr, die auch (!) damals schon das Abendland bedrohte, zu kapitulieren", und welch letzterem nur „Dummheit und Größenwahn" das Adjektiv „finster" anhängen könne (BS 5, 5), war schon immer von dunklen Mächten belästigt worden (BS 1, 8; BS 16, 10 ff.; BS 41, 4), von Mongolen, Sarazenen, Ungarn — und heute kämpfen eben seine Nachfolger mit deren Nachfolgern. Wie der Abfall von Gott den Zerfall des Menschen bewirkt (BS 11/12, 6 ff.), hat er auch die Auflösung der abendländisch-harmonischen Geschichte zur Folge gehabt.

Genauer werden unsere Amateurhistoriker erst ab Beginn der Weimarer Republik. Da Politik nicht als gesellschaftliche Selbstbestimmung der Menschen, sondern als technische Mittel zur Herrschaftstabilisierung gesehen wird, überraschen

41) Nach: Friedrich Heer, Europa, Mutter der Revolutionen, Stuttgart 1964, S. 543 und 948.
42) Kirchenrat Dekan Eduard Putz auf dem Ökumenischen Soldatentreffen in Ulm 1962, abgedruckt in: In einem Boot, a.a.O., S. 77. Davor schreibt (und sagte) Putz: „(. . .) völlig amoralisch schildert (!) die materialistische Geschichtsschau den Klassenkampf der Völker" — als wenn es auf die Schilderung und nicht auf den tatsächlichen Inhalt der Geschichte zuerst ankäme!

die angeblichen Mängel Weimars nicht. Die Geschichtsklitterung steigt herab zu den naivsten Plattitüden, die tausendmal widerlegt wurden; sie bewegt sich zwischen der Anklage an je persönlich-private Schuld und der resignativen Abwälzung auf das Fatum, das nun einmal so bestimmt war. Schlecht wäre es gewesen, daß man die Demokratie auf die Spitze gestireben habe (BS 52, 3), was mit den in Deutschland seit je denunzierten Kämpfen der (36) Parteien illustriert wird — was die Anzahl der Parteien mit dem Demokratiebegriff zu tun hat, bleibt des Verfassers Geheimnis, jedenfalls hätten, ihm zufolge, so viele Parteien eine Regierungsbildung nicht zugelassen. Auch das ist Unsinn. Daß eine Regierungsbildung auch damals kein technisches Problem, sondern eine Interessenauseinandersetzung war, kann so nicht in den Blick kommen, zumal wenn dann ausgerechnet Bayern als Hort der Stabilität wegen der parteimäßigen Durchsetzung „christlicher Ordnungsvorstellungen" (BS 52, 3) im Sinne eines positiven Gegenstücks herausgestrichen wird. (Wenn diese Interpretation zutrifft, und die spätestens seit 1923 sichtbar gewordene Funktion der maßgeblichen politischen Kräfte in Bayern als Hort der Reaktion und Kristallisationspunkt des sich zum Marsch auf Deutschland formierenden Frühfaschimus tatsächlich „christlichen Ordnungsvorstellungen" enspricht, dann Gnade uns Gott bei dem, was uns unsere Parteichristen noch einbrocken!) Außerhalb Bayerns war es das Volk nicht wert, daß sich Männer wie Ebert (der die größte Angst nicht vor der Reaktion, sondern vor sozialistischen Massenbewegungen hatte), Stresemann (der als halbwegs rationaler Führer der rechten Großindustriellenpartei deren Chauvinismus auf eine Richtung begrenzte) und der katholische Ständestaat-Hausvater Brüning für es abrackerten: „Das Volk, das seine großen Männer nicht kennt, ist sie nicht wert und den Erfolg auch nicht. Ebert, Stresemann und Brüning sind daran gescheitert, daß die breite (!) Masse ihre großen Männer nicht erkannt hat. Das Problem der Demokratie besteht darin, daß außergewöhnliche Männer von ganz gewöhnlichen Menschen gewählt werden müssen (!)" (BS 13, 5 f.). Wenn sich das Problem der Demokratie in der Tat so stellte, war die dann folgende Lösung wohl auch die logische — und die Vorgänger im Amte unserer MS-Theoretiker hatten ihr ja auch lauthals applaudiert —: ihre Abschaffung. Heute gehen unsere politischen Romantiker so weit nicht, doch ist bemerkenswert, wie sie weniger der Weimarer Demokratie nachtrauern als dem abstrakten Staat an sich, der ja spätestens auch für sie in den letzten Jahren des NS-Regimes Schaden erlitt. Der stabile und immerwährende „Staat aus Beton" steht als Idealvorstellung in einem MS-Schulungsheft, und eine Misere des Weimarer Staates war danach, daß er „zu wenig bejaht und geliebt" wurde (BS 33, 10).

Hat man erst einmal die Demokratie als ein konsumfreudiges Ausfüllen von Wahlzetteln heruntergemacht, kann man sich hinterher wieder bei der Schuld der breiten Massen rückversichern: „Die breite Masse in Deutschland war politisch unreif und hat die Ursachen der Nöte und Krisen nicht verstanden. Bisher hatten der Kaiser und die Fürsten und ihre Regierungen die Politik bestimmt; jetzt in der Demokratie durfte und mußte der kleine Mann durch seinen Stimmzettel regieren. Und davon verstand er nicht genug" (BS 14/15, 4).

Der Krieg Hitlers findet erstaunlich wenig Kritik; man kann oft die Vermutung nicht unterdrücken, daß insoweit seine größte Schuld war, ihn nicht gewonnen zu haben. Daß Hitler und ein paar allerhöchste Nazis (ob wohl Kiesinger als einer der dreizehn Bestinformierten auch dazu gezählt wird?) die Alleinschuldigen am NS waren, ist offenbare Meinung aller MS-Schriften; mit ökonomischen Interessen hatte der Faschismus ihrer Meinung nach nichts zu tun. Aber selbst die auf Hitler und seine obersten Helfershelfer falsch projizierte Kritik am NS ist

wiederum von umwerfend dummer Naivität. Die Nazis hätten nur das „männliche Draufgängertum" gelten lassen und alle „Werte" „unterschlagen", „die den Menschen erst zum Menschen machen" (BS 40, 4), die „Politiker" seien „ohne Gewissen" gewesen (BS 63, 14). Der NS sei teuflisch (BS 17, 10) und ein „Unheil" (BS 7, 3) gewesen und Hitler — wie Stalin, nota bene! — voll von „Größenwahn" (BS 1, 2), die Bewegung ein „Aufstand der Hölle" (BS 14/15, 13), eine Dämonie (BS 17, 10) und eine „Katastrophe" (ZT 66, 2). Gegen Teufel- und Höllenspuk hilft aber bekanntlich keine rationale Politik — vielleicht liegt auch hier der Grund, warum die MS-Theoretiker von vornherein auf sie verzichten. Hat man die Triebkräfte des Faschismus erst gar nicht zu ergründen gesucht (was in gewisser Hinsicht auch peinlich gewesen wäre für einige Vorgänger) und mystisch-plakativ das „Geheimnis der Bosheit" (BS 14/15, 15) darübergestülpt, das nun einmal wie alle Geheimnisse nicht mehr hinterfragbar ist, kann noch die Niederlage des Faschismus von dieser Ideologie affirmativ vereinnahmt werden: als „moderner Gottesbeweis" und als Strafe für Hitlers Versuch der Ausrottung der Religion (BS 14/15, 15), obwohl er doch gewiß deshalb den Krieg nicht begonnen hatte.

Die evangelischen MS-Schriften stoßen ebenfalls bei der Behandlung der NS-Zeit niemals auf strukturelle Bedingtheiten, versuchen jedoch nicht eine so peinliche Mohrenwäsche wie sie die katholischen Militärtheologen anstellen. Mit Hilfe des Kriteriums kleinkarierter katholischer Sonderwünsche wird da nämlich sogar noch nachträglich das verhängnisvolle Bündnis gerechtfertigt: „An ‚Führers Geburtstag' 1933 marschierte die Berliner SA geschlossen in die Kirche. Wer wollte da (!!!) bestreiten, daß es Hitler mit dem ‚positiven Christentum' ernst war?" (BS 52, 6) Oder in dem gleichen Heft, nach Zitaten aus Hitlers Rede vom 1. Februar 1933 („(. . .) Christentum als Basis unserer gesamten Moral (. . .) Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers (. . .)"): „Vielen schien er ein Kanzler zu sein wie alle anderen, vielleicht christlicher als mancher Vorgänger, auf jeden Fall tüchtiger als sie." (BS 52, 6; vgl. auch BS 14/15, 13) Diese Aussage ist so gespenstisch, wie die Realität, die sie beschreiben will, gewesen ist; denn die Zeit, die noch fürs „positive Christentum" als geeignet gezeichnet wird, hatte bereits den Terror der SA (nicht bloß ihren Kirchgang), die Verfolgung und Ermordung von Demokraten, Sozialisten und Kommunisten gesehen, hatte die Liquidierung der liberalen Republik bereits hinter sich und hatte theoretisch die Ausmerzung der Juden aus der „Volksgemeinschaft" schon vollzogen.

Weil aber dann Auschwitz kam, verlegt man die nach 1945 zaghaft formulierte Kritik der Kirche gleich in die Anfänge des „Dritten Reiches", in richtiger Erkenntnis wohl dessen, daß Auschwitz auf den 30. Januar 1933 nicht ohne Logik folgte. Der Grund für die Feindschaft, die in der Auffassung von Demokratie ja kaum liegen kann, ist denn auch einfach zu finden, weil er gleich einem traditionellen Feind mit in die Schuhe geschoben werden kann: Wie Hitler überhaupt das „totalitäre, unmenschliche System", „in dem nicht einmal der Staat, sondern die Partei die erste Stelle einnahm", schlicht vom Bolschewismus kopiert hätte (BS 52, 10), so sei er sich mit dem roten Bruder auch darin einig gewesen, die Religion zu verdrängen (BS 52, 10):„Er war die organisierte Gottlosigkeit" (BS 14/15, 12).

Vom Widerstand ist nur verzerrt die Rede; hier und da vom 20. Juli, peinlich oft von dem angeblichen der katholischen Kirche und nie von dem der Demokratie, Sozialisten und Kommunisten. Die Mohrenwäsche wird peinlich: Wie überhaupt am NS — am Krieg etwa war u. a. England, und da insonderheit die Labourparty verantwortlich, weil dort nicht energisch aufgerüstet worden war (BS 51, 3 f.; BS 10, 2 ff. — die Gelegenheit ist natürlich günstig, allen Pazifisten kurz eins aus-

zuwischen) — so sind auch an dessen Aufstieg zuvörderst die anderen schuld: „Alle Hoffnungen der Kirche, Bundesgenossen für ihren Kampf gegen den Nationalsozialismus zu gewinnen, wurden enttäuscht. Die anderen führenden Kreise im deutschen Volk stiegen auch nicht auf die Barrikaden: Nach 1933 mußten 3100 deutsche Hochschulprofessoren aus politischen oder rassischen Gründen (Israeliten) Deutschland verlassen; die zurückgebliebenen Professoren machten zum Teil trotzdem (!) mit, zum Teil begnügten (!!) sie sich mit innerem Widerstand. Keine Universität protestierte in ihrer Gesamtheit, keine auch nur halb so laut wie die Kirche" (BS 52, 9). Die Passage ist zu infam, als daß sie langatmig widerlegt werden sollte. Man kann sich nur über die Unverschämtheit wundern, mit der eine Institution der Kirche heute schon wieder aus dem damaligen Mitläufertum das Lügenmärchen des lauten Protests zimmern kann.

Selbst wohlwollendste Interpretation der zitierten Aussagen muß daraus den Eindruck gewinnen, daß gegen Hitler unter drei Umständen nichts einzuwenden gewesen wäre: wenn er keine Menschenmassen ermordet hätte, wenn er die Kirchen hätte weitergewähren lassen wie vorher und wenn er den Krieg gewonnen hätte.

Der Überfall auf die Sowjetunion findet kein Wort des Bedauerns, sondern wird in den MS-Schriften eher zum Mythos, der den ganzen deutschen Mann spiegelt. Die Stellen sind zahlreich, wo dieser mörderische Eroberungs- und Beutefeldzug zur Illustration der belanglosesten Dinge verwandt wird — wie etwa an einer Stelle, wo gezeigt werden soll, daß die Menschen vereint mehr Kräfte haben als allein, und die beginnt: „Jeder alte Rußlandkämpfer kennt diese Situation: daß der Panjewagen auf der verschlammten Straße stecken geblieben ist und die guten Pferde es einfach nicht mehr schaffen (...)" (BS 10, 1). Schlimmer wird es, wenn die „Alltäglichkeit" verlassen wird. Im Heftchen „Glauben ist nicht leicht" ist vom Frommsein — und vom Sterben die Rede, wiederum am Beispiel Rußland im faschistischen Krieg: Als der soldatische Held einer Geschichte gerade kitschig-pharisäerisch denkt: „Du großes Land mit dem doppelten Herzen. Sünde, Schuld und Gnade wohnen bei dir eng zusammen. Du mütterliche Erde, wann wird dein Volk heimfinden zu jener Kraft der Ewigkeit (...)" — da ereilt ihn der Tod durch eine Kugel, was im Stile der aggressiv-heroischen Kriegsprosa eines Ernst Jünger so kommentiert wird: „Die Schüsse, die ihn niederstreckten, sind aus der Nebelschicht des jenseitigen Ufers gekommen. Meuchlings (ein guter Deutscher hält sich schließlich — wie Defregger — an gute Sitten und schießt nur von vorn, H.-D. B.) sind sie gekommen über das wogende Wasser, über den heiligen Strom Rußlands und haben einen Unschuldigen gemordet" (BS 41, 12). Ein ehemaliger Generalstabsoffizier und heutiger Militärdekan (Konrat Weymann) [43]) erweckt in einer Weihnachtsgabe für evangelische Soldaten ebenfalls den Eindruck, als ob Hitlers Ostüberfall der Verteidigung des Guten gegen das absolute und gottlose Böse gegolten habe. Unter der Überschrift „Den Feiertag heiligen" heißt es u. a.: „Zwei Jahre danach (vorher hatte W. Westwallarbeiten im Jahre 1939, die sonntags stattfanden, gegen den Hinweis auf das Sonntagsgebot damit gerechtfertigt, daß die Soldaten jetzt, wo der Staat etwas von ihnen verlange, nicht murren sollten, zumal sie ja vorher auch nie in die Kirche gegangen seien, H.-D. B.) sahen wir es mit eigenen Augen, was das heißt, wenn ein Staat ganz rigoros die Konsequenzen zieht. Wie wir über die polnisch-russische Grenze kamen, gingen uns die Augen auf. (...) Die Kirchen waren entweder Steinbrüche oder Traktorenstationen oder Kinos. — Der Weg ging weiter nach Smolensk. (...) Die Kathe-

43) In: Ich bin mit dir. Eine Gabe für evangelische Soldaten der Bundeswehr 1964, hrsg. im Auftrag des Evangelischen Militärbischofs von Alfred Bauer, o. O. u. o. J., S. 23 f.

drale war zum Gottlosenmuseum gemacht worden (...)" [44]). Und der schlichte, brave Soldat heute denkt nicht mehr daran, daß dieser deutsche Krieg eines der gewaltigsten Verbrechen der Menschheit war ...

Es braucht nun kaum noch erwähnt zu werden, daß die historische Schuld der Nazis das verstärkte Überleben der Sowjetunion ist. Wie katholische MS die „Bilanz" des Nationalsozialismus sieht, sollte nicht bloß nachdenklich stimmen: „Hitler hat dem Bolschewismus, den er bekämpften wollte, Gelegenheit gegeben, bis ins Herz Deutschlands vorzudringen. Durch den von Hitler entfesselten Krieg sind Polen, Estland, Lettland, Litauen, Tschechei, Slowakei (...) Jugoslawien, China und 18 Millionen Deutsche unter sowjetische Herrschaft gekommen. Wenn man gegen diesen Mißerfolg (!) und diese Verbrechen die Reichsautobahnen und ähnliche Dinge ins Feld führt, ist das zum Lachen und Weinen zugleich. Das Negative und ‚Positive' steht wie 1000 : 1." (BS 14/15, 9 — der Text geht weiter, wobei wieder einmal völlige ökonomische wie historische Unkenntnis demonstriert wird: „Das Geld, das der Krieg gekostet hat, hätte ausgereicht, um jeder deutschen Familie ein Einfamilienhaus zu bauen (dieser kluge Gedanke ist auch zu finden in BS 31, 9, H.-D. B.). Die Schulden des Versailler Vertrages wären (!!!) schon x-mal bezahlt.") An anderer Stelle heißt es ähnlich: „Tatsächlich ist es Hitlers unverzeihliche Schuld, daß er den Bolschewismus im Gefolge seiner dummen (!) Politik bis in die Mitte Deutschlands hereingezogen und ihm ganz Osteuropa ausgeliefert hat. Ihm verdanken wir die heutige Situation" (BS 52, 10).

Ist dazu noch die aus der Reaktion gegen den deutschen Angriff erwachsene Landabtretung schlicht ein „Unrecht" (BS 8, 2) und hat das deutsche Volk immer noch und schon wieder eine „Sendung" BS 11/12, 13), so ist erklärlich, daß jede Kompensation der NS-Untaten sich in erster Linie gegen die wendet, denen die Nazis am meisten geschadet haben — gegen die Sowjetunion: „Seit Hitler ist sein (Deutschlands, H.-D. B.) Name durch dessen Barbarei befleckt. Wir werden der Welt viel Gutes tun müssen, bis unsere Ehre wiederhergestellt ist. Vor allem müssen wir helfen, den Bolschewismus, den wir so weit nach Europa hereingelassen haben, aufzuhalten und die freie Welt vor ihm zu retten" (BS 14/15, 10). War der „ruhmlose Untergang" des NS „so etwas wie ein moderner Gottesbeweis" — wir sind allerdings sicher, daß für Feldbischof Rarkowski und seinen Dekan Werthmann der Sieg der Nazis ein viel trefflicherer Gottesbeweis gewesen wäre —, „arbeitet" „aber der Teufel (...) weiter", so „gehen wohl (...) wir Deutschen" nicht fehl, wenn wir sagen: „Vielleicht hat Gott uns die Aufgabe zugedacht, zusammen mit anderen Völkern der organisierten Gottlosigkeit in der Welt Einhalt zu gebieten" (BS 14/15, 15), am besten natürlich in einer großen Koalition mit Gott selber (BS 14/15, 16). Und wir halten wieder einen Augenblick inne und stellen uns den schlichten Rekruten vor, der außer seiner niederbayrischen Tageszeitung nichts liest und aus anerzogener „Frömmigkeit" oder auch aus Langeweile die „Briefe an Soldaten" — die er laut Inschrift auch an seine Braut, seine Angehörigen usf. weitergeben soll — liest. Er kann doch nicht anders, als sich die große konterrevolutionäre Internationale vorzustellen, bei der wegen vergangener Missetaten besonders die Deutschen führend sind, und die endlich mit dem gottlosen Koloß im Osten aufräumen soll...

---

44) Dem Dilemma, einerseits an der „guten" Tradition deutschen Soldatentums ohne Abstriche festhalten zu wollen, andererseits den Überfall auf die Sowjetunion nicht gerade als moralische und große Tat zu zeichnen, stellt sich die Bundeswehrführung nicht ehrlicher als die MS-Ideologie. Franz Albrecht Klausenitzer, Zur Diskussion um die Innere Führung, in: Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr, 2. Folge, Witten und Berlin 1966, S. 216) zitiert aus der „Information für die Truppe" (Nr. 7/1960): „Die Darstellung menschlich und soldatisch beispielhaften Handelns in einer Armee, die, je länger der Krieg dauert, von innen durch einen totalen Staat korrumpiert und von außen durch einen ebenso totalen Staat bedroht (!!!) wurde, ist eine große Aufgabe." Geschichtslügen sind also kein Reservat konfessioneller Propaganda!

Das Gesellschaftsbild

Wie die Geschichte wird auch die Gesellschaft als Schauplatz des Kampfes zwischen Gut und Böse gezeichnet, und wie historisch und geographisch das Abendland, so werden soziologisch die beharrenden Kräfte dem Guten und Positiven zugeordnet — gegen Störung und Veränderung von außen wie von innen. Die Parole, daß es nicht ohne Autorität gehe, wird zum Schutzschild, hinter dem sich ungefragte traditionelle Autoritäten verstecken können, die durch ihr einfaches Dasein das durchschlagendste „Argument" liefern gegen die Meinung, die autoritäres Denken seit je als Utopie und Gnosis verlachte: daß die Menschen selbst über ihr Leben bestimmen und es selbst organisieren können. Die Zweiteilung der Menschen in die oben und die unten ist ein Faktum in der Obrigkeitsideologie mit ihrem repressiv-pessimistischen Menschenbild: „Auch im zivilen Leben wird befohlen. Bei der kleinsten Verwaltungsstelle muß es Personen geben, die anordnen und andere, die ausführen. Auch in der Familie geht es nicht ohne eine ordentliche Erziehung. Und Eltern, die mit ihren Kindern ausschließlich in einem sogenannten ‚kameradschaftlichen' Ton verkehren, wundern sich meist zu spät. — Ordnung ohne Unterordnung ist nicht möglich. In einer Welt, in der wir eben keine ‚Engel' sind, muß es Befehl, Gehorsam und Erziehung geben, damit nicht alles (?) aus den Fugen gerät" (SB „Eid und Gelöbnis", 6). Auszuweisen braucht sich solches Führertum freilich nicht vor denen, die geführt werden, sondern vor Gott oder einer ebenso wenig nachprüfbaren abstrakten „Innerlichkeit": „Im Grunde kommt es nur darauf an, wie der Befehlende innerlich fundiert ist" (ebd.), obwohl er schon um des reibungsloseren Ablaufs natürlich dankbar sein muß, wenn die Beherrschten „mitdenken, Fragen stellen und auch Vorschläge machen" (ebd., 7). Letztlich ist aber die Bezugnahme auf die Tradition und die autoritäre Praxis allüberall etwas dürftig („Wie ein Orchester seinen Dirigenten braucht, eine Mannschaft ihren Trainer, ein Betrieb seinen Chef, eine Schule ihren Lehrer, ein Staat seine Regierung, ein Schiff seinen Kapitän, eine Familie ihren Vater, so brauch eine Gemeinde ihren Priester" (BS 24, 4 — man beachte, wie Herrschaft über Sachen und Personen, funktionale, biologische, charismatische und traditionelle Autorität kunterbunt durcheinander gehen!)), und darum heißt man Gott, in die Lücke zu springen: „Der Autoritätsgehorsam fließt wie selbstverständlich aus der Gewöhnung an die Abhängigkeit von Autoritäten, d. h. geordneten und notwendigen, guten und gottgewollten (!) Ordnungsmächten, von den Eltern bis zum Staat. Höchste Pflichterfüllung und saubere (!) Ehrauffassung sind immer wieder auf diesem Grund gewachsen. Große Soldaten und ungezählte kleine Gehorsamstaten zeugen davon, welche Leistungen dem möglich werden, der ‚allen die uns vorgesetzt sind' vertrauend gehorcht, ‚weil Gott durch ihre Hand regieren will' (Katechismus!)." (SB 8, 3 — der Eindruck dieser markigen Worte wird dann (bei den im Zwar-aber-Stil geschriebenen evangelischen Traktätchen, die sich dann nach einiger „Diskussion" doch immer fürs autoritäre „Aber" entscheiden, übrigens typisch!) insoweit zu „korrigieren" versucht, als man natürlich „Kadavergehorsam" ablehne.) Die Normen kommen also immer von oben, nur modernistische und ehrfurchtslose Menschen wollen demnach einfach über sich selbst bestimmen: „Der ehrfürchtige Mensch anerkennt etwas Großes, Geheimnisvolles (!), das über ihm steht, vor dem er sich beugt, dem er auch gehorcht. Ehrfurcht ist bereit zu Gehorsam und Dienst. Das aber lehnt der moderne Mensch ab. Er will selber herrschen und alles selbst bestimmen" (BS 5, 6). Wenn Normen also zur Verhinderung des Chaos von oben oktroyiert werden müssen, kommt es auf die je innerliche Fundierung derer an, die die Satzungen bestimmen (SB „Eid und Gelöbnis", 6 f.), und wenn das Eltern, Schule und Kirche nicht

besorgen, „gerät der Mensch (im kommunistischen Osten) unter die Knute der politischen Manager, im Westen mehr in den Sog der Wirtschaftsmagnaten und Meinungsmacher, oder es werden ihm die Parolen der neuen Revolutionäre eingetrichtert" (BS 63, 6) [45]). Hat diese substanzlose Allgemeinkritik an allzu „Modernem" noch die Kräfte der kapitalistischen Wirtschaft auch im Visier, werden die gleichen da, wo die „Lebenshilfe" konkreter wird, gar nicht kurioserweise als die tonangebenden pädagogischen Kräfte genannt — das Sollen stimmt wieder mit dem schlechten Sein überein: „Früher war die Ausformung der Persönlichkeit vor allem eine Forderung der Priester und Philosophen. Heute treten ihnen die Männer der Industrie, Wirtschaft und Politik zur Seite" (BS 56, 8). Da sie sie sichtbarlich haben, kommt man eben — wie es sich für Büttel der Herrschenden immer gehörte — zur Folgerung, daß ihnen denn auch „Gott etwas von seiner Autorität übergeben hat" (BS 5, 3).

In einem Soldatenbrief wird zwar noch das „autoritäre Gewissen" im Sinne der Beherrschung durch das „Über-Ich" als „eine notwendige Übergangsform" vom Es zum Ich bezeichnet („Nur sehr langsam wird das ‚Ich' dem ‚Es' abgerungen. Bei diesem Vorgang kann sich das ‚Ich' zunächst nur an die Umwelt anlehnen und nimmt diese später in sich hinein: zuerst die Eltern, später auch andere Autoritäten, die Kirche, die Schule u. a. Sie leben sozusagen im Kind und entscheiden in ihm, was gut und böse ist. Zwar meint das Kind, es entscheide selbst; in Wirklichkeit sind es die Autoritäten der Umwelt, die in ihm entscheiden. Sein Gewissen ist in Wirklichkeit ihr Gewissen; seine Grundsätze sind ihre Grundsätze" (BS 56, 8) — doch erfolgt später der typische Pferdefuß, daß in der menschlichen Ordnung offenbar nur für eine kleine Elite das Stadium des autonomen Ichs vorgesehen ist: „In allen Gesellschaftsgruppen gibt es ‚Leute aus dem dritten Glied', auch in der Selbsterziehung. Diese Leute sind darauf angewiesen, daß sie anderen vertrauen und ihnen folgen. Das autoritäre Gewissen ist deshalb für sie durchaus legitim. Solche Menschen sind nicht zu verachten, sowenig wie ein durchschnittlicher (aha, die meisten also! H.-D. B.) Schüler, Arbeiter, Techniker, Sportler. Es ist besser, in Bescheidenheit zu gehorchen als in Dummheit zu revoltieren. Rebellieren ist nicht schon in sich besser als Gehorchen" (BS 63, 15). Solches elitär-autoritäre Credo, das die Beherrschten dumm läßt, das mit göttlicher Weihe umgibt und sich dann noch bei den herrschenden Cliquen durch die Verachtung eben der Verdaummten und Beherrschten anbiedert, verkündet auch Militärgeneraldekan a. D. Werthmann [46]): „Ein Volk lebt immer von (!) der opferbereiten Elite, die das eigene Ich hintanstellt und für andere da ist" — wobei wir nicht vergessen dürfen, daß dieser faschistoide Militärchrist ja das Sterben und das Opfer als höchsten Wert des Lebens preist und für ihn ein elitäres „Opfer" selbst dann eins ist, wenn es um „Werte" geht, nach denen die kleinen Leute, für die das Opfer ja sein soll, überhaupt kein Bedürfnis haben. Dem kleinen Mann bleibt nur Hoffnung und Dankbarkeit, daß sich immer auch entscheidungskräftige große finden. Hatte das Zeitalter der Renaissance, das dem Menschen verkündete, er sei sein eigener Herr, „zur heutigen Gottlosigkeit, zur Eigenge-

45) Offenherzig wird in einem Schulungsheft für katholische Militärseelsorger behauptet, daß die traditionellen autoritären Normen des Glaubens, die zugleich solche von Gott seien, es sind, deren immerwährende Tradierung „unserer Kultur vor unnötigen Rückschlägen bewahrt": „Es ist ja interessant, daß das 4. Gebot diese Kontinuität zu gewährleisten versucht (aha, H.-D. B.). Mit der Ehrfurcht vor Vater und Mutter war auch die Ehrfurcht vor der überlieferten Ordnung verbunden." ML, März 1968, 23. Zuweilen wird aus der resignativen Feststellung, daß die heile Welt und die undiskutiert-autoritäre Ordnung unwiederbringlich dahin sind, das aggressive Streben nach Restauration derselben. ML, Juli 1968, 45, zitiert dazu zustimmend den rechtsextremen Antikommunisten Edgar Hoover (Leiter des FBI), der dadurch auch die Jugendkriminalität bekämpfen will (wenngleich die Unsinnigkeit dieser Therapie tausendfach nachgewiesen wurde): „Die Rückkehr zu dem althergebrachten Leben in der Familie und mit der Kirche ist unbedingt notwendig, wenn wir ein wirksames Gegenmittel gegen die augenblickliche Lage schaffen wollen."

46) Georg Werthmann, Leitlinien, a.a.O., S. 81.

setzlichkeit des Menschen und dann zum Chaos" (was damit wohl gemeint ist? H.-D. B.) geführt (BS 20, 7), so spannt sich der historische Bogen des raktionären Theologen großzügig in unsere Zeit, wo er mitwirken will, daß die breite Masse nie wieder auf die Idee kommt, ihren Beherrschern den Gehorsam aufzukündigen: „Die moderne Industriegesellschaft braucht nicht nur mehr Aus- und Weiterbildung (von der ist denn auch in den MS-Schriften nur ganz am Rande die Rede, H.-D. B.), sondern vor allem mehr Persönlichkeiten in allen führenden (!) Stellen. Sonst kommt der kleine Mann unter die Räder. Wir (!) brauchen Vorgesetzte mit Herz, mit Verständnis für alle Untergebenen, mit Verantwortung, Gerechtigkeit und sozialer Gesinnung. Dasselbe gilt von den Vorgesetzten in der Bundeswehr. Wenn künftige Vorgesetzte sich nicht von jung auf selbst erziehen nach festen Grundsätzen und Normen, geht der kleine Mann baden" (BS 56, 9).

(Zweiter Teil folgt)

Riad Rashid

Libyen zwischen Reaktion und Revolution

I

Am 1. 9. 1969 setzten junge progressive Offiziere in Libyen ihre Fahrzeuge in Bewegung und verringerten dadurch die Anzahl der reaktionären Regime Arabiens um ein weiteres. Fortan heißt das ehemalige Königreich „Arabische Republik Libyen".

Dieses arabische Land Nordafrikas hat eine Fläche von 1 759 000 qkm — davon über 90 Prozent Wüste — und nur 1 559 399 Einwohner (nach einer Volkszählung von 1964). Zur Zeit dürfte die Bevölkerungszahl ca. 1,7 Mill. Einwohner betragen. 25 Prozent der Bevölkerung sind Beduinen, die im südlichen Teil des Landes leben; 25 bis 30 Prozent leben in den Städten, und der Rest lebt in dem Küstenstreifen und in den Gegenden mit reichlichen Regenfällen. Die stärkste Gruppe von Ausländern bilden Italiener [1]).

Die ehemalige föderative Staatsgliederung in die drei Landesteile Cyrenaica, Tripolitanien und Fezzan wurde am 8. 12. 1963 abgeschafft, das Land in einen Zentralstaat umgewandelt.

Die nördlichen Teile Libyens — Cyrenaica und Tripolitanien — standen schon zu früheren Zeiten unter mehrfach wechselnder Herrschaft, beispielsweise der Griechen, Karthagos und Roms. Unter dem Kalif Omar Al-Khattab wurde Libyen 643 arabisch. Die Ausdehnung des arabischen Reiches auf Nordafrika bedeutete gleichzeitig die Übernahme der islamischen Religion und der arabischen Sprache. Außerdem ließen sich viele arabische Stämme in Libyen nieder,

1) R. Al-Berawi, Die Wirtschaften der arabischen Welt vom Atlantik bis zum Golf, 2. Aufl., Kairo 1968, S. 324.

wodurch eine vollständige Arabisierung dieses Raumes erreicht wurde. Diese Beduinenstämme bekennen sich noch heute zu ihren Stammesbrüdern in den Wüsten der anderen arabischen Länder. Die Bevölkerung bewahrte ihren arabischen Charakter trotz vorübergehender Herrschaft von Normannen, Spaniern, Türken und später Italienern.

II

Die Al-Senussi-Dynastie ist auf Mohammed Ali-Al-Senussi (der große Al-Senussi) zurückzuführen. Als ein Marabut kannte er den Koran auswendig und konnte seine Lehren auslegen. In Algerien wurde er 1787 als Sohn einer Sharifen-Familie geboren. Er vollendete sein Studium an der berühmten Moscheeschule von Fez und wanderte predigend durch Nordafrika und Ägypten nach Mekka. Dort hielt er sich mehrere Jahre auf und gründete eine eigene Sekte: „Al-Senussija". Sie steht dem Sufismus, der mystischen Richtung des Islams, nahe. Nach seiner Rückkehr in den arabischen Mahgreb gründete Mohammed Ali Al-Senussi 1843 die erste „Klosterburg" der Senussija, die „Al-Sawija" von Beida in den Grünen Bergen der Cyrenaica. Von da aus verbreitete sich der Einfluß der Senussija über den größten Teil des Landes. Nach seinem Tode im Jahre 1859 übernahm sein Sohn Mohammed Al-Mahdi die Leitung des Ordens. Die „Sawija" war für die benachbarten Beduinenstämme außer einem Mittelpunkt für geistliche Fragen eine Anleitung und Wegweisung in weltlichen Fragen. So konnte die Senussija aufgrund ihrer geistlichen Führung ihre volle politische Macht etablieren. Gestärkt wurde diese Position, als die Senussija die Vertretung der Bevölkerung der Cyrenaica und zum Teil Tripolitaniens nach außen hin übernahm. Zum Ausdruck kam ihre Führungsrolle im Rahmen des arabischen Widerstands, der sich in verschiedenen arabischen Regionen gegen die osmanische Herrschaft abzuzeichnen begann.

Große weltliche Macht erlangte allerdings erst der Enkel des großen Senussi, Emir Mohammed Idris Al-Senussi — der am 1. 9. 1969 abgesetzte König. Starke politische Stellung erreichte er dadurch, daß er sich, aufgrund der geistlichen Führung der Senussija, an die Spitze des Widerstandes der arabischen Bevölkerung gegen die italienischen Besatzer stellte. Obwohl ihm das Emirat über die drei Regionen von den arabischen Scheichen und prominenten Führern 1923 zuerkannt wurde, zog sich der Emir kurze Zeit darauf in sein freiwilliges Exil nach Ägypten zurück, wo er dann 20 Jahre verbrachte. Statt bei seinem Volk zu bleiben und den Kampf gegen die Italiener zu führen, versuchte der Emir, den Widerstand von Alexandria aus durch Mittelsmänner aufrechtzuerhalten. Diese Art des „Kampfes" zeigt, wie eine religiöse Stellung zur Erweckung politischer Illusionen mißbraucht wird. Solcher Mißbrauch wird heute noch in Saudi-Arabien („Beschützer der heiligen Stätten") und Marokko („Nachkommen des Propheten") bei der einfachen Bevölkerung praktiziert.

Im Zweiten Weltkrieg paktierte der Emir mit den Engländern gegen die Achsenmächte. Er stellte Truppen zur Verfügung, die an der Seite der Engländer kämpften. Bedingung war die Verpflichtung Englands, Libyen bei der Erlangung seiner Unabhängigkeit zu unterstützen.

Das imperalistische England kam seiner Verpflichtung nicht nach. Gleiches Verhalten hatte England auch während des Ersten Weltkrieges im Nahen Osten gezeigt, als es gegen sein Versprechen das Gebiet mit Frankreich teilte — Libanon und Syrien an Frankreich, Palästina und Jordanien für England (Syks-Bicout-Abkommen von 1916). Libyen wurde acht Jahre von den Siegermächten

verwaltet. Man wollte auch dieses Land wie den Nahen Osten unter fremder Herrschaft teilen (Bevan-Sforza-Projekt), was allerdings an dem harten Widerstand der Bevölkerung scheiterte. Am 24. 12. 1951 wurde das Land mit seinen drei Regionen nach einem UNO-Beschluß als „Vereinigtes Königreich Libyen" unabhängig.

III

Das Königreich hatte theoretisch die Gestalt einer konstitutionellen Monarchie. Die Verfassung nach angelsächsischem Vorbild sah zwei Kammern und eine Bundesregierung für die drei Bundesstaaten vor. Das libysche Parlament wurde alle vier Jahre direkt von der männlichen und seit 1963 auch von der weiblichen Bevölkerung „gewählt". Der Senat dagegen wurde zunächst zur Hälfte vom König ernannt, nach der Verfassungsänderung vom 15. 4. 1963 werden alle Mitglieder sowie der Senatspräsident vom König selbst ernannt.

Der erste Versuch zur Verwirklichung eines echten demokratischen Systems scheiterte in der ersten Parlamentswahl in Libyen am 19. 2. 1952 durch die Intrigen und Schikanen der reaktionären Kräfte. Die an der Wahl beteiligten Parteien waren hauptsächlich „The National Congress Party" unter der Führung Bascheer Saadawis, die „Independence Party" — Regierungspartei — und „The Front Party". Die Nationale Kongreß-Partei war eine Massenpartei, deren Popularität insbesondere auf zwei Punkten bzw. zwei Slogans: „Nationale Einheit" und „Sehr enge Zusammenarbeit mit den arabischen Bruderstaaten" beruhte. Trotz überwiegender Mehrheit für die Kongreßpartei in den meisten Landesteilen ging, wie zu erwarten war, die Regierungspartei siegreich aus der Wahl hervor. Den Vorwurf der Kongreßpartei, die Wahl sei gefälscht worden, und die Massendemonstrationen nahm die Regierung zum Anlaß, die Partei in Libyen aufzulösen. Die Funktionäre der Kongreßpartei wurden festgenommen, und der Führer Saadawi wurde aus dem Lande ausgewiesen. Dadurch wurde jede vorstellbare Opposition im Land erstickt. Das Parlament und die angeblichen Wahlen wurden mehr und mehr zu Schau-Institutionen und konnten höchstens als Instrumente des Selbstbetruges der westlichen „Verbündeten" dienen und deren Behauptung stützen, daß in dem „befreundeten" Land Libyen ein demokratisches System existiere. Abgesehen von der Auflösung der Parteien war die Funktion des Parlaments ohnehin durch die Ernennung der Senatsmitglieder seitens des Königs beschränkt, die Regierung war ausschließlich vom Vertrauen ihrer Majestät abhängig und bedurfte somit nicht unbedingt der Unterstützung des Parlaments.

Die Pressefreiheit war zwar verfassungsmäßig gesichert (Art. 23), diese formelle Pressefreiheit wurde jedoch durch das Pressegesetz vom November 1959 beseitigt. Fast alle oppositionellen Blätter mußten ihr Erscheinen einstellen. So wurde jeder mundtot gemacht, der es gewagt hatte, die Regierung zu kritisieren. Eine Clique von Opportunisten und reaktionären Ja-Sagern durfte ihre Tätigkeit weiter ausüben und an der Öl-Ausbeute partizipieren.

Gemäß ihrer Nervosität und Angst vor der Praktizierung eines demokratischen Systems, das die Freiheit garantiert, beschritten die Regierungen in Libyen den Weg der starken Anlehnung an den Westen. Amerika und England traten das Erbe Italiens an und machten das gerade unabhängig gewordene Land zu ihrer Militärbasis. So schlossen Libyen und Großbritannien 1953 einen Freundschafts- und Allianzvertrag ab, der Großbritannien das Recht einräumte, bei Tobruk (El-Aden) und bei Bengasi Militärstützpunkte zu unterhalten. El-Aden ist ein

großer Panzer- und Luftstützpunkt, der als Umschlagbasis nach Afrika und den Scheichtümern am Persischen Golf sowie als Truppenübungsplatz unter anderem der Rheinarmee dient. Der Vertrag läuft 1973 ab.

Da die USA ihre dominierende Präsenz in dem neuen Lande nicht weniger unter Beweis stellen wollten, schlossen sie 1954 mit Libyen einen militärischen Beistandspakt, aufgrund dessen die USA den großen Luftstützpunkt Wheelus bei Tripoli unterhalten. Wheelus gleicht einer geschlossenen Stadt, die über 4300 amerikanische Soldaten mit ihren Familien beherbergt (nach Angaben des amerikanischen Außenministeriums beträgt die Zahl der Amerikaner in Libyen insgesamt 10 000). Diesen Stützpunkt — er ist der größte seiner Art in diesem Raum — betrachtet man als eine Abschreckungsbasis gegen die angebliche Bedrohung des Mittelmeerraums durch die Sowjetunion, da dort auch Atomwaffen gelagert sind. Wheelus, so heißt es, diene dem Schutz der arabischen Bevölkerung vor dem Kommunismus.

In Wirklichkeit dient der Stützpunkt nichts anderem als dem Schutz der amerikanischen Interessen. Der Stützpunkt wird zudem als Hinterland für die 6. amerikanische Flotte im Mittelmeer gebraucht; weiterhin ist er auch von großer Bedeutung für die NATO. Er diente als Übungsplatz für schwere Bomberflüge der amerikanischen Streitkräfte in Westeuropa. Nach seinem Verlust müßten die amerikanischen Luftverbände zweimal jährlich zur Übung nach Amerika fliegen. Der Beistandspakt läuft im Dezember nächsten Jahres ab. Verhandlungen über Beendigung oder Verlängerung des Paktes müssen ein Jahr vorher — also Dezember dieses Jahres — stattfinden. Man kann nur hoffen, daß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 3. 9. 1969 recht hat und die Stützpunkte außer als Übungszentren keine große Bedeutung haben, so daß die Revolutionsregierung des arabischen Libyen keine Schwierigkeiten findet, falls sie von ihrem Recht als Vertreter eines souveränen Staates Gebrauch macht und die ausländischen Truppen auffordert, das Land zu verlassen.

Parallel zu dieser Politik der Bindung an den Westen, vor allem an die USA, England und die BRD, betrieben die bisherigen Regierungen Libyens die Isolierung ihres Landes von der arabischen Welt nach dem Vorbild des Nachbarlandes unter Bourgiba. Auf der anderen Seite dieser Szene stand das Volk mit einer Avantgarde von Studenten, jungen Offizieren und Arbeitern, die sich sehr eng an die progressive arabische Bewegung anlehnte. Ihr starkes arabisches Nationalbewußtsein und die Solidarität mit den progressiven Staaten kam des öfteren in explosiver Form zum Ausdruck. So gab es anläßlich der arabischen Gipfelkonferenz Ende 1963 in Kairo und nach den Angriffen Nassers gegen die ausländischen Militärbasen auf arabischem Boden heftige Massendemonstrationen. Diese führten zu blutigen Zusammenstößen und brutalem Vorgehen der Polizei gegen Studenten und Schüler, zu acht Todesopfern (12. und 13. 1. 1964). Trotzdem erreichte man einen Parlamentsbeschluß, der die Regierung verpflichtete, mit der britischen und amerikanischen Regierung über die Beseitigung der Militärbasen zu verhandeln. Die Antwort des Königs war die Auflösung des Parlaments und die Annahme des Rücktritts der Regierung, die das Vorgehen der Polizei kritisiert hatte.

Ähnliche explosionsartige Demonstrationen und Solidaritätskundgebungen mit den progressiven arabischen Staaten und für deren Ziele erlebte man auch 1965, als Libyen nach der Anerkennung Israels durch die BRD entgegen einem Beschluß der Arabischen Liga die diplomatischen Beziehungen zu Bonn aufrechterhielt. Zu den stärksten Demonstrationen der progressiven Kräfte in Libyen kam

es nach dem israelischen Angriff gegen die arabischen Länder vom 5. Juni 1967. Die Empörung der Massen über die unbeteiligte Haltung der libyschen Regierung in diesem Konflikt zwischen den Arabern und dem zionistischen Israel entlud sich in einem revoltenartigen Angriff der zum Teil einfach bewaffneten Bevölkerung gegen die amerikanischen und englischen Stützpunkte. Die Öl- und Hafenarbeiter weigerten sich, westliche Tanker zu empfangen und zu laden und stoppten dadurch zeitweise die Öllieferungen. Die Demonstrationen wurden von schwer bewaffneten Polizeieinheiten niedergeschlagen, und es folgte darauf eine groß angelegte Verhaftungswelle (Prozeß der 106). Die libysche Regierung versuchte später, die aufgebrachten Massen durch einen finanziellen Beitrag an die VAR und an Jordanien zu beschwichtigen. Um die Bevölkerung unter Kontrolle zu halten und jeden Versuch eines Machtwechsels zu verhindern, verwandelte man das Land in einen Polizeistaat. Ein Verhältnis zwischen Armee und Polizei wurde geschaffen, wie es in dieser Form wohl nirgendwo außerhalb Libyens existiert. Die Armee in Stärke von 6000 bis 7000 Mann wurde mit Hilfe amerikanischer und englischer Inspekteure aufgebaut, die noch immer „beratende" Funktionen ausüben. Die Führung der Armee wurde in die Hände von Verwandten des Königs — Schamsedin-Al-Senussi — oder ihm sehr nahestehenden Personen gelegt. Trotz all dieser Vorsichtsmaßnahmen vertraute man der Armee nicht und vernachlässigte sie gänzlich. Man konzentrierte sich vielmehr auf die Polizei, die doppelt soviel Mann zählte wie die Armee und zu dieser in einer Art Rivalitätsverhältnis stand.

Die Polizei wurde „Special Force" genannt. Sie umfaßte die „Bewegliche Truppe" zur Bewahrung der Sicherheit auf Bundesebene, die mit den besten und modernsten Waffen ausgerüstet war, z. B. mit Panzern und gepanzerten Fahrzeugen, Raketenwerfern und Kampfhubschraubern. Dazu gab es noch die „Lokale Sicherheitstruppe" in den drei Regionen, die für Ruhe und Ordnung zu sorgen hatte, und die sogenannte „Cyrenaican Defence Force", die hauptsächlich an der ägyptischen Grenze stationiert war, zum größten Teil mit englischen Inspekteuren. Als letztes sei noch die „Geheime Sicherheitstruppe" erwähnt, die sich über das ganze Land verbreitete und über große Waffenlager in den Städten verfügte. Man rekrutierte Personal der Sicherheitstruppen sehr sorgfältig nach verschiedenen Maßstäben aus den Reihen der Königstreuen. Theoretisch war das Land gegen alle Eventualitäten abgeschirmt. Jedoch ist an den vielfältigen Sicherheitsmaßnahmen abzulesen, daß das Regime in ständiger Angst lebte.

Ein Offizier des Revolutionsrates äußerte sich gegenüber dem Chefredakteur der Kairoer Zeitung „Al-Ahram" vom 6. 9. 1969 über die Polizei in Libyen folgendermaßen: „Ich gestehe Dir als libyscher Armeeoffizier, daß ich erst jetzt das System der Polizei Libyens genau kenne. Kurzgefaßt: die Waffen, die normalerweise im Besitz der Armee sein müssen, waren in den Händen der Polizei, und umgekehrt." Die „Verbündeten" des Regimes, die USA und England, waren in puncto Geheimpolizei und ihrer Sorge um das Land auch nicht kleinlich; sie leisteten alle denkbaren Hilfen, um Libyen von der arabischen Welt zu isolieren und abzuschirmen. So bildete die CIA „Spezielle Kolonnen" im Lande, die nichts anderes zu tun hatten, als die dort arbeitenden Araber, vor allem die aus Syrien und Ägypten, durch alle möglichen Schikanen zu belästigen. Während die „apolitischen" Araber der Erwartung dieser „speziellen Kolonnen" entsprachen und das Land verließen, ließen sich die politisch bewußten Araber, die die Praktiken der CIA kannten, davon nicht beirren und blieben im Lande. Dagegen lebten die Amerikaner, Engländer, Italiener und andere unbelästigt als „Men-

schen erster Klasse". Bestechungen auf allen Ebenen und von allen Seiten waren alltäglich.

IV

Die Wirtschaftslage des Landes war vor den Ölfunden alles andere als gut. Der landwirtschaftlich nutzbare Boden Libyens umfaßte nach einer statistischen Aufstellung des Landwirtschaftsministeriums von 1960 insgesamt 3 868 728 ha; davon entfallen 78 Prozent auf Tripolitanien, 21 Prozent auf die Cyrenaica und 1 Prozent auf den Fezzan[2]). Davon sind etwa ein Drittel ständige Weiden und Wiesen. Der größte Teil der Felder ist zur Bebauung von Regenfällen abhängig, so daß man nicht von einem kontinuierlichen Ackerbau — bis auf einen Anteil von 1 Prozent der Bodenfläche, der künstlich bewässert wird — sprechen kann. Trotzdem lebt ein großer Teil der Bevölkerung — zirka zwei Drittel, einschließlich der Beduinen — von der Landwirtschaft. Daraus kann man ohne Anstrengung schließen, wie die Mehrheit der Bevölkerung lebt.

Die industrielle Situation sieht nicht besser aus. Die bisher entstandenen Fabriken stützen sich ausschließlich auf einheimische Agrarerzeugnisse und landeseigene Rohstoffe: wie Getreidemühlen, Olivenpressen, Lebensmittelherstellung, Tabakverarbeitung, Getränkeherstellung und Textilindustrie. Eine erste Industriezählung des libyschen Statistischen Amtes zeigt, daß es im Jahre 1964 622 Betriebe mit mehr als fünf Beschäftigten gab. Von diesen 622 Betrieben beschäftigte einer mehr als 500 Personen, fünf Betriebe beschäftigten zwischen 200 und 499, neun zwischen 100 und 199, 22 zwischen 50 und 99, 77 zwischen 20 und 49, 180 zwischen 10 und 19 und 328 zwischen 5 und 9. Mehr als die Hälfte der Betriebe — 367 — gehörten einem Eigentümer, 188 waren Partnerships, der Rest Aktiengesellschaften[3]). Die meisten dieser Betriebe haben mehr den Charakter eines Handwerks- als eines Industriebetriebes. So beträgt z. B. allein die Anzahl der Fahrzeugreparaturwerkstätten 98. Das macht rund ein Sechstel der Betriebe aus: ein Beispiel für die Art und Struktur der sogenannnten Industrie in Libyen.

Die beschränkten wirtschaftlichen Möglichkeiten Libyens vor der Zeit der Ölfunde boten den „humanen" Entwicklungshelfern willkommene Chancen, dem Land seine gerade erlangte Unabhängigkeit wieder zu entreißen, und zwar dieses Mal nicht unter Gewaltanwendung von Soldaten und in Form direkter Beherrschung und Verwaltung des Landes wie unter den italienischen Kolonialisten, sondern durch die brutale Ausnutzung der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes, der starken Position des Dollars und der wirtschaftlichen Überlegenheit der westlichen Industrieländer. Man errichtete die Militärbasen anstelle von militärischer Besetzung für die geleistete „Entwicklungshilfe" und beherrschte das Land durch Marionettenfiguren statt durch direkte Verwaltung.

Für Libyen kam die große finanzielle Wende erst nach den Ölfunden Anfang der 60er Jahre. Über 40 Gesellschaften erwarben mehr als 130 Konzessionsgebiete und Prospektierungsrechte. Die Erdölvorkommen vermehrten sich in den letzten acht Jahren ständig. So stieg die Förderungsmenge von 0,9 Mill. t im Jahre 1961 auf 130 Mill. t 1969 (geschätzt). Der Anteil Libyens an der arabischen und der Weltölförderung nahm von 0,4 Prozent bzw. 0,08 Prozent 1961 auf 21 Prozent bzw. 7,5 Prozent 1968 zu.

Die Förderungsmenge erreicht nach Angabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 3. 9. 1969 130 Mill. t für das Jahr 1969. Somit steht Libyen in der

[2]) I. Orthner-Heun, Das Entwicklungsland Libyen (Bundesstelle für Außenhandelsinformation), 2. Aufl., Köln 1966, S. 66.
[3]) I. Orthner-Heun, Das Entwicklungsland . . ., a.a.O., S. 233.

Wichtige Neuerscheinungen, die Sie kennen sollten

Das System der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik — Dokumente

Etwa 850 Seiten · Leinen 12,— DM

Diese Zusammenfassung, systematisch geordnet, vermittelt dem Leser in einfacher, unkomplizierter Weise einen Überblick über das Gesamtsystem und die wichtigsten Teilsysteme der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung, wie das ökonomische System des Sozialismus, das System der Bildung und Kultur, das System der Volksvertretungen und der Rechtspflege in der DDR.

Winzer, O.

Deutsche Außenpolitik des Friedens und des Sozialismus

503 Seiten · Leinen 25,— DM

Während ihres 20jährigen Bestehens hat die DDR stets eine Außenpolitik betrieben, die — auf den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus beruhend — konsequent die Prinzipien des sozialistischen Internationalismus und der friedlichen Koexistenz in die Tat umsetzte. Ein repräsentativer Querschnitt durch diese friedliche sozialistische Außenpolitik wird durch das Buch des Außenministers der DDR, in dem zum Teil bisher unveröffentlichte Reden, Artikel und Interviews zusammengefaßt sind, vermittelt.

Internationale Politik — Tendenzen

Etwa 400 Seiten · Leinen etwa 25,— DM

Erscheint im IV. Quartal 1969

Gromyko, A. A.

Geschichte der sowjetischen Außenpolitik

Übersetzung aus dem Russischen

Teil I 1917—1945

581 Seiten · Leinen 25,— DM

Ihre Bestellungen richten Sie bitte an Ihre örtliche Fachbuchhandlung oder direkt an den Verlag.

Auf Wunsch stellen wir Ihnen gern unseren Verlagskatalog kostenlos zur Verfügung.

STAATSVERLAG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

XX DDR

Ölförderung mit Saudi-Arabien und Kuweit an der Spitze in der arabischen Welt. Die gesamte arabische Ölförderung betrug 1966 28,7 Prozent der Weltförderung. Die arabische Welt steht damit in der Welt an der Spitze vor den USA mit 25 Prozent, der UdSSR mit 16 Prozent, dem Karibischen Raum mit 12,4 Prozent, Süd-Ost-Asien mit 1 Prozent. Die übrige Welt hat einen Anteil von 14,6 Prozent. Der arabische Anteil an den Weltreserven beträgt nach den statistischen Angaben von 1965 56,5 Prozent, auf Libyen entfallen 3,6 Prozent der Weltreserve bzw. 6,3 Prozent der arabischen Ölreserven [4]).

Die Bedeutung des libyschen Öls liegt in der Ergiebigkeit seiner Lagerstätten, in den sehr günstigen Produktionsbedingungen und niedrigen Ausbeutungskosten, bedingt durch billige Arbeitskräfte und nicht zuletzt die geringe Entfernung zu den europäischen Märkten. Außerdem ist der Transport nicht vom Suezkanal abhängig, der zweimal, 1956 und seit 1967, gesperrt werden mußte. Deshalb stieg z. B. die Ölförderung von 72,6 Mill. t 1966 — also vor dem Juni-Krieg und der Schließung des Suezkanals — auf 130 Mill. t 1969, das heißt um rund 80 Prozent. Die Schwierigkeiten des Öltransports aus dem Nahen Osten ließen sich auf diese Weise umgehen.

Die maßgebend an der Ölförderung in Libyen beteiligten Gesellschaften sind: Esso mit 37 Mill. t (1968), Oasis mit 35 Mill. t, Occidental mit 19 Mill. t, BP-Hunt mit 15 Mill. t, Amoseas mit 12 Mill. t und Mobil-Gelsenberg mit ebenfalls 12 Mill. t. Über 90 Prozent der dort tätigen Gesellschaften sind US-amerikanisch (laut „Handelsblatt" vom 3. 9. 1969). In den ersten zehn Monaten des Jahres 1968 bezog die BRD 42,1 Prozent ihrer Öleinfuhren aus Libyen. Auf den nächsten Plätzen folgen Saudi-Arabien, Algerien, Irak und Kuweit. So stammten im Durchschnitt drei Viertel der westdeutschen Öleinfuhren aus den Lieferungen der im arabischen Raum tätigen Gesellschaften. Die BRD bezog sogar im ersten Halbjahr 1969 21 Mill. t bzw. 48 Prozent ihres gesamten Rohölimports von 43,4 Mill. t aus Libyen („Handelsblatt" vom 3. 9. 1969) [5]).

Der Ölboom bzw. der plötzliche Reichtum hat die vorhandenen krassen sozialen Unterschiede ans Tageslicht gebracht und die sozialen Spannungen unter der Bevölkerung vergrößert, denn der große Zufluß an Geldern machte die Reichen noch reicher, während die breiten Massen der Armen von dem neuen Wohlstand unberührt blieben. Statistisch gesehen beträgt das Einkommen pro Person 500 US-Dollar im Jahr, das höchste in den Entwicklungsländern. In Wirklichkeit sieht die Einkommensverteilung ganz anders aus.

Der Anteil Libyens an den Öleinkünften betrug für das letzte Jahr rund 3 Mrd. DM (ein Achtel sämtlicher Öleinkünfte, die außerdem noch von den Ölgesellschaften auf verschiedene Art manipuliert werden). Der König selbst behielt für sich einen relativ bescheidenen Betrag. Den Löwenanteil bekamen die Königsfamilie und die dem König sehr nahe stehenden Familien. Es waren nach Angaben von „Al-Ahram" (6. 9. 1969) ca. 40 Familien, die 1000 Personen umfaßten und an der Spitze der Sozialpyramide hinter dem König standen. Diese Gruppe verfügte über das Monopol der Regierungsbildung und auf die Ministerposten. Außerdem beherrschten sie den sehr profitreichen Bausektor. Bestechungen und Provisionen für die Vergabe von Regierungsprojekten, vor allem von Bauprojekten, waren die besten Mittel der Bereicherung. So hatten die ersten Untersuchungen in der arabischen Republik Libyen ergeben, daß ein hoher Verantwortlicher in der früheren Regierung ca. 1,5 Mill. Pfund als Provision bekommen

[4]) M. S. Abdel-Hakim, Die arabische Welt. Land, Bevölkerung und Quellen des Reichtums, Kairo 1968, S. 355 u. 357.
[5]) Die „Süddeutsche Zeitung" vom 2. 9. 1969 sprach von 45 Prozent der deutschen Ölimporte.

hat. Einen großen Skandal, von dem schon früher in gut informierten arabischen Kreisen die Rede war, stellt das Waffengeschäft mit England dar. Das eigentliche Ziel des Geschäftes (ca. 2 Mrd. DM) war die finanzielle Beihilfe zur Stützung des englischen Pfundes bzw. zur Verbesserung der engl. Zahlungsbilanz. Unter der vereinbarten Waffenlieferung befindet sich ein vollständiges Luftverteidigungssystem sowie Boden-Boden-Raketen mit Reichweite von nur 15 km. Man fragt sich mit Recht, wozu das königliche Libyen ein solches Luftverteidigungssystem braucht und gegen wen die simplen Raketen gerichtet werden sollen. Die Gerüchte, die allerdings noch nicht bestätigt sind, da man noch keine Untersuchung einleitete, weisen darauf hin, daß dies Geschäft den Konten verschiedener Politiker und einflußreicher Personen ebenso gut bekommen ist wie der englischen Zahlungsbilanz.

Die zweite Stufe der Pyramide der Gesellschaftsschichten bilden ca. 10 000 Personen, die von den reichlichen „Tischresten" der oberen 1000 leben. Die dritte Stufe stellen die in Libyen lebenden Ausländer dar. Die breite Basis der Pyramide bilden die armen Bauern und Beduinen sowie die Arbeiter, die von dem Ölrausch hören, ohne ihn zu spüren oder zu kosten, wie es unter den meisten reaktionären Regimen Arabiens der Fall ist.

V

Aufgrund der oben erörterten Situation war zu erwarten, daß irgendwann eine radikale Änderung herbeigeführt werden mußte. Allerdings kam für den Westen der jetzige Zeitpunkt überraschend. Man dachte in Washington, London und Bonn, daß die „Arabische Befreiungsbewegung" in den verschiedenen Ländern durch den israelischen Angriff und die Niederlage der progressiven arabischen Staaten — vor allem Kairos — vorübergehend gelähmt sei und wenigstens zehn Jahre brauchen werde, um sich zu erholen. London und Washington sahen ihre Interessen nach Abzug der Engländer aus Aden und der damaligen Südarabischen Föderation (jetzt Volksrepublik Südjemen) durch die arabischen Truppen im Jemen und durch die FLOSY gefährdet. Hätte der Abzug Englands aus dem arabischen Süden vor dem Juni-Krieg von 1967 stattgefunden, dann wäre die Vereinigung des Südjemen mit der Republik Jemen unweigerlich gekommen. Das bedeutet aber, daß die progressive Befreiungsbewegung das Gebiet bis zu den Ölquellen am Persischen Golf unter ihre Kontrolle gebracht hätte und die englische und amerikanische Herrschaft in den kleinen Scheichtümern durch die Verstärkung der dort tätigen Partisanen bedroht worden wäre. Gleichzeitig hätte dies die Einkreisung Saudi-Arabiens, des Führers der reaktionären Kräfte, bedeutet.

Auf den ersten Blick hatten sich die Erwartungen der Gegner der Befreiungsbewegung erfüllt, besonders nachdem Nasser an der arabischen Gipfelkonferenz von Khartum teilnahm. Allerdings war eine neue Strategie für die progressiven Kräfte vonnöten. Ein Aufmarsch der unorganisierten Massen auf den Straßen wäre unverantwortlich gewesen und hätte zu keinen positiven Ergebnissen führen können. Andererseits hätte ein solcher Schritt die noch unbekannten progressiven Offiziere in den verschiedenen Armeen zu solidarischen, aber unüberlegten Handlungen veranlassen können, und dann wäre die Niederlage vollkommen gewesen. Das propagandistische Stillhalteabkommen von Khartum hinderte die freien Offiziere im Sudan nicht daran, zu geeigneter Zeit zuzuschlagen und das erzkonservative Regime zu beseitigen. Im Gegenteil verschaffte es ihnen eine nötige Atempause zur Sammlung und Reorganisation ihrer Kräfte. Das Zusammensetzen mit dem König von Saudi-Arabien an einen

Tisch schloß den mißglückten Revolutionsversuch im Juni dieses Jahres nicht aus. Wie aus der Erklärung zweier Organisationen in Saudi-Arabien hervorgeht, scheiterte der Revolutionsversuch, der eine breitere Basis in der Armee hatte als in Libyen, durch einen CIA-Mann, der sich in die Reihen der Revolutionäre einschleichen konnte. Über 2000 Menschen wurden festgenommen und allen Arten der Folter ausgesetzt; bisher sind zwei Todesopfer bekannt geworden [6]).

Im Falle Libyen gelang es den „nach-Einheit-strebenden freien Offizieren" (wie sie sich selbst nennen), dem reaktionären Regime ein Ende zu setzen und die „Arabische Republik Libyen" auszurufen. Nach dem Muster des arabischen Ostens bildeten sie einen Revolutionsrat, der die Macht innehat. Der Präsident des Revolutionsrats ist der siebenundzwanzigjährige Oberst Moammer Al-Kadhafi. Die übrigen Mitglieder sind arabischen Zeitungsberichten zufolge alle unter dreißig Jahre alt. Ihre Zahl beträgt 66, Offiziere und Unteroffiziere. Sie nannten ihr Unternehmen „Operation Palästina" und benutzten als Kodewort „Jerusalem". An das Volk richteten die Revolutionäre einen Aufruf mit der Parole „Freiheit, Sozialismus und Einheit". Weiter heißt es in dem Aufruf: „Die Revolution brach für euer Wohlergehen aus und um das Banner der arabischen Nation hoch zu erheben (dpa vom 2. 9. 1969) ... Es ist an der Zeit, für die Schaffung einer panarabischen sozialistischen Republik in Libyen zu arbeiten (Libysche Nachrichtenagentur vom 7. 9. 1969)". Gegen den früheren König erhob man den Vorwurf, sich zum Werkzeug des Kapitalismus gemacht zu haben. Aus derartigen Parolen und Erklärungen ist zu schließen, daß die Revolutionäre in Libyen doch offensichtlich dem progressiven arabischen Lager zuzählen. Die Rangordnung der Forderungen in der Parole „Freiheit, Sozialismus und Einheit" sowie die Formulierung „nach Einheit strebend" deuten darauf hin, daß die jungen Revolutionäre mehr nach Kairo als zu den Baathisten tendieren. Denn bei der Baath-Partei heißt die Parole „Einheit, Freiheit und Sozialismus", nicht umgekehrt. Außerdem wird die Formel „nach Einheit strebend" von den Nicht-Baathisten in der arabischen Nationalbewegung benutzt, vor allem nach der Separation Syriens aus der VAR im Jahre 1961. Auf jeden Fall ist die Revolution in Libyen ein harter Schlag für die amerikanischen und englischen Interessen sowie für ihre Marionettenfiguren im arabischen Raum, falls der Revolutionsrat seine Parolen in die Tat umsetzt. Denn eine Änderung des Kräfteverhältnisses zwischen den progressiven und den reaktionären Staaten wird die Folge sein. Am schwersten dürfte es für Bourgiba werden, da sein Land jetzt zwischen zwei progressiven Staaten, Algerien und Libyen, liegt. Seine vorbehaltlose Unterstützung der westlichen Politik in Afrika, in der arabischen Welt und in Südostasien wird dann ein Ende haben müssen. Es gelang ihm bis jetzt, die Opposition brutal niederzuhalten, wie es der Fall seines Gegners Ben Yousef zeigt, der vor einigen Jahren in Frankfurt ermordet wurde. Die harten Polizeimethoden und die Sondergerichte sowie die Abschirmung Tunesiens von der arabischen Welt werden ihm wahrscheinlich nicht mehr viel helfen können. Man hofft nur, daß Algerien sich aktiv an der Liquidierung der mittelalterlichen und reaktionären Systeme in Arabien beteiligt.

Der imperialistische Versuch, die arabische Welt in Maghreb (Nordafrika) einerseits und den arabischen Osten andererseits zu spalten, hat mit den Veränderungen in Libyen eine Abfuhr erlitten. Al-Kadhafi meinte in dieser Hinsicht, daß es für den Maghreb keine isolierte Stellung geben kann, sondern daß er ein integrierter Bestandteil der arabischen Welt sein muß.

---

[6]) Vgl. „Al-Houria", Beirut, Nr. 480 v. 8. 9. 1969 und Nr. 481 vom 15. 9. 1969.

Dem Westen gefällt die Entwicklung offenbar ebensowenig wie Bourgiba. Spannungen im Verhältnis zu den USA, England und der BRD werden für wahrscheinlich gehalten, denn die neue Führung zeigte bis jetzt eine unverhüllte Neigung zu den progressiven arabischen Ländern und Solidarität für die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Daraus folgt eine stärkere Beteiligung am Kampf gegen die israelische Expansion und damit auch gegen Israels Hintermänner im Westen. Außerdem wird eine aktive Unterstützung der Befreiungsbewegung in Afrika und eine solidarische Haltung gegenüber Vietnam und den lateinamerikanischen Staaten zu erwarten sein. Der erste Schritt solcher Politik ließ nicht lange auf sich warten. So erklärte der Ministerpräsident Libyens, Maghreby, nach einer Meldung der ägytischen Nachrichtenagentur (MENA, 19. 9. 1969): „Die Abkommen über ausländische Basen in Libyen werden nicht erneuert, wenn sie ablaufen. Damit bemüht sich die Regierung, eine der wichtigsten Forderungen des Volkes zu erfüllen." Mit einem solchen Schritt wird eines der wichtigsten Interessen der USA und Englands sowie der NATO überhaupt an Libyen betroffen. Wie die Reaktion und die Gegenreaktion sein werden, vermag keiner zu sagen.

Der Chefredakteur der Kairoer Zeitung „Al-Ahram" vom 5. 9. 1969 veröffentlichte ein Geheimdokument des englischen Kriegsministeriums, in dem der Detailplan für eine Intervention in Libyen mit Hilfe der USA dargestellt wird, um „subversiver Tätigkeit" im Inneren oder der „Bedrohung Libyens" von außen durch Nasser zuvorzukommen. Der Plan trägt den Decknamen „Raford" und die Bezeichnung „Hilfe für Libyen" [7]). Der Überraschungseffekt des Militärputsches warf die Absichten dieses Plans von 1964 über den Haufen.

Angesichts der Bedrohung, wie die Indiskretion der britischen Planungen sie nur besonders kraß beleuchtet, ist der Nachdruck, mit dem der Revolutionsrat die selbstverständliche Achtung internationaler Verträge betont, leicht zu verstehen. Für die neue Regierung ist es eine Lebensfrage, möglichen Interventionsversuchen keinerlei Vorwand zu liefern.

Daß es bisher zu keiner Intervention kam, ist wohl auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Anscheinend war es für England unvorstellbar, daß eine Aktion von der Armee ausgehen würde. Offenbar stellte man sich vor, daß aufruhrähnliche Unruhen die Bevölkerung erfassen würden, was dann eine ägyptische „Invasion" zur Folge haben könnte. Die britischen Streitkräfte hätten dann der libyschen Regierung gemäß Beistandspakt zu Hilfe kommen können.

Der Überraschungseffekt der Revolution war aber zu groß, und es gab keine Regierung mehr, die um Hilfe bitten konnte. Außerdem spielte die Geheimhaltung der Namen der Revolutionsmitglieder eine große Rolle. Es konnte nämlich durchaus möglich sein, daß ein Teil der um die Nachfolge des Königs streitenden Gruppen der Königsfamilie den Umsturz ausgelöst hatte. Es gab im wesentlichen zwei rivalisierende Gruppen, die Gruppe um den Thronprätendenten Hassan-El-Rida, auf den die Amerikaner gesetzt hatten, und die Gruppe um die Königin Fatima. Diese Gruppe wurde hauptsächlich von Omar Al-Schahli — Berater des Königs —, der nach der Revolution in London vorstellig wurde [8]), und von England unterstützt.

---

[7]) Dies wurde von England selbstverständlich dementiert. Allerdings wurde der Archivbeamte des britischen Kriegsministeriums, der dieses Dokument an den ägyptischen Geheimdienst lieferte, zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

[8]) Der frühere König bat in einem Telegramm Nasser, den Revolutionsrat um die Ausreise seiner Tochter und der Sekretärin der Königin zu ersuchen. Er dementierte das Gerücht, nach dem er England um Hilfe gebeten habe, und versicherte dem Präsidenten, daß er nicht beabsichtige, nach Libyen zurückzukehren. Daraus kann man schließen, daß sein Sekretär wahrscheinlich eigenmächtig oder auf Veranlassung der Königin nach England fuhr.

Das Ausbleiben der anglo-amerikanischen Intervention zum gegenwärtigen Zeitpunkt bedeutet nicht, daß der Westen dieses strategisch wichtige Land ohne weiteres aufgibt.

Für die BRD wird das Doppelspiel angeblicher Neutralität im Nahen Osten, die nur ein Lippenbekenntnis der Bundesregierung ist, aller Voraussicht nach auch in Libyen zu Ende sein. Die einzigartige und vorbehaltlose propagandistische und finanzielle Unterstützung — abgesehen von den Waffenlieferungen — für Israel ist den Revolutionären in Libyen nicht unbekannt. Die Besorgnis der Bundesregierung, gerade wegen ihres bisherigen Engagements in Libyen, kam nicht überraschend. Es ist allerdings reine Demagogie, die libysche Revolution als eine Gefahr für die Ölversorgung der westeuropäischen Bevölkerung darzustellen. Die arabischen Revolutionäre haben keinerlei Interesse daran, „den Ölhahn zuzudrehen". Was sie wollen, ist, die Reichtümer ihrer Länder in erster Linie für die eigene Entwicklung nutzen zu können. In Gefahr sind also lediglich die überhöhten Profite der ausländischen Ölkonzerne. Ob eine stärkere Kontrolle der Araber über ihre Ölgeschäfte die Versorgung Europas beeinträchtigen wird, darüber entscheiden die Reaktionen der westlichen Regierungen.

Günter Wallraff

„Hängt den D. auf!"

Ein nicht gesendetes Fernsehspiel

Nachstehend bringen wir einen für die „Blätter" etwas ungewöhnlichen Beitrag: den — leicht gekürzten — Text eines Fernsehdrehbuchs von Günter Wallraff. Wir haben uns zu dieser Veröffentlichung entschlossen, weil sowohl der Inhalt des Drehbuchs wie die Tatsache, daß der Film in letzter Minute nicht produziert wurde, wie schließlich die Hintergründe dieses Vorgangs uns Erhebliches beizutragen scheinen zu zwei nach wie vor zentralen Themen in der BRD: Einmal zum Thema NPD (Wer unterstützt, wer bekämpft den Neonazismus?) und zweitens zur Frage der Meinungsfreiheit in den westdeutschen Rundfunk- und Fernsehanstalten.

Der Text spricht für sich selbst; hier nur kurz einige Worte über die Zusammenhänge:

„Hängt den D. auf!" sollte, als Auftragsarbeit für das „Zweite Deutsche Fernsehen", kurz vor der Wahl gesendet werden. Zugrunde liegt der authentische Fall des Arbeiters Günter Bauder, der in der mittleren Industriestadt Heidenheim bei Ulm keine Arbeit mehr fand, weil er sich politisch zu weit links engagiert hatte. Günter Wallraff war diesem Fall damals nachgegangen und hatte sich bei

den gleichen Firmen (u. a. bei den Zeiss-Werken, Schwäbischen Hüttenwerken GmbH., Hartmann-Watte, Zigarrenfabrik Schäfer und der Maschinenfabrik Voith KG u. GmbH) mit gleichem Berufsbild als „NPD-Angehöriger" beworben.

Die ihm und Bauder entgegengebrachten Argumente bei dieser Bewerbung waren seinerzeit unter Namensnennung der Firmen in verschiedenen Zeitschriften veröffentlicht und als Flugblätter vor den Fabriktoren verteilt worden. Vorausgegangen war ein Boykott der vorgesehenen örtlichen Druckerei. Der Auftrag war von der Druckerei Ress in Heidenheim unterzeichnet, Preis und Auslieferungstermin waren vereinbart, die Setzer begannen mit der Arbeit, als die Druckerei den Vertrag annullierte. „Wenn wir das in unserem Haus drucken, werden die Leute, die in dieser Reportage angesprochen werden, uns keinen Druckauftrag mehr geben. Sie müssen verstehen, daß wir unter diesen Umständen nicht drucken können."

Das gleiche Schema wiederholte sich bei dem Fernsehauftrag: Das Drehbuch war von den verantwortlichen Redakteuren und Dramaturgen akzeptiert und angenommen, Regisseur und Schauspieler waren unter Vertrag, die Produktion sollte in zwei Tagen beginnen — als von höchster Stelle, über den Programmbeirat, der das Projekt ursprünglich genehmigt hatte, ein Veto eingelegt wurde. Die Gründe für den plötzlichen Rückzieher wurden nie schriftlich fixiert; man sprach davon, daß BDA- und Daimler-Benz-Funktionär Schleyer gegen die Sendung Bedenken angemeldet habe. Offiziell nannte man zwei Gründe:

Die Umfrageergebnisse, wie sie hier zur Darstellung gebracht werden sollten, mögen für diese Gegend zwar zutreffend sein, jedoch fürs Ruhrgebiet zum Beispiel hätten sie keine Gültigkeit. Zum anderen ein oft gehörtes Argument, das gegen die NPD vor allem dann zur Anwendung gelangte, wenn die Struktur des Neofaschismus a n s i c h offengelegt zu werden drohte: Durch das nachdrückliche Warnen und Aufzeigen würde man am Ende der NPD nur nützen.

Obwohl sich verantwortliche Redakteure und Dramaturgen gegen diese Auffassung zu wehren versuchten und die Sendung durchbringen wollten, blieb es bei der Absetzung. Damit das „demokratische Gefüge" der Anstalt gewahrt bleibe, wurde bei der finanziellen Regelung großzügigst verfahren: nicht nur der Autor, auch Regisseur und Schauspieler, deren Arbeit nicht in Anspruch genommen wurde, erhielten volle Honorare. Das ZDF ließ es sich etwas kosten: Mehr als 20 000 Mark für unterdrückte Meinungsfreiheit spielten keine Rolle.

Die „Blätter" unterbreiten hiermit der Öffentlichkeit, was das ZDF seinen Zuschauern vorenthielt. D. Red.

Lautsprecherstimme: Der Fall „D" hat sich in einer süddeutschen Kleinstadt zugetragen, und die Lokalpresse hat darüber berichtet.

Schrifttafel: „Hängt den D. auf". Bericht aus einer industriellen Provinz.

Ansager: „Im folgenden wird etwas rekonstruiert, was in unserm Land gerade ist passiert. Namen haben wir uns entschlossen wegzulassen, um keinen Einzelfall, sondern die volle Wirklichkeit zu erfassen. Ort der Handlung: kleine bis mittlere Stadt, Provinz, aufstrebende Industrie. Zeit: Jetzt, noch keine Historie.

Die Vorgeschichte: Der Maschinenschlosser D., 29, verheiratet, drei Kinder, wird von seiner Firma, wo er sieben Jahre war, fristlos entlassen. D. war Kandidat für eine Partei, die steht links von der SPD, die „Demokratische Linke", die hatte in seiner Stadt über 5 Prozent, halbsoviel wie die NPD.

Im Betrieb war D. bei den meisten Kollegen beliebt. Sie hatten ihm zu verdanken, daß der Firmeninhaber für ein Jahr zu wenig gezahlten Lohn nachzahlen

mußte. Was diesen empörte — für ihn war D. sowieso einer, der den Betriebsfrieden empfindlich störte.

Der Chef ließ öffentlich verkünden, daß zwei seiner besten Leute — die Arbeiter R. und K. — bei ihm vorgesprochen und erklärt hätten: wenn D. nicht entfernt wird, werden wir kündigen.

R., der im Werk das Parteiblatt der NPD unbehelligt verteilte, hatte den D. schon früher gewarnt: falls er den Thadden auf der Großveranstaltung störe, lege er ihn mit seiner Beretta mit Zielfernrohr um, das schwöre er.

R. und K., des Chefs liebste Leute, brachten den D. dann zur Strecke. Der Chef nannte sie als Zeugen, sie könnten es beide beeiden, daß D. den Gashahn vom Schweißgerät aufgedreht habe. Das sei Sabotage.

D. bestritt, der Betriebsrat mit, doch die Firma war ihn quitt.

R. und K. sind noch heute da.

Bevor D. die Firma fristlos verließ, waren an die Wände des Betriebs drei Galgen und ein Spruch gemalt, der verhieß: ‚Gestern Ohnesorg — heute Dutschke — morgen D.! Hängt ihn auf, das Kommunistenschwein!'

D., der rausgeschmissene Linke, versucht wieder Arbeit zu bekommen. Es gibt in seinem Landkreis 2000 offene Stellen, Facharbeiter sind gesucht.

Sie sehen jetzt, liebe Zuschauer, wie D. von Unternehmen zu Unternehmen rennt, um seine Dienste anzubieten — und dabei feststellt, daß man ihn kennt."

Um ein Exempel zu statuieren, hat der Autor W. ein paar Tage später bei denselben Firmen vorgesprochen, um seine Dienste zu offerieren. Gleiches Berufsbild, Schlosser, fristlos gekündigt, Alter wie D., der einzige Unterschied: kein gekündigter Linker, sondern ein Mann von der NPD.

Schrifttafel: „1. Bewerbung: D." „Fa. A., Metallverarbeitung, 60 Beschäftigte". Überdimensionaler Schreibtisch, dahinter Firmeninhaber Herr A., Anzug, weißes Hemd, Krawatte, darüber offener Arbeitskittel, ist damit beschäftigt, in eine Rechenmaschine Zahlen zu tippen. Es klopft; Herr A., ohne zu unterbrechen:

„Herein!"

D. tritt ein, geht unbefangen bis zum Schreibtisch, stützt sich leicht darauf, während er mit A. spricht: „Guten Tag, Herr A., ich habe gehört, Sie suchen einen Betriebsschlosser . . ."

Herr A.: „Wo haben Sie vorher gearbeitet?"

D.: „Bei der Firma P., ich mußte da aufhören . . ."

Herr A. (überlegt kurz): „Ach, Sie sind das, D. . . ., es tut mir leid, ich würde Sie schon einstellen . . . Aber mein Vorarbeiter, Herr G. — Sie kennen ihn, er war früher ja bei Ihrer Firma —, er würde dann gehen, er mag keine Linksleute."

D. (ungläubig, etwas stotternd): „Ja, . . . aber . . . suchen Sie denn keinen Schlosser?"

Herr A. (immer noch gut zuredend): „Herr D., mein Vorarbeiter, müßte befürchten, daß durch Sie Unruhe in den Betrieb hineingetragen wird. Sie können mir nicht zumuten, daß ich auf den G. Ihretwegen verzichte. Er ersetzt mir 10 Arbeiter. Im übrigen müßten Sie ja auch bei mir wieder ganz von vorne anfangen, sozusagen als Schütze Arsch. Tut mir leid, wie gesagt."

Macht sich wieder an seiner Rechenmaschine zu schaffen, während D. noch einen Moment überlegend vor ihm steht.

Schrifttafel: „1. Bewerbung, W."

W.: „Man hat mir gesagt, daß Sie Schlosser suchen, ich ziehe jetzt von Hessen nach hier um ... Ich muß Ihnen allerdings sagen, warum mich meine Firma entlassen hat, damit mir hier nicht wieder dasselbe passiert. Es waren keine fachlichen Gründe ..."

Herr A. (etwas neugierig geworden, leicht amüsiert): „Haben wohl zuviel Bummelschichten eingelegt; verlangt wird heut überall etwas."

W.: „Nein, es war, weil ich im Werk Flugblätter für die NPD verteilt habe, ich bin nämlich Mitglied in der Partei, und wir hatten da so'n roten Betriebsrat, der sorgte dafür, daß ich fristlos entlassen wurde. Ich stelle das jetzt ausdrücklich vorher klar ..."

Herr A. (geht nicht auf die Geschichte ein): „So'n Pech; gerade heute hab' ich einen Griechen eingestellt. Ich hab' soviel Arbeit, ich könnt' doppelt soviel Leute einstellen, hab' nur keinen Platz. Können Sie auch schweißen?"

W.: „Ja, A- und E-Schweißen".

Herr A.: „Oh, verflixt, hätt' ich das gewußt, hätt' ich den Griechen nicht eingestellt."

W.: „Befürchten Sie, es könnte hier eventuell Schwierigkeiten wegen meiner politischen Einstellung geben?"

Herr A.: „Solang Sie die Leute nicht von der Arbeit abhalten, ist mir das ganz egal, Ihre politische Einstellung. Ich werd' sie zwar nicht wählen, aber man sollte doch die Ansichten des andern akzeptier'n. Sie sind doch sicher nicht in der Gewerkschaft?"

W. (lacht): „Natürlich nicht."

A. (wohlwollend): „Sehen Sie, ich bin auch kein Freund der Gewerkschaften. Ich bin für Ruhe und Ordnung, vor allem in meinem Betrieb. Männer, die A- und E-Schweißen können, kann ich immer gebrauchen. (Übergibt W. eine Visitenkarte der Firma.) Also, wenn Sie im nächsten Monat hier hinziehen, werd' ich einen Arbeitsplatz für Sie frei haben, das geht klar." (Händedruck zum Abschied.)

Schrifttafel: „2. Bewerbung, D." „Fa. B., über 100 Beschäftigte, Bauschlosserei". Herr B., seriös, ca. 70, grauhaarig, Weste, sitzt verloren hinter seinem Schreibtisch, sinnend. D. tritt ein, geht auf den Schreibtisch zu, Herr B. bemerkt ihn erst, als er dicht vor ihm steht.

Herr B.: „Wer sind Sie, was wollen Sie?"

D.: „Auf dem Arbeitsamt sagte man mir, daß Sie Schlosser suchen."

Herr B.: „Haben Sie Zeugnisse, Referenzen bei sich? Warum wechseln Sie die Stelle? Wo sind Sie im Augenblick beschäftigt?"

D.: „Bei der Firma P. war ich zuletzt, da mußte ich weg, weil ..."

Herr B. (schroff, unterbricht): „Weiß ich schon genug, ich weiß Bescheid über Sie, Sie sind der linke Propagandist, Sie sind es doch auch, der die Unterschriftensammlung gegen die Notstandsgesetze durchgeführt hat. Ich bedaure, in meinem Betrieb nicht."

D. (versucht sich zu beherrschen): „Aber einen NPD-Mann zum Beispiel würden Sie einstellen?"

Herr B. (verärgert, bestimmt): „Nein. Ich war Nationalsozialist und schäme mich auch heute nicht, mich dazu zu bekennen. Aber die NPD hat gar kein Recht, sich auf uns zu berufen. Sie ist der Verräter unserer Idee, denn sie kopieren uns nur ..."

Schrifttafel: „2. Bewerbung, W." Herr B. zu W., der seitlich neben seinem Schreibtisch Platz angeboten bekommen hat (mitfühlend):

„Sie hätten mir diese Geschichte gar nicht zu erzählen brauchen. Das ist doch Ihre Privatangelegenheit. Ich kann es im übrigen auch gar nicht verstehen, das ist doch an und für sich kein Grund — daß Sie die Flugblätter für die NPD verteilt haben —, mein Gott, bis jetzt ist die Partei doch nicht verboten, ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, warum man Sie behelligt hat."

W.: „Ja, da war ein linker Betriebsrat . . ."

Herr B.: „Hier wäre Ihnen das nicht passiert, wir haben hier überhaupt keinen Betriebsrat. Herr W., es ist jetzt leider im Moment nur so, wir haben auf eine Anzeige hin soeben drei neue Schlosser eingestellt. Wenn Sie Kupferschmied wären oder Flaschner oder Blechschlosser, könnte ich Sie sofort einstellen. Aber die drei Neuen haben noch ihre Probezeit, wenn sich einer von ihnen in der Probezeit nicht bewährt, gäbe es eine Möglichkeit für Sie. Lassen Sie auf jeden Fall Ihre Anschrift hier, ich werde Sie verständigen lassen, sobald etwas frei ist."

Schrifttafel: „3. Bewerbung, D., im Nachbarort, Wurstmaschinenfabrik C., 50 Beschäftigte". Herr C., knapp 50, mittelgroß, schlank, gibt sich betont sportlich, Lodenjacke, offenes Hemd, auf dem Tisch steht Schnapsflasche (Korn), aus der er sich einschüttet und bei der 2. Vorsprache auch D. — Herr C. wird durch den Alkohol gesprächig, ohne jedoch im geringsten betrunken zu wirken.

D. (stehend vorm Schreibtisch): „Ich verspreche Ihnen, daß ich nicht zu spät zur Arbeit käme. Die 10 km machen mir nichts aus."

Herr C.: „Ich kann Sie nicht einstellen, Sie wohnen einfach zu weit weg. Ich muß meine Arbeiter nahe bei mir wohnen haben, damit sie da sind, wenn ich sie brauche. Sie wohnen zu weit weg."

Kurze Schriftblende: „Erneute Vorsprache des D. 1 Woche später".

D. (strahlend): „Herr C., ich kann jetzt hier im Ort eine Wohnung bekommen, sie ist gar nicht teuer."

Herr C. (zuerst unbeherrscht, fängt sich aber sofort und bietet D. einen Stuhl an, während er ihm einschenkt): „Ich brauche Sie nicht. Wir haben so ein schönes Betriebsklima. Wir sind eine große Familie, und ich versuche in meinem Betrieb schon von selbst eine soziale Gerechtigkeit durchzuführen, manchmal gelingt es, manchmal nicht. Irren ist menschlich, sogar Tiere machen Fehler."

D.: „Glauben Sie nicht, daß man auch mich hier einstellen könnte, in einer großen Familie, wenn ich mich politisch zurückhalten würde?"

Herr C.: „Sie gehen eher auf die Barrikaden, als daß Sie Ihre Einstellung ändern."

D.: „Ich möchte doch auch nicht noch einmal entlassen werden."

Herr C.: „Das müßten Sie allerdings erst mal unter Beweis stellen, so wie ich die Menschen kenne. Die Katze läßt das Mausen nicht. Die Gefahr ist da, daß Ihr Hauptinteresse nicht ist, Wurstmaschinen herzustellen, sondern daß Sie da gleich an die Grunddinge rühren. Mein Betrieb ist zu klein für solch ein Risiko." (Er trinkt einen großen Schluck, lehnt sich im Sessel zurück, gefällt sich im Erzählen.) „Sie können's mir glauben. Ich kann mich gut in Sie hineindenken. Ich war in der HJ. Ich war HJ-Führer, ich habe mich auch einmal für politische Ideen begeistert. Heute nimmt einem das keiner mehr für übel, wenn man das war. Ich habe den Eltern ihre ungezogenen Buben zu richtigen Männern gemacht. Wir kommen heute noch zusammen. Sie stellen mir ihre Kinder und Enkelkinder vor und die bereits ihre Bräute, ob sie die heiraten sollen . . . Sie müssen unterscheiden zwischen Nazis und Nationalsozialisten. Wir waren gute Deutsche gewesen. Es waren reine Sozialisten. Sie hätten das letzte Hemd hergegeben für den Bruder, wenn die Volksfürsorge gekommen wäre. Wir waren Sozialisten in erster Linie

und dann gute Deutsche, und was nebenher so gewesen ist, hat mir ja persönlich auch Kummer gemacht und ist von uns ja auch bekämpft worden . . ."

D. (unterbricht ihn): „Können Sie nicht sagen, was Sie meinen, Herr C., ich kann Ihnen nämlich nicht mehr folgen."

Herr C. (spürt die Ironie nicht, fährt geschmeichelt im gleichen Ton mit Erzählen fort): „Sehen Sie, zum Beispiel die Geschichte des Spinnmeisters Roh hier vom Ort, der lebt immer noch, ist jetzt 85, der hatte einen SA-Mann wegen Arbeitsverweigerung gemaßregelt und wurde von diesem daraufhin ins Arbeitslager befördert. Der SA-Mann hat nichts getaugt, war ein großer Einzelgänger. Jedenfalls, die Partei hat dafür gesorgt, daß der Spinnmeister Roh wieder rausgekommen ist. Spinnmeister ist er zwar nicht mehr geworden, aber er lebt immer noch! Das müssen Sie doch einsehen, ich lebe nur für mein Geschäft, arbeite Tag und Nacht dafür, daß der Laden läuft. Das hat mit politischen Grundsätzen nichts zu tun. Ich wäre genauso dagegen, einen aktiven Sportler einzustellen."

D.: „Arbeiten bei Ihnen denn keine Fußballspieler?"

Herr C.: „Doch, schon, ich meine hier einen besonders gefährlichen, hm, Kampfsport."

D.: „Wenn ich in der SPD oder CDU wäre, hätten Sie mich dann eingestellt?"

Herr C.: „Ich frage nicht nach einer Partei, Herr D., und nicht nach der Vergangenheit, sondern nach der Zukunft. Sehen Sie, ich habe sogar Fürsorgeempfänger und Vorbestrafte bei mir aufgenommen, alles schwarze Schafe; dazu muß ich sagen, daß ich über die Hälfte wieder zu rechten Leuten mache. Ich bin ja bei der Fürsorge bekannt, die sagen schon zu mir, wenn ich komme, jetzt will er wieder einen besser machen."

D.: „Das spricht für Sie, Herr C."

Herr C.: „Ja, aber wenn einer ein Verbrecher ist, den mach' ich auch nicht anders. Das ist wie mit der Katze, die das Mausen nicht läßt, das ist eine Lebensweisheit. Das Risiko ist zu groß für mich, ich bin ein Kleinbetrieb, bewerben Sie sich doch bei den Konzernen, die können sich's eher leisten. Oder noch besser, ich geb Ihnen einen guten Rat, wenn Sie nirgendwo mehr unterkommen, machen Sie sich doch selbständig, fangen Sie erst einmal klein an, und wenn Sie sich was zusammengespart haben, lassen Sie andere für sich arbeiten."

D.: „Aber es kann doch nicht jeder Unternehmer werden."

Herr C.: „Warum denn nicht?"

D.: „Wenn es nur Unternehmer gibt, gibt es keine Arbeiter mehr."

Herr C.: „Ach, die Dummen sterben doch nie aus!"

Schrifttafel: „3. Bewerbung, W." Herr C. und W. stehen, C. hat W. die Hand auf die Schulter gelegt.

Herr C.: „Sie sind hier nicht in Hessen. Hier herrscht Meinungsfreiheit." (Überreicht W. einen Einstellungsbogen.) „Damit alles seine Ordnung hat, füllen Sie den Bogen aus und schicken ihn mir zu. Sie können anfangen, sobald Sie umgezogen sind."

Schrifttafel: „4. Bewerbung, D., E.-Konzern, 3000 Beschäftigte. Elektrogeräte". Dame, Mitte 30, Personaldirektorin, beide sitzen auf Stühlen vorm Schreibtisch.

Personalchefin (spricht sehr freundlich mit D.): „Wie gesagt, wir suchen immer Leute, besonders qualifizierte Fachkräfte wie Sie, Sie könnten sogar als Vorarbeiter hier anfangen. Sagen Sie mir noch, wo haben Sie vorher gearbeitet?"

D.: „Bei der Firma P., fast zehn Jahre."

Personalchefin: „Moment, P., da war doch was, da muß ich nachsehen, Moment . . ." (Blättert in einer Liste, ihr Finger fährt Namen entlang, sie hat es gefunden.) „Ja, es ist so, da wird leider doch nichts draus, Herr D., so heißen Sie doch, nicht wahr?"

D. (sein Tonfall erreicht eine bis hierhin unbekannte Schärfe): „Und warum nicht? Begründung!"

Personalchefin: „Ja, Begründung . . . Erstmal, die maßgeblichen Herren sind jetzt weg; und dann: Ihr Fall ist bekannt hier, ich fürchte, da kriegen wir Schwierigkeiten, ich meine, Sie können ja noch einmal vorbeikommen. Aber wie gesagt, es hat gar keinen Sinn mehr."

Schrifttafel: „4. Bewerbung, W."

Personalchefin zu W.: „Es ist gut, ich werde Sie einstellen. Sie müssen sich politisch allerdings etwas Zurückhaltung auferlegen. Machen Sie mir keine Schande!" (Sie droht scherzhaft mit dem Finger.) „Wir sind eine renommierte Weltfirma und können es uns nicht leisten, ins Gerede zu kommen!"

Schrifttafel: „5. Bewerbung, D., Fa. F., Hüttenwerke, 2500 Beschäftigte". Dipl.-Ing. V., drahtig, schlank, groß, ca. 30—40, im weißen Technikerkittel. Hinterm Schreibtisch ein technischer Plan. D. und V. stehen.

D.: „Und seitdem bin ich arbeitslos."

Dipl.-Ing.: „Sehen Sie, mir ist die NPD genausowenig lieb, möcht' ich mal sagen, wie Ihre Wählergemeinschaft, die ‚Demokratische Linke'. Sie passen hier einfach nicht 'rein. Sehen Sie mal, wir sind hier bei uns in der Produktion — ich möchte es ruhig mal so ausdrücken — schon immer kapitalistisch veranlagt. Wir arbeiten im Schnitt 58 Stunden in der Woche und oft länger, was sich ja überhaupt nicht verträgt mit gewerkschaftlichen Vorstellungen."

D.: „Aber deswegen brauch ich doch nicht meine gewerkschaftliche Fortbildung aufzugeben."

Dipl.-Ing.: „Aber zurückstellen!"

D.: „Dann verliere ich den Anschluß und muß wieder von vorne anfangen."

Dipl.-Ing.: „Sehen Sie, und deswegen kann ich Ihnen auch keine Arbeitszusage geben. Denn, Herr D., Sie kommen auf ein Geleis, wo wir auf keinen Fall einig mit Ihnen sind. Wir haben hier eine erstklassige, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat, und wenn ich Sie einstellen würde, dann nur als Arbeiter und auf keinen Fall als Vertrauensmann oder Betriebsratsmitglied."

D.: „Wenn mich die Arbeiter nun aber zum Vertrauensmann wählen würden?"

Dipl.-Ing.: „Ja, sehen Sie, das müßten wir eben befürchten, und deshalb darf ich Sie nicht einstellen. Begreifen Sie das denn nicht? Wir setzen uns doch nicht selbst 'ne Laus in den Pelz. Wir möchten keine Unruhe, die wir draußen halten können. Sehn Sie mal: Ein Großunternehmen läßt sich durchaus mit einem Armeekorps mittlerer Größe vergleichen. Das ist die gleiche Form der Stabsarbeit. Ein in der Spitze gebildeter Wille muß sich reibungslos bis in die unterste Handlungsebene delegieren lassen. Stellen Sie sich mal vor, bei saisonbedingten Großaufträgen z. B. müssen schon mal außerordentliche Anforderungen an die Mitarbeiter gestellt werden. Überstunden, Samstagsarbeit und so. Stellen Sie sich mal vor, Sie pochten dann auf Arbeitszeitordnung und die ganzen Bestimmungen: damit schaden Sie dem Unternehmensganzen und sich selbst. Wir müssen in der schweren Konkurrenz siegreich bestehen können."

Schrifttafel: „5. Bewerbung, W." V. und W. sitzen.

Dipl.-Ing.: „Wir haben hier einen toleranten Betriebsrat, von dem hätten Sie nichts zu befürchten, da sehe ich eigentlich kein Risiko. Die Leistung ist das Entscheidende, und die Arbeitsdisziplin, und wie ich Sie einschätze, ist das bei Ihnen gewährleistet."

Schrifttafel: „6. Bewerbung, D., Fa. G., Holzverarbeitung, 80 Beschäftigte." Herr G., ein kleiner Dicker, mit Hosenträgern, spielt mit einem Zollstock, er scheint D. vom Ansehen zu kennen.

Herr G.: „Tja, D., die Zeit ist schlecht, die Sie sich da zum Stellenwechsel ausgesucht haben. Wären man lieber noch bei Ihrer alten Firma geblieben, Sie hätten ja da nicht zu politisieren brauchen. Jetzt kommt der Winter, jetzt muß man schauen, daß man die Leute unter Dach bekommt, wir brauchen niemanden."

Schrifttafel: „6. Bewerbung, W."

Herr G.: „In Ordnung, nehme Sie."

W.: „Es ist so, ich könnt' erst in Monaten anfangen, also am 1. Dezember, ging das, wegen der vielen Feiertage, die ja dann gleich zu Ihren Lasten gingen?"

Herr G.: „Das ist überhaupt kein Problem, das machen wir schon."

W.: „Und Sie glauben nicht, daß mir hier wieder so etwas blüht? Sind hier keine Linken beschäftigt?"

Herr G.: „Nein, absolut nicht, da sorge ich schon für. Bei mir kann jeder denken, was er für richtig hält; ich selbst wähl christlich; ich persönlich halt ja nicht viel von der NPD, die haben ihr Programm doch in vielem von uns geklaut."

Schrifttafel: „7. Bewerbung, D., Fa. H., Rolladenbau, 40 Beschäftigte."

Herr H. (ca. 50): „Wir brauchen keinen. Außerdem arbeiten bei mir viele, die der NPD nahestehen, da könnte es leicht zu Reibereien kommen. Im übrigen haben wir hier auch keinen Betriebsrat. Gesetzt den Fall, ich würde Sie einstellen, Sie würden sich bei mir bestimmt nicht wohl fühlen."

D.: „Da mögen Sie recht haben."

Schrifttafel: „7. Bewerbung, W."

W.: „Da meinte der hiesige Kreisvorsitzende der NPD, Herr S., dem ich beim nächsten Wahlkampf als Wahlhelfer zugeteilt bin, ich könnte mich bei Ihnen auf ihn berufen."

Herr H. (stilles Einverständnis zeigend): „Daß Sie bei der NPD sind, ist doch keine Schande, wie weit sind wir denn schon wieder. Normalerweise würde ich ja jetzt keinen einstellen, ich muß im Moment sehen, wie ich meine Leute über den Winter bringe. Aber in so 'nem Fall bin ich schon bereit, 'ne Ausnahme zu machen. Ich kann Ihnen als Anfangsgehalt allerdings nicht mehr als 3,90 bis 4,00 Mark zahlen, mein eigener Sohn bekommt auch nicht mehr von mir. Dafür ist aber die Kameradschaft hier erstklassig. Bei mir ist's so, hier werden alle mit dem Vornamen gerufen."

Frau H. tritt hinzu, begrüßt W. beinah familiär: „Ich hab's von der Küche aus mitbekommen, man hat Sie wegen Ihrer politischen Überzeugung auf die Straße gesetzt. Sie können sich trösten, wir haben sie auch gewählt."

Schrifttafel: „8. Bewerbung, D., Fa. I., Zigarettenfabrik, 1800 Beschäftigte." Auf dem Schreibtisch überdimensionales Tischfeuerzeug, fast die Dimension eines „Flammenwerfers". Hinterm Schreibtisch, zigarrepaffend, älterer Personalchef.

Personalchef: „Also, Herr D., unsere Firma legt keinen Wert auf eine Zusammenarbeit."

D. (verliert langsam seine lange geübte Beherrschung, laut): „Aber was habe ich denn verdammt noch mal verbrochen? Habe ich gestohlen? Einen umgebracht?

Habe ich die Tochter meines Chefs vergewaltigt? Mir ist jede Arbeit recht, und das Arbeitsamt sagt, es sind Stellen en masse frei, und die Sonnabendausgabe ist voll von Angeboten. Können Sie mir wenigstens endlich sagen, was da gespielt wird, wie das läuft? Haben Sie einen Steckbrief von mir vorliegen?"

Personalchef (überlegen, voll Nachsicht): „Regen Sie sich doch nicht so auf. Ich darf Ihnen nur soviel sagen, wir sind informiert. Sie können uns nichts vormachen, wir wissen über Sie Bescheid."

Schrifttafel: „8. Bewerbung, W."

Personalchef: „Das wäre Ihnen hier nicht passiert. Trotzdem, Sie hätten mir die Geschichte nicht zu erzählen brauchen: was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß. Aber jetzt, wo ich es weiß, kann ich Sie leider nicht einstellen, es tut mir leid."

W. (ungläubig, erstaunt): „Ja, aber wieso denn? Ist das ein Verbrechen, daß ich in der NPD bin?"

Personalchef: „Nein, nein. Das nicht, ich war auch im Dritten Reich aktiv, jeder hat seine Gesinnung, und ich kann Ihnen sagen, wie mir das angehangen hat, die ersten Jahre nach dem Krieg, als man dafür abgesägt wurde; heute kann einem das ja schon wieder helfen. Aber NPD ist doch noch was früh. Gerade in einer Industriestadt wie hier, wo seit Jahrzehnten alles sozialdemokratisch und so eingestellt ist."

W.: „Wenn ich in der CDU wäre, wäre Ihnen das egal?"

Personalchef: „Das wäre überhaupt keine Frage, ob CDU oder SPD, das wäre dasselbe, die sind ja jetzt sowieso auf Gedeih und Verderb miteinander verwachsen."

W.: „Sehen Sie mal, Strauß z. B. sagt, daß im Moment noch nicht an eine Koalition CDU/NPD zu denken sei. Aber vier Jahre weiter — es gibt ja jetzt schon auf Kreisebene gute Ansätze."

Personalchef (naiv): „Ja, das müßte man dann erst einmal abwarten. Es tut mir leid, im Moment, wie gesagt . . ."

W.: „Gut, dann schau ich in vier Jahren halt noch mal vorbei."

Schrifttafel: „9. Bewerbung, D., Fa. K., K.G. und GmbH., Maschinenfabrik, 6000 Beschäftigte." Folgend Tafel: „1. Vorsprache". D. steht, Personalchef O. sitzt hinterm Schreibtisch.

D.: „Ich wollte es mal hier versuchen. Ich bin jetzt 10 Wochen arbeitslos, und weil das hier der größte Betrieb ist, dachte ich, gehst mal hin, da hast du bestimmt eine Chance, so ein Konzern sucht immer Leute."

Personalchef: „Wie war noch Ihr Name?"

D.: „D.!"

Personalchef (erinnert sich): „Früher bei der Firma P. beschäftigt, hab' ich recht?"

D.: „Ja, ganz recht."

Personalchef (zögernd): „Momentan ist's hier nicht gut, Schlosser hätten wir genug; was wir brauchen, sind Hilfsarbeiter."

D. (erfreut): „Ja, wunderbar. Das wäre mir auch recht. Hauptsache, ich verdiene Geld und ich habe Arbeit; ich kann mich vielleicht später mal wieder hocharbeiten."

Personalchef: „Wir brauchen auch nicht unbedingt Hilfsarbeiter. D., Günter, ja? Ich werde es erst der Geschäftsleitung vortragen müssen."

Schrifttafel: „2. Vorsprache".

D.: „Entschuldigen Sie, wenn ich noch mal komme. Auf dem Arbeitsamt sagte man mir, Sie hätten wieder Schlosser angefordert."

Personalchef: „Sie können mich nicht vergewaltigen. Ich sagte Ihnen bereits, daß ich in so einem speziellen Fall die Firmenleitung konsultieren muß, die hat zu entscheiden."

D.: „Warum sagen Sie ‚vergewaltigen'?"

Personalchef: „Weil Sie sich hier aufs Arbeitsamt berufen; das Arbeitsamt hat hier gar nichts zu sagen. Es bleibt uns überlassen, wen wir einstellen."

D.: „Weil man mir aber von dort eine hochoffizielle Bewerbungskarte für Ihre Firma mitgab, habe ich gedacht, ich frage doch besser nochmal."

Personalchef: „Ich kann das nicht eigenmächtig entscheiden. Ich werde der Geschäftsleitung nächste Woche Ihre Bewerbung vortragen. Kommen Sie dann in 8—10 Tagen wieder vorbei."

D.: „Gut. Wie gesagt, ich bin auch bereit, bei Ihnen als Hilfsarbeiter zu arbeiten. Und wenn ich den Hof fegen muß."

Schrifttafel: „3. Vorsprache".

Personalchef: „Also, Herr D., wir nehmen Sie auf gar keinen Fall. Ich bin in der netten Lage, Ihnen das sagen zu dürfen; eine Begründung brauchen wir Ihnen ja wohl nicht zu geben . . ."

Schrifttafel: „9. Bewerbung, W."

Personalchef (sich selbst beruhigend): „Ich geb Ihnen hier schon mal einen Einstellungsbogen mit, Sie kümmern sich in der Zeit um eine Wohnung und können am 15. anfangen. Einstellungslohn ist 4,30, er erhöht sich aber sehr schnell nach Ablauf der Probezeit."

Schrifttafel: „10. Bewerbung, D., Fa. L., 2900 Beschäftigte, Feinmechanik."

Personalchef (sitzend hinterm Schreibtisch, ca. 35, zu D., der steht): „Das ist natürlich einmal sehr schlecht, wenn so über einen in der Presse herumgezogen wurde. Es ist ja ganz klar, daß man in der Bundesrepublik und hier im Hause ganz besonders mit den Linken nicht gern etwas zu tun hat. Wenn man in die Vergangenheit schaut, ist man gar nicht erfreut von diesen Erscheinungen. Ich kann Ihnen versichern, daß es bei uns viele Leute gibt, die Ihnen nicht gerade wohlgesinnt sind."

D. (resigniert): „Ich werde mich im Betrieb nicht politisch betätigen."

Personalchef: „Nun, Sie müssen den Standpunkt des Hauses wissen. Mich persönlich interessiert im Grunde genommen Ihre politische Einstellung nicht; aber es geht nicht an, daß Sie im Betrieb über politische Dinge diskutieren, das ist hier nicht erwünscht." (Väterlich.) „Sagen Sie mal, Herr D., halten Sie dieses Engagement für so wichtig, es ist doch im Grunde genommen verantwortungslos von Ihnen, Sie ruinieren doch auf die Dauer Ihre Familie."

D.: „Sehen Sie, hier entlarvt sich eben der Kapitalismus."

Personalchef: „Wenn Sie älter werden, dann denken Sie bestimmt anders darüber, aber dann ist es erfahrungsgemäß zu spät zur Wandlung für Sie, dann gibt's kein Zurück mehr, dann sind Sie endgültig erledigt. Ja, Herr D., ich habe mit einigen Herren gesprochen. Daß Sie dermaßen aktiv in der ‚Demokratischen Linken' und davor auch schon in der DFU waren, wußte ich ja gar nicht, Sie wären hier bei uns nicht gut aufgehoben, sondern fehl am Platze, ich kann leider nichts für Sie tun, die DFU ist schließlich eine kommunistische Partei . . ."

Schrifttafel: „10. Bewerbung, W."

Personalchef: „Nun ja, warum erzählen Sie uns das? Wir kümmern uns hier weder um Religion noch um politische Betätigung." (Er nimmt eine Broschüre, die Firmenordnung, zur Hand und zitiert stolz.) „Sehen Sie hier, sogar in der Firmen-

ordnung ist ausdrücklich verankert: ‚Kein Mitarbeiter darf aus weltanschaulichen oder politischen Gründen diskriminiert werden!" (Er überreicht W. die Firmenordnung.)

*

Ansager: „Den Fall D. kann man zu den Akten legen. Er wird kein öffentliches Ärgernis mehr erregen. Allerdings hat D. immer noch nicht kapiert, daß das, was ihm passiert, nur folgerichtig war. Warum hat er auch als Lohnabhängiger für so eine Partei kandidiert?"

Schrifttafel: „D. bewarb sich noch bei 12 weiteren Firmen in seinem Landkreis, ebenso erfolglos. Seinen Arbeitsgerichtsprozeß hat D., 9 Monate nach der fristlosen Kündigung, in 1. Instanz gewonnen. Sein ehemaliger Arbeitgeber hat Berufung gegen das Urteil eingelegt. D. ist z. Z. von Beruf Arbeitsloser. Der Direktor des örtlichen Arbeitsamtes lehnt es ab, ihm weitere Stellenangebote zukommen zu lassen. Stattdessen riet er ihm, in eine andere Gegend zu ziehen, wo ihn keiner kenne."

Aus ausländischen Zeitschriften

General David M. Shoup

Der neue amerikanische Militarismus

Seine Wurzeln liegen in der Praxis des Zweiten Weltkrieges. Das florierende militärische Establishment und die angeschlossenen Industrien fördern ihn. Der Antikommunismus liefert das Klima, in dem er gedeiht. „Er" ist ein „neuer amerikanischer Militarismus". General Shoup, ein Held der Schlacht von Tarawa im Jahre 1943, der zum Kommandierenden des US-Marinecorps aufstieg (er war es vier Jahre lang bis zu seiner Pensionierung im Dezember 1963), mag ihn nicht. Diesen Essay schrieb er zusammen mit einem weiteren im Ruhestand lebenden Offizier des Marinecorps, Colonel James A. Donovan.

Amerika ist eine militaristische und aggressive Nation geworden. Unsere massive und schnelle Invasion der Dominikanischen Republik im Jahre 1965 demonstrierte zusammen mit dem gleichzeitig stattfindenden rapiden Aufbau amerikanischer Militärmacht in Vietnam eindrucksvoll die Bereitschaft Amerikas, militärische Pläne für Eventualfälle auch auszuführen und militärische Lösungen für Probleme politischer Unordnung und potentieller kommunistischer Bedrohung in den Gebieten unseres Interesses zu suchen.

Dieser Typ einer Diplomatie „der militärischen Kampfgruppen" steht in der Tradition unserer primitiveren „Kanonenboot-Diplomatie" aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, in der wir kleine Einheiten der Marineinfanterie zum Schutze amerikanischen Lebens und Besitzes vor eingeborenen Banditen und Revolutionären landeten. In jenen Tagen waren die US-Marine und ihre Landungstruppen aus Mangel an Kriegen unsere wichtigste Möglichkeit, die Fahne zu zeigen, amerikanische Macht auszuüben und Interessen der USA im Ausland zu schützen. Die Marine genoß die Freiheit der Meere, sie

ordnung ist ausdrücklich verankert: ‚Kein Mitarbeiter darf aus weltanschaulichen oder politischen Gründen diskriminiert werden!" (Er überreicht W. die Firmenordnung.)

*

Ansager: „Den Fall D. kann man zu den Akten legen. Er wird kein öffentliches Ärgernis mehr erregen. Allerdings hat D. immer noch nicht kapiert, daß das, was ihm passiert, nur folgerichtig war. Warum hat er auch als Lohnabhängiger für so eine Partei kandidiert?"

Schrifttafel: „D. bewarb sich noch bei 12 weiteren Firmen in seinem Landkreis, ebenso erfolglos. Seinen Arbeitsgerichtsprozeß hat D., 9 Monate nach der fristlosen Kündigung, in 1. Instanz gewonnen. Sein ehemaliger Arbeitgeber hat Berufung gegen das Urteil eingelegt. D. ist z. Z. von Beruf Arbeitsloser. Der Direktor des örtlichen Arbeitsamtes lehnt es ab, ihm weitere Stellenangebote zukommen zu lassen. Stattdessen riet er ihm, in eine andere Gegend zu ziehen, wo ihn keiner kenne."

Aus ausländischen Zeitschriften

General David M. Shoup

Der neue amerikanische Militarismus

Seine Wurzeln liegen in der Praxis des Zweiten Weltkrieges. Das florierende militärische Establishment und die angeschlossenen Industrien fördern ihn. Der Antikommunismus liefert das Klima, in dem er gedeiht. „Er" ist ein „neuer amerikanischer Militarismus". General Shoup, ein Held der Schlacht von Tarawa im Jahre 1943, der zum Kommandierenden des US-Marinecorps aufstieg (er war es vier Jahre lang bis zu seiner Pensionierung im Dezember 1963), mag ihn nicht. Diesen Essay schrieb er zusammen mit einem weiteren im Ruhestand lebenden Offizier des Marinecorps, Colonel James A. Donovan.

Amerika ist eine militaristische und aggressive Nation geworden. Unsere massive und schnelle Invasion der Dominikanischen Republik im Jahre 1965 demonstrierte zusammen mit dem gleichzeitig stattfindenden rapiden Aufbau amerikanischer Militärmacht in Vietnam eindrucksvoll die Bereitschaft Amerikas, militärische Pläne für Eventualfälle auch auszuführen und militärische Lösungen für Probleme politischer Unordnung und potentieller kommunistischer Bedrohung in den Gebieten unseres Interesses zu suchen.

Dieser Typ einer Diplomatie „der militärischen Kampfgruppen" steht in der Tradition unserer primitiveren „Kanonenboot-Diplomatie" aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, in der wir kleine Einheiten der Marineinfanterie zum Schutze amerikanischen Lebens und Besitzes vor eingeborenen Banditen und Revolutionären landeten. In jenen Tagen waren die US-Marine und ihre Landungstruppen aus Mangel an Kriegen unsere wichtigste Möglichkeit, die Fahne zu zeigen, amerikanische Macht auszuüben und Interessen der USA im Ausland zu schützen. Die Marine genoß die Freiheit der Meere, sie

war ein sichtbarer und wirksamer Repräsentant der nationalen Souveränität. An Land konnte die Marineinfanterie „zu anderen Aufgaben unter Leitung des Präsidenten" ohne Genehmigung durch den Kongreß und ohne Kriegserklärung herangezogen werden. Die US-Armee wurde damals nicht so frei eingesetzt, da sie für Expeditionsaufgaben ohne einen gewissen Grad an Mobilisierung nicht gerüstet war und ihr Einsatz in Übersee normalerweise die Erklärung des Notstandes oder Krieges erforderte. Heute haben wir jedoch zahlreiche Eventualpläne, aufgrund derer umfassende Kampfeinheiten der Luftwaffe, der Armee, der Marine und der Marineinfanterie zur Verteidigung amerikanischer Interessen und zur Sicherung unserer Alliierten gemeinsam eingesetzt werden, wo und wann immer wir kommunistische Aggression vermuten. Wir haben in Übersee über 1 517 000 Amerikaner in Uniform in 119 Ländern stationiert. Wir haben 8 Verträge, aufgrund welcher wir 48 Ländern bei der Verteidigung helfen, wenn sie uns darum bitten — oder wenn wir uns entscheiden, uns in ihre Angelegenheiten einzumischen. Wir haben ein gewaltiges und expansives militärisches Establishment. Es wird unterstützt von einer gigantischen Verteidigungsindustrie und Millionen von stolzen, patriotischen und oft kriegerischen und militaristischen Bürgern. Wie hat sich diese militaristische Kultur entwickelt? Auf welche Weise steuerte uns dieser Militarismus in den tragischen militärischen und politischen Sumpf Vietnams?

Vor dem Zweiten Weltkrieg war die amerikanische Haltung in typischer Weise isolationistisch, pazifistisch und im allgemeinen antimilitaristisch. Das reguläre militärische Establishment in Friedenszeiten erfreute sich eines geringen Prestiges und verfügte über geringen Einfluß auf nationale Belange. Die Öffentlichkeit wußte wenig über die bewaffneten Streitkräfte, und nur ein paar tausend Männer wurden vom Militärdienst und militärischer Karriere angezogen. Im Jahre 1940 gab es lediglich 428 000 Offiziere und Soldaten in Armee und Marine. Das Ausmaß des Krieges und die sich ergebenden Beziehungen in der internationalen Machtpolitik schufen den amerikanischen Militärriesen. Heute gehören den aktiven Streitkräften über 3,4 Millionen Männer und Frauen an, hinzu kommen noch zusätzlich 1,6 Millionen bereitstehende Reserveangehörige und Nationalgardisten.

Daß die Rolle Amerikas in der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg so außerordentlich an Wichtigkeit zugenommen hat, beruht auf militärischer Stärke. In steigendem Maße bekamen Stimme und Ansichten der Berufsmilitärs Gewicht. In der Nachkriegsperiode übernahmen hervorragende militärische Führer aus den Kriegsjahren zahlreiche Spitzenpositionen in der Regierung. Die Generale Marshall, Eisenhower, MacArthur, Taylor, Ridgeway, LeMay und andere waren nicht nur populäre Helden, sondern respektierte Meinungsmacher. Es war eine Zeit internationaler Erneuerung, und militärische Köpfe brachten für die Regelung der nationalen Belange den Vorteil klarer Standpunkte und Erfahrung im Lösen von Problemen mit. Militärische Methoden — einschließlich Generalstabssystem, Befehlsausgabe, Einschätzungen der Situation und operative Techniken der in hohem Maße geschulten und selbstbewußten Berufsmilitärs — verbreiteten sich innerhalb der amerikanischen Kultur.

Der Zweite Weltkrieg war ein langer Krieg gewesen. Millionen junger amerikanischer Männer hatten Reife und Erziehung, Rang und Format in den Jahren erhalten, in denen sie die Uniform trugen. Viele von ihnen kehrten gegen ihren Willen als indoktrinierte, kampferprobte militärische Professionnelle ins zivile Leben zurück. Sie waren Kriegsteilnehmer und würden, im guten wie im bösen Sinne, nie wieder die alten sein. Ebenso wird auch Amerika nie wieder das alte sein. Wir sind jetzt eine Nation von Kriegsteilnehmern. Zu den 14,9 Millionen Teilnehmern am Zweiten Weltkrieg fügte der Koreakrieg fünf Jahre später weitere 5,7 Millionen hinzu, und seit dieser Zeit hat das ausgedehnte militärische Establishment der Friedensperiode Wehrpflichtige, Freiwillige und Kurzzeitreservisten jedes Jahr zu Hunderten und Tausenden ausgebildet und wieder entlassen. Im Jahre 1968 belief sich die Zahl der lebenden ehemaligen Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte auf über 23 Millionen oder 20 Prozent der erwachsenen Bevölkerung.

Heute haben die meisten Männer der mittleren Jahrgänge, die meisten führenden Geschäftsleute, Persönlichkeiten des öffentlichen und des akademischen Lebens und Regierungspolitiker eine bestimmte Zeit in Uniform gedient. Ob es ihnen gefiel oder nicht, ihre militärische Ausbildung und Praxis hat sie beeinflußt, denn die Auffassungen und Gebräuche der Streitkräfte sind starke Medizin und können sich gewohnheitsbildend auswirken. Der Militärkodex umfaßt alle Tugenden und Ansichten, die Männern mit hohen Prinzipien vertraut sind und ihr Handeln bestimmen: Patriotismus, Pflichterfüllung und Dienst am Land, Ehrenhaftigkeit vor den Mitmenschen, Mut angesichts der Gefahr, Loyalität gegenüber Organisation und Vorgesetzten, Aufopferung für die Kameraden, Führereigenschaften, Disziplin und körperliches Fitsein. Für viele ehemalige Soldaten können die Anstrengungen des Militärs, sie auszubilden und sie zu indoktrinieren, durchaus die eindrucksvollsten und einflußreichsten Erfahrungen sein, die sie je gemacht haben, was insbesondere für die jüngeren und weniger gebildeten gilt.

Außerdem hat jede der verschiedenen Waffengattungen ihre eigenen besonderen Anschauungen und Doktrinen, ihre gut katalogisierten Gewohnheiten, Traditionen, Rituale und Folklore, auf denen sie bemüht ist, einen grimmig-loyalen militärischen Charakter und den entsprechenden Korpsgeist aufzubauen. Allen Rängen wird beigebracht, daß ihre Einheit und ihr Bereich des militärischen Dienstes das Auserlesenste, Wichtigste, Tüchtigste, die Elite des Militärwesens darstelle. Mit dem Glauben an die Überlegenheit und Wichtigkeit ihres eigenen Dienstes verschaffen sie sich persönlichen Status, Stolz und Selbstbewußtsein.

Wenn sie älter werden, scheinen viele ehemalige Soldaten ihre militärische Praxis und Loyalität romantisch zu verklären und zu übertreiben. Politik, Einstellung und Meinungsäußerungen der mächtigen Organisationen ehemaliger Soldaten wie etwa der Verbände American Legion, Veterans of Foreign Wars und AMVETS mit ihren insgesamt über 4 Millionen Mitgliedern, spiegeln häufig diese streitsüchtige und chauvinistische Tendenz wider. Die Mitglieder dieser Organisationen sind auf dem Hintergrund der Erfahrungen aus ihrer eigenen Vergangenheit im allgemeinen für militärische Lösungen der in der Welt bestehenden Probleme und äußern sich häufig dahingehend, daß die jüngere Generation ihren Militärdienst und ihr Opfer wiederholen sollte.

Eng verbunden mit der Haltung und dem Einfluß der Millionen ehemaliger amerikanischer Soldaten ist der ausgedehnte und mächtige Komplex der Verteidigungsindustrie, der viele Male detailliert beschrieben worden ist, seit vor acht Jahren General Eisenhower in seiner Abschiedsrede als Präsident vor dem militärisch-industriellen Machtkomplex warnte. Die Beziehungen zwischen der Verteidigungsindustrie und dem militärischen Establishment sind enger, als es viele Staatsbürger vermuten würden. Zusammen bilden sie eine mächtige Lobby im Bereich der öffentlichen Meinung. Die verschiedenen militärischen Verbände stellen den Militärs und ihrer Industrie sowohl ein Forum wie einen Treffpunkt zur Verfügung. Zugleich ermöglichen es diese Organisationen den verschiedenen Waffengattungen, ihre jeweilige Rolle, ihr Ziel und ihre Propaganda zu pflegen.

Jede der vier Waffengattungen hat ihren eigenen Verband, hinzu kommen noch zusätzliche Organisationen für besondere militärische Funktionen, wie, um nur die prominentesten zu nennen, Verbände für Feldzeugmeisterei, Verwaltung, Verteidigungsindustrie und militärisches Transportwesen. Unter den militärischen Verbänden sind die Air Force Association und die Association of the U.S. Army die größten, bestorganisierten und wirksamsten. Die Navy League ist — typisch für die Traditionen des „leisen Dienstes" — in ihren Bemühungen um public relations nicht so gut koordiniert, und die kleine Marine Corps Association bewegt sich nicht einmal auf dem gleichen Feld wie die anderen der miteinander wetteifernden Verbände, zumal ihre Haupttätigkeit in der Publikation eines monatlich erscheinenden halboffiziellen Magazins besteht. Die jeweiligen Zeitschriften der Militärverbände sind mit ihrer auf über 270 000 Exemplare geschätzten Gesamtauflage das Hauptmedium, in dem die verschiedenen Verbände ihre Interessen vertreten. Der „Air Force and Space Digest", um ein Beispiel anzuführen, ist die Zeitschrift des

Luftwaffenverbandes und das inoffizielle Sprachrohr für Doktrin, „Parteilinie" und Propaganda der Luftwaffe. Er vertritt häufig eine Luftwaffenpolitik, die offiziell abgelehnt oder im Verteidigungsministerium unterdrückt worden ist. Er rührt die Trommel für Stärke durch Luftüberlegenheit, interpretiert diplomatische, strategische und taktische Probleme in Begriffen der Luftwaffenstärke, unterstreicht die erforderliche Menge jedes Flugzeugtyps und wiederholt andauernd die Wunschträume über die Wirksamkeit von Bombardierungen. Das ist natürlich gut koordiniert mit der Multimilliarden Dollars schweren Luftfahrtindustrie, die aufgrund der unbegrenzten Wünsche der Luftwaffe prosperiert, und wird von ihr unterstützt. Sie revanchiert sich mit großartigen und kostspieligen Anzeigen in jeder Ausgabe von „Air Force". Über 96 000 Mitglieder des Luftwaffenverbandes beziehen die Zeitschrift. Unter den Mitgliedern befinden sich aktive Angehörige, Reservisten, pensionierte und ausgemusterte Angehörige der US-Luftwaffe. Außerdem gehen Tausende von Exemplaren an Leute, die in der Verteidigungsindustrie engagiert sind. Die dick aufgetragene Mischung von Werbung, Propaganda und Luftwaffendoktrin, die ständig in dieser Publikation wiederholt wird, versetzt ihre Leser in einen Zustand intellektueller Hypnose, und sie glauben bereitwillig ihrer eigenen Propaganda, weil sie sie in „Air Force" lesen.

Die amerikanische Bevölkerung hat sich in immer stärkerem Maße an Militarismus, Uniformen, an den Kult der Schußwaffe und an die Gewalttätigkeit des Kampfes gewöhnt. Ganze Generationen sind unter Kriegsnachrichten und Kriegspropaganda herangewachsen; die wenigen Friedensjahre seit 1939 brachten einen ständigen Strom von Kriegsromanen, Kriegsfilmen, comic strips und Fernsehprogrammen mit militärischen oder Kriegsthemen. Für viele Amerikaner sind militärische Ausbildung, militärischer Einsatz im Ausland und Krieg lediglich eine Fortsetzung der Unterhaltungsspiele ihrer Kindheit. Selbst die Waffen und das Material, das sie im Kriege benutzten, gleicht dem höchst realistischen Spielzeug ihrer Jugend. Das Soldatentum verliert seine Anziehungskraft für einige unter den relativ wenigen, die aus eigener Erfahrung Blut, Terror und Dreck der Schlacht kennenlernen; für viele, einschließlich viel zu vieler alter Berufsoffiziere, sind Krieg und Kampf jedoch ein aufregendes Abenteuer, ein spielerischer Wettkampf und eine Möglichkeit, der langweiligen Routine in Friedenszeiten zu entfliehen.

Genau dieser Kern aggressiver und ehrgeiziger führender Berufsmilitärs stellt die Wurzel des sich entwickelnden amerikanischen Militarismus dar. Es gibt in den vier Waffengattungen über 410 000 Offiziere im aktiven Dienst. Von ihnen sind etwas mehr als die Hälfte junge Reserveoffiziere im aktiven Dienst auf Zeit. Von den etwa 150 000 regulären Karriereoffizieren besteht nur ein Teil aus längergedienten Colonels, Generalen und Admiralen, sie sind es jedoch, die den elitären Kern des militärischen Establishments ausmachen. Es sind diese wenigen Tausend hoher Berufsmilitärs, die die bewaffneten Streitkräfte kommandieren und verwalten und Militärpolitik und -meinung planen und formulieren. Wie kommt es nun, daß trotz ziviler Kontrolle und trotz des Wunsches der ganzen Nation nach Frieden diese kleine Gruppe von Männern einen so martialischen Einfluß auf die Regierung und auf das Leben des amerikanischen Volkes ausüben kann?

Die Militärs werden jede Einfluß- und Machtüberschreitung ihrerseits in Abrede stellen. Sie werden auf ihre geringe Zahl, niedrige Besoldung und auf die Tatsache hinweisen, daß sie zivilen Vorgesetzten unterstellt sind, und das als Beweis ihrer Bescheidenheit und Unschuld hinstellen. Nichtsdestoweniger stellen die Berufsmilitärs als Gruppe den wahrscheinlich bestorganisierten und einflußreichsten Bereich auf der amerikanischen Szene dar. Drei Kriege und sechs größere Einsätze seit 1940 haben das amerikanische Volk gezwungen, in abnormer Weise sich seiner Streitkräfte und seiner militärischen Führer bewußt zu sein. Seinerseits hat das Militär eine nichtendenwollende Reihe von qualifizierten, fähigen, scharf ausgeprägten und tüchtigen Führerpersönlichkeiten geliefert. Schon ihre Fähigkeiten, ihre Energie und ihre Hingabe haben dazu geführt, daß Amerikas Offiziere in nahezu jeder Regierungs- oder Verwaltungsorganisation dominie-

ren, wo immer sie auch tätig sind, vom Bundeskabinett bis zur örtlichen Verwaltungsstelle.

Den harten Kern hoher Berufsoffiziere bilden vor allem Graduierte der Militärakademien: allein um in eine Akademie eintreten zu können, mußten sie körperlich und geistig über dem Durchschnitt ihrer Altersgenossen stehen. Danach sehen sie sich während des Rests ihrer Karriere zwecks Auslese und Beförderung einem ständigen Wettbewerb ausgesetzt. Die Beanspruchung ist außerordentlich hoch, und nur die Fähigsten halten durch und erreichen die oberen Ränge der Elite. Wenige andere Berufe haben derart rigorose Auslesesysteme: ein Ergebnis ist, daß die höchsten militärischen Führer wirklich hochkalibrige Männer sind.

Nicht viele Industriezweige, Institutionen oder Bereiche in der zivilen Verwaltung verfügen über die Mittel, die Techniken oder die Erfahrung in der Ausbildung von Führungskräften, wie das bei den Streitkräften mit ihren ausgezeichneten und sorgfältig arbeitenden Schulungs- und Bildungssystemen der Fall ist. Militärische Führer werden darin unterwiesen, große Organisationen zu befehligen und große Operationen zu planen. Sie erlernen die Techniken, andere zu beeinflussen. Ihre Erziehung ist jedoch nicht liberal oder kulturell ausgerichtet. Sie betont Taktik, Theorie, Tradition und die Kodizes des Kriegshandwerks. Sie produziert Techniker und Anhänger, keine Philosophen.

Die Männer, die zur Spitze der Militärhierarchie aufsteigen, haben gewöhnlich ihre Tüchtigkeit als Führungspersönlichkeiten, Planer und Organisationsmanager unter Beweis gestellt. Sie haben sich vielleicht im Kampf heldenhaft bewährt, aber vor allem haben sie ihre Loyalität als Vertreter der Weltanschauung ihrer Truppe und Treue zum Verteidigungsestablishment bewiesen. Der an erster Stelle stehende Sinn für Pflicht und Befehlserfüllung ist tief in der Persönlichkeit des Berufsmilitärs verwurzelt. Das führt dazu, daß die Militärs in der Planung der Verteidigungspolitik tüchtiger und wirksamer operieren als ihre zivilen Gegenspieler im State Department. Die militärischen Planer haben ihre Doktrinen, an die sie glauben, ihre Loyalität, ihre Disziplin und den für sie typischen Wunsch, um die Wette zu kämpfen und zu gewinnen. Die Zivilisten in der Regierung können dieses politische Planungsspiel kaum mitmachen. Im allgemeinen sind die Militärs besser organisiert, sie arbeiten härter, sie denken direkter und sie halten den Blick auf ihr Ziel gerichtet, das darin besteht, sofort bereit zu sein, das Problem durch militärische Aktion zu lösen und dabei gleichzeitig sicherzustellen, daß ihre jeweilige Truppengattung ihren besonderen Auftrag, ihre Rolle und Anerkennung in der Operation erhält. In einer Notlage haben die Militärs gewöhnlich einen fertigen Plan; falls nicht, so liefern ihnen ihre zahlreichen Theorie-Handbücher feste Richtlinien für die Aktion. Politiker, zivile Angestellte und Diplomaten haben normalerweise nicht die gleiche Zuversicht bei ihrer Entscheidung, wie auf Drohungen und Gewalt reagiert werden soll, wie das beim Militär der Fall ist.

Die Motive hinter diesen Bemühungen sind für Zivilisten schwer zu verstehen. So können beispielsweise Berufssoldaten den Erfolg ihrer persönlichen Anstrengungen nicht an ihrem persönlichen finanziellen Gewinn ablesen. Die Streitkräfte sind keine Profitunternehmen, und die Belohnungen für ausgezeichnete Leistungen im militärischen Beruf erwirbt man in weniger greifbarer Form. So kommt es, daß Beförderung, Verantwortung und höhere Befehlsgewalt (mit den Zutaten Wohnung, Dienstpersonal, Vorrechte und Prestige) die Motive der meisten Karriereoffiziere darstellen. Beförderungen und die Möglichkeit, sich eine Tätigkeit auszusuchen, erreicht man dadurch, daß man sich gut führt, daß man den gestellten Erwartungen entspricht und bei den höheren Offizieren beliebt ist. Aber häufig resultieren Beförderungen und Auszeichnungen auch aus heldenmütigem und hervorragendem Verhalten im Kampf, und man benötigt einen Krieg, um ein militärischer Held zu werden. Zivilisten können kaum verstehen oder gar glauben, daß viele ehrgeizige Berufssoldaten wirklich nach Kriegen lechzen und nach den nur im Kampf gegebenen Gelegenheiten zu Ruhm und Auszeichnung. Der normale reguläre Offizier betrachtet eine Karriere in Friedenszeiten als eine langweilige und frustrierende Angelegenheit.

Sozialistische POLITIK

Organ kritischer Sozialwissenschaft

Aus SoPo 1/69 (April) und 2/69 (Juni)

Aufsätze

Elmar Altvater
Die Krise der europäischen Währungen

Helmut Reichelt
Anmerkungen zur Marxschen Werttheorie und deren Interpretationen bei Werner Hofmann

Ossip K. Flechtheim
Die Politik der Zukunft und die Zukunft der Politik

Ulf Kadritzke
Rezeption und Interpretation der Studentenbewegung in der empirischen Sozialforschung

Eric Hobsbawm
Die Imperialismusdebatte in der Geschichtsschreibung

Bernd Rabehl
Rätedemokratie in der industrialisierten Gesellschaft

Wolfgang Müller
Habermas und die Anwendbarkeit der Arbeitswerttheorie

H. C. F. Mansilla
Bolivien, Debray und revolutionäre Strategie

Berichte und Kurzanalysen

Wolfgang Schöller
Tupamaro in Uruguay — Guerilla im Apparat

Pete Gibbon/Frank Unger
Nordirland — ‚Dritte Welt' in der Metropole

Bassam Tibi
Fanons Gewalttheorie und Hegel-Rezeption

Dokumentation

Sozialistische Organisation Israels
Das Palästina-Problem

Diskussion

Johannes Agnoli
Zur Parlamentarismus-Diskussion in der Bundesrepublik

SoPo 3/69 (Okt.) enthält u. a.

Sebastian Herkommer	**Technische Intelligenz im Spätkapitalismus**
Hubertus Hüppauff	**Fordstreik, Anti-Streik-Gesetze und der Mythos der Militanz**
Peter Hess	**Kapitalistisches Wachstum zwischen Gleichgewicht und Ungleichgewicht**
Bernhard Blanke	**Thesen zur Faschismus-Diskussion**
Frank Unger	**New Left in Großbritannien**
Palästina-Komitee (Westberlin)	**Zur Lage im Nahen Osten**

Redaktion und Vertrieb
1 Berlin 33, Ihnestr. 21
Tel. 76 90 23 41

Jährlich erscheinen vier Hefte. Einzelheft DM 3,—. Jahresabonnement incl. Porto DM 12,— (für Studenten gegen Studienbescheinigung DM 8,—).

Die führenden Berufsmilitärs der amerikanischen Streitkräfte haben noch einige zusätzliche Motive, die ihre Bereitschaft bestimmen, ihr Land in militärische Unternehmen zu verwickeln. Anders als einige der zivilen Politiker werden die Militärs nicht von der Drohung des Kommunismus per se geplagt. Die meisten Militärs wissen recht wenig über den Kommunismus sowohl als Doktrin wie auch als eine Regierungsform. Aber ihnen sind genug Gründe dafür genannt worden, daß sie annehmen, er sei schlecht und repräsentiere die Macht des Bösen. Wenn sie eine „kommunistische Aggression" identifizieren können, dann allerdings wird das eine Angelegenheit, die die Streitkräfte direkt betrifft. Aggressoren sind die Gegner in den Kriegsspielen, die „bad guys", die „Roten". Das Niederschlagen einer Aggression ist eher eine gigantische Wettbewerbsaufgabe als ein Kreuzzug zur Rettung der Welt vor dem Kommunismus. Unter militärischem Aspekt wird jede „kommunistische Aggression" mit Sicherheit als Bedrohung der Vereinigten Staaten interpretiert.

Die Aufgabe der Streitkräfte, ihren Teil zur nationalen Sicherheitspolitik beizutragen — zusätzlich zur Verteidigung gegen einen akuten direkten Angriff auf die USA und zur Aufrechterhaltung des atomaren Abschreckungspotentials — besteht darin, darauf vorbereitet zu sein, daß die „Streitkräfte für allgemeine Zwecke" zur Unterstützung unserer kollektiven Sicherheitspolitik mit den entsprechenden Verträgen und Bündnissen eingesetzt werden. Um dieser Aufgabe nachzukommen, haben sich bestimmte Streitkräfte in die vorderen Zonen des gemeinsamen Oberkommandos begeben; gleichzeitig wird ein auf jüngstem Stand befindlicher Gesamtplan geführt, der aus zahlreichen einzelnen Eventualplänen besteht, die wiederum gründlich erörtert und von den Stabschefs gebilligt worden sind. Ein wichtiger Aspekt ist dabei Bewegung oder Aufmarsch der Kampfgruppen, die jedem Plan zugeordnet sind. Die verschiedenen Details dieser Pläne schaffen ständig intensive Rivalitäten zwischen den Seetransporteinheiten der Marine und Marineinfanterie einerseits und den Vertretern des Lufttransport-Teams von Heer und Luftwaffe andererseits. In den höheren Kommandobereichen können eine Art Kirchturmpolitik im Dienst, persönliche Ambitionen und alte Rivalitäten zwischen Heer und Marine, die in der Loyalität zu verschiedenen Akademien ihren Ursprung haben, die strategische Planung weit stärker beeinflussen, als die meisten Zivilisten glauben würden. Das Spiel besteht darin, schneller einsatzbereit zu sein als die restlichen Teile der gemeinsamen Kampfgruppe und so die „Ersten im Kampf" zu sein. Die Gefahr dieser Praxis liegt darin, daß Bereitschaft und Einsatzgeschwindigkeit zum Selbstzweck werden. Dies wurde anläßlich der massiven und kurzfristigen Intervention in der Dominikanischen Republik 1965 offenbar, als Eventualpläne und Rivalitäten zwischen den Truppengattungen die Diplomatie zu überspielen schienen. Bevor die Welt überhaupt bemerkt hatte, was passierte, brachten Schwung und Schnelligkeit der militärischen Planung fast 20 000 amerikanische Soldaten und Marineinfanteristen in die kleine turbulente Republik — in einem eindrucksvollen Wettrennen mit dem Ziel, die jeweilige Mobilität der Armee und des Marinekorps zu testen und das Oberkommando über die gesamten „US-Streitkräfte Dom. Rep." zu erringen. Nur ein Bruchteil der ausgerückten Streitkräfte wurde benötigt oder war gerechtfertigt. Eine kleine Landungstruppe der Marineinfanterie, Modell 1935, hätte wahrscheinlich mit der Situation fertigwerden können. Aber die Armee liftete einen großen Teil der 82. Luftlandedivision an Ort und Stelle, zog einen Generalleutnant hinzu und übernahm die Operation.

1965 wetteiferten gleichzeitig in Vietnam die vier Truppengattungen im Aufbau ihrer Kampfstärke in jenem unglücklichen Land. Angeblich wurde diese Anstrengung unternommen, um Südvietnam vor dem Vietkong und nordvietnamesischer Aggression zu schützen. Es sollte jedoch auch festgehalten werden, daß sie zum Teil durch die alte Rivalität zwischen den Truppenteilen motiviert war, in deren Verlauf diese ihre jeweilige Wichtigkeit und Kampftauglichkeit unter Beweis stellen wollten.

Die Vergeltungsbombardierungen, die unmittelbar auf den Zwischenfall im Golf von Tonking Ende 1964 folgten, enthüllten die von den Luftstreitkräften der Marine vorbereitete Bombardierung Nordvietnams. (Inzwischen hat es den Anschein, als habe die

Marine ihre Angriffspläne bereits fertig gehabt, noch ehe der angebliche Zwischenfall überhaupt stattgefunden hatte!) So begannen etwa Anfang 1965 die Flugzeugträgerbesatzungen der Marine und der Luftwaffe einen Wettbewerb im Vergleich ihrer Bombenangriffe, der geflogenen Einsätze, der abgeworfenen Tonnage, den abgegebenen „Aus-der-Luft-getötet"-Meldungen und in der Jagd auf Abwurfziele — ein Wettbewerb, der bis zur Bombenpause von 1968 andauerte. Vieles an den Berichten über Lufteinsätze bestand aus irreführenden Angaben oder Propaganda zugunsten der Air Force oder der Navy. In Wirklichkeit wurde immer deutlicher, daß die amerikanischen Bombenaktionen in Nord- und in Südvietnam einer der aufwendigsten und teuersten Schwindel waren, die der Bevölkerung der USA je vorgesetzt wurden. Taktische und genaue Unterstützung aus der Luft für Bodenoperationen ist wichtig, der Einsatz der Luftstreitkräfte ist jedoch in großem Umfange ein Test für die Einsatzplaner gewesen, eine „prima Erfahrung" für junge Piloten und eine günstige Gelegenheit für Karriereoffiziere.

Die gut geschulten und aggressiven Berufs- und Karriereoffiziere der Armee und der Marine spielten ein ähnliches Spiel. Bereits vor der Entscheidung, Anfang 1965 Kampfeinheiten nach Südvietnam zu entsenden, setzten sich beide Truppenteile für eine Verstärkung ihres Engagements ein. Von der Armee waren bereits über 16 000 Angehörige des militärischen Hilfspersonals in Südvietnam, und zwar in der Rolle von Militärberatern, mit Ausbildungsaufträgen, im Bereich der Logistik, zur Unterstützung von Hubschrauberkompanien und in Kampfgruppen der Special Forces. Dieser Einsatz von Menschen und Material rechtfertigte die Anforderung zusätzlicher amerikanischer Kampfeinheiten, um örtliche Sicherheit zu garantieren und dabei zu helfen, unsere steigende Verpflichtung zur Hilfe für das südvietnamesische Regime zu sichern.

Es gab auch führende Armee-Offiziere, die aus einer Reihe anderer Gründe Bodenkampfeinheiten in den Vietnamkrieg schicken wollten: um Pläne und neues Material zu testen, um die neuen Theorien und die Taktik der Luftbewegung zu testen, um die Taktik und die Techniken der Aufstandsbekämpfung auszuprobieren und um jungen Offizieren und Unteroffizieren Kampferfahrung zu vermitteln. All das erschien dann als Beispiel für die Pflicht des Militärs, die „kommunistische Aggression" in Vietnam zu stoppen.

Die Motive des Marinekorps waren in etwa ähnlich gelagert; dabei handelte es sich am wenigsten darum, sich an die politischen oder sozialen Probleme des vietnamesischen Volkes ernsthaft zu scheren. Anfang 1965 hatte ein Krieg begonnen, in dem geschossen wurde, und das Marinekorps hatte man entgegen all seiner Traditionen übergangen. Die Militärberater der Armee rissen sich die amerikanische Teilnahme allein unter den Nagel — mit Ausnahme einer Staffel Transporthubschrauber, die zum Marinekorps gehörte, in Danang stationiert war und der südvietnamesischen Armee half. Einige Jahre hindurch waren junge Offiziere der Marineinfanterie aus der 3. Marineinfanteriedivision (Okinawa) zur „Arbeitsausbildung" jeweils kurz beim kleinen südvietnamesischen Marinekorps gewesen. Jetzt gab es unter einigen hohen Offizieren des Korps ein wachsendes Bemühen um eine stärkere Beteiligung der Marineinfanterie, damit sie wieder entsprechend ihrer Tradition „Erster im Kampf" sei. Das würde gleichzeitig den weiteren Fortbestand des Korps zu rechtfertigen helfen, den viele Marineinfanteristen ständig für gefährdet zu halten scheinen.

Einige Jahre lang hatte sich das Korps auch mit der Untersuchung der Theorien über Aufstandsbekämpfung beschäftigt und schon 1961 für Schulungszwecke einen Einsatzplan mit dem Titel „Operation Kormoran" ausgearbeitet, in dem in großem Maßstab eine Amphibienoperation des Marinekorps an der Küste Vietnams als Beitrag zur Bekämpfung eines hypothetischen Aggressions- und Aufstandsproblems entwickelt wurde. Wie immer, war es für die Planer und Theoretiker des Marinekorps wichtig, eine Amphibienoperation auf die vietnamesische Situation anzuwenden und so eine Rechtfertigung für diese spezielle Funktion der Marineinfanterie zu liefern. Deshalb bemühten sich Planer der Marineinfanterie, einen annehmbaren Anlaß für den Einsatz einer Landetruppe an den Küsten Vietnams gegeben zu sehen, als der Vietkong das

Camp der US-Special Forces in Pleiku im Februar 1965 angriff. Das wurde als Aggression aufgefaßt, die man nicht dulden dürfe, und der Präsident wurde gedrängt, amerikanische Bodenkampftruppen in den Krieg zu entsenden. Teile der 3. Marineinfanteriedivision in Okinawa hatten sich bereits eingeschifft und brannten auf ihren Einsatz, denn die Marineinfanterie beabsichtigte, eher in Vietnam zu sein als ihr Nachbar in Okinawa, die 173. Luftlandebrigade der Armee. (Übrigens kam als erste Einheit der Marineinfanterie ein Raketenbataillon der Flugzeugabwehr zum Einsatz; es wurde auf dem Luftwege hingebracht, um den Militärflughafen von Danang zu schützen.) Mit diesen Anfangseinsätzen begann das Wettrennen zwischen Armee und Marineinfanterie, in Vietnam Streitkräfte aufzubauen, in vollem Ernst und ließ nicht eher nach als in dem Moment, da beide übermäßig ausgedehnt, übermäßig engagiert und in der Heimat völlig erschöpft waren.

In den Jahren bis 1964 erschien es den Chefs der bewaffneten Streitkräfte, zu denen damals der Autor dieses Artikels gehörte, unnötig und unklug, daß sich US-Streitkräfte in irgendeinen Landkrieg in Südostasien verwickeln ließen. 1964 wurden Veränderungen in der Zusammensetzung der Vereinigten Stabschefs vorgenommen, und binnen weniger Monate stürzte sich die Regierung Johnson, ermutigt von den aggressiven Militärs, in das, was jetzt zum vietnamesischen Sumpf geworden ist. Damals liefen die Intentionen darauf hinaus, die Kriegsmaßnahmen klein und „begrenzt" zu halten. Als jedoch Einsatztempo und Intensität des Engagements stiegen, wurden von den militärischen Führern argumentiert, es handle sich hier nicht um eine Übung mit begrenztem Ziel, sondern um einen wirklichen Verteidigungskrieg der USA gegen „kommunistische Aggression" und um das Ansehen unserer Verpflichtungen in unseren Einflußsphären.

Die Schlachtenerfolge und Heldentaten der kämpfenden jungen Männer Amerikas sind zu den Traditionen des Militärs, die den Dienst, Tapferkeit und Aufopferung verherrlichen, hinzugekommen, und auf diese Weise ist es irgendwie unpatriotisch geworden, unsere militärische Strategie und Taktik oder die Motive unserer militärischen Führer in Frage zu stellen. In Wirklichkeit haben die militärischen Befehlshaber den Krieg in Vietnam geleitet und die Details der Kriegführung bestimmt, und mehr als die meisten offiziellen Zivilpolitiker waren die höchsten Militärplaner von Anfang an bereit, sich in den Vietnamkrieg einzuschalten und die Gelegenheit zur Ausübung ihres Handwerks zu erhalten. Es ist üblich geworden, eher die zivile Regierung für die Kriegführung und ihre Mißerfolge zu tadeln, als die Motive der Militärs in Frage zu stellen. Aber einige der Generale und Admirale sind keinesfalls frei von Verantwortung für die Fehlkalkulationen in Vietnam.

Einige der Schwierigkeiten, in die die Glaubwürdigkeit der Regierung Johnson mit ihren Kriegsberichten und ihrer Vietnampolitik geriet, können ebenfalls zum Teil den militärischen Beratern angelastet werden. Ihrem Charakter entsprechend, fallen die meisten militärischen Aktivitäten unter die verschiedenen Grade der Geheimhaltung. Vieles von dem, was das Militär plant oder tut, muß vor dem Gegner geheimgehalten werden. Daher wird den Militärs beigebracht, in ihren Plänen und Operationen getarnt, undurchsichtig und irreführend vorzugehen. Sie lassen es jedoch in der Anwendung ihrer Sicherheitsbestimmungen nicht immer bei rein militärischen Aktionen. Jede der Truppengattungen und alle höheren Befehlshaber praktizieren Techniken der Nachrichtenkontrolle und der eigennützigen Propaganda „im Interesse der nationalen Verteidigung", um den Dienst attraktiv zu machen, Fehler zu verdecken, eine hervorragende militärische Persönlichkeit aufzubauen und der Öffentlichkeit vorzustellen oder um eine Runde im ständigen Wettbewerb zwischen den Truppenteilen zu gewinnen. Wenn die Regierung Johnson mit ihrer Berichterstattung über den Krieg in eine Vertrauenskrise geriet, dann würde die Wahrheit offenbaren, daß vieles von dem Hokuspokus auf Intriganten im Militärdienst sowohl in der Heimat wie im Ausland zurückgeht.

Unsere militaristische Kultur entstand aus den Notwendigkeiten des Zweiten Weltkrieges, wurde durch den Koreakrieg großgezogen und ist zu einem akzeptierten Aspekt des amerikanischen Lebens in den Notstandsjahren des Kalten Krieges und der wirk-

lichen oder eingebildeten Bedrohung durch den kommunistischen Block geworden. Sowohl die Philosophie als auch die Institutionen des Militarismus haben sich aufgrund der ihnen innewohnenden Entwicklungsdynamik, der Stärke ihrer Ideen, ihrer Größe und Reichweite und aufgrund der konzentrierten Hingabe der prominenten militärischen Führer an die Ziele ihrer Doktrinen ausgeweitet. Die Dynamik des Verteidigungsestablishments und seiner Kultur werden des weiteren angeregt und inspiriert durch die Höhe der zur Verfügung gestellten Geldmittel, durch die neuen Errungenschaften der militärischen Forschung und Materialentwicklung und durch die Konzeptionen der vom Verteidigungsministerium unterstützten „Denkfabriken". Diese letzteren sind mit verschwenderischen Mitteln ausgestattete zivile Organisationen von Naturwissenschaftlern, Analytikern und pensionierten Militärstrategen, die das Verteidigungsministerium mit neuen militaristischen Philosophien beliefern und dazu beitragen, den Blick der einzelnen Militärtheoretiker zu weiten, neue politische Konzepte zu entwickeln und neue Forderungen nach immer ausgedehnteren, immer teureren Verteidigungskräften auszuarbeiten.

Wie etwa eine Religion bilden die Grundmotive des Antikommunismus, der nationalen Verteidigung und des Patriotismus die Grundlage für ein mächtiges Glaubensbekenntnis, auf dem das Verteidigungsestablishment bauen, wachsen und seine Kosten rechtfertigen kann. Noch stärker als viele große bürokratische Organisationen verwendet das Verteidigungsestablishment einen großen Teil seiner Bemühungen darauf, sich selbst zu perpetuieren, seine Organisationsformen zu rechtfertigen, seine Lehren und Theorien zu predigen, auf die eigene Instandhaltung und Verwaltung. Kriegführung entwickelt sich zu ausgedehnten Kriegsspielen und Manövern. Krieg rechtfertigt die Existenz des Establishments, liefert dem militärischen Anfänger Erfahrungsmaterial und fordert den höheren Offizier heraus. Kriege und Notstände bringen das Militär und seine Führer auf die Titelseiten und verschaffen den Professionellen Status und Prestige. Kriege vermehren die militärischen Traditionen, die Selbstversorgung mit heroischen Taten und liefern neuen Ertrag an militärischen Führern, die wiederum ergebene Gefolgsleute gemäß dem Kodex des Dienstes und des militärischen Handelns werden. In einer Nation, die immer auf der Suche nach Volkshelden ist, sind die militärischen Führer anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und sind der Kritik, mit der es der plebejischere Politiker zu tun hat, weitgehend entrückt. Offiziere der obersten Führungsgremien werden als „Experten" angesehen, und ihre Ansichten sind für Presse und Kongreß oft Evangelium. Als Gegenleistung fühlt sich der verdiente militärische Führer verpflichtet, nicht nur die Doktrin seines Militärdienstes loyal weiterzuführen, sondern sich auch an die stereotypen militärischen Merkmale zu halten, als da sind: Härte, Aggressivität, Festigkeit im Widerstand gegen kommunistische Aggression und sein Glaube an die militärische Lösung der Weltprobleme. Dicht hinter diesen Führern, souffllierend und anfeuernd, steht die reiche und mächtige Verteidigungsindustrie. In erster Reihe, geschmückt mit Dienstmützen, Bändern und Emblemen am Rockaufschlag, steht eine Nation ehemaliger Soldaten: patriotisch, kampflustig, romantisch und mit guten Vorsätzen. Im letzten militärischen Unternehmen ihres Landes findet sie eine gewisse Sublimierung und Erregung. Der Militarismus steht in Amerika in voller Blüte und verspricht eine Zukunft kraftvoller Selbstbestäubung — wenn nicht der Meltau Vietnams deutlich macht, daß der Militarismus eher ein giftiges Unkraut als eine prachtvolle Blüte ist.

(Die hier vertretenen Ansichten sind die Privatmeinung des Autors und nicht als offiziell oder als Wiedergabe der Ansicht des Marine-Departments oder der Marine als ganzer zu interpretieren.)

Aus „The Atlantic Monthly" (Boston, Mass.), Aprilheft 1969

Grundidee des gemeinsamen Besitz- und Genußrechtes an den Gütern der Erde, ohne fortschreitende Einebnung der Klassenunterschiede, ohne das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit für alle ..." Das ist ein aus tiefer Einsicht in die Geschichte der ökonomischen Auseinandersetzungen gewachsenes Bekenntnis zum Sozialismus marxistisch-leninistischer Prägung. Doch ist das Bekennerhafte in Plats Buch von sekundärer Bedeutung. Wesentlich dagegen ist, daß hier versucht wurde, eine bestimmte Phase der Entwicklung eines Staates zum Sozialismus an Hand von Zeugnissen seiner Bürger darzustellen, und das ist dem Autor gelungen. Wir wünschen dem — übrigens auch in seinen Formulierungen beachtenswert gutem — Buch eine ebenso weit gestreute wie nachhaltige Resonanz, zumal es überdies den Vorzug besitzt, zum Abbau antiquierter Wunschvorstellungen und Vorurteile, die noch immer bei uns ihr gespenstisches Wesen treiben, beizutragen.

Wilhelm Kayser

Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik

Helmut Wolfgang Kahn, Die Russen kommen nicht. Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik, Leinen, Rütten und Loening-Verlag, München, Berlin, Wien 1969, 263 S., 19,80 DM.

Der Autor des vorliegenden Buches — er bezeichnet sich, was ihn in mehr denn einer Hinsicht charakterisiert, als Schüler des englischen Militärschriftstellers Sir Basil Liddel Hart und des bekannten deutschen Widerstandskämpfers und Obersten i. G. Bogislaw v. Bonin — geht bei seiner Analyse der westdeutschen Aufrüstungspolitik von der der Bundeswehr laut Grundgesetz gestellten Funktion als Verteidigungs- und Sicherheitsorgan des Staates und seiner Bürger aus. Er stellt also in seiner Untersuchung die Bundeswehr selbst nicht in Frage, und seine Kritik richtet sich daher keineswegs gegen ihre Existenz, sondern beschränkt sich auf die Klärung der Frage, ob sie die ihre dereinst vom Parlament gesetzte Funktion erfüllt oder nicht, ohne darauf einzugehen, wie weit inzwischen das Parlament selbst von der einst von ihr gebilligten Konzeption weggerückt ist.

Allein schon die Tatsache, daß man für die Aufrüstung mehr als 175 Mrd. ausgab, während man dem Zivilschutz — dessen Aufgabe die Sicherheit der Bürger ist, was in unserem atomaren Zeitalter ohnehin nur eine Illusion sein dürfte — nur karge 4,8 Mrd. zukommen ließ, deutet bereits auf die ungeheure Diskrepanz hin, die zwischen den beiden Komponenten des Wehretats besteht. Kahn macht für dieses „Rabattmarkverhältnis" mit Recht die Bonner Regierung und ihre jeweiligen Verteidigungsminister — Blank, v. Hassel, Strauß und Schröder — verantwortlich, die alle über ihrem alten nationalen Großmachtstraum sowohl die politische Realität — das Bestehen zweier deutscher Staaten auf einem relativ engen Raum — wie nicht minder die moralische Realität, daß „es Auschwitz gab", völlig außeracht lassen, ja bewußt ignorieren. Um der Welt zu zeigen, daß man gewillt ist, eine dem Wirtschaftswunder entsprechend große Rolle auch in der Politik zu spielen, stärkte man im Laufe der Zeit immer mehr die „offensive Komponente" der Aufrüstung, während man die reine Verteidigungspolitik vernachlässigte. So kaufte man ziemlich wahllos die jeweils neuesten und zum Teil vorher nicht einmal gründlich erprobten Waffen an: Starfighter, von denen etwa hundert inzwischen abgestürzt sind, „Hawk"-, „Nike-Hercules"- und „Pershing"-Raketen, deren Wert für die Landesverteidigung mehr als fragwürdig ist, Raketen-Zerstörer („Lütjens", „Mölders" und „Rommel"), Fregatten und Panzer, von denen — um aus der Fülle der Versager nur ein Beispiel herauszugreifen — der „Zukunftspanzer", Produkt einer deutsch-amerikanischen Gemeinschaftsarbeit, ein Gigant von 52,6 Tonnen (Preis 3 Mio. bei einer Mindestabnahme von 1000 Stück) viel zu schwer ist, um die in Deutschland vorhandenen Straßen und Brücken, die nur eine Belastung von 50 Tonnen zulassen, benutzen zu können.

Und aus dem gleichen Prestigebedürfnis tut man alles, um sich den Zugang zur atomaren Bewaffnung zu verschaffen, spricht man gar — wenn man wieder ein-

mal auf Ablehnung stieß — verärgert von einer „atomaren Komplizenschaft der Amerikaner und Russen" (Kiesinger) oder warnt man vor der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages wie vor einem „Versailles von kosmischen Ausmaßen" (Strauß). Daß dieses sture Festhalten an einer ohnehin sehr zweifelhaften Machtposition, verbunden mit einer sichtlich falschen Einschätzung des politischen Manövrierraumes und der Verdrängung jeder ernsthaften Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit völlig sinnlos ist, will man in Bonn nicht wahrhaben, obgleich die zunehmende Isolierung ein nicht wegzuleugnendes Faktum ist. Um aber das Volk über die dieser Politik in Wahrheit zugrunde liegenden Beweggründe hinwegzutäuschen, gaukelt man ihm auf der einen Seite die trügerische Fata morgana einer „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" und auf der anderen, der negativen Seite das Schreckgespenst des Kommunismus vor, der — glaubt man den Führern der Vertriebenenverbänden und ihren Bonner Initiatoren — jeden Tag zu einem Einfall der Russen führen kann. Daß die geographische Lage im Herzraum Europas die beiden deutschen Staaten förmlich dazu prädestiniert, die Mittlerrolle zweier einander ergänzender Welten zu spielen, wird bewußt verschwiegen. Umso mehr ist man darauf bedacht, die trennenden Gräben zu vertiefen und aufzurüsten, um jeden Preis und mit allen Mitteln, obgleich jeder Krieg, vor allem der mit nuklearen Waffen geführte, für uns den Untergang bedeuten würde.

Doch „die Russen kommen nicht"; sie hätten es längst tun können, wenn „sie es gewollt hätten", sagt Kahn, und er zeigt in seiner Analyse eine ganze Anzahl von Situationen, in denen dies den Russen möglich gewesen wäre, ohne sich dabei nur im geringsten selbst zu gefährden. Die vom Autor für die einzelnen Fälle vorgebrachten Argumente sind stichhaltig. Nur vermißt man in seiner sonst so gut fundierten Untersuchung jeden Hinweis darauf, was man mit all den vielen für militärische Fehlleistungen ausgegebenen Milliardenbeträgen hätte anfangen können, wenn man sie friedlichen Zwecken zugeführt haben würde: dem Wohnungsbau, der Bildungsmisere, der Sozialfürsorge. Zwar widmet er der praktischen Rüstungskontrolle, der Einrichtung eines Friedensforschungsinstitutes und der Umstruktuierung der Bundeswehr zu einer brauchbaren Verteidigungstruppe eigene Kapitel; im übrigen aber läßt er die Frage nach der Verwendung der dadurch freiwerdenden Gelder, anstatt sie eindeutig zu beantworten, mehr in der Form von Imponderabilien zwischen den Zeilen mitschwingen, vielleicht, weil es nicht eindeutig zum Thema gehört.

Wilhelm Kayser

Guevara über sich selbst

Ernesto Che Guevara, Brandstiftung oder Neuer Friede? Reden und Aufsätze. Hrsg. Sven G. Papcke. rororo aktuell, Hamburg, 1969, 187 S., 2,20 DM.

In Ergänzung zur ersten deutschen Ausgabe von Aufsätzen Guevaras (Materialien, 1968) erschienen im vorliegenden Band meist noch unbekannte Reden und Aufsätze, so daß neben den spanischen, englischen und französischen Sammlungen dem deutschen Publikum die zentralen theoretischen Schriften und Reden Guevaras zugänglich sind. (Bis dahin lagen im Deutschen nur einzelne Schriften vor.)

Der Herausgeber begnügte sich nicht damit, diese „teilweise zum erstenmal übersetzten Arbeiten" Guevaras in einer leicht zugänglichen Ausgabe vorzustellen, sondern er bietet neben einer umfangreichen vorläufigen Bibliographie ein ausführliches Nachwort (26 Seiten), das weniger die Wirkungsgeschichte Guevaras darstellt — wie es in der Überschrift heißt —, sondern vielmehr den Versuch, von den Vorurteilen liberaler bzw. orthodox linker Beobachter ausgehend das Verständnis für die Funktion des Gewaltbegriffs in Guevaras Konzept zu wecken, welches den Rahmen der klassischen Revolutionstheorie sprenge, aber erst mit dem Anspruch der Aufhebung aller Entfremdungserscheinungen auch nach der gelungenen Revolution und der damit verbundenen Anthropologie seine Rechtfertigung habe.

Dieser wohl erste, bravouröse Versuch, Guevaras theoretisches Konzept in stilistisch exzellenter Form für die politische Diskussion der BRD nutzbar zu machen, ist zwar für den Leser zur Hypothesengewinnung vorzüglich, als Nachwort zu Schriften von G. wäre aber eine detaillierte Analyse von Guevaras politischen Vorstellungen, wie sie z. B. Schenkel (Schenkel, 1968) lieferte, fruchtbarer gewesen. Eine solche Analyse hätte zusammen mit einem stärkeren Einbezug und Hinweis auf die im Anschluß angeführte Sekundärliteratur dem breiten Leserkreis, den diese Form der Veröffentlichung ansprechen soll, die weitere Beschäftigung mit der unter „Über Guevara" (S. 169) und „Zur politischen Soziologie der lateinamerikanischen Revolution" (S. 184) angeführten Literatur erleichtert. So aber sind diese Literaturzusammenstellungen relativ zusammenhanglos dem Band angehängt worden und wären in dieser Form nur für den Guevaraphilologen und Lateinamerikaspezialisten von Interesse. Doch auch der spezialisierte Fachmann dürfte nicht ganz zufriedengestellt sein, da die Bibliographien zu Guevaras Veröffentlichungen sehr lückenhaft sind[1]) und Hinweise auf veröffentlichte Briefe (Oevres, 1968; Guevara, 1967) gänzlich fehlen. Den größten Teil der Bibliographie (14 Seiten) nehmen nach Jahren (von 1959—68) zusammengestellte Nachrichten in westlichen Zeitungen ein (z. B. nur für den deutschen Sprachbereich werden im Jahre 1968 folgende Zeitungen ausgewertet: Die Welt, Frankfurter Rundschau, Das Profil, Die Zeit, Neue Presse, FAZ, Weltwoche, Welt am Sonntag, Internationaler biographischer Pressedienst, Die Andere Zeitung, dpa-Brief, Süddeutsche Zeitung, Hamburger Abendblatt, Die Tat, Abendzeitung, Bild am Sonntag, Der Stern, Spiegel, Bayern-Kurier, Handelsblatt, Die Presse, Konkret, Welt der Literatur). Demgegenüber ist die Literatur „Zur politischen Soziologie der lateinamerikanischen Revolution" auf gut zwei Seiten zusammengedrängt und wohl auch deshalb lückenhaft. So fehlen z. B. für Kuba nicht nur die offizielle dreibändige Darstellung der Revolution (Derrota, 1961), sondern auch einschlägige Bibliographien (Anderson, 1961; Reason, 1962; Harbon, 1963; Mughisuddin, 1963; Peraza, 1967). Diese Einwände hat der Herausgeber vorweggenommen, indem er seine Bibliographie mit „vorläufige" überschrieb. Sie seien hier nur angefügt, um die Notwendigkeit der Ergänzung zu zeigen, was sowohl den bibliographischen Apparat, als auch die Analyse der Theorie, ihres materiellen Hintergrundes und ihrer Wirkung betrifft. Im Rahmen der bisherigen Beschäftigung mit Guevara in der BRD dürfte aber mit der vorliegenden Ausgabe zum erstenmal jenes Niveau angesprochen worden sein, auf dem die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Gegenstand einsetzen kann.

Uwe Henning

[1]) Allein die leicht zugänglichen Bibliographien (Bayitch, 1967; Peraza, 1960) und eine neuere Arbeit (Mesa Lago, 1968) weisen schon über 30 weitere Titel auf. Eine gründliche Recherche für diese Besprechung schien uns nicht lohnend, da das Institute of Research for Cuba and the Caribbean of the Center for Advanced International Studies, University of Miami, eine Dokumentation zu „Guevara as a guerilla, theoretician and leader" zusammenstellen wird (Mallin, 1968).

Neuerscheinungen
Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Norbert Elias, Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Zweite, um eine Einleitung vermehrte Auflage. Francke Verlag, Bern, 2 Bände: LXXIII, 334 und IV, 492 S., Ln. in Schuber, zus. 78,— DM.

Hans Rademaker, Hegels „Objektive Logik". Verlag Bouvier, Bonn, 121 S., kart. 15,80 DM. — Zu den weiteren Neuerscheinungen des Verlages gehören: Heinz Jansohn, Kants Lehre von der Subjektivität (328 S., kart. 39,80 DM); Sebastian Halberger-Frobenius, Macht und Gewalt in der Philosophie Franz von Baaders (270 S., kart. 33,— DM).

Konrad Farner, Theologie des Kommunismus. Stimme-Verlag, Frankfurt, 362 S., kart. 24,80 DM.

Quentin Lauer S.J./Roger Garaudy, Sind Marxisten die besseren Christen? Ein Streit-

gespräch. Herausgegeben und mit einem Vorwort von Peter K. Schneider. Aus dem Amerikanischen von Gisela Rasch. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg, 140 S., br. 7,80 DM (Reihe „Standpunkte").

Lelio Basso, Zur Theorie des politischen Konflikts. Erstausgabe. Aus dem Italienischen von Christel Schenker. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 135 S., br. 3,— DM (edition suhrkamp, Bd. 308). — Als Bd. 311 erschien A. Córdova/H. Silva Michelena, Die wirtschaftliche Struktur Lateinamerikas. Drei Studien zur politischen Ökonomie der Unterentwicklung. Aus dem venezolanischen Spanisch von Heinz Rudolf Sonntag und Elena Sonntag (130 S., br. 3,— DM).

Wilhelm Niemöller, Wort und Tat im Kirchenkampf. Beiträge zur neuesten Kirchengeschichte. Chr. Kaiser Verlag, München / Matthias-Grünewald-Verlag, Mainz, 404 S., kart. 20,— DM (Theologische Bücherei, Bd. 40).

Bildungspolitische Probleme in psychologischer Sicht. Herausgegeben und eingeleitet von Kurt Aurin. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 212 S., Lexikonformat, kart. 20,— DM (Politische Psychologie, Bd. 7).

Helmut Sienknecht, Der Einheitsschulgedanke. Geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Problematik. Verlag Beltz, Weinheim, 294 S., br. 28,— DM (Pädagogische Studien, Bd. 16).

Gerhard Köhler, Bibliographie der deutschen Hochschulschriften zur Rechtsgeschichte (1945—1964). Musterschmidt Verlag, Göttingen/Zürich, VIII, 170 S., kart. 24,80 DM (Göttinger Studien zur Rechtsgeschichte/Sonderband).

Geschichte und Zeitgeschichte

J. Chesneaux, Geschichte Ost- und Südostasiens im 19. und 20. Jahrhundert. Aus dem Französischen übersetzt. Schäuble Verlag, Köln, VIII, 432 S., 11 Karten, Zeittafel, Anmerkungen, Bibliographie und Register, Ln. 56,— DM.

J. M. van Winter, Rittertum. Ideal und Wirklichkeit. Aus dem Niederländischen übersetzt von Paul Schritt und Axel Plantiko. Verlag C. H. Beck, München, 108 S. mit 29 Illustrationen und 31 Abb. auf Tafeln, kart. 14,80 DM.

Bismarck-Gespräche ... Herausgegeben von Willy Andreas und K. F. Reinking. Verlag Schünemann, Bremen / ... bis zur Reichsgründung. 432 S., Paperback 15,80 DM / ... von der Reichsgründung bis zur Entlassung. 608 S., Paperback 17,80 DM / ... von der Entlassung bis zum Tode. 452 S., Paperback 15,80 DM.

Revolution und Räterepublik in München 1918/19. Herausgegeben von Gerhard Schmolze. Vorwort von D. Eberhard Kolb. Karl Rauch Verlag, Düsseldorf, 448 S. mit Zeittafel, Quellenverzeichnis, Personenregister und 29 Fotos, Ln. 24,80 DM.

Angelo Tasca, Glauben, gehorchen, kämpfen. Aufstieg des Faschismus. Europa Verlag, Wien 1969, 448 S., Ln. 38,— DM.

Keith Robbins, München 1938. Bertelsmann Verlag, Gütersloh, 352 S. mit Bibliographie und Register, Ln. 28,— DM.

Horst Überhorst, Elite für die Diktatur. Die nationalpolitischen Erziehungsanstalten 1933—45. Ein Dokumentarbericht. Droste Verlag, Düsseldorf, 438 S., Ln. 32,— DM, Paperback 24,— DM.

Peter Hoffmann, Widerstand — Staatsstreich — Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. Piper Verlag, München, 988 S. Anhang mit Karten, Diagrammen, Zeichnungen und Fotos, Quellen- und Literaturangaben, Personen- und Sachregister, Ln. in Schuber 58,— DM.

Aktuelle Themen

Günter Wallraff, 13 unerwünschte Reportagen. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 224 S., br. 10,— DM (Reihe „pocket", Bd. 7).

Wilfried Höhnen, Die vermögenspolitischen Gesetze und Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung, Ergebnisse und kritische Beurteilung. Bund-Verlag, Köln, 223 S., Ln. 27,— DM.

Rolf Groß, Grundzüge des Deutschen Presserechts. Verlag Otto Schwartz & Co., Göttingen, 154 S., kart. 14,80 DM.

Konrad Ginther, Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit internationaler Organisationen gegenüber Drittstaaten. Springer-Verlag, Wien, VII, 202 S., kart. 38,— DM (Forschungen aus Staat und Recht, Bd. 8.)

Dokumente zum Zeitgeschehen

Heinrich Albertz, Bilanz einer Polenreise

Der ehemalige Regierende Bürgermeister von Westberlin Heinrich Albertz hielt sich Anfang September 1969 für einige Tage in Polen auf. Nach seiner Rückkehr veröffentlichte er in der „Frankfurter Rundschau" vom 15. 9. 1969 die folgende Bilanz seiner Eindrücke und Gespräche. D. Red.

Wer am 2. September 1969 nach Polen einreiste, traf überall auf die Plakate „1939 — nie wieder". Die deutsche Schande schrie mich von den Wänden an. Wer 25 Jahre in Breslau gelebt hat, das nun Wroclaw heißt, gerät in ein schwer auszumessendes Meer von Erinnerungen, gegen die kein Damm des Wegsehens hilft.

Aber dies ist schon das Erste: Die polnischen Freunde verstehen beides. Über einen Berg von Verbrechen hinweg und über den Graben der eigenen Vergangenheit ist die tiefe Menschlichkeit jeder Begegnung ein unvergeßliches Erlebnis. Ich habe nirgendwo in der Welt, außer in Hitlers Gefängnissen und in Israel, solche Gespräche geführt. Vom stellvertretenden Außenminister bis zum Erzbischof von Wroclaw, von der jungen Studentin, die mich in Krakau durch die polnische Königsgeschichte führte, bis zu dem zufälligen Nachbarn im Zug zwischen Breslau und Posen. Dieses Volk ist in einer tiefen Solidarität verbunden. Sein Schicksal und seine Leistung hat in einem auffälligen Gegensatz zu uns Deutschen das Antlitz des Menschen nicht verstellt. Es ist schwer, zwölf Stunden nach der Rückkehr die Summe der Erfahrungen dieser Reise zu ziehen, ich will es trotzdem versuchen.

1) Der Friede mit Polen ist überfällig. Wenn nach dem 28. September noch einmal die Enttäuschung über halbe Schritte und verbale Beteuerungen ohne Entscheidung in der Sache eintritt, werden alle Ansätze des Vertrauens zwischen Polen und Deutschen guten Willens wieder zerstört sein.

2) Die Polen, mit denen ich gesprochen habe, wissen, daß es keine isolierte Lösung der polnisch-deutschen Frage gibt. Aber sie sagen wohl mit Recht, daß der Schritt über den Rubikon der Anerkennung der polnischen Westgrenze der Einstieg in eine endliche Ordnung des europäischen Friedens sein könnte.

3) Der vordergründige Einwand, was für solche Anerkennung zu haben sei, heißt nichts oder alles. Nichts im Sinne eines primitiven Aushandelns, alles im Sinne einer endlich aufgeschlossenen Tür nach Osten.

4) Es gibt keinen Schritt von Bonn nach Warschau an Ost-Berlin vorbei. So wenig geliebt die unmittelbaren deutschen Nachbarn sein mögen — wer die Kontrollen in Kunowice und Frankfurt/Oder vergleicht, hat das massive Anschauungsmaterial —, so ist jeder Versuch, die DDR von hinten zu umgehen, zum Scheitern verurteilt. Die Anerkennung der polnischen Westgrenze und die Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik gehören in einen Zug oder in mehreren Zügen mit der Anerkennung der DDR zusammen.

5) Ich habe viel Verständnis für die absurde Situation West-Berlins gefunden. Die kluge und deutliche Haltung meines Amtsnachfolgers hat hier offenbar eine erste Wirkung nicht verfehlt.

6) Es muß alles getan werden, um dem eigenen Volk, vor allem meinen ostdeutschen Landsleuten, klarzumachen, daß Breslau, Stettin und Danzig heute polnische Städte sind. Das ist bitter und schwer zu begreifen. Selbst mir ist es nicht leicht gefallen, den Schock der sichtbaren Wirklichkeit zu überwinden. Nicht jeder hat das Glück, am ersten Tag in Wroclaw in Erzbischof Kominek einem Polen und einem Priester zu begegnen, der einem diesen Schock überwinden hilft.

7) Das bedeutet praktisch entschlossene Abkehr von den Symbolen der Lüge: Wetterkarte im Fernsehen, Subventionen an die deutschen Revanchisten. Jede Information über die Tatsachen, wie sie sind. Das bedeutet freilich auch, daß die polnischen Behörden die Hindernisse für den Besuch Polens durch Bürger des westlichen Teils Deutschlands abbauen müssen, vor allem für die junge Generation.

Der Weg wird lang und schwierig und voller Rückschläge sein und viel Geduld brauchen. Aber die Gutwilligen in und außerhalb der Ämter und Funktionen werden kämpfen und durchhalten müssen. Wer in Auschwitz war und die Dokumentarfilme über den Warschauer Aufstand gesehen hat, kommt als ein anderer zurück. Wir haben es an Klaus Schütz gesehen. Die Entscheidungen der Wahl stehen vor uns und die noch wichtigeren Konsequenzen, die nach der Wahl gezogen werden müssen.

Der goldene September über Polen war voller Hoffnung. Fast zu viel Hoffnung. Ich habe in dieser Hoffnung fast alle, auch sehr kritische Fragen gerade noch beantworten können. Es wäre furchtbar, wenn die Antworten der Verantwortlichen nach der Wahl ausblieben.

Das Testament Ho Tschi Minhs

Demokratische Republik Vietnam. Unabhängigkeit — Freiheit — Glück. Im patriotischen Kampf gegen die US-Aggression werden wir gewiß noch größere Schwierigkeiten ertragen und neue Opfer bringen müssen, aber der völlige Sieg ist uns sicher. Das ist absolut gewiß. Wenn dieser Tag gekommen ist, möchte ich eine Reise durch den Norden und den Süden machen, um unsere heldenhaften Landsleute, Funktionäre und Soldaten zu beglückwünschen und um unsere alten Menschen und vielgeliebten jungen und Kinder aufzusuchen. Dann werde ich mich im Namen unseres Volkes in die Bruderländer des sozialistischen Lagers begeben, in die befreundeten Länder der ganzen Welt, um ihnen dafür zu danken, daß sie von ganzem Herzen unser Volk in seinem patriotischen Kampf gegen die US-Aggression unterstützt haben.

Tu-fu, der bekannte chinesische Dichter der Tang-Periode, hat geschrieben: „Zu allen Zeiten waren diejenigen selten, die das Alter von 70 Jahren erreichen." Mit meinen 79, die ich dieses Jahr erreicht habe, gehöre ich zu diesen „seltenen" Leuten, aber mein Geist ist immer noch klar, wenn auch meine Gesundheit im Vergleich zu früheren Jahren etwas geschwächt ist. Wenn man mehr als 70mal den Frühling erlebt hat, geht es mit der Gesundheit abwärts, je weiter das Alter fortschreitet. Daran ist nichts Verwunderliches. Aber wer kann voraussagen, wie lange ich der Revolution, dem Vaterland, dem Volke noch werde dienen können? Darum hinterlasse ich diese wenigen Zeilen im Vorausblick auf jenen Tag, da ich Karl Marx und Lenin, den Verehrungswürdigen, und auch unseren revolutionären Ahnen folgen werde. So werden unsere Landsleute im ganzen Land, die Genossen der Partei und unsere Freunde in der Welt nicht davon überrascht werden.

Zuerst möchte ich von der Partei sprechen. Dank der engen Gemeinschaft, die sie in ihrem Schoß verwirklicht hat, dank der Tatsache, daß sie der Arbeiterklasse, dem Volk, dem Vaterland restlos ergeben ist, hat es unsere Partei seit ihrer Gründung vermocht, unser Volk zu einen, zu organisieren, zu leiten, es in den leidenschaftlichen Kampf und von Sieg zu Sieg zu führen. Die Einheit ist eine äußerst wertvolle Tradition unserer Partei und unseres Volkes.

In der Partei gilt es, eine breite Demokratie zu praktizieren, ständige und ernsthafte Kritik und Selbstkritik zu üben. Das ist die beste Methode zur Festigung und Entwicklung des Zusammenschlusses und der Einheit in der Partei. Man muß Kameradschaft und Liebe füreinander hegen. Unsere Partei ist an der Macht. Jedes Parteimitglied, jeder Funktionär, muß sich zutiefst die revolutionäre Moral zu eigen machen. Sie müssen fleißig, sparsam, integer, aufrichtig sein und völlige Hingabe an die gemeinsame Sache und vorbildliche Selbstlosigkeit zeigen. Der Partei muß ihre völlige Reinheit erhalten bleiben. Es gilt, sich

der Rolle als Führer, als wirklich treuer Diener des Volkes als durchaus würdig zu erweisen.

Die Mitglieder des Bundes der werktätigen Jugend und unsere Jungen und Mädchen sind von hervorragender Wesensart. Sie brennen darauf, sich für die Aufgaben der Vorhut einzusetzen, fürchten keine Schwierigkeiten und streben unablässig nach Fortschritt. Unsere Partei muß sich darum kümmern, daß sie mit einer hohen revolutionären Moral ausgerüstet werden, muß sie zu Fortsetzern des Werkes des sozialistischen Aufbaus erziehen, die zugleich „rot" und „Fachmann" sind.

Die Heranbildung und Erziehung der kommenden revolutionären Generation ist eine überaus wichtige und notwendige Aufgabe. Unser werktätiges Volk im Flach- und Hochland hat seit Jahrhunderten Tausende Entbehrungen und Schwierigkeiten ertragen und Ausbeutung, feudale und koloniale Unterdrückung erduldet. Es hat darüber hinaus unter zahlreichen Kriegsjahren gelitten.

Dennoch beweist unser Volk ein großes Heldentum, großen Mut, glühende Begeisterung und großen Fleiß bei der Arbeit. Seit ihrer Gründung folgt unser Volk der Partei stets treu und unbeirrt. Die Partei muß einen guten Plan entwerfen, um Wirtschaft und Kultur zu entwickeln, damit das Lebensniveau des Volkes ständig gehoben wird. Der Widerstandskrieg gegen die amerikanische Aggression wird sich möglicherweise noch lange hinziehen. Es kann sein, daß unsere Landsleute neue materielle Opfer und Menschenleben auf sich nehmen müssen. Doch wir müssen unter allen Umständen mit aller Entschlossenheit den amerikanischen Aggressor bis zum endgültigen Sieg bekämpfen. Mögen unsere Berge, Flüsse und Menschen erhalten bleiben. Nach dem Sieg im Kampf gegen die US-Aggression werden wir unser Land so aufbauen, daß es zehnmal so schön ist wie heute.

Ungeachtet der Schwierigkeiten und Entbehrungen wird unser Volk gewiß den Sieg davontragen. Die amerikanischen Imperialisten werden sich zurückziehen müssen. Unser Land wird wiedervereinigt werden, unsere Landsleute in Nord und Süd werden unter einem Dach vereint werden. Unserem Land wird zur großen Ehre gereichen, daß ein kleines Land im heroischen Kampf zwei starke imperialistische Mächte — Frankreich und die USA — besiegt und einen würdigen Beitrag zur nationalen Befreiungsbewegung geleistet hat.

Über die kommunistische Weltbewegung: Ich stand mein ganzes Leben lang im Dienst der Revolution. Je mehr ich auf die wachsende internationale kommunistische Arbeiterbewegung stolz bin, desto mehr leide ich unter den Meinungsverschiedenheiten, die gegenwärtig die Bruderparteien voneinander trennen. Ich möchte, daß unsere Partei ihr Bestes tut, um einen wirksamen Beitrag zur Wiederherstellung der Einheit zwischen den Bruderparteien auf der Grundlage des Marxismus—Leninismus und des proletarischen Internationalismus in einer Weise zu leisten, die den Forderungen des Herzens und der Vernunft entspricht. Ich glaube fest daran, daß die Bruderparteien und Bruderländer sich wieder vereinigen werden.

Was mich persönlich betrifft, so habe ich mein ganzes Leben lang mit all meiner Kraft dem Vaterland, der Revolution und dem Volk gedient. Sollte ich jetzt aus dieser Welt scheiden, so hätte ich mir nichts vorzuwerfen. Ich bedauere nur, daß ich nicht weiter und noch mehr dienen kann. Nach meinem Tode sollen keine überflüssigen Beisetzungsfeierlichkeiten stattfinden, damit keine Zeit und kein Geld des Volkes vergeudet werden.

Abschließend möchte ich unserem ganzen Volk, unserer Partei, allen unseren bewaffneten Kräften, meinen Nichten und Neffen, den Jungen, Mädchen und jungen Pionieren meine grenzenlose Zuneigung bekunden. Ich richte ferner einen Brudergruß an die Genossen, an die Freunde, die jungen Menschen und die Kinder in aller Welt. Mein letzter Wille ist, daß unsere ganze Partei, unser ganzes Volk eng zusammengeschlossen im Kampf ein friedliches, einiges, unabhängiges, demokratisches und blühendes Vietnam aufbauen und damit einen würdigen Beitrag zur Weltrevolution leisten.

Hanoi, den 10. Mai 1969

Ho Tschi Minh

Autoren dieses Heftes

Bemerkungen

Klaus Ehrler, M.A., geb. 1930 in Leipzig, studierte Geschichte, Physik und Philosophie; Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst (Verständigungshilfe Westberlin), Zweiter Vorsitzender der Mendelssohn-Gesellschaft.

Arno Behrisch, geb. 1913 in Dresden, lebte während des Dritten Reiches in der Emigration in Schweden und der CSR und arbeitete dort als Journalist, nach seiner Rückkehr war er von 1950—1961 Chefredakteur der „Oberfränkischen Volkszeitung". Von 1949 bis 1961 war Arno Behrisch sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter, 1961 wechselte er aus Protest gegen die Anpassung der SPD-Politik an den Adenauer-Kurs in die DFU über, deren Direktoriumsmitglied er ist.

Martin Hall, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig; 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA.

Karl D. Bredthauer, geb. 1943 in Bonn, studiert dort Germanistik und Geschichte; Zeitschriften- und Funkveröffentlichungen.

Joachim Raschke, Diplom-Politologe, geb. 1938, studierte Politologie und Soziologie in Berlin, z. Z. wissenschaftlicher Redakteur der Schriftenreihe Zur Politik und Zeitgeschichte am Otto-Suhr-Institut in Berlin; verschiedene Veröffentlichungen.

Hans-Dieter Bamberg, geb. 1942 in Dortmund, zunächst kfm. Angestellter, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Politologie und Geschichte an der FU Berlin.

Karsten Kullmann, geb. 1941 in Leipzig, studierte Soziologie, Nationalökonomie und Arbeitsrecht in Frankfurt und Berlin. 1969 Diplom in Frankfurt; z. Z. wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Institut; zahlreiche Veröffentlichungen.

Günter Wallraff, geb. 1942 in Burscheid, absolvierte eine Buchhändlerlehre, arbeitete drei Jahre als Industriearbeiter, lebt jetzt als freier Schriftsteller in Köln; hervorgetreten durch zahlreiche aufsehenerregende Reportagen über Arbeitsverhältnisse in der Industrie.

Riad Rashid, geb. 1937 in Syrien, studiert in Marburg/Lahn und Köln, Diplom-Volkswirt, promoviert z. Z. über Industrialisierung und Beschäftigungspolitik in der VAR.

Wilhelm Kayser, geb. 1902 in Polle/Weser, Rektor i. R., Mitbegründer der Erwachsenenbildung (Volkshochschul-Bewegung) Niedersachsens, trat als Schriftsteller von Landschaftsbiographien, Romanen und Novellen hervor, lebt als Mitarbeiter von Zeitungen und Zeitschriften in Lüneburg.

Uwe Henning, geb. 1940 in Hallein/Österreich, ist von Beruf Volksschullehrer und arbeitet z. Z. als Assistent im Fachbereich Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Prof. Dr. Fritz Strassmann, Mainz; Karl Graf v. Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,50 zuzüglich DM —,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—), zuzüglich DM —,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,— jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 33,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,— jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.— jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,— halbjährlich, dkr 66,— jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,— jährlich; nkr 31,— halbjährlich, nkr 62,— jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Insp. Angelwell — Wallenweg, Görtzer

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Otmar Frhr. v. Aretin
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Dr. Wilhelm R. Bayer
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Prof. Dr. Igor Bestushew
Dr. Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin, Oberst a. D. I. G.
William Borm, MdB
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis
Kanonikus John Collins
Prof. Dr. Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Dr. Wilfried Daim
Harold Davies, M. P.
Dr. Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann †
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. †
Ragnar Forbech
Dr. Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Wilfried Gottschalch
Dr. Walter Grab
Dr. Jacques Otto Grézer
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Max von der Grün
Prof. Dr. Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Martin Hall
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten
Staatssekretär Dr. Hildegard Hamm-Brücher
Rechtsanwalt Heinrich Hannover

Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Hanns-Jochen Hauß
Hartmut Häußermann
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Dr. Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto v. Hentig
Dr. Rudolf Hilf
Egbert Hoehl
Prof. Dr. Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
Prof. D. J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Prof. D. Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Dr. Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Fritz Köhler
Dr. Oswald A. Kohut
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Dr. Reinhard Kühnl
Prof. Dr. Karl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs
Prof. Dr. Heinz Langerhans
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Dr. jur Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser †
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Ernst May
Dr. Peter Meier
Prof. Seymour Melman
Prof. Dr. Daniil Melnikow
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Senator Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning S. J.
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Anna Niekiewicz
Reinhard Opitz
Prof. D. Dr. Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Dr. Wolfgang Plat

Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen (Dänemark)
Dr. jur. A. Poltorak
Ulrich K. Preuß
Prof. Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Marcel Reding
Marianne Regensburger
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin
Dr. Peter Römer
Earl Bertrand Russell
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz B. Schick
Theo Schiller
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rudolf Schottlaender
Prof. Dr. Levin Schücking †
Prof. Dr. Dr. Hans-Adalbert Schweigart
Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann, M. P.
Karl Stankiewitz
Karl-Heinz Stanzick
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg †
Prof. Dr. Max Steenbeck
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Stephen Swingler, M. P.
Horst Symanowski
Dr. Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailovic
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann
Prof. Dr. Imre Vajda †
Prof. Dr. Todor Vladigerov
Prof. D. Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill
Günther Weisenborn †
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler
Jochen Willke
Hans Wirtz
Claudia Wolff
Konni Zilliacus, M. P. †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

Bemerkungen

Klaus Ehrler, M.A., geb. 1930 in Leipzig, studierte Geschichte, Physik und Philosophie; Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst (Verständigungshilfe Westberlin), Zweiter Vorsitzender der Mendelssohn-Gesellschaft.

Arno Behrisch, geb. 1913 in Dresden, lebte während des Dritten Reiches in der Emigration in Schweden und der CSR und arbeitete dort als Journalist, nach seiner Rückkehr war er von 1950—1961 Chefredakteur der „Oberfränkischen Volkszeitung". Von 1949 bis 1961 war Arno Behrisch sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter, 1961 wechselte er aus Protest gegen die Anpassung der SPD-Politik an den Adenauer-Kurs in die DFU über, deren Direktoriumsmitglied er ist.

Martin Hall, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig; 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA.

Karl D. Bredthauer, geb. 1943 in Bonn, studiert dort Germanistik und Geschichte; Zeitschriften- und Funkveröffentlichungen.

Joachim Raschke, Diplom-Politologe, geb. 1938, studierte Politologie und Soziologie in Berlin, z. Z. wissenschaftlicher Redakteur der Schriftenreihe Zur Politik und Zeitgeschichte am Otto-Suhr-Institut in Berlin; verschiedene Veröffentlichungen.

Hans-Dieter Bamberg, geb. 1942 in Dortmund, zunächst kfm. Angestellter, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Politologie und Geschichte an der FU Berlin.

Karsten Kullmann, geb. 1941 in Leipzig, studierte Soziologie, Nationalökonomie und Arbeitsrecht in Frankfurt und Berlin. 1969 Diplom in Frankfurt; z. Z. wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Institut; zahlreiche Veröffentlichungen.

Günter Wallraff, geb. 1942 in Burscheid, absolvierte eine Buchhändlerlehre, arbeitete drei Jahre als Industriearbeiter, lebt jetzt als freier Schriftsteller in Köln; hervorgetreten durch zahlreiche aufsehenerregende Reportagen über Arbeitsverhältnisse in der Industrie.

Riad Rashid, geb. 1937 in Syrien, studiert in Marburg/Lahn und Köln, Diplom-Volkswirt, promoviert z. Z. über Industrialisierung und Beschäftigungspolitik in der VAR.

Wilhelm Kayser, geb. 1902 in Polle/Weser, Rektor i. R., Mitbegründer der Erwachsenenbildung (Volkshochschul-Bewegung) Niedersachsens, trat als Schriftsteller von Landschaftsbiographien, Romanen und Novellen hervor, lebt als Mitarbeiter von Zeitungen und Zeitschriften in Lüneburg.

Uwe Henning, geb. 1940 in Hallein/Österreich, ist von Beruf Volksschullehrer und arbeitet z. Z. als Assistent im Fachbereich Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Prof. Dr. Fritz Strassmann, Mainz; Karl Graf v. Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,50 zuzüglich DM —,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—), zuzüglich DM —,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,— jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 33,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,— jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.— jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,— halbjährlich, dkr 66,— jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,— jährlich; nkr 31,— halbjährlich, nkr 62,— jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.